

Landesarchiv Berlin  
B Rep. 057-01

Nr.: 4172



# LEITZ

Leitz-Ordner R 80

Dok. O. IV

Einzelfälle

poln. Hgf.

F 1 - 9

Landesarchiv Berlin  
B Rep. 057-01

Nr.: 308

17s 1.64(RSHA)  
BX





Steuerstelle  
Düsseldorf

gl. 32

IV A 1c v. 14. 6. 41

Wirkung über Kündigungs-  
ges. Thiedicke

gl. 33

dieselbe v. 19. 6. 41

ges. Thiedicke

gl. 35

IV A 1c v. 2. 7. 41

Sachanfrage ges. Thiedicke

gl. 39

dieselbe v. 9. 9. 41

gl. 66-68

Gericht mit Kündigungsantrag  
an IV D 2 v. 17. 1. 41

gl. 69-70

Gericht mit SB-Stellungnahme  
an IV A 1c v. 7. 3. 41

gl. 71

Ex. Befehl IV A 1c  
v. 18. 6. 41

gl. 73

Vollzugsanmeldung  
v. 1. 9. 41

gl. 75

Gesandtschaftung des Angeh.  
v. 30. 6. 41 ges. Thiedicke

---

F 1

---

Kurtzawa,  
Marian

+ 21. 6. 1941



### Zur Beachtung

Diese Akten sind Archivalien im Leihverkehr. Alle Veränderungen durch Tilgung, Verbesserung oder Ergänzung – auch auf dem Umschlag – stellen Verfälschungen dar und sind streng untersagt. Es ist ferner nicht statthaft, die Akten mit Heftklammern anderen Vorgängen beizuheften. Für Vermerke der entleihenden Dienststelle darf nur der Freiraum dieses roten Zettels benutzt werden.

Vermerke der entleihenden Dienststelle:

3 6718  
Akten

der

Geheimen Staatspolizei

Staatspolizeistelle

*Krefeld*  
über

Giesen

(Familienname)

Gertrud

(Vorname)

14. 2. 1915

(Geburtsdatum)

Krefeld

(Geburtsort)

Staatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

*Gestapo*

Blattzahl:

*1-14*

Ausgegeben:

*26718*  
Nr. ....



# Personalbogen

Personallen des politisch — (pionagepolizeilich\*) — in Erscheinung getretenen:

1. a) Familienname: (bei Frauen auch Geburtsname) G i e s e n  
 b) Vornamen: (Rufname unterstreichen) Gertrud
2. Wohnung: (genaue Angabe) Kempen, Engerstr. 21
3. a) Deckname: /  
 b) Deckadresse: /
4. Beruf: Hausangestellte
5. Geburtstag, -jahr 14.2.1923 Geburtsort: Krefeld-Fischeln
6. Glaubensbekenntnis und Abstammung: kath.
7. Staatsangehörigkeit: R.D.
8. Familienstand: (ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden) \*) ledig  
 a) Nationale und Wohnung der Ehefrau: /  
 b) Nationale und Wohnung des Vaters: ?  
 c) Nationale und Wohnung der Mutter: ?  
 d) Nationale und Wohnung sonstiger Auskunftspersonen: /
9. Arbeitsdienstverhältnis:  
 Musterung: (Ort) ..... am ..... 19.....  
 Ergebnis: .....  
 Angehöriger des Reichsarbeitsdienstes von: ..... 19..... bis: ..... 19.....  
 Abteilung: ..... Standort: .....
10. Militärverhältnis: (Wehrpflicht, Dienstpflicht, früheres Militärverhältnis \*)  
 Musterung: (Ort) ..... am ..... 19.....  
 Ergebnis: .....  
 für: (Waffengattung) ..... als Freiwilliger eingetreten? .....  
 Wehrbezirkskommando, Wehrmeldeamt \*) .....  
 Dienstzeit: von: ..... 19..... bis: ..... 19.....  
 als: .....  
 Truppenteil: ..... Standort: .....

\*) Zutreffendes unterstreichen.



11. Politische Einstellung bzw. Funktionen: .....

**Personenbeschreibung:**

12. Größe: Nach Maß oder Schätzung \*) (ohne Fußbekleidung): ..... cm
13. Gestalt (stark, unterseht, schlank, schwächlich) \*): .....
14. Haltung (nach vorn geneigt, auffallend straff, nach rechts, nach links geneigter Kopf) \*)
15. Gang (schleppend, lebhaft, schwankend, leicht, graziös, ruhig und gemächlich, hinkend, auffällig, große oder kleine Schritte, steifbeinig) \*) .....
16. Gesichtsförm und -farbe (z. B. rund, oval, eckig, gesund, blaß) \*) .....
17. Kopfhaut (hell-, mittel-, dunkelblond, braun, schwarz, rot, weiß, grau, graugemischt) \*) .....
- (Fülle und Tracht): .....
18. Bart: (z. B. Farbe, Form): .....
19. Augen (blau, grau, hell, dunkel, schwarz-braun) \*) .....
- (Besonderheiten): .....
20. Stirn (zurückweichend, senkrecht, vorspringend, sehr hoch, sehr niedrig, sehr breit, sehr schmal) \*) .....
21. Nase (eingebogen, gradlinig, nach außen gebogen, winklig gebogen, wellig, groß, klein, breit, dick) \*) .....
22. Ohren (rund, oval, dreieckig, viereckig, groß, klein, abstehend, anliegend) \*) .....
23. Mund (groß, klein, dünne, dicke, wulstige Lippen) \*) .....
- (Besonderheiten) .....
24. Zähne (z. B. vollständig, lückenhaft, Goldzähne) \*): .....
25. Sprache (z. B. Mundart, fremde Sprachen, hohe oder tiefe Stimme, Stottern, Anstoßen mit der Zunge) \*): .....
26. Besonders ins Auge fallende sichtbare Kennzeichen (Tätowierungen, Narben, Male, X- oder O-Beine, Decktupplungen usw., besonders ins Auge fallende Eigenheiten, z. B. hinkender Gang) \*): .....
27. Kleidung (z. B. elegant, salopp, einfach) \*): .....
28. Fingerabdruck ist — nicht — genommen. ....

\*) Zutreffendes unterstreichen.



2/4

	Lichtbilder	
--	-------------	--

Aufgenommen am: .....

durch

Name: .....

Amtsbezeichnung: .....

**Stichwortartige Darstellung des politischen Lebenslaufes:**  
(Der Raum darf nicht zur Abhebung von Verfügungen verwandt werden).



Der Oberbürgermeister  
als Ortspolizeibehörde

Gesch.-Z. 32. / A.K. 5618/40

Krefeld-Niederrhein a. Rh., den 16. Dezember 40.

Polizeirevier

451  
**Anzeige**

Straftat:

§

R. St. G. B.

Tag der Tat:

Tatort:

Beschuldigter:

Geschädigter:

Wert:

Statistisch erfasst durch:

Es konnte in Erfahrung gebracht werden, daß zwei polnische Kriegsgefangene, die bei dem Landwirt Johannes Nobber, in Kempen, Eggerstr. 20 oder 21 beschäftigt werden mit der Gertrud Giesen, etwa 17 oder 18 Jahre in letzter Zeit den Geschlechtsverkehr ausgeübt haben. Als Haupttäter kommt der Kriegsgefangene mit Vornamen Maryan in Frage, wogegen der andere mit Vornamen Thaddäus immer Schmiere steht und aufpasst, daß der Maryan nicht überrascht wird.

Für diesen Geschlechtsverkehr, der in letzter Zeit sehr häufig vorkommen soll, erhält die Giesen allerlei Zuwendungen, so soll sie immer Zigaretten bekommen. Die bei der Giesen befindlichen Damenarmbanduhr hat sie ebenfalls für diesen Verkehr erhalten. Von wem konnte nicht erfahren werden, bestimmt aber ~~von~~ ent- weder vom Maryan oder Thaddäus.

Die Giesen wurde auf ihr Tun und Treiben von einem Manne, der ebenfalls auf dem Hofe des Nobber tätig ist, aufmerksam gemacht. Sie erklärte, wenn sie schwanger sei, dann gäbe sie einfach den deutschen Flaksoldaten an, mit dem sie augenblicklich Verkehr unterhalte, als den Erzeuger des Kindes an.

Nähere Angaben hierüber kann der Melker Josef Geßmann, der auf dem Hof von Nobber beschäftigt ist, machen. Er bittet darum, daß seine Angaben vertraulich behandelt werden, da er evtl. seine gute Stellung dadurch verlieren könne.

*Kaiser*  
Kriminaloberassistent.



Der Oberbürgermeister  
als Ortspolizeibehörde  
Krefeld  
Kriminalabteilung  
Gesch. 3. 32/1. K. 5618/40

Krefeld, den 17.12.40.

Urschr.

der

Geheimen Staatspolizeistelle Düsseldorf

Aussenstelle

in

K r e f e l d

zuständigkeitshalber übersandt.

J. A.

*17.12.*

Geheime Staatspolizei	
Staatspolizeistelle • Düsseldorf	
Außenstelle Krefeld	
17. DEZ 1940	
II E	Bearbeit. 1597 Auf Dienststelle

*21/12/40*

II E 1597/40

Krefeld, den 15. Januar 1941.

1. Das Verfahren gegen die Giesen wegen verbotenen Umgangs mit polnischen Zivilarbeitern wird von der Staatspolizeistelle Düsseldorf durchgeführt. Die Giesen und der Pole Kurzawa befinden sich im Polizeigefängnis in Düsseldorf.
  2. Karteikarte anlegen. *17/12*
  3. Tgb. austragen. *erl. 17/12*
  4. Zum Sammelordner bei II F.
- 17/12*
- to*



**Geheime Staatspolizei**  
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

- II E 1/41 -

Düsseldorf, den 2. Juli 1941  
Prinz-Georg-Straße 98  
Fernsprecher Nr. 36391

B.-Nr.

Bitte in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

**Geheim!**

**G. T. N. 209 / 41**

An

**Geheime Staatspolizei**

Staatspolizeileitstelle Düsseldorf  
Außendienststelle Krefeld

14. JULI 1941

IE Bearb.  
Anl. Dienststelle

die Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf  
Außendienststelle Krefeld

z.Hd. v. K.K. Jung - o.Via

in K r e f e l d.

**R**

**Betrifft:** Gertrud Giesen, geb. 14.2.23 in Krefeld, z.Zt.  
in Haft wegen verbotenen Verkehrs mit einem polnischen  
Kriegsgefangenen, Aktenzeichen der St.A. in Krefeld  
5 Js 72/41.

**Vorgang:** Ohne.

Im Januar d.J. wurden die Vorgenannte und der  
ehemalige polnische Kriegsgefangene Marien K u r z a w a fest-  
genommen, da sie zusammen Geschlechtsverkehr unterhalten haben.  
Gegen den Polen wurde Sonderbehandlung beantragt. Er ist inzwi-  
schen in dem Konzentrationslager in Sachsenhausen gehängt wor-  
den. Da der erste Geschlechtsverkehr zu einer Zeit stattgefunden  
hat, als der Pole noch Kriegsgefangener war, wurde die G i e -  
s e n dem Richter vorgeführt. Die Verhandlung soll am  
16.7.1941 in Krefeld stattfinden. Der Reichsführer-44 und Chef  
der Deutschen Polizei hat angeordnet, dass die G i e s e n  
nach der Strafverbüßung für die Dauer von 3 Jahren einem  
KL zuzuführen ist. Ich habe aus diesem Grunde den Oberstaats-  
anwalt in Krefeld gebeten, die G i e s e n zu gegebener Zeit  
in das Polizeigefängnis in Krefeld einzuliefern. Ich bitte um  
Mitteilung, wenn die G i e s e n dort eingeliefert wird. Schutz-  
haftantrag wird dann von hier gestellt.

Im Auftrage:

*[Handwritten signature]*



II E 209/41 g

Krefeld, den 5. Juli 1941

1. Kenntnis genommen.

2. Wvl. am 16.7.1941 (Ausgang der Gerichtsverhandlung erfragen)

Geheime Staatspolizei

Staatspolizei-Kreisbüro

Außenstellen Krefeld

II E 209/41 (g)

Krefeld, den 17. Juli 1941.

1. Schreiben:

An den Herrn Oberstaatsanwalt

bei dem Landgericht

in Krefeld

Betrifft: Gertrud Giesen, geb. am 14.2.1923 in Krefeld, zzt. im Gerichts-  
gefängnis Krefeld.

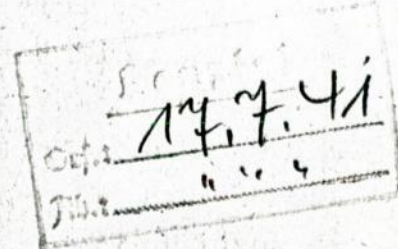
Vorgang: Dort. Aktenzeichen 5 Js 72/41.

Anlagen: Ohne.

Ich bitte um kurzfristige Überlassung der Strafakte der Oben-  
genannten zur Einsichtnahme, da ich zu berichten habe.

2. Wvl. am 1.8.1941 (Sachstandsanfrage)

I.A.





Der Oberstaatsanwalt  
5 K Ms 3/41.

Krefeld. den 19. Juli 1941.

Fernruf 28127.

Geheime Staatspolizei
Stabs-Geheime Polizei
Außendienststelle I. 1. 1. 1.
23. JULI 1941 II-2
Hausp. Geheime
209/41(g)

An die Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf  
Aussendienststelle Krefeld.  
zu II E/209/41 (g)

wird in der Strafsache gegen Gertrud Giesen, geboren am  
14.2.1923 zu Krefeld, auf das dortige Schreiben vom 17. Juli 1941 mitge-  
teilt, dass nach Eingang der Akten umgehende Übersendung der Akten  
sobald als möglich erfolgt.

Auf Anordnung

*Heimes*  
Justizangestellte.

II E 209/41(g)

Krefeld, den 21. Juli 1941.

1. Kenntnis genommen.

2. Wvl. am 15.8.1941 (Sachstandsanfrage)



# Geheime Staatspolizei

Staatspolizeibehörde Düsseldorf  
Außendienststelle Krefeld

Krefeld, den 26. Juli 1941.

II E 209/41 g

1. Schreiben: An die Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

Betrifft: Gertrud Giesen, geb. am 14.2.1923 in Krefeld, z.Zt. im Gerichtsgefängnis Krefeld.

Vorgang: Verfg. vom 2.7.1941 - II E 1/41, und fernmündliche Anordnung vom 28.7.41.

Anlagen: Ohne.

Die Obengenannte wurde durch Urteil der Strafkammer Krefeld vom 16.7.1941 zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem wurden gegen sie Fürsorgemaßnahmen verhängt. Die erlittene Schutz- und Untersuchungshaft wurde voll in Anrechnung gebracht.

Die Giesen befindet sich z.Zt. noch in hiesigen Gerichtsgefängnis, wird aber in Kürze der Strafanstalt Frankfurt-Breungesheim/Main zugeführt.

Ihre Strafakten sind z.Zt. bei der hiesigen Staatsanwaltschaft unentbehrlich.

2. Wvl. am 15.9.41 (Sachstands-anfrage).

Kanzlei	
29.7.41	
Gef.:	29.7.41
Ab.:	29.7.41

Krefeld	
29.7.41	
Gef.:	29.7.41
Ab.:	29.7.41

.A.I



II E 209/41 g

Krefeld, den 13. September 1941.

1. Nach fernmündlicher Rücksprache mit dem Justizangestellten Pannebecker von Abtlg. 5 der Staatsanwaltschaft Krefeld, ist die Strafanstalt Breungesheim angewiesen die Giesen nach Strafverbüßung in das hiesige Gerichtsgefängnis zu überführen. Bei Eintreffen der Giesen erfolgt Mitteilung nach hier.

2. Wvl. am 1.10.1941 (Sachstandsanfrage)

**Geheime Staatspolizei**

Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

Außendienststelle Krefeld

II E 209/41 g

Krefeld, den 18. September 1941.

1. Schreiben: An Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

Betrifft: Gertrud Giesen, geb. am 14.2.1923 in Krefeld z.Zt. in der Strafanstalt Breungesheim.

Vorgang: Fernmündliche Rücksprache mit Krim. Sekretär Kruse Abtlg. II E

Anlagen: ~~Ohne~~ - 1 -

*Beiliegend überreiche ich das geforderte Gerichtsurteil der*

*Obengenannten der I. Strafkammer des Landgerichts Krefeld vom 16.7.1941.*

Die Giesen hat ihre Strafe am 2.11.1941 verbüßt und wird sie nach Strafverbüßung der hiesigen Dienststelle überstellt.

2. Wvl. am 15.10.1941 (Sachstandsanfrage)

Kanzlei

Gef.:

Ab.:

I.A.

II E 209/41 g

Krefeld, den 15. Oktober 1941.

1. Wvl. am 1.11.1941 wegen Überstellung der Giesen.



**Der Landrat**  
des Landkreises Vechta

Vechta, den 30. Oktober 1941

Am Sonnabend, dem 2. November 1941, 8 Uhr 19 Minuten, trifft  
mittels Eisenbahnsammeltransport die Straf-Gefangene Gertrud G i e s e n  
in Krefeld Hbf. dort ein.

Ich bitte, die Abholung des Genannten vom dortigen Bahnhof - was  
veranlassen und für die Überführung in das dortige Gefängnis zu sorgen.

Der Transport erfolgt auf Ersuchen des Vorstands der Strafgefängnisse  
Vechta und des Arbeitshauses  
Aktenzeichen ---

Termin am ---

An die Polizeibehörde  
den Herrn Polizeipräsidenten

in K r e f e l d

Der Landrat.

Vechta, den 30. Oktober 1941



an die Geheime Staatspolizei

in K r e f e l d

zur gefl. Kenntnisnahme. Aktenzeichen II E . 1 / 41.

I. V.  
gez. Dr. Wagner.

Beglaubigt:

Bürogehilfe.





II E 1287/41

Krefeld, den 1. November 1941.

1. Der Staatspolizeileitstelle Düsseldorf, KOA. Fischer von Abtlg. II E wurde heute fernmündlich mitgeteilt, daß die Giesen zur Verfg. der Staatspolizeileitstelle Düsseldorf im hiesigen Gerichtsgefängnis einsitzt. Schutzhaftbefehl wird in den nächsten Tagen der hiesigen Dienststelle übersandt.
2. Wvl. am 25.11.41 oder bei Eingang des Schutzhaft-befehls.

II E 1287/41

Krefeld, den 1. November 1941.

1. Schutzhaftbefehl ist von der Staatspolizeileitstelle Düsseldorf noch nicht eingegangen.
2. Wvl. am 15.1.1942

to



**Besuche:**

Untersuchungsgefangene rufen in der Regel alle 14 Tage mit Erlaubnis des Richters besucht werden. Die Besucher müssen sich über ihre Person einwandfrei ausweisen können.

**Besuchszeit:** Montags von A-K und Donnerstags von L-Z 9-12 Uhr.

**Sendungen:**

Der Briefverkehr unterliegt der Aufsicht des Richters. Bezug der vom Richter genehmigten Zeitungen erfolgt durch die Anstaltsverwaltung. Das Mitbringen von Lebensmitteln pp. ist nicht gestattet, der Einkauf erfolgt durch die Anstalt.

Die Angehörigen werden dringend vor dem Besuch entlassener Gefangener gewarnt, da sie erfahrungsgemäß oft in unlauterer Absicht kommen.

**Landgerichtsgefängnis****Krefeld, den 10. 11. 1941**

Unterszeichnete Gertrud Giesen,  
bittet hier mit höflichkeit um in  
dieser Sache Nachricht zu geben. Ich habe  
seit dem 2. 11. 41 meine Strafe verbüßt  
und bin von Vechta aus in das Gerichts-  
gefängnis eingeliefert worden. Ich kann  
mir gar nicht erklären weshalb ich hier  
sitzen muß. Möchte noch mal bitten  
mir recht bald eine Nachricht zu  
geben.

Mit deutschem Gruß  
Gertrud Giesen

**Geheime Staatspolizei****Stellenstelle Düsseldorf  
Außenstellenstelle Krefeld****11. NOV. 1941****II E****Beurteilung 1597/41****Ant. Dienststelle**



Abschrift:

10 15  
Journale etc.

Berlin Nue 175 629 1.11.41 0950 We.-

An Stap.Düsseldorf,

Betrifft: Schutzhaft Gertrud G i e s e n , geb. 14.2.23

Vorgang: Dort. Bericht vom 13.10.41 II E 1/41.-

Der Reichsführer 〰 und Chef der Deutschen Polizei hat angeordnet, dass die ledige Hausangestellte G. nach Strafverbüßung für die Dauer von 3 Jahren in einem Kl. unterzubringen ist. Ich bitte, die G. nach Strafverbüßung ( 2.11.41 ) in Schutzhaft rückzuführen und sie gemäß Anordnung des Reichsführers 〰 dem Kl. Ravensbrück zu überführen. Die Haftunterlagen sind dem Transport mitzugeben.

Als nächster Haftprüfungstermin setze ich den 29.10.42 fest.

RSA IV C 2 Haft Nr. G 11074 i. A. gez. F ö r s t e r .

**Geheime Staatspolizei**

Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

II D 2005/41.



An die Aussendienststelle  
in K r e f e l d .

Abschrift übersende ich zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.

Vollzugsmeldung und 1 Stellungnahme zu dem Haftprüfungstermin am 29.10.42 ist nicht erforderlich.

Anlagen: 2 Schutzhaftbefehle.

In Vertretung:  
gez. Venter,





Krefeld, den 26. November 1941. 16

Bericht.

Die Giesen war bei einem Landwirt in Kempen als Hausangestellte tätig. Bei diesem Landwirt war auch der polnische Kriegsgefangene Marian Kurzawa beschäftigt. Mit diesem Polen hat sie dann auch Geschlechtsverkehr unterhalten.

In dieser Sache wurde sie vom Landgericht Krefeld zu einer Gefängnisstrafe von 10 Monaten verurteilt.

In staats- und abwehrpolizeilicher Hinsicht ist sie bisher hier nicht in Erscheinung getreten.

*Reuchberg*  
Krim. Oberasst.

Krefeld, den 26. November 1941. 12

Vermerk: Der Schutzhäftling Gertrud Giesen, geb. am 14.2.1923 in Krefeld-Fischeln, z. Zt. im ~~Rathaus~~ Gerichtsgefängnis Krefeld wird am 29.11.1941 in Marsch gesetzt und mittels Sammeltransport nach dort überführt. Er trifft am 6.12.1941, 8,07 Uhr auf dem Bahnhof Fürstenberg ein.

*Reuchberg*  
Krim. Oberasst.



73 <sup>17</sup>  
~~425~~

E m p f a n g s b e s c h e i n i g u n g .

Den Schutzhaftbefehl der Geheimen Staatspolizei, Geheimes Staatspolizei-  
amt Berlin vom 12.11.1941 - IV C 2 Haft Nr.K.16597.habe ich heute  
erhalten.

Krefeld, den 26. November 1941.

...Gertrud Gierren.....

Beglaubigt:

*Wienberg*  
Krim.Oberassst.



"Das Buch von Robert Kempner verdient das Prädikat 'ungewöhnlich'."

(Rheinischer Merkur)



BECHTEL VERLAG MÜNCHEN UND ESSLINGEN

Henscher



Freiherr von Weizsäcker, Botschafter Rudolf Rahn, Botschafter Karl Ritter und Ernst Wörmann, SS-Brigadeführer Werner Best, Gesandter Werner von Barga, Joachim Ribbentrop, Professor Carl Schmitt. Über die Stellung von Papst Pius XII. und das Verhalten des Ribbentropschen Auswärtigen Amtes zur Judenverfolgung, finden wir ebenfalls bisher unbekanntes Material.

Die einzelnen Vernehmungen sind hier im Originalwortlaut wiedergegeben und mit personen- und sachbezogenen Kommentaren versehen. Aus der Fülle der internationalen Literatur über zwölf Jahre faschistischer Gewaltherrschaft in Deutschland wird dieses Buch herausragen, da es weder spekuliert, polemisiert noch dramatisiert, sondern nüchtern und leidenschaftslos wörtlich aufzeichnet, was Akteure aus der engen und weiteren Umgebung Adolf Hitlers, oft angesichts hoher Freiheitsstrafen, ja des Galgens, aussagten, bekannten oder zu verschweigen suchten: eine nicht nur im höchsten Grade informierende, sondern auch aufregende Lektüre.



IV C 2 Haft Nr. K 16597.

## Schutzhaftbefehl

Vor- und Zuname:	G i e s e n ,      Gertrud,
Geburtstag und -Ort:	14.2.23 in Krefeld-Fischeln,
Beruf:	Hausangestellte,
Familienstand:	ledig,
Staatsangehörigkeit:	DR.
Religion:	kath.
Rasse (bei Nichtariern anzugeben):	
Wohnort und Wohnung:	Kempen-Fischeln, Engerstr 21.

wird in Schutzhaft genommen.

### Gründe:

Er/Sie — gefährdet nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen Feststellungen durch  
sehr — ihr — Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates, indem  
er/sie

dadurch, dass sie mit einem Polen intim  
verkehrt, die gegenüber einem Angehörigen eines  
Feindstaates selbstverständliche Zurückhaltung ver-  
missen lässt und das gesunde Volksempfinden gröblich  
verletzt.



gez.    H e y d r i c h  
Beglaubigt:

*[Handwritten signature]*



Anlage 1 zum RdErl.vom 14.10.33 - II G 1600/14.10.33.

Staatspolizeistelle  
für den Regierungsbezirk  
Düsseldorf.  
Außendienststelle Krefeld  
II E 1287/41

Krefeld ....., den 11. November 1934

Durch Erlaß vom 12.11.1941 <sup>XXX</sup> 1934 - Akt. Zch.: IV C 2  
Haft Nr. K.16597 ist die Gertrud Giesen  
(Vor- und Zuname)

wohnhaft Kempen, Engerstr. 21 ..... Kreis Kempen  
Reg. Bez. Düsseldorf ..... von Beruf Hausangestellte  
Religion kath ..... geboren am: 14.2.1923  
in Krefeld-Fischeln ..... Kreis Krefeld  
Staatsangehörigkeit: R. D. ....

Familienstand: ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden.  
Rentenempfänger: nein

auf Grund des § 41 P.V.G. in Verbindung mit § 1 der Verordnung  
vom 28.2.1933 (RGBl. I S. 83) in politische Haft genommen worden.

Der Häftling befindet sich z. Zt. im  
Polizeigewahrsam in dem Gerichtsgefängnis Krefeld  
Justizgefängnis

Der Häftling ist voll arbeitsfähig und gesund. ja

Der Häftling leidet an .....

Der Häftling ist für landwirtschaftliche Außenarbeit dauernd  
untauglich. nein

Beglaubigte Abschrift der Haftanordnung und Bericht  
über den Anlaß der Verhaftung sind beigelegt.

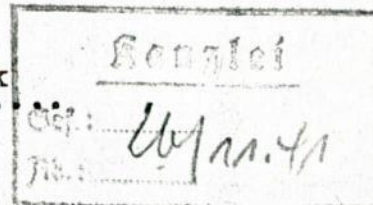
3. Anlagen

2. Z. d. Pers. Akten Giesen

An

.....  
(Unterschrift)

die Kommandantur des staatlichen  
Konzentrationslagers  
in Ravensbrück



- Antrag auf Überführung in ein Konzentrationslager -



Nr. 980.

Oranienburg, den 25. Juni 1941

1941

per Marien Kurawa

Beruf unbekannt - - - - - Religion unbekannt - - - - -

Wohnort (Wohnort unbekannt) - - - - -

ist am 21. Juni 1941 - - - - - um 12 - - Uhr 45 - -

in Oranienburg in Lager Sachsenhausen - - - - - verstorben

Der Verstorbene war geboren am 21. November 1914 - - - - -

in Lohloke. - - - - -

Landesamt - - - - -

Vater unbekannt. - - - - -

Mutter unbekannt. - - - - -

- - - - - war nicht verheiratet - - - - -

Familienstand unbekannt. - - - - -

Eingetragen auf Mündigkeit - schriftliche - Anzeige des Lagerkommandanten des Lagers Sachsenhausen in Oranienburg. - - - - -

- - - - - Angegebene - - - - -

- Vorgelesen, genehmigt und - - - - - unterschrieben

Die Übereinstimmung mit dem  
Fotokopie wird beglaubigt

den 25.6.1941

Landesbeamte

Der Landesbeamte

In Vertretung: *Kurawa*

Idosurkunde wurde auf Befehl erteilt.

Bezeichnung der Verstorbenen am in

Landesamt

Nr.



4725  
Akten

der

Geheimen Staatspolizei

Staatspolizeistelle Düsseldorf

Kreisel

über

Giesen

(Familiennamen)

Gertrud

(Vorname)

74

(Geburts)

Kreisel

(Geburts)

33220(E) 382/59  
F 1 9

Anfang: 31.3.1941

Staatsarchiv Düsseldorf	
Bestand:	Gestapo
Blattzahl:	A-35
Ausgegeben:	Nr. 47175



# Personalbogen

Hauptkartei

22

Personalien des politisch — (spionagepolizeilich\*) — in Erscheinung getretenen:

1. a) Familienname: (bei Frauen auch Geburtsname) G i e s e n  
b) Vornamen: (Rufname unterstreichen) Gertrud
2. Wohnung: (genaue Angabe) Kempen, - Fischeln, Engerstrasse 21
3. a) Deckname: \_\_\_\_\_  
b) Deckadresse: \_\_\_\_\_
4. Beruf: Hausangestellte
5. Geburtstag, -jahr 14.2.23 Geburtsort: Krefeld-Fischeln
6. Glaubensbekenntnis und Abstammung: kath.
7. Staatsangehörigkeit: D.R.
8. Familienstand: (ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden \*)  
a) Nationale und Wohnung der Ehefrau: \_\_\_\_\_  
b) Nationale und Wohnung des Vaters: \_\_\_\_\_  
c) Nationale und Wohnung der Mutter: \_\_\_\_\_  
d) Nationale und Wohnung sonstiger Auskunftspersonen: \_\_\_\_\_
9. Arbeitsdienstverhältnis:  
Musterung: (Ort) \_\_\_\_\_ am \_\_\_\_\_ 19\_\_\_\_\_  
Ergebnis: \_\_\_\_\_  
Angehöriger des Reichsarbeitsdienstes von: \_\_\_\_\_ 19\_\_\_\_ bis: \_\_\_\_\_ 19\_\_\_\_\_  
Abteilung: \_\_\_\_\_ Standort: \_\_\_\_\_
10. Militärverhältnis: (Wehrpflicht, Dienstpflicht, früheres Militärverhältnis \*)  
Musterung: (Ort) \_\_\_\_\_ am \_\_\_\_\_ 19\_\_\_\_\_  
Ergebnis: \_\_\_\_\_  
für: (Waffengattung) \_\_\_\_\_ als freiwilliger eingetreten? \_\_\_\_\_  
Wehrbezirkskommando, Wehrmeldeamt \*) \_\_\_\_\_  
Dienstzeit: von: \_\_\_\_\_ 19\_\_\_\_ bis: \_\_\_\_\_ 19\_\_\_\_\_  
als: \_\_\_\_\_  
Truppenteil: \_\_\_\_\_ Standort: \_\_\_\_\_

\*) Zutreffendes unterstreichen.



11. Politische Einstellung bzw. Funktionen: .....

### Personenbeschreibung:

12. Größe: Nach Maß oder Schätzung \*) (ohne Fußbekleidung): ..... cm

13. Gestalt ((stark, unterseht, schlank, schwächlich) \*):

14. Haltung (nach vorn geneigt, auffallend (traff, nach rechts, nach links geneigter Kopf) \*)

15. Gang ((schleppend, lebhaft, schwankend, leicht, graziös, ruhig und gemächlich, hinkend, auffällig, große oder kleine Schritte, steifbeinig) \*)

16. Gesichtsförm und -farbe (z. B. rund, oval, eckig, gesund, blaß) \*)

17. Kopfhaut (hell-, mittel-, dunkelblond, braun, schwarz, rot, weiß, grau, graugemischt) \*)

(Fülle und Tracht):

18. Bart: (z. B. Farbe, Form):

19. Augen (blau, grau, hell, dunkel, schwarz-braun) \*)

(Besonderheiten):

20. Stirn (zurückweichend, senkrecht, vorspringend, sehr hoch, sehr niedrig, sehr breit, sehr schmal) \*)

21. Nase (eingebogen, gradlinig, nach außen gebogen, winklig gebogen, wellig, groß, klein, breit, dick) \*)

22. Ohren (rund, oval, dreieckig, viereckig, groß, klein, abstehend, anliegend) \*)

23. Mund (groß, klein, dünne, dicke, wulstige Lippen) \*)

(Besonderheiten)

24. Zähne (z. B. vollständig, lückenhaft, Goldzähne) \*):

25. Sprache (z. B. Mundart, fremde Sprachen, hohe oder tiefe Stimme, Stottern, Anstoßen mit der Zunge) \*):

26. Besonders ins Auge fallende sichtbare Kennzeichen (Tätowierungen, Narben, Male, X- oder O-Beine, Verkrüppelungen usw., besonders ins Auge fallende Eigenheiten, z. B. hinkender Gang) \*):

27. Kleidung (z. B. elegant, salopp, einfach) \*):

28. Fingerabdruck ist — nicht — genommen.

\*) Zutreffendes unterstreichen.



24  
24

	Lichtbilder	
--	-------------	--

Aufgenommen am: 17. 3. 41.

durch

Name: Fischer

Amtsbezeichnung: SS Rottfhr.

**Stichwortartige Darstellung des politischen Lebenslaufes:**  
(Der Raum darf nicht zur Abhebung von Verfügungen verwandt werden).

Die Giesen hat mit einem poln. Zivilarbeiter Geschlechtsverkehr gehabt.

Die G i e s e n wird dem Richter zugeführt.

Vorgang siehe unter Marian K u r z a w a, geb. 21. 11. 14.

4. 11. 41. Die Giesen wird auf Grund des Erlasses vom 1. 11. 41, IV C 2 Haft Nr. G. 11074, für die Dauer von 3 Jahren dem KL in Ravensbrück überführt.



# Personalbogen

Personalien des politisch — (spionagepolizeilich \*) — in Erscheinung getretenen:

G i e s e n

1. a) Familienname: (bei Frauen auch Geburtsname) .....

b) Vornamen: (Rufname unterstreichen) ..... Gertrud

2. Wohnung: (genaue Angabe) ..... Kempen-Fischeln, Engerstr. 21

3. a) Deckname: .....

b) Deckadresse: .....

4. Beruf: ..... Hausangestellte

5. Geburtstag, -jahr 14.2.23 Geburtsort: ..... Krefeld-Fischeln

6. Glaubensbekenntnis und Abstammung: ..... kath.

7. Staatsangehörigkeit: ..... D.R.

8. Familienstand (ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden) \*) ..... ledig

a) Nationale und Wohnung der Ehefrau: .....

b) Nationale und Wohnung des Vaters: .....

c) Nationale und Wohnung der Mutter: .....

d) Nationale und Wohnung weiterer Auskunftspersonen: .....

9. Arbeitsdienstverhältnis:

Musterung: (Ort) ..... am ..... 19

Ergebnis: .....

Angehöriger des Reichsarbeitsdienstes von: ..... 19 bis: ..... 19

Abteilung: ..... Standort: .....

10. Militärverhältnis (Wehrpflicht, Dienstpflicht, früheres Militärverhältnis \*)

Musterung: (Ort) ..... am ..... 19

Ergebnis: .....

für: (Waffengattung) ..... als freiwilliger eingetreten? .....

Wehrbezirkskommando, Wehrmeldeamt \*) .....

Dienstzeit: von: ..... 19 bis: ..... 19

als: .....

Truppenteil: ..... Standort: .....

\*) Jutreffendes unterstreichen.



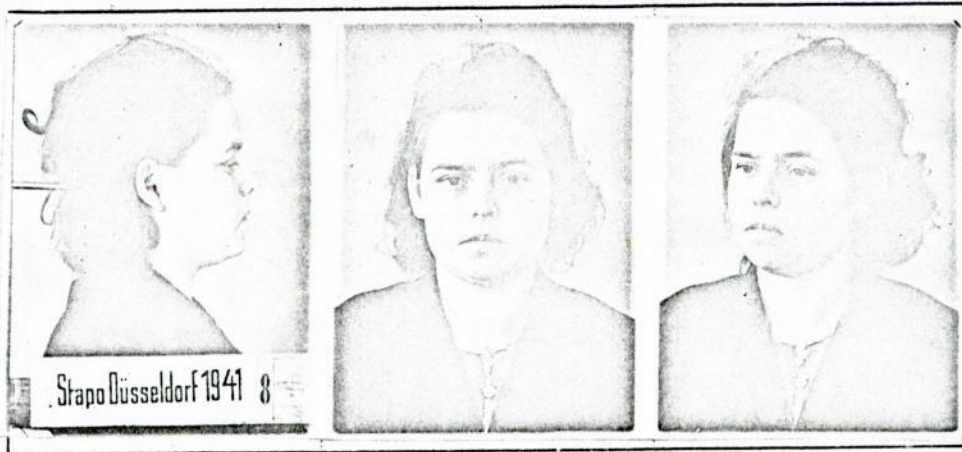
11. Politische Einstellung bzw. Funktionen: .....

### Personenbeschreibung:

12. Größe: Nach Maß oder Schätzung \*) (ohne Fußbekleidung): ..... cm
13. Gestalt (stark, unterseht, schlank, schwächlich) \*): .....
14. Haltung (nach vorn geneigt, auffallend straff, nach rechts, nach links geneigter Kopf) \*
15. Gang (schleppend, lebhaft, schwankend, leicht, graziös, ruhig und gemächlich, hinkend, auffällig, große oder kleine Schritte, steifbeinig) \*) .....
16. Gesichtsförm und -farbe (z. B. rund, oval, eckig, gesund, blaß) \*) .....
17. Kopfhaut (hell-, mittel-, dunkelblond, braun, schwarz, rot, weiß, grau, graugemischt) \*) .....
- „ (Fülle und Tracht): .....
18. Bart: (z. B. Farbe, förm): .....
19. Augen (blau, grau, hell, dunkel, schwarz-braun) \*) .....
- „ (Besonderheiten): .....
20. Stirn (zurückweichend, senkrecht, vorspringend, sehr hoch, sehr niedrig, sehr breit, sehr schmal) \*) .....
21. Nase (eingebogen, gradlinig, nach außen gebogen, winklig gebogen, wellig, groß, klein, breit, dick) \*): .....
22. Ohren (rund, oval, dreieckig, viereckig, groß, klein, abstehend, anliegend) \*) .....
23. Mund (groß, klein, dünne, dicke, wulstige Lippen) \*) .....
- „ (Besonderheiten) .....
24. Zähne (z. B. vollständig, lückenhaft, Goldzähne) \*): .....
25. Sprache (z. B. Mundart, fremde Sprachen, hohe oder tiefe Stimme, Stottern, Anstoßen mit der Zunge) \*): .....
26. Besonders ins Auge fallende sichtbare Kennzeichen (Tätowierungen, Narben, Male, X- oder O-Beine, Deckerüppelungen usw., besonders ins Auge fallende Eigenheiten, z. B. hinkender Gang) \*): .....
27. Kleidung (z. B. elegant, salopp, einfach) \*): .....
28. Fingerabdruck ist — nicht — genommen.

\*) Zutreffendes unterstreichen.





Aufgenommen am: 4. 11. 41.

durch

Name:

*Fischer*

Amtsbezeichnung: SS Rottfhr.

**Stichwortartige Darstellung des politischen Lebenslaufes:**

(Der Raum darf nicht zur Absehung von Verfügungen verwandt werden.)

Die Giesen hat mit einem poln. Zivilarbeiter Geschlechtsverkehr unterhalten. Da der erste Geschlechtsverkehr zu einer Zeit stattfand als der Pole Kriegsgefangener war, wurde die G. zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Auf Anordnung des Reichsführers SS und Chef der deutschen Polizei ist die G. nach Verbüßung ihrer Strafe für die Dauer von 3 Jahren dem KL in Ravensbrück zu überführen.





104 52 28

# Der Polizei-Präsident in Düsseldorf

## Einlieferungsanzeige.

Einliefernde Dienststelle

Zuname:

Vornamen:

Stand:

Geburtsdatum:

Geburtsort:

Kreis:

Wohnort:

-Straße Nr.

Staatsangehörigkeit:

Einlieferungsgrund:

Tag der Einlieferung:

Uhrzeit:

Polizeigefangenenregister Nr.

des Pol.-Rev.  
des Polizeigefängnisses

Durchsucht:

Arbeitsdienstverhältnis:

Wann und o gemustert:

Entscheid:

Dem Arbeitsdienst angehört:

von

bis

Abt.

Ort:

Militärverhältnis:

Für welchen Truppenteil gemustert oder als Freiwilliger angenommen:

Aus dem Militärstand ausgestoßen?

Gedient? von

bis

Truppenteil:

Standort:

Steckbrieflich verfolgt?

(Unterschrift und Amtsbezeichnung)

In Fahndungsliste gesucht?

- Fahndungserledigung ist beigelegt -

(Unterschrift und Amtsbezeichnung)

Zugeführt:

Dem Polizeigefängnis

Dem Gefängnis Derendorf

mit den umstehend bezeichneten Gegenständen

Datum:

Uhrzeit:

(Unterschrift und Amtsbezeichnung)

Übernommen in das Polizeigefängnis

Polizeigefangenenregister Nr.

Datum:

Uhrzeit:

(Unterschrift und Amtsbezeichnung)

Verbleib der festgenommenen Person:

- a) Dem Gefängnis Derendorf zugeführt.  
b) Entlassen:

Datum:

Uhrzeit:

Der R.

Düsseldorf, den

1941

Polizeigefängnisses

An

K.

(Unterschrift des Polizei-Revizoren)

Nur für K. bestimmt.

Steckbriefkontrolle.

Geprüft:

Kartei.

Kenntnis genommen:

Fahndungsdienst.

Düsseldorf, den

19

An

14. K.

(Unterschrift und Amtsbezeichnung)



Staatsanwaltschaft 23. MRZ. 1941

Düsseldorf, den 23. 3. 1941

Die am 3. 1941 übersandte Strafsache  
gegen Giesen  
wegen Verkehrs mit einem poln. Kriegsgefangenden (jetzt Ziv. Arb.)  
hat das Aktenzeichen 18 74 403/41 erhalten.

Geschäftsstelle  
der Staatsanwaltschaft.

An die

Staatspolizeistelle - Abt. II E -

in Düsseldorf.

II E 1/41.

Düsseldorf, den 18. 4. 41.

1. Kenntnis genommen.
2. Zu den P. A. der Gertrud Giesen.



7 30  
5

Urschriftlich mit Akten

an den Herrn Vorsitzenden  
der Strafkammer als großes  
Jugendgericht in K r e f e l d

Übersandt mit dem Antrage, Termin zur Hauptverhandlung  
im beschleunigten Verfahren anzuberaumen. Ich werde Anklage  
erheben gegen

die Hausangestellte Gertrud G i e s e n aus Kempen, Engerstr. 21  
bei Nopper, geboren am 14.2.23 zu Krefeld, ledig, nicht vorbe-  
straft,

in dieser Sache polizeilich festgenommen am 2.1.41 um 16 Uhr  
und auf Grund des Haftbefehls des Amtsgerichts in Düsseldorf vom  
19.3.41 Aktenzeichen 36 Gs 396/41 in Untersuchungshaft im Gefäng-  
nis in Düsseldorf seit dem 19.3.41 um 13.20 Uhr,  
wegen der Beschuldigung

in Kempen Ndrh. in der Zeit vom November bis Dezember 1940, fort-  
gesetzt handelnd, vorsätzlich mit einem Kriegsgefangenen in einer  
Weise Umgang gepflegt zu haben, die das gesunde Volksempfinden  
gröblich verletzt,  
indem sie mit dem polnischen Kriegsgefangenen Marian Kurzawa  
geschlechtlich verkehrte, mehrfach Zärtlichkeiten mit ihm austausch-  
te und mit ihm tanzte.

Vergehen nach § 4 der V.O. zur Ergänzung der Strafvorschrift zum  
Schutze der Wehrkraft des deutschen Volkes vom 25.11.39 in  
Verbindung m.d.V.O. über den Umgang mit Kriegsgefangenen vom  
11.5.1940.

Beweismittel:

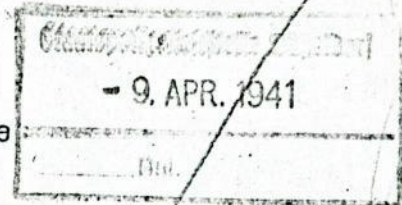
- I. Geständnis der Beschuldigten, Bl. 6.10.16 d.Akten,
- II. Zeugen: Melker Josef Gessmann, Kempen, Engerstr. 21
- III. Urkunden: Protokoll über die richterliche Vernehmung der  
Beschuldigten, Bl. 15 ff d.A.

Krefeld, den 1. April 1941  
Der Oberstaatsanwalt  
In Vertretung:  
gez. Dr. Eversheim.



Umstehende Abschrift  
an die

Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle  
in D ü s s e l d o r f



zur gefl. Kenntnissnahme zu den Vorgängen Dienststelle II E, Br.Nr.  
1/41 übersandt.

Krefeld, den 1. April 1941

Der Oberstaatsanwalt.

Auf Anordnung:

*Heinrich*  
Justizangestellte.

II E 1/41

Düsseldorf, den 15. 4. 41.

1. Kenntnis genommen

2. II F zu den P. A. der Gertrud Giesen, geb. 14. 2. 23.

*Fi.*

15/4



# Reichssicherheitshauptamt

-B.Nr.6473/41 - IV A 1c

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum  
anzugeben

Berlin SW 11, den 14. Juni 1941  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040



An die

Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle  
Düsseldorf.

Betrifft: Ehem. poln. Kriegsgefangenen Marian K u r -  
z a w a, 21.11.14 geb.

Vorgang: Bericht v.7.3.41-II E-Nr.1/41-.

Der Reichsführer 44 und Chef der Deutschen Po-  
lizei hat angeordnet, daß die ledige Hausangestellte  
Gertrud G i e s e n, 14.2.23 geb., nach Strafverbüßung  
für die Dauer von 3 Jahren in einem Frauenkonzentrations-  
lager unterzubringen ist.

Ich ersuche, beim hiesigen Referat IV C 2 zur  
gegebenen Zeit entsprechenden Antrag zu stellen.

Im Auftrage:

gez. T h i e d e k e.



Beglaubigt:  
Kanzleiangeestellte.



# Reichssicherheitshauptamt

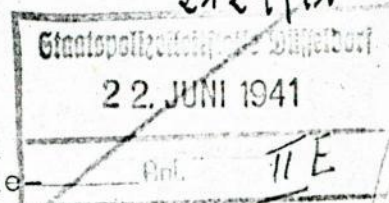
- IV A 1 c - 6473/41 -

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum  
anzugeben

Berlin SW 11, den 19. Juni 1941  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040

An die

Geheime Staatspolizei  
-Staatspolizeileitstelle-



Düsseldorf.

Betrifft: Gertrud G i e s e n, 14.2.1923 geb.,  
Marian K u r z a w a, 21.11.1914 geb.

Vorgang: Bericht vom 7.3.41 - II E Nr. 1/41 .

-----

Der Reichsführer ~~II~~ und Chef der Deutschen Polizei hat  
angeordnet, daß die Gertrud G i e s e n nach Strafverbüßung  
für die Dauer von 3 Jahren in ein Konzentrationslager einzu-  
weisen ist.

Ich ersuche zur gegebenen Zeit beim hiesigen Referat  
IV C 2 entsprechenden Antrag zu stellen.

Im Auftrage:

*Strohm*

Ro.



Stapo II E 1/41.

Düsseldorf, den 2.7.41. 34

1. Schreiben: An den

Erhalten: 2/7 41  
Geprüft: 2/7 41  
Berg iden: 2/7 41  
Eingegangen: 3. Juli 1941

Herrn Oberstaatsanwalt

in K r e f e l d.

Betrifft: Gertrud G i e s e n, geb. am 14.2.23 zu Krefeld.  
Dortiges Aktenzeichen: 5 Js 72/41.

Vorgang: Ohne.

Ich bitte, nach Verbüßung der Strafe zu meiner Verfügung in das Polizeigefängnis einzuliefern.

2. Zu den P. A. der Gertrud Giesen, geb. am 14.2.23 in Krefeld.

Wv. am 10.7.41.

2. Schreiben:

3. Juli 1941

An die Geheim Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf  
Aussendienststelle  
3. Jt. vom H. K. Jung über Krefeld in Krefeld.

G e h e i m.

Betrifft: Gertrud Giesen, geb. 14. 2. 23 in Krefeld, z. Zt.  
in Haft wegen verbotenen Verkehrs mit einem polnischen  
Kriegsgefangenen, Aktenzeichen der St.A. in Krefeld:  
5. Js 72/41.

Vorgang: Ohne.

Im Januar d. J. wurden die Vorgenannte sowie der  
ehemalige polnische Kriegsgefangene Marian Kurzawa festge-  
nommen, da sie zusammen Geschlechtsverkehr <sup>Kontaktfälle</sup> hatten.  
Gegen den Polen wurde Sonderbehandlung beantragt. Er ist in-  
zwischen in dem Konzentrationslager in Sachsenhausen gehängt  
worden. Da der erste Geschlechtsverkehr zu einer Zeit statt-  
gefunden hat, als der Pole noch Kriegsgefangener war, wurde  
die Giesen dem Richter vorgeführt. Die Verhandlung soll am  
16. 7. 41 in Krefeld stattfinden. Der Reichsführer SS und  
Chef der Deutschen Polizei hat angeordnet, dass die Giesen  
nach der Strafverbüßung für die Dauer von 3 Jahren einem  
KL zuzuführen ist. Ich habe aus diesem Grunde den Oberstaats-  
anwalt in Krefeld gebeten, die Giesen zu gegebener Zeit in  
das Polizeigefängnis in Krefeld einzuliefern. Ich bitte um  
Mitteilung, wenn die Giesen dort eingeliefert wird. Schutz-  
haftantrag wird von hier gestellt.

2. Zu den P. A. der Gertrud Giesen.

Hauptkarte: 4/7. Bm

Bm. 1/7.



# Reichssicherheitshauptamt

B.Nr. 6473/41 - IV A 1 c

Mitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 2. Juli 1941  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 1200/40

2287/41

Staatspolizeileitstelle Düsseldorf  
- 2. JULI 1941

An die

Geheime Staatspolizei  
- Staatspolizeileitstelle -

Düsseldorf.

Betr.: Gertrud G i e s e n, 14.2.23 geboren.  
Vorg.: Bericht vom 17.1.41 - II E 1 - Nr. 1/41 -  
Erlaß v. 24.2.41 mit obiger B.Nr.

Ich ersuche um baldgefl. Bericht über den Stand bzw. Ausgang des Strafverfahrens gegen die Obengenannte.

Im Auftrage:

WO

# Reichssicherheitshauptamt

IV C 2 Haft-Nr. K. 16 597

Mitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 21.7. 1941  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 1200/40

2507/41

Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

23. JULI 1941

An die

Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle

Düsseldorf

Betr.: Gertrud G i e s e n, geb. 14.2.23 in Krefeld-Fischeln.  
Vorg.: II E 1 / 41 -

Ich bitte um Bericht über den Ausgang des Strafverfahrens.

Im Auftrage:



Stapo II E 1/41.

Düsseldorf, den

9. 7. 41.

1. Schreiben:

An das Reichssicherheitshauptamt

in B e r l i n

Betrifft: Getrud G i e s e n, geb. 14. 2. 23.

Vorgang: Erlass vom 2. 7. 41 - IV A 1 c 6473/41.

Die Verhandlung gegen die Giesen findet am 16. 7. 41 statt. Für Rücküberstellung ist Sorge getragen.

2. Zu den P. A. der Gertrud Giesen, geb. 14. 2. 23.



J. A.

11/8/7

Am 8. 7.



**Geheime Staatspolizei**  
Staatspolizeistelle Düsseldorf  
Außendienststelle Krefeld

Krefeld, den 28. Juli 1941  
Goethestr. 108  
Fernsprecher Nr. 22167

**Geheim!**

B.-Nr.

II E/209/41 g.

Bitte in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

An die

Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf  
z. Hd. von H-Stubaf. Regierungsrat  
Dr. V e n t e r -od. V.i.A.-

in D ü s s e l d o r f

Betrifft: Gertrud G i e s e n, geb. am 14.2.1923 in Krefeld,  
z. Zt. im Gerichtsgefängnis Krefeld.

Vorgang: Verfg. vom 2.7.1941 - II E 1/41 g-fernmündliche Anord-  
nung vom 28.7.1941.

Anlagen: ./.

Die Obengenannte wurde durch Urteil der Strafkammer Krefeld vom 16.7.1941 zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem wurden gegen sie Fürsorgemaßnahmen angeordnet. Die erlittene Schutz- und Untersuchungshaft wurde voll in Anrechnung gebracht.

Die G i e s e n befindet sich z. Zt. noch im Gerichtsgefängnis Krefeld, wird aber in Kürze der Strafanstalt Frankfurt-Breungesheim/ a.M. zugeführt.

Die Strafakten sind z. Zt. bei der Staatsanwaltschaft Krefeld unentbehrlich.

Im Auftrage:

*[Handwritten signature]*



Stapo II E 1/41.

Düsseldorf, den 8. 8. 41.

Erhöht  
C  
1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99  
100

1. Schreiben:

An das Reichssicherheitshauptamt - IV C 2.

11. Aug. 1941

in B e r l i n.

Betrifft: Gertrud G i e s e n, geb. 14. 2. 23 in Krefeld-Fischeln.

Vorgang: Erlass vom 21. 7. 41 - IV C 2 Haft-Nr. K. 16 597.

Die Giesen wurde durch Urteil der Strafkammer in Krefeld am 16. 7. 41 zu einer Gefängnisstrafe von 10 Monaten verurteilt. Schutz- und Untersuchungshaft wurden angerechnet. Ausserdem sind gegen sie Fürsorgemassnahmen angeordnet worden.

2. Zu den P. A. der Gertrud Giesen, geb. 14. 2. 23, Zur Wv. am 20. 8. 41.

I. V.

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten notes: 27, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100]*

Düsseldorf, den 15. 9. 41.

Die Aussendienststelle in Krefeld - Kr. O. Asst. Homberg- wurde fernmündlich gebeten, nochmals bei der Staatsanwaltschaft für die Rücküberstellung der Giesen zu sorgen.

*[Handwritten signature]*  
Kr. Sekr.

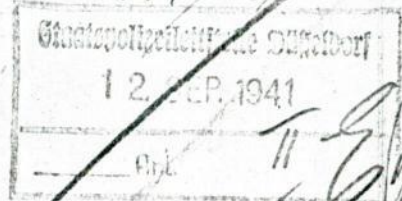


# Reichssicherheitshauptamt

B.Nr. 6473/41 - IV A 1 c

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 9. Sept. 1941  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040



An die

Geheime Staatspolizei  
- Staatspolizeileitstelle -

Düsseldorf

Betr.: Gertrud G i e s e n., 14.2.23 geboren.  
Vorg.: Bericht vom 17.1.41 - II E 1 Nr. 1/41 -  
Erlaß v. 24.2.41 mit obiger B.Nr.

Ich ersuche um baldgefl. Bericht über den Stand bzw. Ausgang des Strafverfahrens gegen die Obengenannte.

Im Auftrage:

WO

Stapo II E 1/41.

Düsseldorf, den 22. 9. 41.



An das Reichssicherheitshauptamt IV A 1 c

in B\_e\_r\_l\_i\_n 24. Sept. 1941

Betrifft: Gertrud G i e s e n., geb. 14. 2. 23.

Vorgang: Erlass vom 9. 9. 41 - IV A 1 c, B. Nr. 6473/41.

Die Giesen wurde durch Urteil der Strafkammer in Krefeld am 16. 7. 41 zu einer Gefängnisstrafe von 10 Monaten verurteilt. Schutz- und Untersuchungshaft wurden angerechnet. Ausserdem sind gegen sie Fürsorgemassnahmen angeordnet worden. Am 8. 8. 41 habe ich dem Reichssicherheitshauptamt IV C 2 - berichtet.

2. Zu den P. A. der Gertrud Giesen. Wv. am 1. 10. 41

I. V.



IM NAMEN DES DEUTSCHEN VOLKES!

Strafsache

gegen die jugendliche Hausangestellte Gertrud Giesen aus Kempen-Krefeld, Engerstr. 21 bei Hüpfer, geboren am 14.2.1923 zu Krefeld-Fischeln, ledig, polizeilich festgenommen am 2.1.1941, in Untersuchungshaft seit dem 19.3.1941 wegen verbotenen Verkehrs mit Kriegsgefangenen.

Die I. Strafkammer des Landgerichts in Krefeld in der Sitzung vom 16. Juli 1941, an der teilgenommen haben:

Landgerichtsrat Meyer,  
als Vorsitzender,

Amtsgerichtsrat Dr. Kubowitz,  
Assessor Dr. Walz,  
als beisitzende Richter,

Staatsanwalt Dr. Fischer,  
als Beamter der Staatsanwaltschaft,

Justizsekretär Wolfs,  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

Die Angeklagte wird wegen verbotenen Umgangs mit einem Kriegsgefangenen zu einer Gefängnisstrafe von 10 - zehn - Monaten kostenpflichtig verurteilt.

Die Vorstrafe wird darauf angerechnet.

Erziehungsmassnahmen sind erforderlich; die Auswahl bleibt dem Vormundschaftsgericht überlassen.

G r ü n d e .

Die Angeklagte war seit dem 1. April 1940 bei dem Bauern Hüpfer in Kempen, Engerstr. 21, als Hausangestellte beschäftigt. Seit dem 2. April 1940 waren dem Bauern zwei polnische Kriegsgefangene, darunter der Marian Kurzawa, zugewiesen.. Mit November 1940 begann die Angeklagte, mit dem genannten Kriegsgefangenen ein freundschaftliches Verhältnis zu unterhalten. Sie suchte die Gesellschaft des Kriegsgefangenen und unterhielt sich häufig mit ihm. Weiterhin duldete sie es, dass der Kriegsgefangene



17/25 u  
sie unarmte und küsste. Am 22.12.1940 gab sie sich dazu hin, in Anwesenheit des Kurzawa und anderer Kriegsgefangenen auf der Mundharmonika zu spielen und dabei einige ihr von Kurzawa geschenkte Zigaretten zu rauchen. Am 27.12.1940 kam es soweit, dass sie in der Küche des Bauernhauses mit Kurzawa tanzte; sie stellte das Tanzen erst dann ein, als der ebenfalls anwesende Melker Gessmann ihr einen Tritt versetzte. Am 5.12.1940 kam es auf dem Schlafzimmer des Landjahnjungen Niebeles zwischen ihr und dem Kurzawa zum Geschlechtsverkehr. Am 22.12.1940 wurde der Geschlechtsverkehr wiederholt, allerdings war zu dieser Zeit Kurzawa nicht mehr Kriegsgefangener sondern Zivilarbeiter.

Nach diesem Sachverhalt, der durch das Geständnis der Angeklagten und die Aussage des Zeugen Gessmann festgestellt ist, hat die Angeklagte vorsätzlich mit einem Kriegsgefangenen in einer Weise Umgang gepflogen, die das gesunde Volksempfinden grübelndst verletzt. Sie hat demnach gegen den § 4 der V.O. zur Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutze der Wehrkraft des Deutschen Volkes vom 25.11.1939 in Verbindung mit der V.O. über den Umgang mit Kriegsgefangenen vom 11.5.1940 verstossen.

Die Angeklagte ist für die Tat verantwortlich. Nach dem Gutachten des Gefängnisarztes Dr. Kirch als Sachverständiger hat sie nach ihrer geistigen und sittlichen Entwicklung die Fähigkeit, das Ungesetzliche der Tat einzusehen und ihren Willen gemäss dieser Einsicht zu bestimmen § 3 JGG.. Allerdings ist die Fähigkeit, den Willen gemäss der Einsicht zu bestimmen, bei der Angeklagten herabgemindert. Die am 14.2.1923 geborene, also jetzt 18jährige Angeklagte entspricht nach dem Sachverständigen Gutachten in körperlicher und geistiger Beziehung einem Mädchen zwischen 16 und 17 Jahren. Mit dieser Einschränkung ist sie aber voll verantwortlich. Eine erhebliche Verminderung der Fähigkeit zur Einsicht und Willensbestimmung im Sinne des § 51, Abs. II. BGB. war in Übereinstimmung mit dem Sachverständigen abzulehnen.

Im Hinblick auf die Schwere des Verstoßes reichen Erziehungsmassnahmen allein nicht aus, um die Tat zu sühnen. Sie sind jedoch geboten, um die Angeklagte dem verderblichen Einfluss des Vaters zu entziehen. Die Auswahl war dem Vormundschaftsgericht vorzubehalten § 5 JGG.. Darüber hinaus war die Angeklagte zu bestrafen. Mildernd konnte berücksichtigt werden, dass nach dem Gesamtbild, das die Hauptverhandlung ergeben hat, die Aufsicht bei Höpper über den Umgang des Personals mit den Kriegsgefangenen recht mangelhaft war, weiterhin die Angeklagte der Einsicht und Willensstärke noch jugendlicher ist als ihr Geburtsdatum vermuten

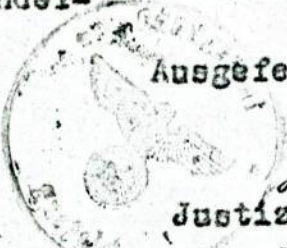


18 42  
lässt und schliesslich die nachteiligen Einflüsse des Vaterhauses die guten Anlagen der Angeklagten nicht zur Entfaltung kommen liessen. Im Hinblick auf alle diese Umstände erschien eine Gefängnisstrafe von 10 - zehn - Monaten als angemessen und ausreichende Sühne.

gez. Hayer  
zugleich für den durch Urlaub  
an der Unterschrift verhinder-  
ten Assessor Dr. Waltz

gez. Dr. Kubowitz

Ausgefertigt:

  
Justizsekretär *Angewiesen*

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle des Landgerichts.



Reichssicherheitshauptamt

IV C 2 Haft-Nr. G 11074

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum  
anzugeben

Berlin SW 11, den 17. 9. 1941  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040

An die

Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle

Düsseldorf

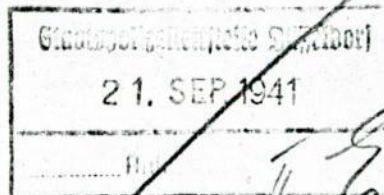
Betrifft: Schutzhaft Gertrud G i e s e n, geb. 14. 2. 23  
Vorgang: Dort. Bericht vom 8. 8. 41 II E 1/41

Unter Bezugnahme auf den Erlaß vom 14. 6. 41 -  
IV A 1 c - bitte ich noch um Mitteilung, wann die G. ihre  
Strafe verbüßt hat.

Im Auftrage:

gez. Förster

Beglaubigt:  
Kanzleiangestellte





**Geheime Staatspolizei**  
Staatspolizeistelle Düsseldorf  
Außendienststelle Krefeld

Krefeld, den 19. September 1941  
Goethestr. 108  
Fernsprecher Nr. 22167

B.-Nr. II E/ 209/41 g

Bitte in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

An die

Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf  
in Düsseldorf.

Betrifft: Gertrud G i e s e n , geb. am 14.2.1923 in Krefeld  
zur Zt. in der Strafanstalt Breungsheim.

Vorgang : Fernmündliche Rücksprache mit Krim.Sekretär Kruse,  
Atlg. II E.

Anlagen : - 1 -

-----

Jn Anlage überreiche ich verfüungsgemäß das gegen  
die Obengenannte gefällte Gerichtsurteil der I. Strafkammer  
des Landgerichts Krefeld vom 16.7.1941.

Die G i e s e n hat ihre Strafe am 2.11.1941  
verbüßt und wird nach Strafverbüßung der hiesigen Dienststel-  
le überstellt.

Jm Auftrage:

*[Handwritten signature]*

Düsseldorf, den 8. 10. 41.

Die Aussendienststelle in Krefeld wurde fernmündlich gebeten  
beim Vormundschaftsgericht festzustellen, was dieses bezgl. der gefor-  
derten Erziehungsmassnahmen beabsichtigt. Nach Mitteilung der Aussen-  
dienststelle, Kr. O. Asst. Homberg, ist gegen die Giesen Schutzaufsicht  
vorgesehen.

*[Handwritten signature]*  
Kr. Sekr.



1. Schreiben: An das Reichssicherheitshauptamt - IV C 2 -

in B e r l i n.

Betrifft: Schutzhaft Getrud G i e s e n, geb. 14. 2. 23.

Vorgang: Erlass vom 17. 9. 21- IV C 2 Haft-Nr. G 11074.

Die Giesen hat am 2. 11. 41 ihre Strafe verbüsst. Für Rücküberstellung ist Sorge getragen. Da im Urteil Erziehungsmassnahmen für erforderlich gehalten werden, beabsichtigt das Vormundschaftsgericht, die Giesen nach ihrer Entlassung unter Schutzaufsicht zu stellen. Abschrift des Urteils füge ich bei.

2. Dem Schreiben zu 1. ist eine Abschrift des Urteils beizugeben.

3. Zu den P. A. der Getrud Giesen, geb. 14. 2. 23.

I. V.

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten signature]*  
9/10  
14/10



29 18 46

Abschrift.

Berlin NUE 175 629 1.11.1941. 0950 - WE -

An Stapo Düsseldorf -

Betr.: Schutzhaft Gertrud G i e s e n , geb. 14.2.1923.

Vorgang: Dort.Bericht v. 13.10.1941 - II E 1/41 -

-----  
Der Reichsführer 44 und Chef der Deutschen Polizei hat angeordnet, dass die ledige Hausangestellte G. nach Strafverbüßung für die Dauer von 3 Jahren in einem KL. unterzubringen ist. Ich bitte, die G. nach Strafverbüßung (2.11.41) in Schutzhaft rückzuführen und sie gemäss Anordnung des Reichsführers-44 dem KL. Ravensbrück zu überführen. Die Haftunterlagen sind dem Transport mitzugeben. -Als nächsten Haftprüfungstermin setze ich den 29.10.1942 fest.-

RSHA IV C 2 Haft Nr. G. 11074 I.A.  
gez. Foerstern,

Krim.Rat.



Abschrift.

Ortspolizeibehörde Kempen-Ndrh.

Amt Kempen Ndrh.

Geschäftszeichen: 1/41

Anruf 451-453 Amt Kempen Ndrh.

Strafanzeige

Tatort Kempen-Ndrh.

AG.Bezirk Kempen-Ndrh.

Tatzeit: Nov.-Dez.1940

Kempen-Ndrh., d.2.1.41

Strafbare Handlung:

Der Melker

Josef G e B m a n n

Verbotswidriger Geschlechtsverkehr zwischen polnischen Kriegsgefangenen bzw. polnischen Zivilarbeitern und Reichsdeutschen.

am 22.März 1891 in Uedem  
Krs.Geldern geboren, in  
Kempen-Ndrh., Engerstr.21  
wohnhaft, zeigt an:

Beschuldigt:

a) Hausangestellte  
Gertrud G i e s e n ,  
geb. am 14.2.1923 in Krefeld,  
Wohnung: Kempen-Ndrh.,  
Engerstr. 21

b) ehem. polnischer Kriegs-  
gefangener jetzt Zivil-  
arbeiter  
Marian K u r z a w a ,  
geb. am 21.11.1914 in  
Smulsko,  
Wohnung: Kempen-Ndrh.,  
Engerstr. 21 bei dem  
Bauer N o p p e r .

Als Melker bin ich bei den  
Landwirten Johannes und Jakob  
N o p p e r in Kempen-Ndrh.,  
Engerstr. 21, seit d.6.11.40 be-  
schäftigt. Auf gleicher Arbeits-  
stelle arbeitet die Hausangestell-  
te Gertrud Giesen. Ausser der  
Giesen und mir beschäftigen  
die Gebrüder Nopper auf ihrem Hof  
noch zwei polnische Kriegsgefan-  
gene und den Landjhrjungen  
Hans Niebels.

In den ersten Tagen, als ich  
bei den Gebrüdern Nopper beschäf-  
tigt war, stellte ich fest, daß  
zwischen der Giesen und den  
beiden polnischen Kriegsgefangenen  
enge freundschaftliche Be-  
ziehungen bestanden. Daraufhin



23 48  
Zi

fragte ich eines Tages meinen Vorgänger, den Melker Erich Drathen, was eigentlich mit der Gertrud Giesen los sei, da ich sie des öfteren mit den auf dem Hofe beschäftigten polnischen Kriegsgefangenen gesehen habe, als sie sich gegenseitig balgten. Drathen erklärte mir nun, dass die Giesen geschlechtskrank sei und dass sie ihn durch den Geschlechtsverkehr angesteckt habe. Er wäre dieserhalb schon fünf Monate in ärztlicher Behandlung. Über die Beziehungen der Giesen zu den polnischen Kriegsgefangenen hat Drathen nichts verlauten lassen.

Im Verlaufe meiner Tätigkeit und zwar war es Mitte November des Jahres 1940, den genauen Tag weiss ich nicht mehr, beobachtete ich erstmalig, als ich gegen 11 Uhr von meinem Schlafzimmer kam und zum Kuhstall ging, dass die Giesen in der ersten Etage des Wohnhauses der Gebr. Nopper in einem Fenster lag und <sup>dem</sup> auf dem Hofe beschäftigten polnischen Kriegsgefangenen, dessen Vornamen Thadäus ist, mit ihrem Kopf zunickte. Als ich die Kühe am melken war, betrat gegen 11,30 Uhr die Giesen den Kuhstall, um aus einem Raume, welcher neben dem Kuhstall liegt, Brandmaterial zu holen. Nachdem sie das Brandmaterial geholt hatte, begab sie sich zum Schweinestall. Beim Ausschütten der Milch beobachtete ich jetzt, dass die Giesen, welche im Gang des Schweinestalles stand, sich mit dem polnischen Kriegsgefangenen mit Vornamen Thadäus unterhielt. Ich hörte, wie die Giesen zu dem Polen sagte, dass sie gleich zur Scheune kommen werde, um Kartoffeln zu holen. Beim Mittagessen, welches wir ohne die polnischen Kriegsgefangenen einnahmen, war auch eine Frau namens van Dinther anwesend. Frau van Dinther als auch ich stellten fest, dass das Kleid der Giesen erheblich mit Karf behaftet war. Als Frau van Dinther die Giesen dieserhalb zur Rede stellte, erhielt sie zur Antwort, dass sie beim Holen der Kartoffeln in der Scheune in die dort befindlichen Löcher gefallen sei. Damit war unsere Unterredung zu Ende.

In einem andern Falle und zwar im Monat Dezember 1940, auch hier kann ich den genauen Tag nicht sagen, beobachtete ich in der Zeit zwischen 8,30 und 9 Uhr und zwar auf dem Heuboden wosich mein Schlafzimmer befindet, dass die Giesen, welche den Fußboden meines Schlafzimmers auskehrte, herauslief. Im gleichen Augenblick kam der polnische Kriegsgefangene mit Vornamen Marian zum Heuboden heraufgelaufen und sagte zu der Giesen: "Gertrud 50 Zigaretten". Was der Pole damit sagen wollte, weiss ich nicht. Von



24 49  
24

meinem Zimmer sah ich nun, wie der polnische Kriegergefangene die Giesen umarmt hatte und wie beide sich im Heu taumelten. Als der Pole mich bemerkte, verschwand er vom Heuboden eiligst.

Am 5.12.1940 zwischen 8 und 9 Uhr lag ich im Bett meines Schlafzimmers. Während dieser Zeit betrat die Giesen das Schlafzimmer des Hans Niebels, welches neben meinem Schlafzimmer liegt. Ich stand nun auf und sah, wie der polnische Kriegsgefangene mit Vornamen Marian ebenfalls das Schlafzimmer betrat, in welchem die Giesen sich befand.

Daraufhin begab ich mich zur Schlafzimmertüre von dem Schlafzimmer des Hans Niebels, in welchem die Giesen und der Pole sich befanden, um zu hören, was in dem Schlafzimmer vorging. Ich hörte deutlich mehrere Minuten lang die Geräusche der Matratze. Da die Türe nicht abgeschlossen war, sondern nur angelehnt war, steckte ich meinen Kopf durch die Zimmertüre. Ich sah nun, wie die Giesen im Bett lag und der Pole, welcher sich über die Giesen gelegt hatte, den Geschlechtsverkehr mit ihr ausführte. Durch die geöffnete Türspalte habe ich weiter gesehen, dass der Pole nach Beendigung des Geschlechtsaktes vom Bett heruntersprang und sein Glied reinigte. Ich begab mich jetzt wieder zu meinem Schlafzimmer.

Als ich mich einige Zeit auf meinem Zimmer befand, betrat in ganz aufgeregtem Zustande die Giesen mein Schlafzimmer und fragte mich: "Haben Sie etwas gesehen" Ich sagte zu ihr, ich sei blind, im übrigen solle sie nur abhauen. Mit dieser Äusserung wollte ich sagen, dass ich deutlich gesehen habe, was auf dem Schlafzimmer des Niebels zwischen ihr und dem polnischen Kriegsgefangenen vorgekommen ist.

Am gleichen Tage, als ich die Giesen auf dem Zimmer des Niebels ertappte, stellte ich sie über den Vorfall zur Rede. Daraufhin stand die Giesen auf und rief den polnischen Kriegsgefangenen mit Vornamen Marian in unsern Essraum hinein. Im gleichen Augenblick fragte Hans Niebels den Polen wie folgt: "Hast Du Gertrud gevögelt?" Hierauf antwortete der Pole mit "ja", worauf die Giesen erwiderte, "Das saget er nur so".

Ich stellte die Giesen jetzt ~~ernst~~ erneut zur Rede und sagte ihr, dass ich deutlich gesehen habe, dass sie mit dem Polen den Geschlechtsverkehr vollzogen habe. Die Giesen gab jetzt zu, dass sie an dem fraglichen Tage mit dem polnischen Kriegs-



25 50  
23  
2/3

gefangenen mit Vornamen Marian geschlechtlich verkehrt habe, wobei sie bemerkte, "Ich kann nichts daran machen, ich liebe ihn." Zum Schlusse unserer Unterredung bat sie mich, über den Fall Stillschweigen zu bewahren.

Am nächsten Tage, also am 6.12.1940 hörte ich von meinem Schlafzimmer aus, <sup>dass</sup> Frau Jakob Nopper mit der Giesen zum Schlafzimmer des Hans Niebels ging. Aus ihrer Unterredung hörte ich, dass Frau Nopper folgendes sagte: "Was kann es nutzen, wenn Du jede Woche zum Arzt läufst und Du Dich dauernd mit den Polen im Pferdestall und auf den Zimmern herumtreibst."

An einem andern Tage und zwar in der vergangenen Woche, den Tag weiss ich nicht mehr, reparierte ich mein Akkordion. Bei dieser Gelegenheit spielte ich auf Verlangen der Giesen in der Küche der Eheleute Nopper einen Walzer. Als ich am spielen war, rief die Giesen die polnischen Kriegsgefangenen herbei und tanzte mit einem der Polen, dessen Vornamen Marian ist. Da ich dieses nicht zulassen wollte, habe ich mit meinem rechten Fuss der Giesen einen Tritt gegen ihr Gesäss versetzt, worauf sie den Tanz einstellte. Im Verlaufe meiner Unterredung an dem fraglichen Tage erzählte sie mir noch, dass sie an einem Abend mit polnischen Kriegsgefangenen in der Küche der Eheleute Nopper Schokolade gegessen, gezecht und getanzt habe.

Eine Anzeige gegen die Giesen habe ich deshalb nicht eher erstattet, weil ich die Absicht hatte, den zweiten polnischen Kriegsgefangenen ebenfalls zu überführen.

Ich werde auch bei einer Gegenstellung mit der Giesen meine Angaben aufrecht erhalten.

v.g.u. gez. Josef Geßmann.

v. g.w.o.

gez .Unterschrift, Pol.-Hauptwachtmeister.

Kempen-Ndrh., den 2.12/ 1941.

Vermerk: Wegen dringenden Tatverdachts wurde die Hausangestellte Gerud Giesen heute um 16 Uhr und nach deren Geständnis der frühere polnische Kriegsgefangene und jetzige poln.Zivilarbeiter Marian Kurzawa heute um 18 Uhr vorläufig festgenommen. Die Giesen wurde dem hiesigen Polizeigefängnis, Kurzawa dem Pol.-Gefgs.St. Tönis zugeführt. gez. Unterschrift, Pol.H.Wachtm.



Verhandelt Kempen-Ndrh., d.2.1.1941.

Verantwortliche Vernehmung eines beschuldigten  
Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren.

---

Verantwortliche Vernehmung der

G i e s e n , Gertrud, geb. am 14.2.1923 in Krefeld-  
Fischeln, Hausangestellte,  
ledig, kath., wohnhaft in Kempen,  
Engerstr. 21; angebl. nicht vorbestraft  
Nettoeinkommen 30.-RM. monatl.

Name des Vaters: Peter Giesen, Maurer,  
Krefeld, Hindenburg-  
siedlung 45c wohnh.

Name der Mutter: Gertrud geb. Hüskes, +.

Zur Sache:

Der Gegenstand meiner Vernehmung ist mir bekanntgegeben worden. Als Hausangestellte bin ich bei den Begr. Johannes und Jakob Nopper, ~~KEMPEX~~ Kempen-Ndrh., Engerstr. 21, seit dem 1.4.40 beschäftigt. Auf gleicher Arbeitsstelle arbeiten der Melker Geßmann und der Landjahrjunge Niebelusserdem beschäftigen die Gebrüder Nopper zwei polnische Kriegsgefangene.

Richtig ist es, dass ich in der Zeit von Ende August 1940 bis Ende Oktober 1940 geschlechtskrank (Tripper) gewesen bin. Meines Erachtens bin ich durch den Melker Erich Dathen, welcher bei den Begr. Nopper beschäftigt war, und mit welchem ich mehrere Male geschlechtlich verkehrt habe, angesteckt worden. Ich war dieserhalb von Ende August 1940 bis Ende Oktober 1940 bei dem Arzt Dr.med. van Husen, Krefeld, Ostwall 23, in ärztlicher Behandlung. Eine Bescheinigung des behandelnden Arztes, dass ich geheilt bin, habe ich noch in meinem Besitz und werde die Bescheinigung, sofern ich sie noch finden kann, meiner Vernehmung beifügen. Im übrigen entbinde ich den Arzt von seiner Schweigepflicht, sofern es meine Behandlung anbetrifft.

Ich gebe nun zu, mit den beiden polnischen Kriegsgefangenen während der Zeit, dass ich bei Nopper beschäftigt bin, enge freundschaftliche Beziehungen unterhalten zu haben. Die Beziehungen bestanden darin, dass ich mich am Sonntag, den 22.12.1940, in der Küche der Eheleute Johannes Nopper in der Zeit von 21-22 Uhr aufgehalten habe, wobei fünf polnische Kriegsgefangenen zugegen waren. Von diesen Kriegsgefangenen sind zwei bei den Gebrüdern Nopper beschäftigt. Wo der fünfte Kriegsgefangene beschäftigt ist, weiss ich nicht. In Gegenwart der Polen habe ich Mundharmonika gespielt und eine Zigarette geraucht. Getanzt habe ich an diesem Tage nicht.



Ich gebe weiter zu, dass ich mit einem polnischen Kriegsgefangenen dessen Vornamen Marian ist, zwei mal geschlechtlich verkehrt habe. Der Hergang ist folgender:

Im Monat November 1940, soweit ich mich noch entsinnen kann, war es am 7.11.40, als ich Kartoffeln aus der Scheune holen musste, folgte der Pole mit Vornamen Marian mir, da ich mich mit ihm in der Zeit zwischen 11 und 12 Uhr im Gang des Schweinestalles verabredet hatte. Als der Pole die Scheune betreten hatte, umarmte er mich und wollte mir einen Kuss geben. Da der Melker Geßmann jedoch in diesem Augenblick die Scheune betrat, liess er von mir ab. Darauf verliess der Pole die Scheune. Weitere Zärtlichkeiten habe ich am gleichen Tage und in darauffolgenden Tagen mit dem Polen nicht mehr ausgetauscht.

Zu Anfang des Monats Dezember 1940, den genauen Tag weiss ich nicht mehr, musste ich die Betten von dem Melker Geßmann und des Niebels machen. Da beim Auskehren der Schlafzimmer der Stiel aus dem Besen ging, brachte ich den Besen zum Pferdestall, damit der Pole mit Vornamen Marian diesen wieder in Ordnung bringen sollte. Ohne dass ich mich mit dem Polen verabredete, ging ich zu den Schlafzimmern zurück. Als ich mich auf dem Schlafzimmer des Niebels befand, betrat der Pole mit Vornamen Marian den durch eine Dachluke den Heuboden und rief mir zu, dass ich den Besen annehmen solle. Ich ging nun aus dem Zimmer heraus und wollte den Besen annehmen. Er fasste mich nun mit seiner rechten Hand an und zog mich über den Heuboden, in der Absicht, im Hau mit mir geschlechtlich zu verkehren. In diesem Falle warf der Pole mich gewaltsam ins Heu. Da ich mich heftig zur Wehr setzte, erschien der Melker Gessmann an der Türe seines Schlafzimmers, worauf der Pole von mir abliess und sich im Heu versteckte. Ich ging alsdann wieder zu dem Schlafzimmer des Niebels zurück. Nach wenigen Minuten betrat der Pole leise das Schlafzimmer, in welchem ich mich befand. Als er das Zimmer betreten hatte, warf er mir ein Kopfkissen, warf es ihm entgegen, damit er von mir ablassen solle. Daraufhin fasste er mich ~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~ mit seinen beiden Armen an meine Handgelenke und warf mich mit Gewalt mehrmals quer übers Bett, obwohl ich mich heftig zur Wehr setzte. Trotzdem ich zu ihm sagte, er solle von mir ablassen, liess er nicht von mir ab, sondern stemmte seine Knie gegen meine Knie. Alsdann zog er meinen Rock in die Höhe und zog meine Hose gewaltsam herunter, ohne dass wir gegenseitig Zärtlichkeiten ausgetauscht hatten. Als der Pole seine Knie gegen meine Knie gestemmt hatte, hatte er seine Hose bereits geöffnet und führte sein steifes Glied, welches sich ausserhalb seiner Hose befand, in meine Scheide ein. Obwohl der Geschlechtsverkehr etwa 5 Minuten dauerte, kam es zum Samenerguss des Polen in meine Scheide nicht, da er sein Glied herauszog. Ob der Samenerguss bei dem Polen eingetreten ist, nachdem dieser sein Glied herausgezogen hatte, kann ich nicht sagen, da ich dieses nicht gesehen habe. Nachdem der Pole in meinem Beisein sein Glied gereinigt hatte, verliess er, ohne etwas zu sagen, das Schlafzimmer.

Es trifft ferner zu, dass ich einige Tage nach diesem Vorfall beim gemeinsamen Mittagessen von dem Melker Gessmann zur Rede gestellt worden bin. Im Verlaufe meiner Unterredung habe ich zunächst geleugnet, mit dem Polen geschlechtlich verkehrt zu haben. Ich habe ihm jedoch, als er mich zum zweiten Male zur Rede stellte, gestanden, dass ich doch mit dem Polen geschlechtlich verkehrt habe.



28 2/6 53

In einem andern Falle habe ich am Sonntag, den 22.12.1940, im Essraum des Dienstpersonals gegen 16 Uhr mit demselben Polen geschlechtlich verkehrt, mit welchem ich bereits auf dem Zimmer des Niebels den Geschlechtsverkehr vollzogen hatte. Der Hergang ist folgender:

An dem fraglichen Tage befanden sich zunächst beide Polen im Essraum und schrieben einen Brief. Zwischen 15 und 16 Uhr verliess der Pole, dessen Vornamen Thadäus ist, den Essraum und begab sich zum Lager. Da der Pole mit Vornamen Marian wusste, dass von den Familienangehörigen der Gebr. Nopper im Hause niemand anwesend war, stand er auf und zog mich bis in die Nähe der Zimmertüre. Er sagte jetzt zu mir, dass ich mich bei ihm auf den Schoß setzen solle. Dieses lehnte ich jedoch ab und lief um den Tisch herum. Daraufhin liess der Pole mich für einige Minuten in Ruhe, worauf ich das Zimmer verliess, um zu sehen, ob jemand sich in den vorderen Wohnräumen befand. Als ich zum Essraum zurückkehrte, befand der Pole sich noch im Zimmer. Beim Betreten des Zimmers umarmte er mich sofort und gab mir einen Kuß und liess mich nicht mehr los. Alsdann hob er meinen Rock wieder in die Höhe und zog mir die Hose herunter. Da der Pole seine Hose genau wie beim ersten Male bereits geöffnet hatte, führte er sein steifes Glied in meine Scheide ein. Als der Pole mit mir den Geschlechtsverkehr vollzog, standen wir, wenn man das Zimmer betritt, in der linken Ecke des Zimmers und zwar direkt hinter der Türe. Auch in diesem Falle dauerte der Geschlechtsverkehr etwa 5 Minuten. In diesem Falle ist es zum Samenerguss in meine Scheide nicht gekommen, da er wie beim ersten Male sein

Glied wieder herauszog. Ich kann auch in diesem Falle nicht sagen, nachdem der Pole sein Glied aus meiner Scheide herausgezogen hatte, ob es bei ihm zum Samenerguss gekommen ist, da ich hierauf nicht geachtet habe. Ob der Pole sein Glied nach dem Geschlechtsverkehr gereinigt hat, kann ich ebenfalls nicht sagen. Nach Beendigung des Geschlechtsverkehrs wollte der Pole mich abermals umarmen, welches ihm jedoch nicht gelang, da ich aus dem Zimmer herauslief. Weiteren Geschlechtsverkehr habe ich mit dem Polen, mit Vornamen Marian, nicht gehabt. Auch habe ich in keinem Falle mit dem andern Polen, mit Vornamen Thadäus, Zärtlichkeiten ausgetauscht, bezw. mit ihm geschlechtlich verkehrt.

Wohl trifft es zu, dass ich in der vergangenen Woche und zwar am Freitag, den 27.12.1940 in der Küche der Eheleute Nopper mit dem Polen, dessen Vorname Marian ist, getanzt habe, als der Melker Gessmann auf seinem Akkordion einen Tanz spielte. Ich habe den Tanz nur auf Drängen des Polen mit ihm getanzt, da er mich mit seinen Armen an sich riss.

Nachdem ich durch den vernehmenden Beamten zur Wahrheit ermahnt worden bin, bleibe ich dabei, dass ich nur in 2 Fällen mit dem Polen, dessen Vorname Marian ist, geschlechtlich verkehrt habe. Bei einer Gegenüberstellung mit dem Polen bleibe ich bei meinen Angaben.

v.g.u. gez. Gertrud Giesen.

g.w.o. gez. Unterschrift,  
Pol.Hauptwachtm.



Abschrift.

Kempen-Ndrh., den 3.1.41.

Verantwortliche Vernehmung des

K u r z a w a, Marian, poln. Zivilarbeiter,  
geb. am 21.11.14 in Smulsko,  
Bezirk Turek, Warthegau,  
Pole, jetzt wohnhaft in  
Kempen-Krefeld, Engerstr. 21,  
ledig, kath., Nettoeinkommen  
monatl. 26.-RM.  
Angebl. nicht vorbestraft.

Name des Vaters: Theodor Kurzawa, tot

Name der Mutter: Wwe. Stanislawka geb. Bialek,  
wohnh. Smulsko, Warthegau.

Zur Sache: In Gegenwart des Gefn Leopold Krigel, Stalag VI.J.  
Gruppe III, Krefeld-Fichtenhain, als Dolmetscher erscheint vorge-  
führt der polnische Zivilarbeiter Marian Kurzawa, Kempen-Ndrh.,  
Engerstr. 21 wohnhaft und sagt was folgt:

Der Gegenstand meiner Vernehmung ist mir bekanntgegeben  
worden. Als polnischer Kriegsgefangener bin ich bei den Landwirten  
Gebr. Nopper, Johannes und Jakob, in Kempen-Ndrh., Engerstr. 21  
seit Anfang April des Jahres 1940 beschäftigt. Am 6.12.1940  
wurde ich aus der Kriegsgefangenschaft entlassen und bin auf  
gleicher Arbeitsstelle als Zivilarbeiter tätig.

Durch den polnischen Staatsangehörigen Stephan Dombrowski, welcher  
seit 10 Jahren in Deutschland als Pferdeknecht tätig ist und jetzt  
bei dem Landwirt Jakob Trienekens in Kempen-Ndrh. Klostrasse 2,  
beschäftigt ist, habe ich erfahren. und zwar während der Ernte des  
Jahres 1940, dass die auf gleicher Arbeitsstelle beschäftigte  
Hausangestellte Gertrud Giesen geschlechtskrank ist.

Durch den Dolmetscher bin ich sowohl über den Inhalt der  
Anzeige, als auch der Vernehmung der Gertrud Giesen eingehend  
in Kenntnis gesetzt worden.

Ich bestreite, irgendwelche Zärtlichkeiten mit der Giesen  
ausgetauscht zu haben. Ich habe auch nie mit ihr geschlechtlich  
verkehrt. Ich betrachte die gegen mich vorgebrachten Behauptungen



30 28  
55

als einen Racheakt. Mit dem Melker verstehe ich mich nicht gut. Er hat mir schon wiederholt Vorhaltungen gemacht, dass ich als Zivilarbeiter unterschrieben habe und damit dem Bauer eine billige Arbeitskraft stelle. Das Mädchen habe ich schon wiederholt geneckt, weil sie mit so vielen Kavalieren umging. Ich glaube, dass sie mich durch ihre Angaben in dieser Sache schädigen will.

v.g.u. gez. Kurzawa, Marian  
g.w.o. gez. Obendick, Pol.Hauptwachtmeister,  
gez. Gefreiter Krigel  
als Dolmetscher.

---  
Kempen-Ndrh., den 3.1.41.

Unter Gegenüberstellung mit dem polnischen Zivilarbeiter Marian Kurzawa, erscheint vorgeführt, die Hausangestellte Gertrud Giesen und sagt was folgt:

Die Vernehmung des polnischen Zivilarbeiters Kurzawa vor der Ortspolizeibehörde Kempen-Ndrh., vom 3.1.41 ist mir vorgelesen worden. Trotzdem der Pole in Abrede stellt, mit mir Zärtlichkeiten ausgetauscht zu haben, bleibe ich dabei, dass dieses doch der Fall gewesen ist. Er hat mich auch in zwei Fällen geschlechtlich gebraucht. Der Hergang ist so, wie ich dieses bereits in meiner Vernehmung geschildert habe.

v.g.u. gez. Gertrud Giesen.  
g.w.o. gez. Unterschrift, Pol.Hauptwachtm.

Kempen-Ndrh., den 3.1.41

Hierauf erklärt der polnische Zivilarbeiter Kurzawa was folgt: Ich habe deutlich gehört, dass die Hausangestellte Gertrud Giesen ihre Behauptungen gegen mich aufrecht hält. Ich bleibe dabei, dass ich mit der Giesen keine Zärtlichkeiten ausgetauscht habe und nicht in zwei Fällen mit ihr geschlechtlich verkehrte habe.

v.g.u. gez. Marian Kurzawa.  
g.w.o. gez. Unterschrift, Pol.Hauptwachtm.  
gez. Gefr. Krigel als Dolmetscher.

Vermerk:

Kempen-Ndrh., den 3.1.41.

Ausweislich der hiesigen Ausländerkartei ist der ehemalige polnische Kriegsgefangene Marian Kurzawa am 6.12.1940 als polnischer Zivilarbeiter übernommen worden.

gez. Unterschrift,  
Polizeihauptwachtmeister-.



37 56  
29  
Abschrift.

Kempen-Ndrh., den 3.1.41.

Vorgeladen erscheint der Melker Erich Drathen, 28 Jahre alt, St.Tönis-Unterweiden 58 wohnhaft mit dem Gegenstand seiner Vernehmung bekannt gemacht und sagt was folgt:

Bei den Gebr. Nopper in Kempen-Ndrh. Engerstr. 21 war ich von Mitte Juni 40 bis 3.11.1940 als Melker beschäftigt. Die Hausangestellte Gertrud Giesen, welche mir schon länger bekannt ist, war ebenfalls bei Nopper tätig. Richtig ist es, dass ich mit der Giesen regen Geschlechtsverkehr gehabt habe und dass sie mich Mitte Juni des Jahres 1940, den genauen Tag weiss ich nicht, an Tripper angesteckt hat. Daraufhin habe ich mich sofort in ärztliche Behandlung begeben. Zunächst wurde ich durch den Vertreter des Arztes Dr. med. Rudolph aus Kempen-Ndrh., behandelt, welcher mich zu dem Arzt Dr. med. Burmeister, Krefeld, Ostwall, hinschickte.

Der behandelnde Arzt stellte einwandfrei fest, dass ich geschlechtskrank (Tripper) war. Ich befinde mich jetzt noch in Behandlung des Arztes Dr. med. Burmeister. Soweit es meine Behandlung anbetrifft, entbinde ich den Arzt von meiner Schweigepflicht. Wenn die Giesen nun in ihrer Vernehmung angibt, sie hätte mich durch den Geschlechtsverkehr nicht angesteckt, so bleibe ich dabei, dass ich nur durch die Giesen angesteckt worden bin, da ich zu der fraglichen Zeit, als ich erkrankte, mit keinem andern Mädchen geschlechtlich verkehrt habe.

Was das Betragen der Giesen gegenüber den ehemaligen poln. Kriegsgefangenen und jetzigen Zivilarbeitern anbetrifft, so habe ich öfters die Feststellung treffen können, dass die Giesen hauptsächlich mit dem Polen Kurzawa Zärtlichkeiten austauschte. Die Zärtlichkeiten bestanden darin, dass die Giesen in der Scheune und im Essraum des Dienstpersonals den Polen Kurzawa in mehreren Fällen umarmte und neckte. Ich habe weiter beobachtet, dass die Giesen, sofern sie die Betten für mich und den Landjahrjungen Niebels zu machen hatte, der Pole K. ihr zu den Schlafzimmern folgte. Was im einzelnen auf den Schlafzimmern vorgefallen ist, weiss ich nicht, da jedesmal, wenn ich den Heuboden betrat, die Giesen mit dem Polen in der Türe des Schlafzimmers oder im Heu stand. Ob die Giesen mit den Polen geschlechtlich verkehrt hat, kann ich nicht sagen, da ich dieses nicht gesehen habe. Weitere Angaben kann ich zur Sache nicht machen. Auch bei einer Gegenüberstellung bleibe ich bei meinen Angaben.

Wegen der Ansteckung stelle ich gegen die Giesen Strafantrag.

v.g.u. gez. Erich Drathen,  
g.w.o. gez. Unterschrift,  
Pol.-Hauptwachtm.

---  
Düsseldorf, den 3.1.1941.

Vermerk: Kurzawa und die Giesen wurden heute um 16,45 Uhr in das Pol.Gefgs. in Düsseldorf eingeliefert.

gez. Krülls,  
K.O.Sekr.



II E 1/41.

Düsseldorf, den

57  
6. 11. 41

1. Die Giesen hat am 2. 11. 41. ihre Strafe verbüßt. Sie wird zur Verfügung der Geheimen Staatspolizei nach Krefeld überführt und trifft nach Mitteilung der AD Krefeld am 8. 11. 41 in Krefeld ein. Schutzhaftantrag zwecks Ueberführung in ein KL wurde II D übersandt.

2. Zu den P.A. der Gertrud G i e s e n, geb. 14.2.23.

*Sm.*

41 4/11



Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
- Arbeitsgruppe -

58  
1 Berlin 21, den 18. April 1967  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11 App. 247

1 Js 4/64 (RSA)

An den  
Internationalen Suchdienst

3548 A r o l s e n / Waldeck

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSA) wegen Mordes;  
hier: Sonderbehandlung ausländischer Zivilarbeiter

Sehr geehrte Herren!

Zu meinem Ermittlungsverfahren bitte ich um Mitteilung, ob sich aus den dortigen Unterlagen etwas über das Schicksal der nachstehend benannten Person ergibt:

K u r z a w a, Marian,  
geb. am ? in ?  
Staatsangehörigkeit: polnisch

Bemerkungen: ist vermutlich in der Zeit zwischen Dezember 1940 und Juli 1941 im KL Sachsenhausen exekutiert worden.

Für Ihre Bemühungen danke ich im voraus.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Im Auftrage

*B. Klein*  
Staatsanwälte

21. APR. 1967

Aufent.	sterbeurk
Dok.-Kurz.	Suchantr.
Krankenp.	Fotokopie
Beschäft.-Nachweis	Spezial-Anfrage
DP-Dok.-Auszug	

bitte wenden.

Sch



Antwort des ISD Arolsen

Ba

Unser Zeichen: T/D 950 102

Arolsen, den 24. Mai 1967

Sehr geehrte Herren!

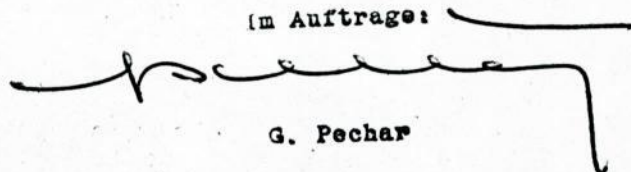
In unseren Unterlagen sind nur folgende Angaben enthalten:

KURZAWA, Marian, geboren am 21. November 1914  
in Smulsko, ist am 21. Juni 1941 um 12,45 Uhr  
im KL Sachsenhausen verstorben. Todesursache:  
" Wurde auf Befehl erhängt." 1

Geprüfte Unterlagen: Totenliste des KL Sachsen-  
hausen; Sterbezweitbuch des Standesamtes Ora-  
nienburg.

Hochachtungsvoll

Im Auftrage:



G. Pechar



Der - Amts - Bürgermeister  
als Ortspolizeibehörde.

**Verantwortliche Vernehmung  
eines Beschuldigten**

Fingerabdruck genommen)  
Fingerabdrucknahme nicht erforderlich)  
Person ist - nicht - festgestellt)

Datum: 3.1.1940

Name: Oberdieck,

Amtsbezeichnung: Polizeihauptwachtmeister

Dienststelle: Amt Kempen-Nörrh.

Ortspolizeibehörde Kempen-Nörrh. Kempen-Nörrh., am 3.1. 1940.  
(Dienststelle des vernehmenden Beamten)

Auf Verladung: X Vorgeführt) - erscheint der polnische Zivilarbeiter Marian

K u r z a w a

und erklärt, zur Wahrheit ermahnt:

**I. Zur Person:**

1. a) Familienname, auch Beinamen (bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name des früheren Ehemannes)

a) K u r z a w a

b) Vornamen (Rufname ist zu unterstreichen)

b) Marian

2. a) Beruf:

Über das Verhältnis ist anzugeben:

ob Inhaber, Handlungsmeister, Geschäftsleiter oder Gehilfe, Geselle, Lehrling, Fabrikarbeiter, Handlungsgehilfe, Verkäuferin usw.

bei Ehefrauen Beruf des Ehemannes -

bei Minderjährigen ohne Beruf der Eltern -

bei Beamten und staatl. Angestellten die genaueste Anschrift der Dienststelle -

bei Studierenden die Anschrift der Hochschule und das belegte Fach -

bei Trägern akademischer Würden (Dipl.-Ing., Dr., D. usw.), wann und bei welcher Hochschule der Titel erworben wurde -

a) Zivilarbeiter

b) Einkommensverhältnisse.

b) Nettoeinkommen monatlich 26.-RM.

c) Erwerbslos

c) ~~Ja~~ ~~Nein~~

nein

3. Geboren

am 21.11.1914 in Smulsko

Verwaltungsbezirk Turek

Landgerichtsbezirk Turek

Land Warthegau

4. Wohnung oder letzter Aufenthalt

in Kempen-Nörrh.

Verwaltungsbezirk Kempen-Krefeld.

Land Dt. Reich.

Enger Straße Nr. 21.

Fernruf

5. Staatsangehörigkeit

Pole

Reichsbürger?



<p>a) Religion (auch frühere)</p> <p>1) Angehöriger einer Religionsgemeinschaft oder einer Weltanschauungsgemeinschaft, 2) Gottgläubiger, 3) Gottloser</p> <p>b) sind 1. Eltern 2. Großeltern } Deutschblütig?</p>	<p>a) ..... kath. <span style="float: right;">61</span></p> <p>1) ja - welche? ..... nein</p> <p>2) ja - nein 3) ja - nein</p> <p>b) 1) ..... nein 2) ..... nein</p>
<p>a) Familienstand ledig - verheiratet - verwitwet - geschieden - lebt getrennt</p> <p>b) Vor- und Familiennamen des Ehegatten bei Frauen auch Geburtsname</p> <p>c) Wohnung des Ehegatten bei verschiedener Wohnung</p> <p>d) Sind oder waren die Eltern - Großeltern - des Ehegatten Deutschblütig?</p>	<p>a) ..... ledig</p> <p>b) .....</p> <p>c) .....</p> <p>d) .....</p>
<p>Kinder</p>	<p>ehelich: a) Anzahl: ..... / b) Alter: ..... Jahre</p> <p>unehelich: a) Anzahl: ..... / b) Alter: ..... Jahre</p>
<p>a) Des Vaters Vor- und Zunamen Beruf, Wohnung</p> <p>b) Der Mutter Vor- und Geburtsnamen Beruf, Wohnung auch wenn Eltern bereits verstorben</p>	<p>a) ..... <del>Theodor Kurzawa, verstorben.</del></p> <p>b) ..... Wwe. Stanislawka geb. Bialek, Smulsko Warthegau.</p>
<p>I. Des Vormundes oder Pflegers Vor- und Zunamen Beruf, Wohnung</p>	<p>..... /</p>
<p>I. a) Reisepaß ist ausgestellt</p> <p>b) Erlaubnis zum Führen eines Kraftfahrzeuges - Kraftrades - ist erteilt</p> <p>c) Wandergewerbechein ist ausgestellt</p> <p>d) Legitimationskarte gemäß § 44a Gewerbeordnung ist ausgestellt</p> <p>e) Jagdschein ist ausgestellt</p> <p>f) Schiffer- oder Lotsenpatent ist ausgestellt</p> <p>g) Versorgungsschein (Zivildienstversorgungsschein) ist ausgestellt Rentenbescheid? Versorgungsbehörde?</p> <p>h) Sonstige Ausweise?</p>	<p>a) von ..... / ..... am Nr. ....</p> <p>b) von ..... / ..... am Nr. ....</p> <p>c) von ..... / ..... am Nr. ....</p> <p>d) von ..... / ..... am Nr. ....</p> <p>e) von ..... / ..... am Nr. ....</p> <p>f) von ..... / ..... am Nr. ....</p> <p>g) von ..... / ..... am Nr. ....</p> <p>h) ..... /</p>



88 R 62

12. a) als Schöffe oder Geschworener für die laufende oder die nächste Wahlperiode gewählt oder aus- gelost? Durch welchen Ausschuß (§ 40 StGG.)?

a) /.

b) Handels-, Arbeitsrichter, Beisitzer eines sozialen Ehrengerichts?

b) /.

c) Werden Vormundschaften oder Pflegschaften ge- führt?

c) /.

Über wen?

Bei welchem Vormundschaftsgericht?

13. Zugehörigkeit zu einer zur Reichskulturkammer ge- hörigen Kammer (genaue Bezeichnung)

/.

14. Mitgliedschaft a) bei der NSDAP.

a) seit /.

letzte Ortsgruppe

b) bei welchen Gliederungen?

b) seit

letzte Formation

oder ähnl.

15. Reichsarbeitsdienst:

Wann und wo gemustert?

Entscheid

Dem Arbeitsdienst angehört

/.

von bis

Abteilung

Ort

16. Wehrdienstverhältnis

a) Für welchen Truppenteil gemustert oder als Frei- williger angenommen?

a) /.

b) Als wehrunwürdig ausgeschlossen?

b)

Wann und weshalb?

c) Gedient:

c) von bis

Truppenteil

Standort

entlassen als

17. Orden und Ehrenzeichen?  
(einzeln auführen)

/.

18. Vorbestraft?

(Kurze Angabe - des - der - Beschuldigten. Diese Angaben sind, soweit möglich, auf Grund der amt- lichen Unterlagen zu ergänzen)

angeblich nicht vorbestraft.



63  
II. Zur Sache:

In Gegenwart des Gefr. Leopold Krigel, Stelag VI. J. Gruppe III, Krafeld-Bichtenhain, als Dolmetscher erscheint vorgeführt, der polnische Zivilarbeiter Marian Kuzawa, Kempen-Ndrh., Engerstrasse 21 wohnhaft und sagt was folgt:

Der Gegenstand meiner Vernehmung ist mir bekanntgegeben worden. Als polnischer Kriegsgefangener bin ich bei den Landwirten Gebrüder Johannes und Jakob Nopper, Kempen-Ndrh., Engerstrasse 21, seit Anfang April des Jahres 1940 beschäftigt. Am 6.12.1940 wurde ich aus der Kriegsgefangenschaft entlassen und bin auf gleicher Arbeitsstelle als Zivilarbeiter tätig.

Durch den polnischen Staatsangehörigen Stepfan Dombrowski, welcher seit 10 Jahren in Deutschland als Pferdeknecht tätig ist und jetzt bei dem Landwirt Jakob Trienekens in Kempen-Ndrh. Klosterstrasse 2, beschäftigt ist, habe ich erfahren und zwar während der Ernte des Jahres 1940, dass die auf gleicher Arbeitsstelle beschäftigte Hausangestellte Gertrud Giesen geschlechtskrank ist.

Durch den Dolmetscher bin ich sowohl über den Inhalt der Anzeige, als auch der Vernehmung der Gertrud Giesen eingehend in Kenntnis gesetzt worden.

Ich bestreite, irgendwelche Zärtlichkeiten mit der Giesen ausgetauscht zu haben. Ich habe auch nie mit ihr geschlechtlich verkehrt. Ich betrachte die gegen mich vorgebrachten Behauptungen als einen Racheakt. Mit dem Melker verstehe ich mich nicht gut. Er hat mir schon wiederholt Vorhaltungen gemacht, dass ich als Zivilarbeiter unterschrieben habe und damit dem Bauer eine billige Arbeitskraft stelle. Das Mädchen habe ich schon wiederholt geheckt, weil sie mit so vielen Kavalieren umging. Ich glaube, dass sie mich durch ihre Angaben in dieser Sache schädigen will.

V. S. D.  
G. W. O.

Polizeihauptwachtmeister.

Georg Krigel  
als Dolmetscher



88/9 64

Kempen-Nörrh., den 3.1.1940.

Unter Gegenüberstellung mit dem polnischen Zivilarbeiter Marian Kurzawa, erscheint vorgeführt, die Hausangestellte Gertrud Giesen und sagt, was folgt:

Die Vernehmung des polnischen Zivilarbeiters Kurzawa vor der Ortspolizeibehörde Kempen-Nörrh. vom 3.1.1940 ist mir vorgelesen worden. Trotz dem der Pole in Abrede stellt, mit mir Zärtlichkeiten ausgetauscht zu haben, bleibe ich dabei, dass dieses doch der Fall gewesen ist. Er hat mich auch in zwei Fällen geschlechtlich gebraucht. Der Hergang ist so, wie ich dieses bereits in meiner Vernehmung geschildert habe.

v.	G.	u.
<i>Gertrud Giesen</i>		
G.	W.	O.

*[Signature]*  
Polizeihauptwachmeister.

Kempen-Nörrh., den 3.1.1940.

Hierauf erklärt der polnische Zivilarbeiter Kurzawa was folgt:  
Ich habe deutlich gehört, dass die Hausangestellte Gertrud Giesen ihre ~~unrechtmäßigen~~ Behauptungen gegen mich aufrecht hält. Ich bleibe dabei, dass ich mit der Giesen keine Zärtlichkeiten ausgetauscht habe und in zwei Fällen mit ihr geschlechtlich verkehrt haben ~~soll~~.

v.	G.	u.
<i>Marian Kurzawa</i>		
G.	W.	O.

*[Signature]*  
Polizeihauptwachmeister.

*Gedr. Kriegl*  
*als Dolmetscher*

Vermerk:

Kempen-Nörrh., den 3.1.1940.

Ausweislich der hiesigen Ausländerkartei ist der ehemalige polnische Kriegsgefangene Marian Kurzawa am 6.12.1940 als polnischer Zivilarbeiter übernommen worden.

*[Signature]*  
Polizeihauptwachmeister.



Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

Düsseldorf 10, den 7. Januar 1941  
Prinz-Georg-Str. 98  
Fernsprecher: Nr. 36391

Nr. II E 1/41

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum  
anzugeben

Der Höhere H- und  
Polizeiführer West  
Düsseldorf

Urs.: 8. JAN. 1941  
Gep. Tgl. Nr. 9/41 g

Geheim!

Eilt sehr!

An

den Höheren H- und Polizeiführer West

- im Wehrkreis VI -

-H-Obergruppenführer Jackeln -

in Düsseldorf.

Betrifft: Sonderbehandlung des polnischen Zivilarbeiters  
Marian K u r z a w a , geb. 21.11.1914 in Smulsko,  
zuletzt wohnhaft Kempen, Engerstr.21 .

Vorgang: Erlass des Reichsführers und Chef der Deutschen  
Polizei vom 10.12. 1940 - S - IV D 2 a - 3382/40 -

Anlagen: -1-

In der Anlage überreiche ich einen Vorgang gegen  
den polnischen Zivilarbeiter Marian K u r z a w a . Da ich  
beabsichtige, Sonderbehandlung beim Reichssicherheitshaupt-  
amt zu beantragen, bitte ich um Stellungnahme. Die noch zu  
ergänzenden Ermittlungen werden inzwischen von hier aus ge-  
tätigt.

K u r z a w a und die G i e s e n wurden von der  
Polizeiverwaltung Kempen nach hier übergeführt und befinden  
sich im hiesigen Polizeigefängnis.

In Vertretung:

*F. Gieseler*



II B 1/41

Geheft:

Geheft:

18. Jan. 1941

1. Schreiben: (Schnellbrief mit Durchschlag)

An

das Reichssicherheitshauptamt - IV D 2 -

in B e r l i n .

Betrifft: Sonderbehandlung des polnischen Zivilarbeiters  
Marian K u r z a w a, geb. 21.11.1914 in Smulsko,  
zuletzt wohnhaft in Kempen, Engerstr. 21.

Vorgang: Erlass des Reichsführers -H und Chef der Deutschen  
Polizei vom 3.9.1940 - S IV D 2 - 3382/40 -

Anlagen: Stellungnahme des Höheren H und Polizeiführers in  
Abschrift, rassistische Beurteilung über den Polen von  
der Waffen-H, Ergänzungsstelle West (VI), Lichtbilder  
sowie die erforderlichen Schutzhaftunterlagen und  
eine Durchschrift dieses Antrages.

- - - - -

In der Anlage überreiche ich einen Vorgang gegen  
den polnischen Zivilarbeiter Marian K u r z a w a und die Haus-  
angestellte Gertrud G i e s e n , geb. 14.2.23 in Krefeld-Fischeln,  
wohnhaft in Kempen, Engerstr. 21.

Der Pole K u r z a w a war von April 1940 bis  
zum 6.12.1940 als polnischer Krie sgefangener bei dem Bauer  
Nopper in Kempen beschäftigt. Am 6.12.40 wurde er als polnischer  
Zivilarbeiter unter Beibehaltung der gleichen Arbeitsstelle  
übernommen. Nach einiger Zeit entwickelte sich zwischen ihm und  
der Hausangestellten G i e s e n , die ebenfalls bei dem Bauer  
Nopper beschäftigt war, ein freundschaftlicher Verkehr. Am 5.12.  
1940 und am 22.12.1940 kam es zwischen K u r z a w a und der  
G i e s e n zum Geschlechtsverkehr. Im ersten Falle fand der  
Geschlechtsverkehr auf dem Zimmer des Landhelfers Niebels statt,  
als die Giesen im Begriff war, dieses Zimmer in Ordnung zu bringen.  
Nach Angaben der Giesen kam ihr der Pole nach, fasste sie an  
die Handgelenke, warf sie mit Gewalt über das Bett und vollzog  
dann mit ihr den Beischlaf. Zum Samenerguss in ihrer Scheide  
ist es angeblich nicht gekommen, da der Pole den Geschlechtsverkehr



10067

vorzeitig unterbrochen hatte. Der Beschuldigte K u r z a w a bestreitet, den Geschlechtsverkehr mit der G i e s e n ausgeübt zu haben. Er ist jedoch durch die Angaben der Zeugen G i e s e n , Josef G e B m a n n und Hans N i e b e l s hinreichend überführt. So hat der Anzeigende, Josef G e B m a n n , genau beobachtet, dass der Pole im Bett auf der Giesen lag und den Geschlechtsverkehr ausführte.

Am gleichen Tage ist der Pole von dem Landhelfer N i e b e l s gefragt worden, ob er mit der G i e s e n den Geschlechtsverkehr ausgeführt hätte. Diese Frage hat er nach den Aussagen der Zeugen bejaht. Der Pole gibt in seiner zweiten Vernehmung an, die Frage des N i e b e l s nicht richtig verstanden zu haben. Später, als sie ihm auseinandergelagt worden sei, hätte er sie dann verneint. Diese Einlassung ist nicht glaubwürdig, auch wenn K u r z a w a die deutsche Sprache nicht beherrscht. Der fragliche Ausdruck musste ihm zum mindesten geläufig gewesen sein, sonst hätte er nicht die an ihn gerichtete Frage beantwortet. Am 22.12.1940 hat der Geschlechtsverkehr im Essraum des Hauses Nopper stattgefunden. Auch in diesem Falle soll der Pole Gewalt angewandt haben. Es ist auch hier nach Angaben der G i e s e n nicht zum Samenerguss in ihrer Scheide gekommen, da der Pole wiederum den Geschlechtsverkehr unterbrochen hat. K u r z a w a bestreitet auch diesen Verkehr.

Bei der G i e s e n handelt es sich um eine Person, die bereits in Fürsorge war und nicht in gutem Ruf steht. Sie war bereits einmal geschlechtskrank. Es darf nach dem persönlichen Eindruck, den die G i e s e n hinterlässt, angenommen werden, dass der Geschlechtsverkehr mit ihrem Einverständnis erfolgte und die Schuld wohl auf beiden Seiten zu suchen ist.

K u r z a w a bekennt sich zum polnischen Volkstum. Er ist in Smulsko geboren, das nach seinen Angaben früher zu Russisch-Polen gehörte. Auch seine Eltern und Großeltern sind nach seinen Angaben Polen. K u r z a w a ist bei der Übernahme als polnischer Zivilarbeiter eingehend über sein Verhalten Deutschen gegenüber belehrt worden. Es war ihm bekannt, dass der Geschlechtsverkehr zwischen Polen und Deutschen verboten ist.

Die G i e s e n gibt an, gewusst zu haben, dass ein Verkehr mit Polen nicht gestattet ist. Sie ist nach ihren Angaben

b.v.



104 68

nicht schwanger und will auch während der in Frage kommenden Zeit keinen Verkehr mit einem deutschen Mann gehabt haben.

Es wird gegen K u r z a w a Sonderbehandlung und bis zur Entscheidung Schutzhaft und für die G i e s e n Schutzhaft und Unterbringung in einem Konzentrationslager beantragt.

2.) Dem Vorgang sind die unter Anlage aufgeführten Stücke beizugeben.

3.) Zurück an I F E (Kruse).

I.V.

19. 12.



Stapo

II E 1/41

Düsseldorf, den 7. März 1941.

**Geheim!**

1.) Schreiben: Durch Schnellbrief!

An

das Reichssicherheitshauptamt - IV A 1 c -

in B e r l i n .

=====

Betrifft: Sonderbehandlung des polnischen Zivilarbeiters  
Marian K u r z a w a , geb. am 21.11.1914.

Vorgang: Hiesiger Bericht v. 7.1.1941 - II E 1/41 - und  
dort. Erlass vom 24.2.1941 - B-Nr. 6473/41 - IV A 1 c -  
lose

Anlagen: 1 Lichtbildbogen mit Skizze und zwei Lichtbilder .

- - - - -

Nach Rücksprache mit den örtlich zuständigen  
Stellen in Kempen halte ich eine Hinrichtung in der Nähe  
des Tatortes ~~aus folgenden Gründen für nicht geeignet.~~ <sup>für eine angemessene Bestrafung</sup>

Die Landgemeinde Kempen zählt rd. 8000 Einwohner.  
Die Bevölkerung ist überwiegend katholisch, und sieht <sup>in der</sup> in  
dem Polen den frommen gläubigen Menschen. Wenn auch im all-  
gemeinen in der Bevölkerung die Meinung vertreten ist,  
dass der Pole K u r z a w a für seine Tat eine schwere  
Strafe, u.U. die Todesstrafe, zu erwarten hat, so würde sie  
aber die Art der Hinrichtung in der Nähe des Tatortes  
keinesfalls verstehen. <sup>Das Bestehen der Todesstrafe von Natur</sup>  
~~Wenn die Hinrichtung hier stattfände,~~  
<sup>und die Bevölkerung nicht gebildet wäre</sup>  
würde von seiten der nicht besonders geschulten Bevölkerung  
u.U. eine grosse Abneigung gegen die Partei und die  
Behörden <sup>hervorgehen</sup> ~~ohne Zweifel zu erwarten sein.~~ Gerade die Bevöl-  
kerung des linken Niederrheins ist, gegenüber der Bevölkerung  
im Osten des Reiches, mit dem polnischen Problem sehr  
wenig vertraut und würde derartig strenge Maßnahmen



107 70

einfach nicht verstehen.

Ich darf daher aus vorgenannten Gründen die Hinrichtung in einem K.L. vorschlagen. <sup>Es fallen mit für nicht geeignet zu nennen</sup> Im Anschluß an die ~~XXXXXXXXXXXX~~ Hinrichtung ~~wäre dann~~ eine Veröffentlichung in der örtlichen Zeitung ~~zu veranlassen~~ und ausserdem den am Ort beschäftigten Polen die Hinrichtung unter gleichzeitiger Warnung <sup>mündlich</sup> mitgeteilt. <sup>wird</sup> <sup>als</sup> Sollte jedoch meinem Vorschlage nicht entsprochen werden, so habe ich den Richtplatz etwa 5 Kilometer von Kempen entfernt vorgesehen. <sup>Der Richtplatz befindet sich im der Grichthofes entfernt</sup> Die Lage <sup>bitte ich aus</sup> den beigefügten Lichtbildern und der Skizze zu entnehmen. Die Lage des Richtplatzes ist nicht als besonders günstig zu bezeichnen, da in der Umgebung von Kempen sehr wenig Wald vorhanden ist und das Flachland mit sogenannten Fleckensiedlungen durchsetzt ist.

2.) II F 1: Z.d.Pers.Akten Marian Kurzawa, geb. 21.11.14.

In Vertretung:

*[Signature]*

*[Signature]* 6/3



Abschrift.

Berlin NUE Nr. 95345 18.6.41 1010 - Gr

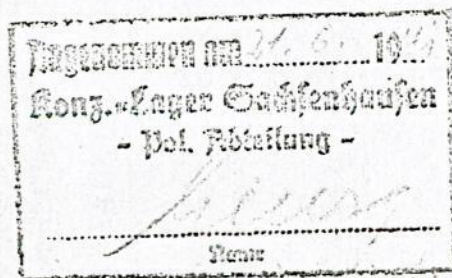
An Stl. Düsseldorf.--

Betr.: ehem. poln. Kriegsgefangenen Marian Kurzawa, 21.11.14  
in Smulsko geb.

Vorgang: Bericht v. 7.3.1941 - II E - Nr. 1/41 -

Der RFH und Chef der Deutschen Polizei hat angeordnet,  
dass der ehem. poln. Kriegsgefangene Marian Kurzawa, 21.11.  
1914 geb., in einem KL. zu hängen ist. Der Pole Kurzawa ist  
unverzüglich und zuverlässig dem KZ. Sachsenhausen mit einer  
entsprechenden Weisung zu überstellen. Die Leiche ist zu  
verbrennen. - Zwecks Verständigung der Angehörigen sind der Heimat-  
ort, die genaue Anschrift der Angehörigen des K. sowie die  
für den Heimatort zuständige Stapostelle hierher zu melden. -  
Das KZ. Sachsenhausen ist von hier ebenfalls verständigt  
worden. - Eine Bekanntgabe der Exekution an die Presse darf  
in derartigen Fällen grundsätzlich nicht erfolgen. - Im  
übrigen verweise ich auf den Erlaß des RFH v. 3.9.1940 - S IV -  
826/ G.Rs. Betr. Durchführungsbestimmungen für Exekutionen.-  
Bestätigung dieses FS erfolgt durch Schnellbrief.

RSHA IV A 1 - c - 6473/41  
gez. Müller 4-Brigf.





# Schutzhaftbefehl

Vor- und Zuname: K u r z e w a, Marian  
Geburtsdag und -Ort: 21.11.1914 in Smilsko - Polen -  
Beruf: Arbeiter  
Familienstand: ledig  
Staatsangehörigkeit: Pole  
Religion: kath.  
Rasse (bei Nichtariern anzugeben):  
Wohnort und Wohnung: o.F.W. zuletzt Kempen, Fingerstr. 21  
Er wird in Schutzhaft genommen.

## Gründe:

Er —/sie — gefährdet nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen Feststellungen durch sein —/ihre — Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates, indem er —/sie — dadurch, daß er mit einer deutschen Frau in einer das gesunde Volksempfinden gröblichst verletzenden Weise intim verkehrt, erhebliche Unruhe in weite Kreise der Bevölkerung trägt.




Gez. H e y d r i c h.

beglaubigt

*[Handwritten signature]*



  
"Was hier gegeben wird, sind Aussagen ~~...~~ 'ardenträger' vor  
einem äußerst geschickt und bohrend fragenden Staatsanwalt." (Welt der  
Literatur)

"Die zeithistorische Qualität dieser Interviews liegt in den "Selbstporträts."  
(Die Zeit)

"Ich spreche laut Kempners Fragen vor mich hin und lese dann die Antworten."  
(Botschafter a. D. Prof. Dr. Werner Peiser)



sowie weitere wichtige Geschehnisse: den Reichstagsbrand, den Röhmputsch, Rudolf Hess' Englandflug; Hitlers Privatsekretärin Johanna Wolf, Hermann Göring und Emmy Göring, die Generalfeldmarschälle *Keitel* und Gerd von Rundstedt, den "Hofzahnarzt" *Rudolf Blaschke*, Geheimdienstchef Walter *Schellenberg*, Parteirichter Walter Buch, Hauptmann Fritz Wiedemann, Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, Prinz August Wilhelm von Preußen, Prinz Friedrich Christian zu Schaumburg-Lippe, Prinz Philipp von Hessen, Prinz Friedrich Christian zu Schaumburg-Lippe, Staatsminister Otto Meissner, Staatssekretär Paul Körner, Staatssekretär Staatsminister Otto Meissner, Staatssekretär Paul O. Schmidt, Staatssekretär Ernst



Düsseldorf, den 11.8.1941

-II D 1091/41

29. AUG. 1941  
geschrieben  
gelesen  
b. 2. Sep. 1941

143  
746  
B

1.) Schreiben:

An das RSHA - IV -  
in B e r l i n

Betrifft: Schutzhaft gegen Marian Kurzawa, geb. 21.11.14  
in Smulsko. und Gertrud Giesen, geb. 24.2.1923  
in Krefeld - Fischeln.

Vorgang: Dort.B.Nr. IV C 2 H.Nr. K. 16597 -.

Anlagen: Keine.

Kurzawa wurde am 21.6.41 dem Kl. Sachsen-  
hausen überstellt, wo am gleichen Tage die Exekution  
gegen ihn vorgenommen wurde.

Das Strafverfahren gegen die Giesen ist  
noch nicht abgeschlossen. Auf den Erlaß v. 14.6.41  
IV A 1 c B. Nr. 6473/41 nehmend Bezug.

2.) Notiz zur Haftliste und Kartei. *ml*

Hauptkartei 7/9 B/L

3.) II F 1 Notiz: K. wurde am 21.6.41 erhängt.

4.) II D und Wv. am 14.12.1941. (Anfragen über den  
Stand des Strafverfahrens gegen die Giesen).

I.K.



132  
2.1.41



Die Übereinstimmung des Textes der Fotokopie  
mit dem Originaldokument wird richterlich be-  
stätigt und beglaubigt.

Richter am Obersten Gericht  
der Deutschen Demokratischen Republik

3013.70 *phs*

Berlin, den .....





Reichssicherheitshauptamt

B.Nr. 6473/41 - IV A 1 z

Berlin SW 11, den 30. Juni 1941  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 60 40

II 6620/19

An die

Geheime Staatspolizei  
- Staatspolizeistelle -

15 Juli 1941

Posen.

Betr.: Ehem. poln. Kriegsgefangenen Marian K u r z a w a,  
21.11.14 in Smulsko geboren.

Vorg.: Ohne.

Der ehem. poln. Kriegsgefangene

Marian K u r z a w a,  
21.11.14 in Smulsko geboren,

ist am 21.6.1941 um 12,45 Uhr im Konzentrationslager  
S a c h s e n h a u s e n gemäß Befehl des Reichsführers-  
und Chef der Deutschen Polizei wegen Geschlechtsverkehrs  
mit einer deutschen Frau hingerichtet und anschließend ein-  
geäschert worden.

Stanislaw K u r z a w a, geb. Bialek, die Mutter  
des Polen, wohnt in Smulsko Nr. 34, Krs. Turek.

Ich bitte, die Mutter des K. dahingehend zu verstan-  
digen, daß ihr Sohn wegen Verbrechen gegen die bestehenden  
Kriegsgesetze hingerichtet worden ist.

Die Aushändigung der Asche erfolgt grundsätzlich nicht.

*In  
Hochachtung*



Polen  
Stapo Lodz 118



Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle Posen  
Abt. II D (5)

Posen, den 11. Juli 1941.

Urschriftlich

der Staatspolizeistelle

in L i t z m a n n s t a d t

zuständigkeitshalber übersandt.



Im Auftrage:

*Grass*



Polen  
Stapo Lodz 110



Litzmannstadt, den 18.7.41.

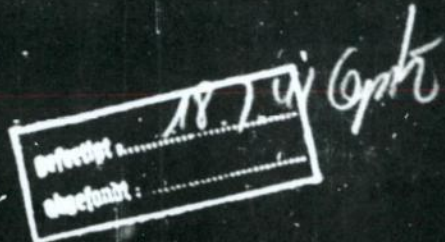
77  
102

1. Schreiben:

An den

Herrn Landrat des Kreises Turek

in T u r e k.



Betrifft: Ehemaligen poln. Kriegsgefangenen K u r s a w a  
Marian, geb. 21.11.14 in Smulsko.

Vorgang: Ohne

Anlagen: ---

Ioh bitte, der in Smulsko Nr. 34, Krs. Turek  
wohnhaften Mutter des Obengenannten - Stanisława Kurzawa,  
geb. Bialek - mündlich mitzuteilen, dass ihr Sohn wegen  
Verbrechens gegen die bestehenden Kriegsgesetze ~~hingerichtet~~  
~~am 21.6.41 im K.L. Dachau hingerichtet~~  
worden ist. Aushändigung der Asche erfolgt nicht.

2. Reg. austragen:

3. II D zur Akte Allgemein.

L. A.  
*Mümann*

Mu.  
17.7.41.



Pelen  
Stape Lowz 118



Steppeler-Stelle  
Dünneldorf

Fl. 8-9

FS v. 11.7.40

IV A 1 c - 4318.40 -

Bericht 21. f. Entl. antrag

Fl. 11-12

FS v. 5.8.40

IV A 1 c - 4318.40 -

Fl. 20

Ran. f. Entl. 13.3.41

Fl. 23

Abhl., Bericht an IV A 1 c  
v. 29.4.41

Fl. 24-25

Stellungnahme HSPf v. 14.5.41

Fl. 28-30

Ex. befehl IV A 1 c v. 14.6.41

Fl. 36

Vollzugsanmeldung v. 28.6.41

---

+ 2

---

Brzostowiec

Thomas

+ 28. Juni 1941



# Sehime Staatspolizei

en

- Sache:  
Paul L. A.  
178/19

## Personalien

ame:

Maria Alles

orent am:

28.5.1920

urtsort:

Oberhausen

atenzeichen: Nr.

III/4 A 10/47 g.

Staatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Blattzahl:

Ausgegeben:

Nr. 10/47



# Personalbogen

Personalien des politisch — (spionagepolizeilich\*) — in Erscheinung getretenen:

1. a) Familienname: (bei Frauen auch Geburtsname) **A l l e s**  
b) Vornamen: (Rufname unterstreichen) **Maria**
2. Wohnung: (genaue Angabe) **Oberhausen, Arndtstr. 100.**
3. a) Deckname:  
b) Deckadresse:
4. Beruf: **Haustochter (Arbeitsmaid).**
5. Geburtstag, -jahr **28.5.20** Geburtsort: **Oberhausen.**
6. Glaubensbekenntnis und Abstammung: **evgl.**
7. Staatsangehörigkeit: **D.R.**
8. Familienstand (ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden\*)  
a) Nationale und Wohnung der Ehefrau:  
b) Nationale und Wohnung des Vaters: **Peter A l l e s , Lokomotivführer, Oberhausen, Arndtstr.100.**  
c) Nationale und Wohnung der Mutter: **Karoline Moschhäuser, wohnhaft beim Ehemann.**  
d) Nationale und Wohnung weiterer Auskunftspersonen:
9. Arbeitsdienstverhältnis:  
Musterung (Ort) **Oberhausen** am **September 1939.**  
Ergebnis: **Tauglich.**  
Angehöriger des Reichsarbeitsdienstes von: **4.4. 1940** bis: **3.7. 1940.**  
Abteilung: **Arbeitsdienstlager** Standort: **Hochdahl.**
10. Militärverhältnis: (Wehrpflicht, Dienstpflicht, früheres Militärverhältnis\*)  
Musterung: (Ort) am 19  
Ergebnis:  
für: (Waffengattung) als Freiwilliger eingetreten?  
Wehrbezirkshauptkommando, Wehrmeldeamt\*)  
Dienstzeit: von: 19 bis: 19  
als:  
Truppenteil: Standort:

\*) Zutreffendes unterstreichen.



11. Politische Einstellung bzw. Funktionen: BDM.

### Personalbeschreibung:

12. Größe: Nach Maß oder Schätzung \*) (ohne Fußbekleidung): ..... cm
13. Gestalt (stark, unterseht, schlank, schwächlich) \*):
14. Haltung (nach vorn geneigt, auffallend straff, nach rechts, nach links geneigter Kopf) \*)
15. Gang (schleppend, lebhaft, schwankend, leicht, graziös, ruhig und gemächlich, hinkend, auffällig, große oder kleine Schritte, steifbeinig) \*)
16. Gesichtsförm und -farbe (z. B. rund, oval, eckig, gesund, blaß) \*)
17. Kopshaar (hell-, mittel-, dunkelblond, braun, schwarz, rot, weiß, grau, graugemischt) \*)  
.. (Fülle und Tracht):
18. Bart: (z. B. Farbe, Form):
19. Augen (blau, grau, hell-, dunkel-, schwarz-braun) \*)  
.. (Besonderheiten):
20. Stirn (zurückweichend, senkrecht, vorspringend, sehr hoch, sehr niedrig, sehr breit, sehr schmal) \*)
21. Nase (eingebogen, gradlinig, nach außen gebogen, winklig gebogen, wellig, groß, klein, breit, dick) \*):
22. Ohren (rund, oval, dreieckig, viereckig, groß, klein, abstehend, anliegend) \*)
23. Mund (groß, klein, dünne, dicke, wulstige Lippen) \*)  
.. (Besonderheiten)
24. Zähne (z. B. vollständig, lückenhaft, Goldzähne) \*):
25. Sprache (z. B. Mundart, fremde Sprachen, hohe oder tiefe Stimme, Stottern, Anstoßen mit der Zunge) \*):
26. Besonders ins Auge fallende sichtbare Kennzeichen (Tätowierungen, Narben, Male, X- oder O-Beine, Verkrüppelungen usw., besonders ins Auge fallende Eigenheiten, z. B. hinkender Gang) \*):
27. Kleidung (z. B. elegant, salopp, einfach) \*):

28. Fingerabdruck ist — nicht — genommen.

\*) Zutreffendes unterstreichen.





Aufgenommen am: 5.8.40

durch  
Name: *Schwarzer,*

Amtsbezeichnung: **Krim. Oberasst.**

**Stichwortartige Darstellung des politischen Lebenslaufes:**  
(Der Raum darf nicht zur Abfertigung von Verfügungen verwandt werden.)



5

Düsseldorf, den 3. Juli 1940.

Um 16 Uhr teilte Herr Staatsanwalt W i n k l e r von der Staatsanwaltschaft Düsseldorf förmlich folgendes mit:

"Nach Mitteilung der Lagerleiterin J a n s e n vom Lager des weiblichen Arbeitsdienstes in Hochdahl (Tel. Mettmann Nr. 430) hat die zu ihrem Lager gehörende Arbeitsmaid A l l e s aus Oberhausen (20 Jahre alt) mit polnischen Kriegsgefangenen Verkehr unterhalten. Sie hat höchst wahrscheinlich auch Geschlechtsverkehr mit Gefangenen gehabt. Die Lagerleiterin J a n s e n beabsichtigt, die Arbeitsmaid A l l e s sofort aus dem RAD. auszustossen. Sie bittet noch heute um Mitteilung, ob eine polizeiliche Festnahme der Arbeitsmaid A l l e s beabsichtigt ist".

Herr Staatsanwalt W i n k l e r bat, in dieser Sache das Erforderliche zu veranlassen.

*Eisel*

Krim.-Asst.

Düsseldorf, den 3. Juli 1940.

Die örtliche Polizeiverwaltung in Mettmann wurde über den Sachverhalt unterrichtet und beauftragt die Arbeitsmaid A l l e s vorläufig festzunehmen. Als gegen 18 Uhr die Lagerleiterin J a n s e n erneut bei der Staatspolizeileitstelle Düsseldorf anrief und mitteilte, dass um Entsendung eines Polizeibeamten bat, begaben sich Krim.-Oberasst. Schwochow und Krim.-Asst Eisel zum Arbeitsdienstlager Hochdahl. Bei einer Unterredung mit der Lagerleiterin J a n s e n teilte diese mit, dass sie bereits eine Reihe von Arbeitsmädchen als Zeugen und auch die Beschuldigte Maria A l l e s vernommen hatte. Eine Vernehmungsdurchschrift händigte die Lagerleiterin Hansen den Unterzeichneten aus.



Die Arbeitsmaid Maria Al l e s, geb. am 28.5.1920 in Oberhausen,  
wurde gegen 20,30 Uhr vorläufig festgenommen, nach Düsseldorf über-  
führt und gegen 21,15 Uhr in das Polizeigefängnis Düsseldorf einge-  
liefert.

*Kind*

Krim.-Asst.

*Schweitzer*

Krim.-Oberasst.



III/4486/40/Versch. 3259  
(Tagebuch-Nr.)

Düsseldorf . . . . , den 4. Juli

1940

An  
die Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf  
-Vorzimmer- in Düsseldorf

Festnahmemeldung.

Am 3. Juli 1940 . . . . um 21,15 . . Uhr wurde durch . . . . .  
festgenommen: . . . . . (Dienststelle)

Name: . . . . . Vorname: . . . . .

Geburtsname: . . . . .

Geburtsdatum: . . . . . Geburtsort: . . . . .

Beruf: . . . . .

Wohnort: . . . . . Straße: . . . . .

Staatsangehörigkeit: . . . . .

Konfession: . . . . .

Familienstand: . . . . . Zahl d. Kinder: . . . . . Alter d. Kinder . . . . .

Politische Einstellung: . . . . .

Mitgl. d. NSDAP usw.: . . . . .

Liegt strafbare Handlung vor? . . . . .

Strafbestimmungen: . . . . .  
§ 4 VO. zum Schutze der Wehrkraft des deutschen  
Volkes v. 25.11.39. - RGBl. I S. 2319

Erfolgt Abgabe an die Strafverfolgungsbehörde? . . . . .

Evtl. warum nicht ? . . . . .

Tatbestand:

Geschlechtsverkehr mit polnischem Kriegsgefangenen.

Der Häftling ist - geständig - ~~an~~ ~~den~~ ~~Zeugen~~ ~~überführt~~.

Er wurde in das . . . . . Gefgs. zur Verfügung der Stapo eingeliefert.  
Vorführung vor den Richter erfolgt - ~~an~~ ~~den~~ ~~Zeugen~~ ~~überführt~~ -  
nicht - beantragt.

Schwarzer . . . . . Krim.-Oberasst. . . . .  
(Sachbearbeiter) (Dienststellenleiter)

- 1.) Eingegangen um . . . . . Uhr Düsseldorf, den 1940
- 2.) Gesehen:
- 3.) II B zum Tagesrapport.
- 4.) Vorzimmer zur Kontrolle.



8  
38 M

Düsseldorf, 19. Juli 1940.

V e r m e r k .

Am 19.7.1940, hatte Unterzeichneter eine telefonische Rücksprache mit dem Gerichtsoffizier des Stalag VI F in Bocholt.

Der polnische Kriegsgefangene Thomas Brzastowicz,  
Kriegsgefangenennummer 3094, z.Zt. im Stalag VI F in Bocholt, ist am  
9.7.40 durch den Gerichtsoffizier in der Angelegenheit mit Maria  
A l l e s vernommen worden. Eine Vernehmungsdurchschrift wird der  
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf noch heute übersandt. Der Vorgang  
über den Kriegsgefangenen ist nunmehr an das Gericht der Division  
z.b.V. 406 in Münster weitergeleitet worden.

In seiner Vernehmung hat der Kriegsgefangene alles bestritten.  
Es wäre nie zu einer Annäherung zwischen beiden gekommen. Trotz mehr-  
facher Vorhaltungen will der Kriegsgefangene nie etwas mit der Maria  
zu tun gehabt haben.

*Schweizer*

Krim. Oberassst.



# Geheime Staatspolizei — Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

Aufgenommen				Raum für Eingangsstempel				Befördert			
Tag	Monat	Jahr	Zeit					Tag	Monat	Jahr	Zeit
11. Juli 1940	24			Staatspolizeileitstelle Düsseldorf				12. Juli 1940			
von			durch	1.2. JULI 1940				Eing. Nr. 4486/40			
				Anl. III				S.-B. G. J. J. J.			
								an			
								durch			
								Verzögerungsvermerk			
Nr. 1444				Telegramm — Funkpruch — Fernschreiben — Fernspruch							

+ BLN NUE 127 119 11.7.40 2140 = WE =  
 AN DIE STL. D DORF. = =  
 = BEZUGNHEMEND AUF DORT. TAGESBERICHT VOM 5.7.40 BETR.  
 E FESTNAHME DER MARIA A L L E S , 28.5.20 IN OBERHAUSEN  
 GEBOREN, WEGEN GESCHLECHTSVERKEHRS MIT EINEM POOLN.  
 KRIEGSGEFANENEN, ERSUCHE ICH UM BALDGEFL. AUSFUEHRLICHEN  
 BERICHT UEBER DEN SACHVERHAHLT MIT EINEM DURCHSCHLAG,  
 MITTEILUNG DES POLITISCHEN UND SONSTIGEN VORLEBENS UND UM  
 BEIFUEGUNG DER VERNEHMUNGSDURCHSCHRIFTEN DER BESCHULDIGTEN.  
 2 LICHTBILDER DER A. SIND EBENFALLS BEIZUFUEGEN. = BEI  
 WELCHEM GERICHT UND UNTER WELCHEM AKTENZ. SCHWEBT DAS  
 VERFAHREN GEGEN DIE A L L E S , UEBER DESSEN AUSGANG ICH  
 MIR ZUR GEGEBENEN ZEIT ZU BERICHT EN BITTE. =  
 FERNER SIND MIR DIE VOLLSTAENDIGEN PERSONALIEN, GEF. - NR.  
 UND DIE NAEHERE BEZEICHNUNG DES FUER DEN POLN.  
 KRIEGSGEFANENEN ZUSTAENDIGEN SAMMELLAGERS MITZUTEILEN.  
 ALSDANN WERDE ICH SEINE ENTLASSUNG UND UEBERSTELLUNG ZUR

Hefttrand



DORT. DIENSTSTELLE BEIM OKW BEANTRAGEN. = =

= REICHSSICHERHEITSHAUPTAMT IV A 1 KLEIN C - 4318/40 -  
ZIMMER 324. +++

*Gruppe der Vertriebenen A. b. D. 406*

*9/12*

*Minister*



# Geheime Staatspolizei — Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

Aufgenommen				Raum für Eingangsstempel				Befördert			
Tag	Monat	Jahr	Zeit					Tag	Monat	Jahr	Zeit
5. Aug.	1940	* 20		<div data-bbox="414 604 766 806"> <p>Staatspolizeileitstelle Düsseldorf</p> <p>6. AUG. 1940</p> <p>Anl.</p> </div>				<div data-bbox="1005 627 1308 851"> <p>an</p> <p>6. Aug.</p> <p>by. Dyfno.</p> </div>			
von	durch										
Nr. 191 55				Telegramm — Funkpruch — Fernschreiben — Fernspruch							

BERLIN NUE 147 212 5.8.40 1935 = = KN =  
 AN DIE STAPOL. D U E S S E L D O R F.-  
 BETR.: MARIA A L L E S, 28.5.20 GEB., -  
 POLN. KRIEGSGEFANGENEN THOMAS B R Z A S T O W I C Z.-  
 VORG.: BERICHT V. 19.7.40 - III/ 2 OST - 4486/40 -  
 VERSCH. 3259 - -

IC H HABE DIE UEBERSTELLUNG DES POLN. KRIEGSGEFANGENEN  
 THOMAS B R Z A S T O W I C Z, GEF.-NR. 3094, STALAG  
 IN BOCHOLT - BEIM OKW. BEANTRAGT. BEZUEGLICH DER WEITEREN  
 BEHANDLUNG DES B. VERWEISE ICH AUF DEN ERL. DES CHEFS. DER  
 SICHERHEITSPOLIZEI UND DES SD V. 12.2.40 B.NR. 98/40 -  
 KLEIN G - IV . - WEITERE WEISUNG IST ALSDANN ABZUWARTEEN.  
 ICH ERSUCHE UM BALDGEFL. MITTEILNG DER VOLLSTAENDIGEN  
 PERSONALIEN DES POLN. KRIEGSGEFANGENEN THOMAS  
 B R Z A S T O W I C Z. FERNER IST MIR BESCHLEUNIGT  
 MITZUTEILEN, BEI WELCHEM GERICHT UND UNTER WELCHEM AKTZ.  
 DAS VERFAHREN GEGEN DIE A L L E S SCHWEBT.- DAS URTEIL

Hefttrand



IST MIR ZUR GEGEBENEN ZEIT UNVERZUEGL. MITZUTEILEN.-

R.S.H.AMT ROEM. 4 A 1 KLEIN C - 4318/40 - ZIMMER 324



Abschrift.

Berlin NUE 145036 2.8.40 1600 NA.

An Stapoleitstelle Düsseldorf.-

Betr. Schutzhaft gegen Maria A l l e s , geb. 28.5.20.  
Vorgang: Dort.Bericht v. 27.7.40 II D 2219/40 -

Für den Obengenaanten ordne ich hiermit Schutzhaft bis auf weiteres an. Schutzhaftbefehl ist wie folgt auszustellen: "Indem sie mit einem polnischen Kriegsgefangenen geschlechtlich verkehrt, dadurch gegen die Ehre der deutschen Frau verstösst, und berechtigte Empörung in der Bevölkerung auslöst." Ich ersuche, die Ermittlungen zu beschleunigen, weiter zu berichten und zur Frage der Fortdauer und Überführung in ein KL. Stellung zu nehmen.

Vernehmungsabschriften sind beizufügen.

-----  
RSHA IV C 2 Haft-Nr. A. 3060, gez. Heydrich.  
-----

II D 2219/40

Düsseldorf, den 8.8.1940.

An die Abtlg. III/2

im Hause.  
-----

Abschrift übersende ich zur Kenntnis und weiteren Veranlassung. Nach Abschluss der Ermittlungen bitte ich um Bericht im Sinne des Erlasses. Anliegender Schutzhaftbefehl ist der Schutzhaftgefangenen gegen Empfangsbescheinigung auszuhändigen.

Anlagen: 1 Schutzhaftbefehl.

Im Auftrage:  
gez. Dr. F i n n b e r g.



Beglaubigt:

Geschz. Angest.



14  
27

Düsseldorf, 31. Oktober 1940.

V e r m e r k ..

Nach Rücksprache mit dem Sachbearbeiter beim Amtsgericht in Düsseldorf, ist die Maria A l l e s zu 2 Jahren Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt. Urteilsabschrift wird der Staatspolizeileitstelle nach Fertigstellung zugesandt.

*Schwo.*  
Krim. Oberasst.

Abtlg. III/IV E 5 4486/40 PA. A 63.

Düsseldorf, 31. Oktober 1940.

- 1.) Kenntnis genommen.
  - 2.) Wv. bei Eingang der Urteilsabschrift.
- H. K.*

Schwo.  
31.10.40.



# Personalbogen

Personalien des politisch — (spionagepolizeilich\*) — in Erscheinung getretenen:

1. a) Familienname: (bei Frauen auch Geburtsname) Brzostowicz,  
b) Vornamen: (Rufname unterstreichen) Tomasz,  
2. Wohnung: (genaue Angabe) zuletzt in Hagenau (Gutsbezirk)  
Kreis Wongrowitz  
3. a) Deckname:  
b) Deckadresse:  
4. Beruf: Landarbeiter  
5. Geburtstag, -jahr 12.12.1911 Geburtsort: Grünhof Krs. Wreschen  
6. Glaubensbekenntnis und Abstammung: kath.  
7. Staatsangehörigkeit: Polen  
8. Familienstand (ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden \*)  
a) Nationale und Wohnung der Ehefrau:  
b) Nationale und Wohnung des Vaters: Ludwig Brzostowicz,  
Hagenau (Gutsbezirk) Krs. Wongrowitz  
Post Niehof.  
c) Nationale und Wohnung der Mutter: Theofila geb. Kaszmierszak  
verstorben.  
d) Nationale und Wohnung weiterer Auskunftspersonen:  
9. Arbeitsdienstverhältnis:  
Musterung: (Ort) am 19  
Ergebnis:  
Angehöriger des Reichsarbeitsdienstes von: 19 bis: 19  
Abteilung: Standort:  
10. Militärverhältnis (Wehrpflicht, Dienstpflicht, früheres Militärverhältnis \*)  
Musterung: (Ort) am 19  
Ergebnis:  
für: (Waffengattung) als Freiwilliger eingetreten?  
Wehrbezirkskommando, Wehrmeldeamt \*)  
Dienstzeit: von: 19 bis: 19  
als:  
Truppenteil: Standort:



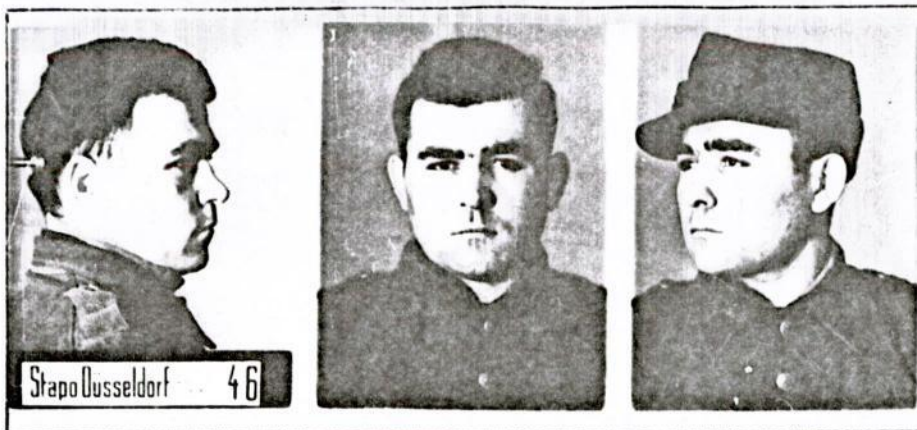
## 11. Politische Einstellung bzw. Funktionen:

## Personenbeschreibung:

12. Größe: Nach Maß oder Schätzung \*) (ohne Fußbekleidung): 165,5 cm
13. Gestalt (stark, unterseht, schlank, schwächlich):
14. Haltung (nach vorn geneigt, auffallend straff, nach rechts, nach links geneigter Kopf \*)
15. Gang (schleppend, lebhaft, schwankend, leicht, graziös, ruhig und gemächlich, hinkend, auffällig, große oder kleine Schritte, steifbeinig) \*)
16. Gesichtsform und -farbe (z. B. rund, oval, eckig, gesund, blaß) \*) hohe Form
17. Kopfhaar (hell-, mittel-, dunkelblond, braun, schwarz, rot, weiß, grau, graugemischt) \*)  
(Fülle und Tracht): straff
18. Bart: (z. B. Farbe, Form): ---
19. Augen (blau, grau, hell, dunkel, schwarz-braun) \*)  
(Besonderheiten): gelb braun
20. Stirn (zurückweichend, senkrecht, vorspringend, sehr hoch, sehr niedrig, sehr breit, sehr schmal) \*)
21. Nase (eingebogen, gradlinig, nach außen gebogen, winklig gebogen, wellig, groß, klein, breit, dick) \*)
22. Ohren (rund, oval, dreieckig, viereckig, groß, klein, abstehend, anliegend) \*)
23. Mund (groß, klein, dünne, dicke, wulstige Lippen) \*)  
(Besonderheiten)
24. Zähne (z. B. vollständig, lückenhaft, Goldzähne) \*)
25. Sprache (z. B. Mundart, fremde Sprachen, hohe oder tiefe Stimme, Stottern, Anstoßen mit der Zunge) \*): polnisch und etwas deutsch.
26. Besonders ins Auge fallende sichtbare Kennzeichen (Tätowierungen, Narben, Male, X- oder O-Markierungen, Verkrüppelungen usw., besonders ins Auge fallende Eigenheiten, z. B. hinkender Gang) \*):
27. Kleidung (z. B. elegant, salopp, einfach) \*):
28. Fingerabdruck ist --- genommen.

\*) Zutreffendes unterstreichen.





Aufgenommen am: 17.3.1941.

Durch

Name:

*Günther*

Amtsbezeichnung: Krim.-Ass.z.Pr.

**Stichwortartige Darstellung des politischen Lebenslaufes:**

(Der Raum darf nicht zur Abföhung von Verfügungen verwandt werden).

Am 19.9.1939 in deutsche Gefangenschaft geraten. Lernte beim Arbeitseinsatz in Hochdahl-Millrath die gleichfalls dort eingesetzte Arbeitsmaid Maria A l l e s kennen. Hat mit ihr am 10.6.1940 den Geschlechtsverkehr ausgeübt. Maria A l l e s wurde zu 2 Jahren Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt.



18

A...gsgef. Mannsch. Stammlager  
Fallingb. (Stalag XIB)  
Nr. 453/4

Fallingb. den 11. Februar 1941

An die

Geheime Staatspolizei,  
Staatspolizeistelle Düsseldorf,

D ü s s e l d o r f

=====

Staatspolizeistelle Düsseldorf  
13. FEB. 1941  
114

Bezug: Schrb.v.3.2.41 -Akt.-Zeichen: III/4-4486/4o PA.A 63.  
Betrifft: Poln. Krgsgef. Thomas Brzastowicz (81 212 XI B)

Anliegend wird eine kurze Beurteilung des Kriegsgefangenen  
in doppelter Ausfertigung, vom Führer des Arbeitskommandos ausge-  
stellt, überreicht.

III 4486/4o  
13. FEB. 1941  
Kartei  
Vorg. seit 11/2. bei III/4

Hauptmann u. A.O.

2 Anlagen.

J. Diederich

See mein K.  
A 10741 g.  
Der Kommandant



19  
48a  
Abschrift:

Kr.Gef.Arb.Kdo. 514  
Siedenburg

den 8.2. 1941.

An Stalag XI B (Abt. Abwehr)

Fallingbostel.

Betr. Schreiben vom 5.ds.Mts. D 1 Nr.397/41.

Soweit ich feststellen konnte, ist über die Führung des poln.  
Kr.Gef. Thomas B r z a s t o w c z Nr. 81212 nicht Nachteiliges  
bekannt geworden, auch ist er ein fliessiger Arbeiter. Von seinem  
Stubenältesten wird er als guter Kamerad geschildert.

gez: Bräutigam, Feldw.u.Kdo-Führer.

F.d.R.d.A.

*Luder*  
Krim.-Ass./z.Pr.



20  
53

a b s c h r i f t.

Ergänzungsamt der Waffen-  
Ergänzungsstelle West (VI)

Düsseldorf, den 13.3.41  
Graf-Recke-str. 72

Abt.: R

Az. Dr. Ka/ma.

Betr. Polnischer Kriegsgefangener Thomas Brzostowisz, geb.  
12.12.1911 in Grünhof Krs. Wroschen Az. Stapo III/4  
A 10/41 G

-----

Der polnische Kriegsgefangene Thomas Brzostowisz, geb. 12.  
12.1911 in Grünhof Krs. Wroschen (Warthegau) wurde heute  
von der Stapo/Düsseldorf zur Feststellung der Rassenzuge-  
hörigkeit vorgeführt.

Brzostowisz ist 29 Jahre alt, ledig, 165.5 cm gross, von  
Beruf Landerbeiter, spricht kaum deutsch.

Körperbau:	muskulär/rundlich gedrungen,
Schädelform:	kurz/rund, breite Backenknochen
Haarform:	straff,
Haarfarbe:	schwarzbraun,
Augenfarbe:	dunkelbraun, schwarzbraun,
Nasenform:	leicht gebogen
Lippenform:	dick.

Musterungsformel: 4 d B II (ostisch, ostbaltisch, westisch)

Br. macht einen ungünstigen Gesamteindruck und steht weit  
unter dem rassischen Gesamtdurchschnitt.

Aus 3 vorgelegten Bildern der betr. Arbeitsmaid muß auch  
diese als vorwiegend slawisch (ostisch-ostbaltisch) bezeich-  
net werden. Kinder der beiden Obengenannten sind unerwünscht.  
Br. kommt für "indeutschungszwecken" nicht in Betracht.

gez. Unterschrift  
H - Untersturmführer

Eignungsprüfer der Ergänzungsstelle West (VI) Berechtigungs-  
ausweis Nr. 44 des Rasse- und Siedlungshauptamtes-H )

-----

F.d.R.d.A.:  
Kanzleigestellte.  
Hier  
Düsseldorf



27  
Stapoleitstelle Düsseldorf i l b r i e f !

Abt. III/4 - A 10/41g- =====

(Behörde)

Düsseldorf, den.....3.1941.....

An ~~Abt. III~~ Abt. II D im Hause

~~Stapoleitstelle~~  
Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

~~Stapoleitstelle~~  
=====

I.

Ich beantrage Schutzhaft über:

Name und Vorname: B r z o s t o w i c z , Tomacz

Geb.-Datum, Geb.-Ort: 12.12.1911 Grünhof Kr. Wreschen.

Wohnort und Wohnung: zuletzt Stalg XI B Fallingbostel

Beruf: Landarbeiter ..... Beschäftigt bei:---

Staatsangehörigkeit: Polen Religion: kath.

Familienstand: ledig Anzahl der Kinder: keine

Rentenempfänger: ---

Tag der Festnahme: 25.2.1941

Der Schutzhäftling sitzt ein im (Pol.-~~Justiz~~gefängnis in Düsseldorf)

Partei- oder Organisationszugehörigkeit: (jetzt)

" " " " " : (früher)

Begründung:

Der poln. Kriegsgefangene Tomacz B r z o s t o w i c z war auf dem Bauernhof S p i e k e r in Hochdahl-Millrath als landwirtschaftlicher Arbeiter eingesetzt. Dort hat er die Arbeitsmaid Maria A l l e s wiederholt umarmt, geküsst und am 10.6.1940 auf dem Felde den Geschlechtsverkehr mit ihr ausgeübt. Die Arbeitsmaid A l l e s war in ihrer Vernehmung geständig, wogegen der Kriegsgefangene B r z o s t o w i c z diese Tat bestritt. Er hat bisher nur ein Teilgeständnis abgelegt. Da zu seiner restlosen Überführung die A l l e s aus dem Zuchthaus nach hier überstellt wird, bitte ich bis auf weiteres über B r z o s t o w i c z die Schutzhaft zu verhängen.

B r z o s t o w i c z ist auf Grund der Verfg. des OKW vom 19.12.1940 -Akz. 2 f 24 19m Kriegsgef. Ibb Nr. 2761/40 (II/147) - wegen seiner begangenen Straftat -Schändung einer deutschen Frau- als Kriegsgefangener entlassen und der Stapoleitstelle Düsseldorf zur Einleitung weiterer Massnahmen überstellt worden.

(Erl. RSHA. vom 11.1.1941 - Akz. B.Nr.4318/40 - IV A 1 c -)

wenden



Anmerkung: Bei Überführung in ein Konzentrationslager muß ferner angegeben werden, ob der Schutzhäftling gesund, arbeitsfähig und frei von ansteckenden Krankheiten ist. Ist der Schutzhäftling erneut amtsärztlich untersucht?

II.

Angaben über Militärverhältnisse:

Aktive Dienstpflicht abgeleistet: (einschließlich der aktiven Dienstzeit bei der Reichswehr).

von.....bis.....  
bei.....

Ersatz Reserve Ausbildung bzw. Übungen abgeleistet:

von.....bis.....  
bei.....

Letzter Dienstgrad:.....

Welche Militärpapiere liegen vor:.....

Wehrpaß Nr.:.....

Arbeitspaß Nr.:.....

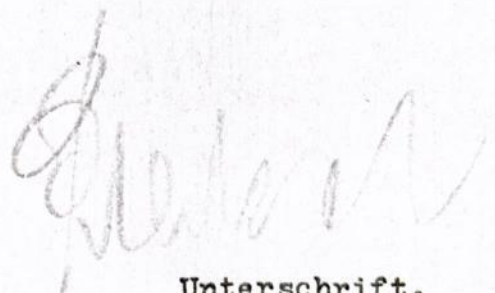
usw.:.....

Bemerkungen:

Ist Betreuung durch die NSV und NSF erforderlich?

Betreuungsmassnahmen sind nicht erforderlich.

Zwei Personalbogen mit Lichtbildern und drei Karteikarten (Ausländer) sind beigelegt.



Unterschrift.

21.3.1941  
Li.

Anmerkung zu II.

(Nur ausfüllen bei Wehrpflichtigen. Gemäß § 4 des Wehrgesetzes vom 21. 5. 1935 - RÜBL.I.S.609 - dauert die Wehrpflicht vom vollendeten 18. Lebensjahre bis zu dem auf die Vollendung des 45. Lebensjahres folgenden 31. März.)

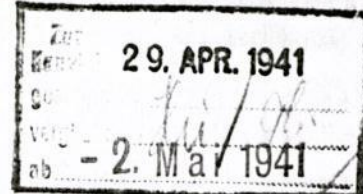


Stapoleitstelle  
Abt. III/4 - A 1o/41 -.

Düsseldorf, den 21. 4. 1941.

1.) Bericht: nicht geheim, unter Beifügung der -6- Anlagen

An R S H A, Berlin.



Betrifft: Poln. Kriegsgefangenen Tomacz Brzostowicz,  
geb. am 12.12.1911 zu Grünhof.

Vorgang: Dort. Erlass vom 11.1.1941 - B.Nr. 4318/4o -  
IV A 1 c -.

Anlagen: 1.) Vernehmungen mit Stellungnahme (Blatt 1 - 13).  
2.) -3- dreiteilige Lichtbilder und  
3.) -3- Ganzaufnahmen des Brzostowicz.  
4.) Charakterliche Beurteilung vom Stalag XI B  
(doppelt)  
5.) Rassebiologisches Gutachten (doppelt).  
6.) -2- Deckel mit Lichtbildern u. Fotokopien vom  
Stalag VI F und vom Tatort.

Als Anlage überreiche ich die abschliessende Vernehmung des  
polnischen Kriegsgefangenen Tomacz Brzostowicz  
mit der Stellungnahme. (Anl. 1)

Von Brzostowicz wurde 3 dreiteilige Aufnahmen und 3 Ganzauf-  
nahmen angefertigt. (Anl. 2 u. 3)

Eine charakterliche Beurteilung wurde vom Stalag XI B in  
Fallingbostel angefordert. (Anl. 4)

Die rassebiologische Untersuchung wurde in Düsseldorf beim  
Ergänzungsamt der Waffen-SS -Ergänzungsstelle West (VI)-  
durch den Eignungsprüfer, SS-Untersturmführer Dr. Karasek,  
durchgeführt. (Anl. 5)

Vom Stalag VI F in Bocholt und vom Tatort in Millrath bei  
Hochdahl wurden die auf die beiden Deckel aufgeklebten  
Lichtbilder hergestellt. Ferner ist je ein Plan vom Stalag VI F  
und vom Tatort als Fotokopie angefertigt worden. (Anl. 6)

2.) Schreiben: nicht geheim.

An

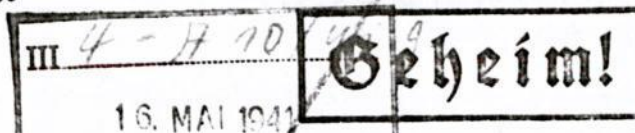


# Der Höhere ~~44~~ und Polizeiführer

bei den Oberpräsidenten von Westfalen,  
Hannover, der Rheinprovinz und beim  
Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe  
im Wehrkreis VI

Tgb.Nr. 145/41 g

Düsseldorf, den 14. Mai 1941.  
Polizeipräsidentium



An die  
Geheime Staatspolizei  
-Staatspolizeistelle-  
Düsseldorf  
Prinz-Georg-Straße

Kartei

Vorg.

11/2. III 4.

5. MAI 1941

Betr.: Antrag auf Sonderbehandlung gegen den ehemaligen poln. Kriegsgefangenen Tomacz Brzostowicz, geb. am 12.12.1911 in Grünhof Krs. Wreschen.

Bezug: Verfg. des Reichssicherheitshauptamtes vom 7.5.41 - B.Nr. 4318/40 - IV A 1 c sowie Rücksprache des Kr.Ass. Lieder beim Höheren ~~11~~ und Polizeiführer West.

Anl.: 1 Akte.

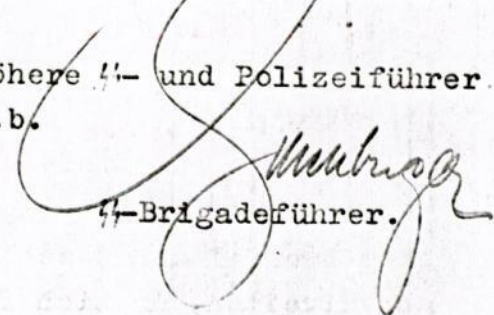
Bis auf wenige nebensächliche Dinge sind die Aussagen des Polen nur Lügen und Verdrehungen, die den Zweck haben, ihn vor harter Strafe zu schützen. Um dies zu erreichen, schreckt er sogar bei einer Gegenüberstellung mit dem Mädchen nicht davor zurück, die Tat abzuleugnen. Ja, er geht endlich so weit, dem Mädchen alles in die Schuhe zu schieben und ihr Dinge nachzusagen, die auf Grund der Aussagen der Deutschen überhaupt nicht vorgefallen sind. Man muß dem Polen schon eine wirklich abgrundtiefe Niedertracht und Schuftigkeit zusprechen, wenn er es fertig bringt, vor den Augen der Frau, mit der er ohne Zweifel den Geschlechtsverkehr ausgeübt hat, die Tat abzustreiten, um sich feige vor der Verantwortung zu drücken. Dabei ist es bezeichnend, daß er die gegenseitig ausgetauschten Zärtlichkeiten wie Küsse usw. nach längerem Leugnen zugeibt, nur eben das Wesentliche will er nicht wahr haben, weil er weiß, daß er damit sein eigenes Todesurteil eingesteht. Aber er kann trotz seiner Raffinesse und hinterlistigen Scheinheiligkeit deutsche Behörden <sup>nicht</sup> dahingehend täuschen, daß er das Mädchen nur geküßt hat und es dabei bewenden ließ.

Außerdem



Außerdem steht dem das wahrheitsgetreue Geständnis des Mädchens entgegen, das noch durch die Angaben ihrer Stubenkameradin bekräftigt wird, der sie kurze Zeit nach dem Geschlechtsverkehr das Erlebnis mitgeteilt hat. Denn es kann niemals angenommen werden, daß die Deutsche -noch unter dem seelischen Eindruck des Vorfalls stehend- ihrer Kameradin etwas erzählt hat, was nicht der Fall gewesen ist. Auch liegen überhaupt keine Gründe vor, die das Mädchen zu unwahren Belastungen gegen den Polen verleiten könnten, denn hiergegen spricht die gegen sie verhängte Zuchthausstrafe wegen des von ihr gebilligten Geschlechtsverkehrs, eine harte und eindringliche Sprache. Nicht zuletzt müßte das Urteil des Gerichts als ein Fehlurteil angesehen werden, was aber auf Grund des freiwilligen Geständnisses des Mädchens keineswegs der Fall ist. Deshalb kann und muß man trotz aller Einlassungen des Polen nur zu der einen und richtigen Erkenntnis kommen: der Pole hat den Geschlechtsverkehr mit der Deutschen ausgeführt. In Anbetracht der Tatsache, daß der Pole die vom Deutschen Reich erlassenen Bestimmungen hinsichtlich des Umgangs mit deutschen Frauen genau kannte und er immer wieder versuchte, die deutschen Behörden zu belügen, beantrage ich gegen ihn die Sonderbehandlung, da es nicht angeht, daß die Deutsche mit Zuchthaus bestraft wird, während der Pole frei ausgeht.

Der Höhere 4- und Polizeiführer West:  
m.d.F.b.

  
4-Brigadeführer.



Stapoleittstelle  
Abt. III/4 - A 10/41-

Düsseldorf, den 17. 5.1941.

1.) Kanzlei:

Von Blatt 74 d.A. ist für RSHA. eine Abschrift zu fertigen. *gef. Ku.*

2.) Schnellbrief: *unter Beifügung der* Abschrift aus Ziffer 1.)

An RSHA.



Betrifft: Ehem. poln. Kriegsgefangenen Tomacz Brzostowicz, geb. am 12.12.1911 in Grünhof.

Vorgang: Dort. Erl. vom 7.5.1941 - 4318/40 - IV A 1 c -

Anlagen: Eine Abschrift.

Als Anlage überreiche ich die Abschrift der Stellungnahme des Höheren H- und Polizeiführers West zum Fall Brzostowicz.

3.) Schreiben: nicht geheim

An Stl. Posen.



Betrifft: Ehem. poln. Kriegsgefangenen Tomacz Brzostowicz, geb. am 12.12.1911 Grünhof.

Vorgang: Anfrage der Auskunftsstelle des Deutschen Roten Kreuzes in Posen vom 28.4.1941 - Akz. PM/I/L-1892/41-

Anlagen: Keine.

Die Angehörigen des ehem. poln. Kriegsgefangenen Tomacz Brzostowicz haben beim Deutschen Roten Kreuz, Landesstelle XXI - Auskunftstelle - Posen, Niederwall 2, über diesen angefragt, da sie seit einiger Zeit keine Nachricht von ihm erhalten haben.

Brzostowicz ist zwischenzeitlich vom OKW. der Stapoleittstelle Düsseldorf überstellt worden, weil er im hiesigen Bezirk eine deutsche Frau geschändet hat. Er befindet sich hier in Schutzhaft.

Jch

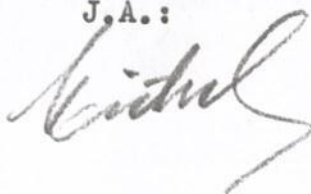


27  
76

Jch stelle anheim, der dortigen Stelle des Deutschen  
Roten Kreuzes von Vorstehendem Kenntnis zu geben.

4.) Wvl. beim SB.

J.A.:

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'Kiedul' or similar, written in a cursive style.

17.5.1941.  
Li.



28

Geheime Staatspolizei — Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

79

Aufgenommen Monat Jahr Zeit 1941 * 10 durch <i>B.H.</i>	Raum für Eingangsstempel <div>Staatspolizeileitstelle Düsseldorf 18. JUNI 1941 Pnl.</div>	III <i>X.H. 10/41</i> 19. JUNI 1941 Kartei <i>(K)</i> Verg. seit <i>4</i>	Befördert			
			Tag	Monat	Jahr	Zeit
			an durch			
			Verzögerungsbezeichnung <i>Nbr R.K.</i>			

Nr. *7305* Telegramm — Funkpruch — Fernschreiben — Fernspruch

+ + + BERLIN NUE NR 95347 18.6. 41 1000 = GR = *Th.*

= AN STL DUESELDORF =

- BETR: EHEM. POLN. KRIEGSGEFANGENEN THOMAS

BR Z O S T O W I C Z , 12.12. 11 GEB.-

VORG: BERICHT V. 26.3. 41 - ROEM. 3 - 4 A - 10 / 41

KLEIN G -

DER REICHSFUEHRER SS UND CHEF DER DEUTSCHEN POLIZEI HAT

ENTSCHIEDEN, DAS DER POLE B R Z O S T O W I C Z , 12.12.

11 GRUENHOF GEB, IN DER NAEHE DES TATORTES ZD HAENGEN IST

ALS RICHTPLATZ ERSCHEINT DER VON DORT AUSGEWAELTE ORT

GEEIGNET. - GEM.ERLASS DES RFSS- S ROEM. 4 - 826/40 G.RS.-

SIND DER HOEHESS - UND POLIZEIFUEHRER, DDER INSPEKTEUR DER

SICHERHEITSPOLIZEI UND DES SD UND FERNER DER ZUSTAENDIGE

LANDRAT UND KREISLEITER DER NSDAP SOFORT ZU VERSTAENDIGEN,

DAMIT SIE GEGEBENENFALLS DER EXEKUTION ALS ZEUGEN BEIWOHNEN



KOENNEN.- ES IST SORGE ZU TRAGEN, DASS DIE UEBERIGEN  
ZIVILPOLEN UND ETWA NOCH VORHANDENE POLN. KRIEGSGEFANGENE  
NACH DER EXEKUTION AM RICHTPLATZ VORBEIGEFUEHRT WERDEN,  
UM EINE ABSCHRECKENDE WIRKUNG ZU ERZIELEN. DER  
EXEKUTIONSORT IST BIS ZUR ABNAHME DER LEICHE, DIE NACH  
DER VORBEIFUEHRUNG DER POLEN ERFOLGEN KANN UNTER  
ENTSPRECHENDE UEBERWACHUNG ZU STELLEN.- ALSDAN N IST DIE  
LEICHE EINEM KREMATORIUM ZUR VERBRENNUNG ZU UEBERGEHEN.-

ICH ERSUCHE UM BESCHLEUNIGTE UEBERSENDUNG EINES  
VOLLZUGSBERICHTES MIT STERBEURKUNDE DES B. DURCH  
SCHNELLBRIEF. TAG UND STUNDE DER EXEKUTION DES POLEN SIND  
DURCH FS - VORAUSS ZU MELDEN. FERNER IST UEBER DIE  
AUSWIRKUNG DER HINRICHTUNG DES B. AUF DIE BEVOELKERUNG  
SOWIE AUF DIE POLEN ZU BERICHTEN. BILDER VOM RICHTPLATZ  
UND DEM VORBEIMARSCH DER POLEN SIND BEIZUFUEGEN.- ZWECKS  
VERSTAENDIGUNG DER ANGEHOERIGEN SIND DER HEIMATORT, DIE  
GENAUE ANSCHRIFT DER ANGEHOERIGEN DES B. SOWIE DIE FUEH-  
RER HEIMATORT ZUSTAENDIGE STAATSPOLIZEISTELLE HIERHER ZU  
MELDEN.- IM UEBERIGEN VERWEISE ICH AUF DIE BEACHTUNG DES  
VORERWAHNTEN ERLASSES DES RFSS - VOM 3.9. 40 -

BESTAETIGUNG DIESES FS-ERFOLGT DURCH SCHNELLBRIEF =  
RSHA ROEM. 4 A 1 KLEIN C - 4318/40 GEZ. MUFFLER SS- BRICE



# Reichssicherheitshauptamt

-B.Nr. 4318/40 - IV A 1c

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 14. Juni 1941.  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040

## Schnellbrief

An die

III 4 - A 10/41  
23. JUNI 1941  
Kartei (K)  
Vorg. seit III/

Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle  
Düsseldorf.

2141/41  
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf  
22. JUNI 1941  
III

Betrifft: Ehem. poln. Kriegsgefangenen Thomas  
B r z o s t o w i c z, 12.12.11 geb.

Vorgang: Bericht v. 26.3.31-III 4-A 10/41g-.

Ich bestätige hiermit mein FS- v. 14.6.41  
übige B.Nr.- und wiederhole nachstehend den Text:

Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen  
Polizei hat entschieden, daß der P o l e  
B r z o s t o w i c z, 12.12.11 Grünhof geb., in der  
Nähe des Tatortes zu hängen ist. Als Richtplatz  
erscheint der von dort ausgewählte Ort geeignet.

Gemäß Erlaß des RFSS -S IV-826/40g.Rs.-  
sind der Höhere SS- und Polizeiführer, der Inspek-  
teur der Sicherheitspolizei und des SD und ferner  
der zuständige Landrat und Kreisleiter der NSDAP  
sofort zu verständigen, damit sie gegebenenfalls  
der Exekution als Zeugen beiwohnen können.

Es ist Sorge zu tragen, daß die übrigen  
Zivilpolen und etwa noch vorhandenen poln. Kriegs-  
gefangene nach der Exekution am Richtplatz vorbei-  
geführt werden, um eine abschreckende Wirkung zu  
erzielen. Der Exekutionsort ist bis zur Abnahme  
der Leiche, die nach der Vorbeiführung der Polen  
erfolgen kann, unter entsprechende Überwachung zu  
stellen.

Alsdann



Stapoleitstelle Düsseldorf  
III/4 - A. 10/41 z.-

Düsseldorf, den 24.6.41

**Geheim!**

- 1.) Auf Anordnung von Regierungsrat Dr. V e n t e r wird der ehem. polnische Kriegsgefangene B r z o s t o w i c z am Sonnabend, den 28.6.1941 um 6,30 Uhr gehängt. Die Verständigung des Höheren ~~W~~- und Polizeiführers, des Inspektors der Sicherheitspolizei und des SD, des Landrats und des Kreisleiters der NSDAP des Landkreises Düsseldorf-Mettmann hat Herr Regierungsrat Dr. V e n t e r übernommen. Die Bereitstellung der polnischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen für die Exekution wird der Landrat veranlassen. Ebenso erfolgt die Bereitstellung von Gendarmeriebeamten zur Absperrung der Richtstätte durch den Landrat. Als Arzt wird der Oberarzt Dr. W i l l s, vom Polizeipräsidium der Exekution beiwohnen und die Todesbescheinigung ausstellen. Die Fortschaffung der Leiche zum Krematorium erfolgt durch das Beerdigungsinstitut Schwetzke (Vertrauensunternehmen der Polizei). Für Galgen und Sarg sorgt der Hausmeister Roth.
- 2.) Vor der Exekution wird folgende Urteilsformel verlesen:  
Der ehem. polnische Kriegsgefangene Thomas B r z o s t o w i c z, geb. am 12.12.1911 in Grünhof, ist überführt, mit einem deutschen Mädchen ein Liebesverhältnis angeknüpft und mit ihr am 10.6.1940 den Geschlechtsverkehr ausgeübt zu haben. Er hat dieses getan, obwohl ihm seiner eigenen Einlassung nach bekannt war, daß polnischen Kriegsgefangenen jeder Geschlechtsverkehr mit einer deutschen Frau verboten ist und dieser mit schweren Freiheitsstrafen oder mit dem Tode bestraft wird. Da B r z o s t o w i c z in besonders schwerer Weise gegen dieses Verbot verstossen hat, wird er auf Befehl des Reichsführers ~~W~~- und Chef der Deutschen Polizei gehängt.
- 3.) Tag und Stunde der Exekution sind dem RSHA durch FS zu melden. FS ist besonders verfügt.
4. ZdA.

7.4.  
Jansen

Je/Th.



StL. Düsseldorf  
III/4. A. 1o=41.g.

Düsseldorf, den 24. Juni 1941

32  
82

1.) FS  
an RSHA Berlin  
- IV A 1 -  
in Berlin.



Betrifft: Ehem. poln. Kr.Gef. Thomas Brzostowicz,  
Vorgang: FS-Erl.v.13.6.1941-IV A 1 c 4318/4o

Die Exekution findet Samstag, den 23. Juni 1941, um  
6 Uhr 30 statt.

Stapoleitstelle Düsseldorf  
III/4. A. 1o/41.g.  
I.V.: gez. Dr. V e n t e r  
Regierungsrat

2.) Z.d.A.

I.V.:

[Signature] 24/6

je 24/6



Dauerdienst

Düsseldorf, den 26. Juni 1941

*Report verlesen!*

Untersturmführer G u t z e i t vom Arbeits-und Erziehungs-  
lager Hundswinkel teilte gegen 20.00 Uhr fernmündlich mit, dass  
die Polen

- a. Vinzenz P r o k o p c z y k, geb. 2.11.06 in Morkiniz-  
ki und
  - b. Josef K o n o w s k i, geb. 4.9.07 in Warschau
- sich freiwillig zur Exekution gemeldet hätten.

Die Polen werden Freitag dem Krim.Sekr. H i l g ä r t -  
n e r in Hundswinkel übergeben.

*Hilg*

Krim.Asst.Anw.



Stapoleitstelle Düsseldorf  
III/4 - A 10/41 g.

Düsseldorf, den 27. Juni 1941.

- 1.) Zwecks Genehmigung der Feuerbestattung benötigt die Städt. Polizei einen Auszug aus dem Erlass des RSHA., aus dem hervorgeht, dass der RFH u. ChdDtPol. die Feuerbestattung angeordnet hat.

2.) Schreiben:

An die  
Städt. Polizeiverwaltung  
in Düsseldorf.

Zur Kontrolle	27. JUNI 1941
geschrieben	VH.
geglichen	

Betrifft: Ehemaligen poln. Kriegsgefangenen Thomas  
B r z o s t o w i c z , geb. 12.12.11 in  
Grünhof.

Vorgang: Unterredung zwischen Stadtoberinsp. H a f t -  
m a n n und Krim.Kommissar J e n s e n .

Anlagen: Keine.

Das Reichssicherheitshauptamt in Berlin hat mit Erlass vom 14.6.41 - B.Nr. 4318/40 - IV A 1c - mitgeteilt, dass der Reichsführer-~~H~~ und Chef der Deutschen Polizei angeordnet hat, dass die Leiche des oben bezeichneten Polen zu verbrennen ist.

3.) z.d.A.

I. V.

Je./27.6.41



**Geheime Staatspolizei**  
Staatspolizeistelle Düsseldorf

Düsseldorf, den 28. Juni  
Dein-Georg-Straße 98  
Fernsprecher Nr. 36391

194 1

B.-Nr. III/3 - A. 10/41 g.-

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum  
anzugeben.

1.) Pfister

An das  
Standesamt

in Gruiten

Betrifft: Todesfall .

Vorgang: Ohne.

Anlegen: -1- Todesbescheinigung.

Der ehemalige polnische Kriegsgefangene

Br z o s t o w i c z, Thomacz, Landerbeiter,  
geb. am 12.12.1911 in Grünhof, Staatsangehörigkeit  
Polen, ledig, röm.kath.

ist heute in Hochdahl um 7<sup>45</sup> Uhr gestorben.

2.) z. V. A.

In Vertretung:



*[Handwritten signature]*



36

89

Stapoleitstelle Düsseldorf  
III/4 - A. 10/41 g.

Düsseldorf, den 28. Juni 1941.

Schein

1.) Berichten: Schneidbrief!

An das R S H A - IV A 1, Berlin.

Zur  
 Kanzlei 28 JUNI --  
 geschrieben 28.6.41  
 verglichen  
 28. Juni 1941

Betrifft: Ehem. poln. Kriegsgefangenen Thomas  
 Br z o s t o w i c z, geb. 12.12.11.

Vorgang: Erlass vom 14.6.41 - B.Nr. 4318/40 - IV A 1c.

Anlagen: 1.

Der ehemalige polnische Kriegsgefangene Br. ist am 28.6.41 um 7,35 Uhr in Hochdahl, Kreis Düsseldorf-Mettmann, in der Nähe des Tatortes gehängt worden. Der Oberarzt der Polizei Dr. Wiltz hat um 7,47 Uhr den Tod festgestellt. Nach Abschluß der Exekution wurde die Leiche dem Krematorium in Düsseldorf zugeführt. Die Einäscherung ist bereits erfolgt.

An der Exekution nahmen neben den Beamten der Staatspolizeileitstelle Düsseldorf ein Vertreter des Inspektors der Sicherheitspolizei und des SD in Düsseldorf, ein Vertreter des Landrates und der Kreisleiter der NSDAP. des Kreises Düsseldorf-Mettmann teil.

Aus der Umgebung waren 145 Polen zur Exekution herangeführt. Die Bekanntgabe der Entscheidung des Reichsführers-~~H~~ und Chefs der Deutschen Polizei und die Vollstreckung des Urteils machten auf diese offensichtlich einen tiefen Eindruck.

Ausführlicher Bericht über die Auswirkung der Hinrichtung auf die Bevölkerung und auf die Polen sowie Lichtbilder von der Exekution folgen, sobald der Bericht des Landrats vorliegt.

Die Anschrift der Angehörigen des Br. (Vater) lautet:

Ludwig Br z o s t o w i c z,

Hagenau, Post Viehof, Krs. Wrongowitz/Wartheland.

Die zuständige Stapostelle ist Posen.

~~Es wird~~ <sup>Es wird</sup> um Nachricht ~~gebeten~~, ob die Urne an die Angehörigen übersandt oder hier beigesetzt werden soll.

Die Sterbeurkunde des B. ist dem Bericht beigelegt.

2.) Wv. bei KK. Jensen - zum weiteren Bericht.

I. V.

28/6.41



Abtlg. III/4 - A. 10/41



Düsseldorf, 27 August 1941.

Schreiben:

Abtlg. II D

1.)

im Hause.

Betrifft: Schutzhaft gegen Tomas Brzostowicz, geb. 12.12.1911 in Grünhof.

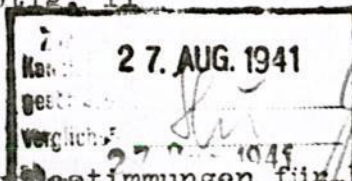
Vorgang: Dortiges Aktz. II D - 1187/41.

Anlagen: Keine.

Der Reichsführer 44 und Chef der Deutschen Polizei hat durch Erl. des RSHA. vom 14.6.41 - B.Nr. 4318/40 - IV A 1 c - entschieden, daß der ehemalige polnische Kriegsgefangene Tomas Brzostowicz, geb. 12.12.11 in Grünhof, zu hängen ist. Die Exekution fand am 28.6.41 in Hochdahl, Kreis Düsseldorf - Mettmann statt. Ich bitte, die Aufhebung der Schutzhaft beim RSHA. zu beantragen.

2.) Schreiben: a.) Abtlg. I,

b.) Abtlg. II



im Hause.

Betrifft: Durchführung Bestimmungen für Exekutionen, Sonderbehandlung.

Vorgang: Erl. Reichsführer 44 und Chef der Deutschen Polizei vom 3.9.40 - B.Nr. S - IV 826/40 g.Rs.

Anlagen: Keine.

Der Erl. des Reichsführers der 44 und Chefs der Deutschen Polizei vom 3.9.40 - B.Nr. S - IV 826/40 g.Rs. - sieht einen Verbleib der Urnen nicht vor. In einem Sonderfalle habe ich beim Reichssicherheitshauptamt um die Herbeiführung eines Entscheids gebeten. Das Reichssicherheitshauptamt hat dahin entschieden - Erl. vom 19.8.41 - 4318/40 - IV A 1 c - daß die Aushändigung der Asche an die Angehörigen in derartigen Fällen grundsätzlich nicht in Frage kommt. Urnen und Asche sind zu beseitigen.

3.) Urne und Asche sind im vorliegenden Falle beseitigt. Schw. 26/8.41.

4.) Karteikarte vorhanden. Schw. 26/8.41

5.) Z.d.A. *gefälligst beseitigen* *not. Nr. 2628*

Schw.  
26.8.41.



Stapo-leistelle  
Saerbüchlein

AD: Neustadt/W

gl. 19 ges. Thiedelle

FS Schr. v. 4.11.41 IV A1c

gl. 25 ges. Thiedelle

FS Schr. v. 14.2.42 IV A1c  
Schr. Ex. ort.

gl. 29-30

FS Ex. befehl v. 27.2.42  
ges. Wille IV A1c

gl. 33-34

Schell-Schr. Ex-befehl IV A1c  
v. 26.2.42  
ges. Wille

gl. 35

Vollanmeldung  
v. 2.3.42

---

F 3

---

Zwölfrer, Jan  
+ 2.3.1942



Vermerk v. 8.12.1964 (Bd.II Bl.13 d.A. 1 Js 4/64 (RSHA)):

4) Z w o l i n s k i , Jan, geb. 9.9.16 in Peres<sup>S</sup>zyn,  
Krs. Dubno.

Z. hatte als Kgf. mit der Landhelferin Anna Mühlbeyer im Herbst 1940 GV. Er wurde, bevor dieses Verhalten bekannt war, am 1.2.41 aus der Kriegsgefangenschaft entlassen und als Zivilarbeiter verpflichtet. Im August 1941 wurde durch die Stapostelle Saarbrücken - Außendienststelle Neustadt/Weinstraße - ein SB-Verfahren eingeleitet. Bei der rassischen Überprüfung wurde Z. für nicht eindeutschungsfähig befunden. Der HSSPF Westmark sprach sich in seiner Stellungnahme vom 24.9.41 (gez. B e r k e l m a n n , SS-Gruf.) gegen eine Exekution aus, da Z. von der Mühlbeyer geführt worden sei.

Im RSHA wurde der Vorgang vom Referat IV A 1 c bearbeitet (Vgl. Schreiben vom 4.11.41 - gez. T h i e d e c k e -). Mit FS-Erlaß vom 19.11.41 (IV C 2 - gez. H e y d r i c h ) wurde gegen Z. Schutzhaft bis auf weiteres angeordnet.

Mit FS vom 14.2.42 (IV A 1 c - gez. T h i e d e c k e ) erließ das RSHA Exekutionsanordnung. Als Exekutionsort wurde das KL Dachau bestimmt (FS RSHA vom 27.2.42 - IV A 1 c - 9748/41 - gez. M ü l l e r , SS-Gruf.).

Z. wurde am 2.3.42 in Dachau gehängt.

Der Sachverhalt ergibt sich aus den Akten der Stapo-  
außenstelle Neustadt/Weinstraße betr. Mühlbeyer, Anna.



B7039

2

C II-44-

# Akten

der

**Geheimen Staatspolizei**

Staatspolizeistelle Neustadt a. d. Weinstrasse

über

*MÜHLBEYER*  
(Familienname)

*ANNA MARIA*  
(Vorname)

*12. 9. 97*  
(Geburtsdatum)

*THOPT*  
(Geburtsort)



Landrat Ludwigshafen am Rhein.

(Name der Polizeiverwaltung)

Gendarmerie-Posten Dannstadt.-Westmark-

(Genaue Bezeichnung der Dienststelle)

(Eingangsstempel)

Geschäftszeichen: Ans. Vers. Nr. 82

Anruf: 0259/14

Dannstadt, den 19. August 1941

(Dienststelle)

(Datum)

## Strafanzeige

Tatort: Schauernheim

NG-Bezirk: Ludwigshafen am Rhein.

Tatzeit: Anfangs Novbr. 40 - Ende Januar 41

Strafbare Handlung: Geschlechtsverkehr  
mit Kriegsgefangenen.

SS ..... KStGB.

Geschädigt:

(Name und Amtsbezeichnung)

Dannstadt, am 19. August 1941

Beschuldigt (Täter und Beteiligte):

a) Mühlbeyer Vorn. Anna Maria

geboren am 12. Septbr. 1897

in Roth Landkr. Landau-Pfalz-

Wohnung Schauernheim Obergasse 23

ledig, prot. Landhelferin, B. Ang.

b) gehörige, Deutschblütig:  
Swolinsky Vorn. Jean

geboren am

in

Wohnung: Edigheim b. Braun

Gegenstand:

Wert (Höhe des Schadens):

Überführungsstücke:

Anlagen.

## Spurenjuche

hat stattgefunden — ist nicht erforderlich.

Spuren sind nicht gefunden.

Spuren sind gesichert an den Erkennungsdienst der  
KStelle  
abgesandt.

Der

Unterszeichneter

am 20. ten Februar 1885

in ..... geboren,

in Dannstadt Ad. Hitlerstr. Wohnhaft,

Fernruf: —, zeigt an:

Seit einigen Wochen wurde in Schauernheim bekannt, dass die ledige Landhelferin Mühlbeyer Anna von dort, sich in Schwangerschaft befindet.

Der Schwängerer derselben wurde aber nie genannt, weil die Mühlbeyer die ganze Sache verheimlichte. Da dieselbe etwas beleibt ist, wurde deren Schwangerschaft auch nicht bald wahrgenommen.

Da sich die Mühlbeyer am 18.8.41 beim Bürgermeisteramt in Schauernheim nach Heidelberg polizeilich abmeldete, wurde sie von dem I. Bürgermeister u. Bauer Handrich Vorn. Otto von Schauernheim befragt, warum sie nach Heidelberg wolle u. wer der Kindsvater, der Schwängerer sei etc.



4

Die Mühlberger erklärte demselben, dass sie nach Heidelberg zwecks Entbindung in eine Klinik gehen. der Schwägerer sei der ehemalige polnische Kriegsgefangene, der bei dem Landwirt Johann Schlenz von Schauernheim gewesen sei. Mit diesem Krgsn. habe sie Geschlechtsverkehr gehabt. Bürgermeister Handrich machte der Gendarmerie Mitteilung von der Sache.

Auf Grund dieser Mitteilung wurde die Mühlbeyer Anna zur Sache gehört. Dieselbe gab zu, mit dem fragl. Kriegsgefangenen Geschlechtsverkehr gepflogen zu haben.

Der Kriegsgefangene Swolinsky Vorn Jean geb. am 9. Septbr. 1916 zu Kol-Perzin-Polen-Landwirt von Beruf, hatte Erk. Nr. 3888-Abtlg. Stalag XII Frankenthal-kam im Mai 40 als polnischer Krgsgfn. zum Kriegsgefn. Arbeitskdo. Nr. 421 nach Schauernheim u. wurde dem Schlenz von dort zur Arbeitsleistung zugeteilt. Im Krgsgfn. Unterkunftstraum war derselbe untergebracht. Des Morgens ging derselbe zu Schlenz u. abends zum Unterkunftstraum zurück.

Seit 1. II. 41 ist Swolinsky bei dem Bauer Braun in Edighheim als polnischer Zivilarbeiter beschäftigt. Um diese Zeit kam er von Schlens hinweg.

In Schauernheim bei Schlenz soll er sich gut geführt haben, was sein Benehmen u. die Arbeit betroffen habe. Bei Schlenz kam die Mühlbeyer mit dem Swolinsky so zusammen. Weñl beide im Betrieb tätig waren.

Die Mühlbeyer ist etwas geistig beschränkt. Sie kam nach ihren Angaben aus der 5 ten Klasse der Volksschule.

Außerdem gebar sie bereits am 11. 11. 1921 zu Heidelberg einen Sohn, Hans Mühlbeyer, der das Schmiedehandwerk erlernte u. s. Zt. beim Heere an der Ostfront steht. Vater ihres unehelichen Sohnes soll nach ihren Angaben ein gewisser Lang Vorn. Jakob Landwirt von Kindenheim bei Grünstadt sein. Dieser habe seinerzeit die Vaterschaft bestritten. Die Mühlbeyer erklärte hinzu, ihr in Mussbach wohnhafter Vater Philipp Mühlbeyer habe sie seinerzeit als geistig beschränkt bezeichnet, weshalb ihr nichts geglaubt u. sie für das Kind keinen Unterhalt bekommen habe. Der betr. Lang sei nach Amerika ausgewandert. Die Vaterschaftsfeststellungsuntersuchung für ihren Sohn sei am Amtsgericht Grünstadt geführt wurden.

Der Bauer Schlenz Vorn. Johann, geb. am 1. I. 1896 zu Eöhl, wohnhaft zu Schauernheim Obergasse Nr. 23, prot. verh. erklärte, er habe nie etwas davon wahrgenommen, dass die Mühlbeyer u. der Pole intime Beziehungen gehabt hätten. Dieselben seien sozusagen, doch nie allein bei der Arbeit gewesen. Er könne sich gar nicht vorstellen, wie dies alles gekommen sei.

Die Mühlbeyer habe nie etwas gesagt, dass ihr der Pole nachgehe. So habe sie auch, weil sie etwas beleidigt sei, ihre Schwangerschaft verheimlicht. Von anderen Leuten hätten sie von der Schwangerschaft erfahren. Auf Vorhalt habe die M. diese sodann zugestanden u. gesagt, dass der Pole sie geschwängert habe. Nach Angaben des Schlenz ist die Mühlbeyer



56  
etwas geistig beschränkt. Dieselbe sei fleissig u. ehelich, doch  
einfältig.

Die Muhlbeier gab zu, gewusst zu haben, dass der Geschlechts-  
verkehr mit Kriegsgefangenen verboten u. bestraft werde. Sie will  
dies dem Polen auch gesagt u. zu verstehen gegeben haben.

Die Muhlbeier will am 20. 8. 41 in die Univ. Frauen Klinik in  
Heidelberg Vossstr. Nr. 9 u. dort verbleiben bis nach ihrer Ent-  
bindung.

Keller  
Mstr. d. Gend.



Fingerabdruck genommen\*)  
Fingerabdrucknahme nicht erforderlich\*)  
Person ist — nicht — festgestellt\*)

Datum:

Name:

Amtsbezeichnung:

Dienststelle:

**Gendarmerie-Posten**  
**Dannstadt (Pfalz)**

(Dienststelle des vernehmenden Beamten)

**Dannstadt** , am **19. August** 19**14**

Auf Vorladung — ~~Person~~ — erscheint

**die Landhelferin Mühlbeyer Vorn. Anna wohnhaft zu Schauernheim**  
und erklärt, zur Wahrheit ernahmt: **Obergasse Nr. 23**

**I. Zur Person:**

1. a) Familienname, auch Beinamen (bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name des früheren Ehemannes)	a) <b>M ü h l b e y e r</b>
b) Vornamen (Kufname ist zu unterstreichen)	b) <u>Anna</u> <b>Maria</b>
2. a) Beruf: Über das Berufsverhältnis ist anzugeben, — ob Inhaber, Handwerksmeister, Geschäftsleiter oder Gehilfe, Geselle, Lehrling, Fabrikarbeiter, Handlungsgehilfe, Verkäuferin usw. — — bei Ehefrauen Beruf des Ehemannes — — bei Minderjährigen ohne Beruf, der der Eltern — — bei Beamten und staatl. Angestellten die genaueste Anschrift der Dienststelle — — bei Studierenden die Anschrift der Hochschule und das belegte Fach — — bei Trägern akademischer Würden (Dipl., Ing., Dr., D. pp.) wann und bei welcher Hochschule der Titel erworben wurde —	a) <b>Landhelferin</b>
b) Einkommensverhältnisse	b) <b>monatlich 20 Mk. nebst Kost u. Logis.</b>
c) Erwerbslos?	c) Ja, seit / nein
3. Geboren.	am <b>12. Septbr. 1897</b> in <b>Roth</b> Verwaltungsbezirk <b>Landau-Pfalz-</b> Landgerichtsbezirk <b>Landau-Saarpfalz</b> Land <b>Deutschland</b>
4. Wohnung oder letzter Aufenthalt	in <b>Schauernheim</b> Verwaltungsbezirk <b>Ludwigshafen am Rhein</b> Land <b>Deutschland</b> <b>Obergasse</b> <b>Str. Nr. 23</b> Flug <b>Platz</b> Fernruf

\*) Nichtzutreffendes durchstreichen.



<p>5. Staatsangehörigkeit Reichsbürger?</p>	<p>Deutsche ja</p>
<p>6. a) Religion (auch frühere) 1) Angehöriger einer Religionsgemeinschaft oder einer Weltanschauungsgemeinschaft, 2) Gottgläubiger, 3) Glaubensloser b) sind 1. Eltern 2. Großeltern } deutschblütig?</p>	<p>a) evangelisch 1) ja — welche? nein 2) ja — nein 3) ja — nein b) 1. ja 2. ja</p>
<p>7. a) Familienstand (ledig — verheiratet — verwitwet — geschieden — lebt getrennt) b) Vor- und Familiennamen des Ehegatten (bei Frauen auch Geburtsname) c) Wohnung des Ehegatten (bei verschiedener Wohnung)</p>	<p>a) ledig b) c)</p>
<p>8. Kinder</p>	<p>ehelich: a) Anzahl: b) Alter: Jahre unehelich: a) Anzahl: 1 Sohn b) Alter: geb. 11.11.21 Jahre</p>
<p>9. a) des Vaters Vor- und Zunamen Beruf, Wohnung b) der Mutter Vor- und Geburtsnamen Beruf, Wohnung (auch wenn Eltern bereits verstorben)</p>	<p>a) Muhlboyer Vorn. Philipp Fabr. Arb. Musebach Lindenstr. b) Elisabeth M. geb. Rahn ohne Beruf in Musebach +</p>
<p>10. Des Vormundes oder Pflegers Vor- und Zunamen Beruf, Wohnung</p>	
<p>11. a) Reisepaß ist ausgestellt b) Erlaubnis zum Führen eines Kraftfahr- zeuges — Kraftfahrrades — ist erteilt c) Wandergewerbeschein ist ausgestellt d) Legitimationskarte gemäß § 44a Gewerbe- ordnung ist ausgestellt e) Jagdschein ist ausgestellt f) Schiffer oder Lotsenpatent ist ausgestellt</p>	<p>a) von am Nr. b) von am Nr. c) von am Nr. d) von am Nr. e) von am Nr. f) von am Nr.</p>



8

17. Orden- und Ehrenzeichen?  
einzeln (aufführen)

18. Vorbestraft?  
(Kurze Angabe des — der — Beschuldigten.  
Diese Angaben sind, soweit als möglich, auf Grund  
der amtlichen Unterlagen zu ergänzen)

Nicht vorbestraft.

II. Zur Sache:

Seit dem 1. Januar 1923 bin ich bei dem Bauer Johann Schlens zu Schau-  
ernheim Obergasse Nr. 23 als Haus- u. Landwirtschaftliche Gehilfin. Ich habe  
eben alle vorkommenden Arbeiten verrichtet. Während meiner Jugendjahre  
war ich 3 Jahre in Neustadt a. d. Weinstr. im Bahnhofhotel u. seit dem  
Jahre 1914 bin ich in der Landwirt<sup>schaft</sup> beschäftigt. Vor dem Diensteintritt  
bei Schlens war ich an 3 Stellen. Bei Schlens bin ich, wie erwähnt, seit  
23.

Im Jahre 1940, die Zeit um Pfingsten-12.5.40-als polnische Kriegsge-  
fangene nach Schauernheim zur Arbeitsleistung zu den Landwirten kamen,  
haben auch Schlens einen polnischen Kriegsgefangenen namens Jean  
Grolinsky zugeteilt. Dieser war in der Landwirtschaft beschäftigt. Auch  
im Stall musste er mithelfen. Gemeinschaftlich musste ich so auch mit dem  
Kriegsgefa. zusammen arbeiten. Bis zum November 40 etwa hat sich der Krgsg.  
ständig betragen. Im November 40 hat er dann angefangen sich mit mir zu  
wecken, wobei er mich hie u. wieder angestossen hat. Eines Tags Anfangs  
Febr. 40 war der Kriegsgefangene u. ich im Stall beschäftigt. Ich gab den  
Tränke u. er fütterte die Pferde. Während ich beschäftigt gewesen war  
hat er mir die Röcke hoch u. streifte meine geschlossene Unterhose herab.  
Derselbe lehnte mich an die geschlossene Stalltüre u. hat mich ge-  
schlechtlich gebraucht. Ich habe wohl zu demselben gesagt, er möge mich  
gehen lassen, worauf er etwas polnisch sagte, doch habe ich denselben  
nicht verstanden. Es war mir nicht recht, dass er mich gebrauchte, ich habe  
denselben sodann halt gehen gelassen. Ich wollte denselben von mir stossen  
doch hat er mich an der Hand gehalten. Dies am Handgelenk. An einer Hand  
hat er mich so gehalten. Als ich in den Stall bin hatte er den Hosenschlitz  
schon auf. Als er mich gebrauchte hat er den Geschlechtsteil erst heraus  
genommen. Als er seinen Geschlechtsteil noch nicht ganz bei mir eingeführt  
hatte, habe ich denselben zurück gestossen.

So hat er mich im Stall etwa 2-3 mal geschlechtlich gebraucht. Auch in  
Schauern hat er mich auch etwa 2-3 mal geschlechtlich gebraucht. Jedemal  
hat er meine Röcke hoch gehoben u. ...



9  
u. meine geschlossene Unterhose herunter gezogen. In der Scheuer lehnte er mich an den Fuhrwagen, wenn er mich gebrauchte. Dies etwa 2 mal. Das Letztmal als mich Swolinsky geschlechtlich gebrauchte, lehnte er mich in der Scheuer an einen gefüllten Sack, in dem Schrot oder Rübenschnitzel gewesen waren. Es war dies Ende Januar 41. Kurz darauf ist sodann Swolinsky am 1. Febr. 41 fort gekommen. Etwa 6 mal kann mich Swolinsky geschlechtlich während der Zeit von Anfangs Novbr. 40 bis Ende Januar 41 gebraucht haben. Im Januar 41, es kann um die Zeit des 19-20. I. 41-gewesen sein, als ich zum Letztenmale meine Periode gehabt habe. Von dieser Zeit ab rührt meine Schwangerschaft her. Swolinsky hat mich geschwängert. Mit einem anderen Manne hatte ich keinen Geschlechtsverkehr gehabt. Swolinsky kam wie erwähnt Anfangs Februar 41 fort u. kam nach Edlheim zu dem Bauer Braun. Derselbe kam sodann eines Sonntags, es kann schon im März 41 gewesen sein, nach Schauernheim u. besuchte die Familie Schlenz. Da war er ganz in Zivilkleidung. Derselbe kam am Vormittag, als ich noch im Stall beschäftigt war. Da Swolinsky in den Stall gekommen ist, sagte ich zu demselben, dass meine Periode ausgeblieben sei, es sei nichts mehr, ich würde ein Kind kriegen, was ich jetzt anfangen sollte, jetzt könne ich mich aufhängen. Daraufhin sagte Swolinsky zu mir, ich möge schwer heben. Einige Worte deutsch reden kann er. Sonst hat er nichts gesagt. Derselbe hat dann auch den Stall gleich verlassen. Als er sodann noch einmal nach Schauernheim zu Schlenz gekommen ist, fragte er stets; „Noch nichts“ Ich entgegnete mit nein. Er sagte auch zu mir, ich möge nichts verraten. Seit Juli 41 war Swolinsky nicht mehr da in Schauernheim.

Auf Vorhalt: Ich habe gewusst, dass der Geschlechtsverkehr mit Polen verboten ist u. habe es dem Swolinsky auch anfänglich gleich u. öfters gesagt. Derselbe schüttelte den Kopf u. sagte etwas, was ich nicht verstanden habe. Ich habe mich als gewehrt, er war doch stärker als ich. Ich habe denselben halt dann gehn gelassen. Meine Unterhose hatte er einmal besudelt. Weil der Pole fleissig war, hatte ich nicht das Herz die Sache zu verraten. Ich habe gesagt, wenn er hinweg kommt, bekämen wir keinen solchen mehr, der so schafft. Ich habe zu Niemanden etwas gesagt, dass der Pole mit mir geschlechtlich verkehrt. Die Familie Schlenz hat nie etwas davon wahrgenommen. Wenn des Mittags gegessen war, blieb die Familie Schlenz noch in der Wohnung u. hörte die Nachrichten, während ich u. der Pole das Vieh u. die Hühner fütterten. Da ist der Pole mir immer nachgelaufen.



Bei derartigen Gelegenheiten hat mich der Pole sodann gebraucht. Janner wollte ich den Polen nicht an mich lassen u. habe denselben als hinweg gestossen. Auf den Boden hat mich der Pole nie gelegt. Stets hat er mich im Stehen gebraucht.

Vor etwa 2 Wochen habe ich erst den Heleuten Schlens gesagt, dass ich von dem Polen schwanger sei. Vorher sagte ich nichts. Die Schlens haben meine Schwangerschaft nicht so bemerkt, weil ich ohnedies etwas be-  
leibt bin. Ich bin jetzt 7 Monate schwanger.

Zur Entbindung begeben sich mich am 20.8.41 in die Univ. Frauen Klinik in Heidelberg Vossstr. Nr. 9 "

Beglaubigt:

*Müller*  
Mstr. d. Genl.

vorgelesen u. untersch.

*Anna Mühlberger*

Am - 1. Sep. 1941	im Tagesbericht
ausgewertet.	
Neustadt a. d. Weinstr., den - 1. Sep. 1941	
J. A.	<i>Hils</i>

*Chai von kriegl. Hauptaufhebung*  
*auswärtige*  
*H*



## Polizeiliche Vernehmung eines Beschuldigten

, am

193

Auf Vorladung\*) — Vorgeführt\*) — erscheint und erklärt:

### I. Zur Person:

\*) Nichtzutreffendes durchstreichen.

1. a) Familienname (bei Frauen auch Geburtsname)	a) <b>Z w o l i n s k i</b>
b) Vornamen (Nachname ist zu unterstreichen)	b) <b>Jan</b>
2. Beruf Über das Berufsverhältnis ist anzugeben, ob Inhaber, Handwerksmeister, Geschäftsleiter oder Gehilfe, Geselle, Lehrling, Fabrikarbeiter, Handlungsgehilfe, Verkäuferin usw.  Erwerbslos?	<b>Bauer</b>  <del>Ja</del> - nein
3. Geboren	am <b>9.9.1916</b> in <b>Lerosyn</b> Gemeinde <b>Werba</b> Kreis <b>Dubno</b> Landgerichtsbezirk Staat <b>Polen</b>
4. Wohnung	in <b>Ludwigshafen-Oppau</b> Kreis <b>Ludwigshafen a. Rh.</b> Staat <b>Polen</b> Straße Nr. Platz
5. Staatsangehörigkeit	als <b>Nationalpole</b>
6. Religion	<b>röm-kath.</b>
7. a) Familienstand (ledig - verheiratet - verwitwet - geschieden - lebt getrennt) b) Vor- und Familienname des Ehegatten (bei Frauen auch Geburtsname) c) Wohnung des Ehegatten (bei verschiedener Wohnung)	a) <b>ledig.</b> b) c)
8. Kinder	a) Anzahl: <b>Keine.</b> b) Alter: <b>Keine.</b>



9. a) des Vaters

Vor- und Zuname

Wohnung

b) der Mutter

Vor- und Geburtsname

Wohnung

a) Ignace Zwolinski

b) Karolina Kaminska  
Peresyn Nr. 5.

10. a) Beruf der Eltern

(Nur für Minderjährige ohne eigenen Beruf)

b) Beruf der Ehemanns

a) Landwirt

11. a) Erlaubnis zum Führen eines Kraftfahrzeuges  
— Kraftfahrzeuges — ist erteilt

b) Wandergewerbeschein ist ausgestellt

c) Legitimationkarte gemäß § 44a der Gewerbe-  
ordnung ist ausgestellt

d) Jagdschein ist ausgestellt

e) Versorgungsschein (Zivildienstversorgungs-  
schein) ist ausgestellt

f) Als Schöffe oder Geschworener für die laufende  
oder die nächste Wahlperiode gewählt oder aus-  
gelost? Durch welchen Ausschuss (§ 336)?

g) Zugehörigkeit zur NSDAP oder einer ihrer  
Untergliederungen (SA, SS, PL, HJ, NSBO usw.)

h) Arbeitsdienstverhältnis:

Wann und wo gemustert?

Entscheid?

Dem Arbeitsdienst angehört:

i) Militärverhältnis:

1. Für welchen Truppenteil gemustert oder als  
Freiwilliger angenommen?

2. Aus dem Militärstand ausgestoßen?  
Wann und aus welchem Grunde?

3. Gedient:

a) von

b) von

c) von

d) von

e) von

f) von

g) von

h) von

i) von

Nr. der Karte

unter Nr.

von bis Abteilung

Ort:

von bis als

Truppenteil:

Standort:

12. Bestrafungen:

am

durch

wegen

zu

Angeblich nicht vorbestraft.



Zur Person:

Mit Ausnahme meiner Militärzeit war ich ständig bei meinen Eltern in Perczyn wohnhaft. Dort besuchte ich 3 Jahre die Volksschule. Im 13. Lebensjahre starb mein Vater. Ich mußte deshalb zu Hause bleiben und zu Hause helfen. Ich habe noch 5 Geschwister, die alle verheiratet und in Polen wohnhaft sind.

Im März 1938 wurde ich zum 43. poln. Inf. Rgt. nach Dubno eingezogen. Mit diesem Rgt. zog ich bei Kriegsbeginn ins Feld. Am 10.9.39 wurde ich bei Drasewice gefangen.

Am 1.2.1941 wurde ich aus der Kriegsgefangenschaft entlassen und habe mich als Zivilarbeiter verpflichtet.

Zur Sache:

Im Mai 1940 kam ich als poln. Kriegsgefangener zu dem Bauern S c h l e n z nach Schauernheim. Dort war auch die Anna Mühlbeyer beschäftigt. Mit der Mühlbeyer habe ich niemals ~~sam~~ allein im Felde zusammengearbeitet. Etwa im November 1940 fütterte ich die Pferde und die Mühlbeyer die Kühe. Beide Ställe sind räumlich voneinander getrennt und zwar durch die Scheune. Wir trafen beide in der Scheune zusammen. Die Mühlbeyer kam auch zu mir in den Pferdestall. In der Scheune habe ich dann Stroh geholt, während sie M ü h l b e y e r Heu holte. Hier hat mich die Mühlbeyer geneckt und mehrmals angestoßen. Dabei griff sie mir auch über den Kleider an den Geschlechtsteil und mir gesagt, ich solle sie ficken. Ich sagte ihr, daß ich dies nicht machen werde, da ich sonst eingesperrt würde. Sie sagte mir doch, daß sie nichts sagen würde und zudem sei sie schon alt und würde nichts passieren. Sie hob dann selbst ihre Rütche hoch, schlug diese über ihr Gesicht, bückte sich nach vorne. Einen Schlüpfer hatte sie nicht an. Von hinten habe ich daraufhin an ihr den Geschlechtsakt vollzogen. Vorher hatten wir uns geküßt. Dabei hat mir die Mühlbeyer an meinen Geschlechtsteil gegriffen und ich langte auch an ihren Geschlechtsteil. Im Ganzen habe ich die M ü h l b e y e r etwa 10 Mal geschlechtlich gebraucht. Es war dies in der Scheune, im Stall und im Keller. Ich habe die Mühlbeyer ~~immer~~ auf einmal stets von hinten gebraucht. Einmal in der Scheune habe ich sie von vorne gebraucht und dabei über einen Sack gelegt. Den Geschlechtsverkehr haben wir gewöhnlich in der Mittagszeit oder kurz vor dem Abendbrot ausgeübt. Wir waren dabei so vorsichtig, daß uns niemand überraschen konnte.

Immer war die M ü h l b e y e r die Veranlasserin zum Geschlechtsverkehr. Sie hat mich immer geneckt und konnte ich nicht widerstehen. Die letzten Male habe ich bei der Mühlbeyer den Geschlechtsverkehr gesucht und war sie auch sofort damit einverstanden.



Dem Schlüpfer hat die Mühlbeyer stets selbst weggemacht. Bei den 1. Malen des Geschlechtsverkehrs hatte ich immer gesögert und auch der Mühlbeyer erklärt, daß ich eingesperrt würde. Sie brachte mich dadurch, daß sie sagte, sie verrate nichts, soweit, daß ich immer mit ihr verkehrte.

Joh gebe zu, daß uns im Kgf. Stalag ausdrücklich bekanntgegeben wurde, daß bei Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen an uns die Todesstrafe durch Erhängen vollzogen werde. Joh wollte ja auch nicht mit der Mühlbeyer geschlechtlich verkehren und war auch immer sehr zurückge-  
sogen, denn die Mühlbeyer suchte schon viel früher mich zum Geschlechtsverkehr zu gewinnen. Schon in der Ernte 1940 hat sie sich mit mir ge-  
deckt. XXX Es gelang ihr schließlich meine Bedenken gegen den Geschlechtsverkehr dadurch zu zerstreuen, daß sie sagte, es komme nichts heraus, sie werde nichts verraten.

Richtig ist, daß mir die Mühlbeyer im März 1941, als ich wieder einmal nach Schauernheim kam, sagte, daß sie nun in anderen Umständen sei. Sie hatte bereits ihre Füße im kalten Wasser gebadet, was jedoch nichts genützt habe. Als sie mich fragte, was sie nun machen solle, sagte ich ihr, sie solle einmal schwer heben. Sie sagte jedoch auch sogleich zu mir, daß ich mich auf sie verlassen könne, weil ich äußerte, daß es nun soweit sei, daß wir jetzt bestraft werden.

Ende Juli 1941 habe ich die Mühlbeyer das letzte Mal besucht. Dabei habe ich sie gefragt, ob noch nichts sei. Als sie verneinte, sagte ich ihr, daß sie nun das Kind abwarten, d.h. austragen solle. XXX Joh sagte ihr aber auch, daß sie mich jetzt nicht verraten solle, denn sonst werde ich bestraft und sie habe niemand, der für das Kind Sorge. Joh sehe ein, daß ich gefehlt habe und Strafe verdiene. Um aber für das Kind zu sorgen, erkläre ich mich bereit, die Mühlbeyer zu heiraten, denn ich halte es immer noch für besser mit der Mühlbeyer verheiratet zu sein, wenn es sich auch um eine alte Person handelt, als gehängt zu werden.

Wenn die Mühlbeyer behauptet, ich hätte ihr das 1. Mal die Röhre hochgehoben und die Hose heruntergestreift, so lügt sie bewußt. Sie war das 1. Mal die Veranlasserin zum Geschlechtsverkehr. Wohl haben wir vor dem 1. Geschlechtsverkehr etwas gegenseitig an unseren Geschlechtsteilen herumgefigert, aber die Mühlbeyer hat zuerst an meinem Geschlechtsteil herumgespielt und habe ich ihr daraufhin auch an den Geschlechtsteil gegriffen.

Joh habe nun die reine Wahrheit gesagt.

Geschlossen:

v. u. u.

*Toll*  
Erst. Sekr.

in poln. Sprache vorgelesen:

*Wojewski Joz*

*KOA.*



# Geheime Staatspolizei

Staatspolizeistelle Saarbrücken

Außendienststelle

Neustadt a. d. Weinstraße

Neustadt a. d. Weinstraße, den 1.9.1941.

B.Nr. 9503/41 - II A 1 -

## Schlussbericht.

ehen.

Bei dem polnischen Kriegsgefangenen und jetzigen Zivilarbeiter Jan Z w o l i n s k i handelt es sich um einen frechen Burschen. So hat er bei seiner Festnahme am 29.8.1941 dem ihn festnehmenden Beamten - Krim.Sekr. Z ä n g l - gegenüber erklärt, wenn er nicht gesagt bekomme warum er festgenommen werde, gehe er auch nicht mit.

Es wurde ihm nun in der Zeit vom 29.8.41 bis heute bekanntgemacht, daß sein Leugnen keinen Wert habe und war er heute niedergeschlagen und bequante sich zu einem Geständnis. Es darf angenommen werden, daß er die Wahrheit gesagt hat. Ferner muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Mühlbeyer tatsächlich die Veranlasserin zum Beischlaf gewesen ist.

*V. Müller*  
Krim.Sekr.



V.

1.) Füge Originalvorgang und 3 Lichtbilder bei.

An

den Höheren ~~W~~- und Polizeiführer  
beim Reichsstatthalter in der Westmark  
und Chef der Zivilverwaltung für Lothringen

in M e t z  
Bärenstr.10.

Betrifft: Sonderbehandlung der im Reich eingesetzten polni-  
schen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen.

Vorgang: Erl.des RFuChdDtPol.im RMdJ.vom 5.7.41 S IV D 2 0  
- 4883/40 g - 196 -

Anlagen: 1 Originalvorgang,  
2 Lichtbilder.

«Der polnische Zivilarbeiter und ehemalige Kriegsge-  
fangene

Jan Z w o l i n s k i,

Landarbeiter, Sohn von Jgnace Z w o l i n s k i und  
Karolina, geb. K a m i n e c k a, ledig, röm-kath., z.zt.  
+ GEB. 9.9.16 in PERCZYŃ, KA. DUBNO/POLEN  
beschäftigt und wohnhaft in Oppau-Edigheim und die  
Reichsdeutsche

Anna Maria M ü h l b e y e r,

Landhelferin, geb. 12.9.1897 in Rhodt, Landkr. Landau/West-  
mark, wohnhaft in Schauernheim, ledig, haben in der Zeit von  
November 1940 bis Ende Januar 1941 in etwa 10 Fällen den  
Geschlechtsverkehr miteinander ausgeübt, Beide waren in  
dieser Zeit bei dem Landwirt Johann S c h l e n z in  
Schauernheim bedienstet.

Die Tat wird sowohl von der M ü h l b e y e r als  
auch von Z w o l i n s k i zugegeben.

Bei Z w o l i n s k i handelt es sich um einen  
fleißigen andererseits aber um einen sehr vorlauten und  
frechen Menschen. Er bringt vor, von der M ü h l b e y e r  
zum Geschlechtsverkehr verführt worden zu sein.

Die M ü h l b e y e r wird als fleißige und ehrliche  
Person geschildert. Sie wurde aus der 5. Klasse der Volks-  
schule entlassen und ist geistig etwas beschränkt. *fs*



16

ist anzunehmen, daß sie den Geschlechtsverkehr bei dem fast 20 Jahre jüngeren Polen gesucht hat.

Der Pole Z w o l i n s k i wurde am 29.8.1941 festgenommen und ist im Hausgefängnis der hiesigen Außendienststelle verwahrt.

Die M i h l b e y e r befindet sich zwecks Entbindung seit dem 20.8.1941 in der Univ.Frauen Klinik in Heidelberg. Ein Lichtbild konnte deshalb von ihr nicht gefertigt werden.

Da die Tat zu einer Zeit erfolgte, als Z w o l i n s k i noch Kriegsgefangener war, wird nach Entbindung der M i h l b e y e r gegen diese ein Strafverfahren wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen eingeleitet. >>

Ich bitte um Überprüfung des Z w o l i n s k i gemäß Erlass des RFH/UCHdDtPol. im RdJ. vom 5.7.1941. Um Mitteilung des Ergebnisses (X) unter Rückgabe des Vorgangs (wird) gebeten.

Gefertigt:	4. Sep. 1941
Geprüft:	4. Sep. 1941
Abgesandt:	5. Sep. 1941

2.) Registratur. ✓

3.) Kartei. Setze auf Karteikarten:

Zwolinski wurde am 29.8.41 wegen verb. Umgangs mit deutschen Frauen festgenommen.

Die Muhlbeier wurde am 29.8.41 wegen verb. Umgangs mit Kriegsgefangenen angezeigt.

I.P.-F. abgegr.

4.) Wt. report bei I.R.

Kö.

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten signature]*



# Geheime Staatspolizei

Staatspolizeistelle Neustadt a. d. Weinstraße

Fernschreib-Vermittlungsstelle

17  
12  
II A

Aufgenommen			Raum für Eingangsstempel		Befördert			
Monat	Jahr	Zeit			Tag	Monat	Jahr	Zeit
durch <i>Chy</i>			<b>Staatspolizeistelle Saarbrücken</b> Fernschreib-Stelle Neustadt a. d. Weinstraße Eing.: 24. SEP. 1941 B.Nr.: ..... Abt. .... 24.9.41		an ..... durch .....			
					Verzögerungsvermerk			

Nr. 6119 METZ 12 771 24.9.41 09,01 = LI =

AN DIE STAPO-AUSSENDIENSTSTELLE NEUSTADT A. D. W. ==

BETR IFFT: SONDERBEHANDLUNG DER POLN. ZIVILARBEITER, EHEMALS  
POLN. KRIEGEGANGENEN. HIER JAN Z W O L I N S K I, GEB. 9.9.16

VORGANG: DORT. SCHREIBEN V. 4.9.41 B. NR. ROEM 2 A 1 -  
9 503/41. ==

1.) NACH DEM DORT. UNTERSUCHUNGSERGEBNIS HAT DIE GEISTIG  
ETWAS BESCHRAENKTE MUEHLBEYER DEN ZWOLINSKI VERFUEHRT. -

2.) EINE RASSISCHE UNTERSUCHUNG DES Z. DURCH DIE  
ERGAENZUNGSSTELLE DES RASSE- UND SIEDLUNGSAMTES RHEIN HAT  
EINE EINDEUTSCHUNG NICHT ERGEBEN.

3.A) UNTER HINWEIS AUF PUNKT 2. MUSS Z. BESTRAFT WERDEN  
B) UNTER HINWEIS AUF PUNKT 1. IST TODESSTRAFE DURCH  
ERHAENGEN NICHT ANGEBRACHT. ==

DER VORGANG WIRD HEUTE NOCH NACH DORT UEBERSANDT. ===

DER HOEHERE SS- U. POLF. WESTMARK GEZ. BERKELMANN

SS- GRUPPENFUEHRER UND GENREALLEUTNANT DER POLIZEI. +



V.

- 1.) Füge Originalvorgang, 1 Abschrift des Erl.des HSh. u. Pol.-Führers Westmark vom 24.9.41 und 2 Lichtbilder bei. ✓

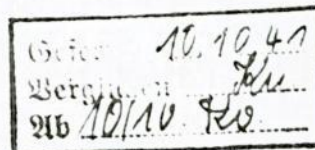
An

das Reichssicherheitshauptamt

IV D 2

in B e r l i n S W 11

Prinz Albrecht Str.8.



Betrifft: Sonderbehandlung der im Reich eingesetzten polnischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen. ✓

Vorgang: Erl.des RF u. Ch d. Dt. Pol. im RMdJ. vom 8.3.40, 3.9.40 und 10.12.40 - S IV D 2 a Nr.3382/40 und vom 5.7.41 S IV D 2 c - 4883/40g - 186. ✓

Anlagen: 1 Vorgang;  
1 Stellungnahme des Höheren u- und Polizeiführers Westmark in Abschrift,  
2 Lichtbilder.

Setze ein von Bl.11 von < bis > .

Falls gegen Z w o l i n s k i keine Sonderbehandlung angeordnet wird bitte ich, diesen für längere Dauer in Schutzhaft zu nehmen und seine Überführung in ein Konzentrationslager - Stufe III - anzuordnen.

Die dortige Entscheidung bitte ich mir mitsuteilen.

- 2.) Merkblatt über Aktenversandung wurde gefertigt.  
3.) Registratur. ✓  
4.) Wv.sofort bei II A.

Handl. TE

14. 9. Okt. 1941  
H. G. H. H.

13. 10. 41  
H. H.

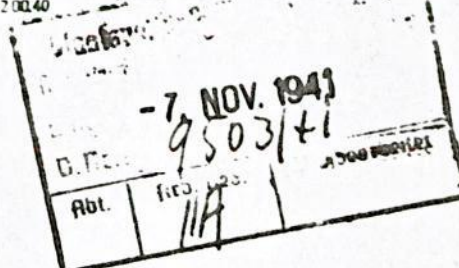


# Reichssicherheitshauptamt

B.Nr. 9748 /41 - IV A 1 c

Bitte in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 4. November 1941  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040



An die

Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeistelle Saarbrücken  
- Außendienststelle Neustadt a.d.W.-

< Betr.: Ehem. poln. Kriegsgefangenen Jan Zwolinski,  
9.9.16 geboren, - Anna, Maria Mühlbeyer,  
12.9.97 geboren.

Vorg.: Berichte vom 4.9. und 9.10.41 - B.Nr. 9503/41 -  
II A-1-N.

-----

In der vorbezeichneten Angelegenheit bitte ich um beschleunigte Übersendung je einer weiteren Vernehmungsschrift des Zwolinski und der Mühlbeyer sowie um Beifügung von 2 Lichtbildern der M. Ferner bitte ich das rassenbiologische Gutachten über Zwolinski in doppelter Ausfertigung und ein dreiteiliges Lichtbild und eine Ganzaufnahme des Polen beizufügen.

Alsdann werde ich den Fall Zwolinski dem Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei zur Entscheidung vorlegen.

Zwolinski bleibt bis zum Eingang der Entscheidung des RFSS in Schutzhaft. Was ist gegen die Mühlbeyer veranlaßt worden? >

Im Auftrage:

*Miedem*



Vfg.

- 1.) Kanzlei schreibe und füge anliegenden Personalbogen bei:

An das

Polizeipräsidium - Erkennungsdienst -

**Eilt sehr!**M a n n h e i m

Betrifft: Mühlbeyer Anna Maria, geb. 12.9.1897 in Roth, z.Z. in  
Mannheim-Nekarau, ~~Sankt~~ Annaheim Luisenstr. 64, wohn=  
haft.

Vorgang: Ohne.Anlage: 1 Personalbogen.

Als Anlage übersende ich einen Personalbogen mit der  
Bitte diesen vervollständigen zu wollen.

Gleichzeitig bitte ich die im ~~Sankt~~ Annaheim, Luisen=  
strasse 64 wohnhafte Mühlbeyer erkennungsdienstlich zu behandeln  
und 6 dreiteilige Lichtbilder, sowie 3 ~~G~~anzaufnahmen zu übersenden.

Ich bitte um beschleunigte Erledigung.

- 2.) Registratur. ✓

- 4.) Wv. z. 10.12.1941.

Geführt:	19. Nov. 1941
Gep. Nr.:	
Erledigt:	12. 11. 41

J.A.

*Heils*

Bau.



# Geheime Staatspolizei - Staatspolizeistelle Saarbrücken

Aufgenommen Monat Jahr Zeit Nov 1941 14:20 durch	Raum für Eingangstempel	Beförderer Tag Monat Jahr Zeit an 19. Nov 1941 17:00 durch
Nr. 10957	Funkpruch - Fernschreiben - Fernspruch	Verzögerungsvermerk ? = Neustadt.

+ + BERLIN NUE 187 285 19.11.41 1420 =  
 AN DIE STAPOSTELLE SAARBRUECKEN. - - -  
 BETR: SCHUTZHAFT GEGEN POLEN JAN Z W O L I N S K I, GEB.  
 9.9.16 PERCZYN, LED., R. K., ARBEITER. - -  
 VORG: DORTG. BERICHT V. 9.10.41 - 9503/41 - -  
 FUER DEN OG. ORDNE ICH HIERMIT SCHUTZHAFT BIS AUF WEITERES  
 - SCHUTZHAFTBEF. IST WIE FOLGT AUSZUSTELLEN. - -  
 " INDEM ER DADURCH, DASS ER MIT EINER DEUTSCHEN FRAU IN EINER  
 DAS GESUNDE VOLKSEMPFINDEN GROEBLICHST VERLETZENDEN WEISE  
 INTIM VERKEHRT, ERHEBLICHE UNRUHE IN WEITE KREISE DER  
 BEVOELKERUNG TRAEGT." -  
 NACH ENTSCHEIDUNG DES RFSS U. CH. D. DT. POLIZEI UEBER DIE  
 FRAGE DER SONDERBEHANDLUNG ERGEHT WEITERE WEISUNG. - -  
 RSHA ROEM 4 C 2 - H. NR. Z. 5744 - GEZ. HEYDRICH

B.Nr. 9503/41 - II E -

Neustadt a.d.Weinstr., den 21. 11. 1941.

Vfg.

- 1.) Gegen Zwolinski wurde Schutzhaft bis auf weiteres angeordnet.
- 2.) An das Arb.Geb.II D zur weiteren Veranlassung.
- 3.) Wv. z.10.12.1941. -Schreiben nach Berlin beantworten Bl.17 d.A.

J.A.

*Gib*

Bau.

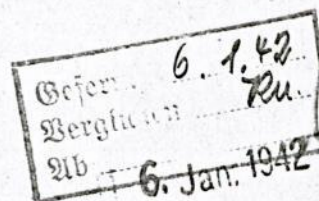


Saarbrücken, den 30. 12. 1941  
22

V.

- 1.) Füge 2 Vernehmungsniederschriften, 4 Lichtbilder und Gutachten bei.

An  
das Reichssicherheitshauptamt  
IV A 1 c  
in Berlin SW 11  
Prinz Albrecht Str. 8.



Betrifft: Ehem. poln. Kriegsgefangenen Jan Zwolinski,  
geb. 9.9.16, - Anna Maria Mühlbeyer, 12.9.97  
geboren.

Vorgang: Erl. vom 4.11.41 B.Nr. 9748/41 - IV A 1 c. ✓

Anlagen: 2 Vernehmungsniederschriften,  
1 Gutachten in doppelter Fertigung,  
4 Lichtbilder.

Das Strafverfahren gegen die Mühlbeyer  
wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen ist  
bei der Staatsanwaltschaft in Frankenthal unter Aktz.  
3 Js. 515/41 anhängig.

- 2.) Merkblatt über Aktenversendung gefertigt.  
3.) Registratur.  
4.) Wv. 1.3.42. ✓

*Wv. 1.3.42*

*Mühlbeyer*

Kö.

*H*



213

**Stadtjugendamt Mannheim**  
Bezirksfürsorgeverband Mannheim-Stadt

*Frühs.*

Tag 28 Januar 19 42

Gesch.-Zeichen IVb

Fernruf  
34051

Ruf Nr. 820

Amtsvormundschaft über

An

Mühlbeyer, Friedbert

die

geb. 30.10.1941 zu Heidelberg

Geheime Staatspolizei,

Stadtjugendamt Mannheim	
Außenbüro des Jugendamtes a. Rh.	
Eing.: <u>986</u>	2. FEB. 1942
Beilagen:	
1. Arb. Geb.	2. Arb. Geb.

Ludwigshafen a. Rh.  
Uhlandstraße 7.

Jhr Schreiben vom

Der außereheliche Vater unseres obengenannten Mündels ist der landwirtschaftliche Zivilarbeiter, früher polnischer Gefangener, Johann S w o l i n s k i, der bei Landwirt Jakob Braun 2. in Oppau-Edigheim Dalbergstr. 43 beschäftigt war. Nach Mitteilung des Oberbürgermeisters Ludwigshafen a. Rh. ist Swolinski seit September 1941 von der Gestapo in Haft genommen. Wir bitten um gefl. Mitteilung in welchem Gefängnis sich Swolinski befindet. Wir beabsichtigen denselben durch das zuständige Amtsgericht zur Frage der Anerkennung der Vaterschaft einvernehmen zu lassen.

*[Handwritten signature]*

Konten der städt. Fürsorgekasse:  
Postcheck Ludwigshafen a. Rh. Nr. 18848  
GKJ bei der Bad. Komm. u. Landbank  
Mannheim Nr. 238  
Scheck bei der Sparkasse Mannheim Nr. 134



24

B.Nr.9503/41 - II E - Neustadt a.d.Weinstraße, den 10.2.42.

V.

1.) An

das Stadtjugendamt

Bezirksfürsorgeverband Mannheim - Stadt

in M a n n h e i m.

Betrifft: Amtsvormundschaft über Mühlbeyer Friedbert, geb.  
30.10.41 in Heidelberg.

Bezug: Dort.Schreiben vom 28.1.42 IV b.

Der poln.Zivilarbeiter Jan Z w o l i n s k i, geb.  
9.9.1916 in Perczyn, Gemeinde Werbe, Kr.Dubno, befindet sich im  
Hausgefängnis der Geheimen Staatspolizei in Neustadt a.d.  
Weinstraße, Luitpoldstr.10.

2.) Registratur. ✓

3.) Wv.1.3.42. W

Gelenigt:	11. FEB. 1942
Geprüft:	<i>[Signature]</i>
Abgesandt:	11. FEB. 1942

J.A.

*Minan*

Kö.



bi II A 25

# Geheime Staatspolizei - Staatspolizeistelle Saarbrücken

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit <b>14. Feb. 1942</b> <i>14.15</i> durch <i>R</i>	Staatspolizeistelle Saarbrücken Außenstellenstelle Neustadt a. d. Weinstraße Eing: <b>18. FEB. 1942</b> B.Nr.: <i>9503/41</i> Abt. <i>19</i>   Rez. bef. <i>19</i>   S. -Grossarbeiter <div style="text-align: right; margin-top: 10px;">18. FEB 1942</div>	Befördert Tag Monat Jahr Zeit <i>11</i> <i>11</i> <i>1942</i> <i>13</i> durch <i>16. FEB 1942</i> Verzögerungsvermerk <i>an Kustadt</i>
Nr. <i>153</i>	Funkpruch - Fernschreiben - Fernspruch	

BERLIN NUE NR 25988 14.2.42 1225 =HU =  
 STAPOSTELLE SAARBRUECKEN =  
 BETR.: EHEM. POLNISCHEN KRIEGSGEFANGENEN  
 JAN Z W O L I N S K I, GEB. 9.9.16.- VORG.: BERICHT  
 V. 9.10.41 -NR. 9503/41 -ROEM 2 A 1 - N.- DER RFSS HAT IN  
 DER VORB. ZEICHNETEN ANGELEGENHEIT DI E EXEKUTION DES POLEN  
 IN EINEM KONZENTRATIONSLAGER ANGEORDNET. ICH BITTE UM  
 UMGEHENDE MITTEILUNG DURCH FS, IN WELCHEM LAGER DIE EXEKUTION  
 DURCHGEFUEHRT WERDEN KANN. WEITERE WEISUNG ERGEHT ALSDANN.  
 = RSHA -ROEM 4 A 1 C -B.NR. 9748/41 -  
 I.A. GEZ. TIEDEKE, SS-H'STUF. +

*[Signature]*



# Geheime Staatspolizei

Staatspolizeistelle Neustadt a. d. Weinstraße

Fernschreib-Vermittlungsstelle

26

<b>Aufgegeben</b> (vom Aufgeber ausfüllen) <b>Datum</b> 19.2.42 <b>G. G.</b> II E <b>Name</b> K h h l <b>zuscht an</b> II E	<b>Raum für Eingangsstempel</b>	<b>Befördert</b> <b>Tag Monat Jahr</b> 19 02 42 <b>an</b> Dachau durch
	<b>VfG.</b> Sende Telegramm / <u>Fernschreiben</u> / Fernspruch / Funkspruch <small>Gewünschtes rot unterstreichen</small> an <b>die Kommandantur des Konzentrations-</b> <b>lagers in Dachau.</b> Sofort vorlegen! <b>Haft</b>	<b>Verzögerungsvermerk</b> <b>Befördert</b>

1.) Betrifft: Exekution des poln. Zivilarbeiters Jan Zwolinski, geb. 9.9.1916 in Perczyn.

Bezug: Ohne.

Zwolinski hat als Kriegsgefangener ein deutsches Mädchen geschwängert. Er befindet sich im Hausgefängnis der hiesigen Dienststelle. Der RPK hat die Exekution - Erhängen - des Polen Zwolinski in einem Konzentrationslager angeordnet.

Jch bitte um Ps-Mitteilung, ob die Exekution des Polen im dortigen K.-Lager durchgeführt werden kann.

Stapo-Außendienststelle Neustadt a.d. Weinstr. B.Nr. 9503/4X -

2.) Registratur. ✓

3.) Wv. sofort bei II E.



# Geheime Staatspolizei

Staatspolizeistelle Neustadt a. d. Weinstraße

Fernschreib-Vermittlungsstelle

27 26

hl N. II E

## Aufgenommen

Tag Monat Jahr Zeit

20 FEB 1942  
an durch

## Stempel für Eingangsstempel

Staatspolizeistelle Neustadt a. d. Weinstraße

20 FEB 1942

20 FEB 1942

20 FEB 1942

neu. Gef.

St. Gef.

## Befördert

Tag Monat Jahr Zeit

an durch

Verzögerungsvermerk

N. U. Nr.

783

aus + KL DACHAU 1255 20.2.42 1225 = KNT=

AN DIE STAPOSTELLE N E U S T A D T / A. D. W. - +

BETREFF: EXEKUTION DES POLNISCHEN ZIVILARBEITERS JAN  
Z W O L I N S K I , GEB. 9.9.16 IN PERSZYN, -

BEZUG: DORT. FS. V. 19.2.42 NR. 1168. -

AUF DAS OBIGE FS. TEILT DIE KOMMANDANTUR DES KL. DACHAU

MIT, DASS DIE AXEKUTION DES POLNISCHEN ZIVILARBEITERS JAN

Z W O L I N S K I , GEB. 9.9.1916 IN PERCZYN, IM KL. DACHAU

DURCHGEFUEHRT WERDEN KANN. =

GEZ. PIORKOWSKI SS- O' STUBAF. U. LAGERKOMMANDANT. + +



# Geheime Staatspolizei

Staatspolizeistelle Neustadt a. d. Weinstraße  
Fernschreib-Vermittlungsstelle

285

<b>Aufgegeben</b> (vom Aufgeber ausfüllen) Datum <u>21.2.42</u> B. St. <u>II E</u> Name <u>K ö h l</u> zurück an <u>II E</u>	Raum für Eingangsstempel  <div style="text-align: center; font-size: 1.5em;">1221</div>	<b>Befördert</b> Tag Monat Jahr Zeit <div style="text-align: center;">21 11 42 14 24</div> an <u>Bln.</u> durch <u>...</u>
<div style="text-align: center;"><b>BfG.</b></div> Sende Telegramm / Fernschreiben / Fernspruch / Funkspruch <small>Gewünschtes rot unterstreichen</small> an <u>das Reichssicherheitshauptamt</u> <div style="text-align: center;">- IV A 1 C -</div> <u>in Berlin.</u>		<b>Verzögerungsvermerk</b> <div style="text-align: center; font-size: 1.5em;">Befördert</div>

1.) Betrifft: Ehem. poln. Kriegsgefangenen Jan Z w o l i n s k i,  
geb. 9.9.1916 in Perczyn.

Vorgang: Fs.Erl.vom 14.2.1942 IV A 1 C - B.Nr.9748/41. ✓

Die Exekution des Polen Z w o l i n s k i kann im Konzen-  
trationslager in Dachau durchgeführt werden.

Jch bitte um weitere Weisung.

Stapo Saarbrücken B.Nr.9503/41 - II E - (N.)

2.) Registratur. ✓

3.) Wv.sofort bei II A.

Hefttrand



29

T A 1 2

# Geheime Staatspolizei

Staatspolizeistelle Neustadt a. D. Weinstraße

Fernschreib-Vermittlungsstelle

Aufgenommen				Raum für Eingangsstempel				Befürwort			
Tag	Monat	Jahr	Zeit	Staatspolizeistelle Saarbrücken Fernschreib-Vermittlungsstelle Neustadt a. D. Weinstraße Eing.: 27. FEB. 1942 B. Nr.: 9503/41 Abt. 1 Sachz.				Tag	Monat	Jahr	Zeit
27	2	1942	14	27.2.42							
durch								an			
								Verfügungsbemerkung			

N. U. 1337

+ SAARBRUECKE NR. 2414 27.2.1942 16.55 ==HU==

AN DIE AUSSENDIENSTSTELLE IN NEUSTADT. A. D. - WEINSTRASSE.

" NACHSTEHENDES FS ERLASS DES RSHA BERLIN UEBERMITTELE ICH MIT DER BITTE UM ERLEDIGUNG. == "

+ BERLIN NUE 33935 27.2.1942 1305 == RM ==

== AN DIE STAPOSTELLE SAARBRUECKEN. ---

DRINGEND SOFORT VORLEGEN. ==

BETR.: EHEMALIGEN POLNISCHEN KRIEGSGEFANGENEN

JAN Z W O L I N S K I GEB. AM 9.9.1916 ) ==

VORG.: BERICHT VOM 9.10.1941 B. NR.9503/41 ==

ROEM 2 A 1 N. ===

DER REICHSFUEHRER SS UND CHEF DER D. POLIZEI HAT

ENTSCHIEDEN, DASS DER EHEMALIGE POLNISCHE KRIEGSGEFANGENE

JAN Z W O L I N S K I GEB. AM 9.9.1916 IN PERCYN. IM



30

KONZENTRATIONSLAGER DACHAU ZU HAENGEN IST. ==

ICH BITTE, DEN POLEN Z. UNVERZUEGLICH UND ZUVERLAESSIG DEM  
KONZENTRATIONSLAGER DACHAU MIT EINER ENTSPRECHENDEN WEISUNG  
ZU UEBERSTELLEN. DIE LEICHE IST EINZUAESCHERN. ZWECKS  
VERSTAENDIGUNG DER ANGEHOERIGEN DES Z. BITTE ICH MIR DIE  
GENAUE ANSCHRIFT DERSELBEN SOWIE DIE FUEHR DEN HEIMATORT DES Z.  
ZUSTAENDIGEN STAPO-(LEIT) STELLE MITZUTEILEN. UND ZUR GEGEBENEN  
ZEIT VOLLZUGSBERICHT ZU ERSTATTEN. DAS KONZENTRATIONSLAGER DACHAU  
IST VON HIER VERSTAENDIGT WORDEN. EINE BEKANNTGABE DER  
EXEKUTION IN DER PRESSE DARF IN DERARTIGEN FAELEN  
GRUNDSAETZLICH NICHT ERFOLGEN. I M UEBRIGEN VERWEISE ICH AUF  
DEN ERLASS DES REICHSFUEHRERS SS UND CHEF DER DEUTSCHEN  
POLIZEI VOM 3.9.1941 B. NR. 8 ROEM 4 826/40 GRS. BETREFFEND  
RICHSFUEHRUNGSBESTIMMUNGEN FUEHR EXEKUTIONEN BESTAETIGUNG  
DIESES FS ERFOLGT DURCH SCHNELLBRIEF. DER CHEF DER SIPO UND  
DES SD ROEM. 4 A 1 KLEIN C - B.- NR. 9748/41. ===

M.V. GEZ. MUELLER SS GRUPP.+++



y.

1.) An

die Kommandantur  
des Konzentrationslagers  
in D a c h a u.

Betrifft: Ehemaligen polnischen Kriegsgefangenen Jan Zwolinski,  
geb.9.9.1916 in Perczyn.

Bezug: Dort.Fs.vom 20.2.42 Nr.1225.

Der Reichsführer ~~SS~~ und Chef der deutschen Polizei hat entschieden, daß der ehemalige poln. Kriegsgefangene Jan Z w o l i n s k i, geb.9.9.1916 in Perczyn, Kr.Dubno im Konzentrationslager Dachau zu hängen ist. Die Leiche ist einzuäschern. Die Verständigung der Angehörigen erfolgt durch das Reichssicherheitshauptamt. Eine Bekanntgabe der Exekution in der Presse darf nicht erfolgen. Im übrigen ist auf den Erlass des RF ~~SS~~ uChdDt-Pol.vom 3.9.41 B.Nr.S IV 826/40 GRS betr.Durchführungsbestimmungen für Exekutionen verwiesen.

~~h~~ Ich bitte nach erfolgter Exekution Vollzugsbericht mittels Fs. zu übersenden.

2.) Registratur. ✓

3.) Wv.sofort bei II A.

Gefertigt: 28. Feb. 1942  
Geprüft: *[Signature]*  
Abgesandt: 28. FEB. 1942 *[Signature]*

Kö.

y.

H.



Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeistelle  
Saarbrücken  
II A

Saarbrücken, den 4 März 1942

32

Urschr. mit Erl. des RSHA Berlin

E i l t ! s o f o r t !

der Geheimen Staatspolizei  
Staatspolizeistelle Saarbrücken

- Aussendienststelle -

in N e u s t a d t a.d. Weinstr.

zur weiteren Veranlassung übersandt.

Staatspolizeistelle Saarbrücken		
Außendienststelle Neustadt a. d. Weinstraße		
Eing.:	5 MRZ. 1942	
B.Nr.:	9503/42	
Abt.	Arch. Geb.	Sachbearbeiter
	HE	Pohl

J.A.

Pohl.



Der Chef der Sicherheitspolizei

Berlin SW 11, den 26. Februar 1942  
Prinz-Albrecht-Strasse 8  
Fernsprecher: 12 00 40

IV A 1 c - B.Nr. 9748/41

Betreff in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum  
angeben.

**Schnellbrief**

Staatspolizei  
Empf. 2. 1942  
Befr. II A

An die  
Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeistelle Saarbrücken  
in Saarbrücken

Km! Mel sofort

an Minister

124 3/5

Betr.: Ehemaligen polnischen Kriegsgefangenen  
Jan Z w o l i n s k i, geboren am  
9.9.1916.

Vorg.: Bericht vom 9.10.1941 - B.Nr. 9503/41 -  
II A 1 N. -

Ich bestätige hiermit mein Fernschrei-  
ben vom 26.2.1942 - IV A 1 c - B.Nr. 9748/41 -  
und wiederhole nachstehend den Text:

" Der Reichsführer-~~II~~ und Chef der Deutschen  
Polizei hat entschieden, dass der ehemali-  
ge polnische Kriegsgefangene Jan  
Z w o l i n s k i, geboren am 9.9.1916  
in Percyn, im Konzentrationslager Dachau  
zu hängen ist. Ich bitte, den Polen  
Z w o l i n s k i unverzüglich und zuver-  
lässig dem Konzentrationslager Dachau mit  
einer entsprechenden Weisung zu überstel-  
len. Die Leiche ist einzusichern.

Zwecks Verständigung der Angehörigen  
des Z. bitte ich mir die genaue Anschrift  
derselben sowie die für den Heimatort des



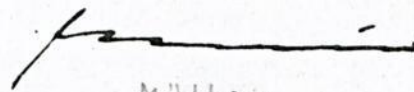
320  
34

Z. zuständige Stapo-leit-stelle mitzuteilen und zur gegebenen Zeit Vollzugsbericht zu erstatten.

Das Konzentrationslager <sup>Sachsen</sup> ~~Buchenwald~~ ist von hier verständigt worden. Eine Bekanntgabe der Exekution in der Presse darf in derartigen Fällen grundsätzlich nicht erfolgen.

Im übrigen verweise ich auf den Erlass des Reichsführers-41 und Chefs der Deutschen Polizei vom 3.9.1941 - B.Nr.S IV 826/40 gRs. - betreffend Durchführungsbestimmungen für Exekutionen. "

In Vertretung:



Müller

Wi.



*Am 11 A*  
**Geheime Staatspolizei**

Staatspolizeistelle Neustadt a. d. Weinstraße

Fernschreib-Vermittlungsstelle

*2.3.42*

*- I E - 32*

nicht vorhanden

abgenommen

Raum für Eingangsstempel

Befördert

Monat Jahr Zeit

Tag Monat Jahr Zeit

Staatspolizeistelle	Neustadt a. d. Weinstraße
Eing.: 3. FEB 1942	
B.Nr.: 9503/41	
Abt. I E	Schreibst. R. 11

an durch

Verzögerungsvermerk

L. U. Nr. *1329* + KL. DACHAU NR. 1638 2.3.42 1801- HO-

AN DIE GEH. STL. SAARBRUECKEN.

AUSSENDIENSTSTELLE: NEUSTADT A. D. WEINSTARASSE.==

BETR: EXEKUTION DES EHEMALIGEN POLNISCHEN KRIEGSGEFANGENEN

JAN Z W O L I N S K I , GEB. 9.9.16 ZU PERCZYN. -

BEZG: DORT. SCHR. V. 28.2.42 - B. NR. 9503 /41 - I I E- ==

EXEKUTION DES EHEMALIGEN POLNISCHEN KRIEGSGEFANGENEN JAN

Z W O L I N S K I , GEB. 9.9.16 IN PERCZYN AM 2 MAERZ 1942

1100 UHR DURCHGEFUEHRT.==

GEZ. PIORKOWSKISS- O. STUBAF. ++



V.

- 1.) Vermerk: Jan Z w o l i n s k i wurde am 1.3.1942 mittels Einzeltransport von Neustadt aus in das K.L.Dachau verbracht und dort am 2.3.42 11 Uhr abgeliefert. Zwolinski wurde am 2.3.42 11 Uhr im Kl.Dachau mittels Strang hingerichtet. Krim.Sekr. K ö h l und Krim.Ass. S c h i n d l e r der Außendienststelle Neustadt a.d.Weinstraße waren bei der Exekution zugegen. Nach der Exekution verlangte der Adjutant der Kommandantur im K.L.Dachau von KS. K ö h l 10 RM für die beiden Sträflinge, die die Hinrichtung vollzogen haben. Der Adjutant, 4 - Obersturmführer D e t t m e r erklärte, daß laut höherer Weisung ein jeder Sträfling, der an einer Hinrichtung beteiligt ist, 5 RM zu erhalten habe. Eine Quittung hierüber wurde vom K.lager nicht erstellt. Lediglich konnte eine einfache Quittung über 10 RM von den beiden Sträflingen erlangt werden. 4 - Obersturmführer D e t t m e r erklärte, falls vom Dienststellenleiter Zweifel an der Richtigkeit bestehen würden, so sei die Kommandantur des K.lagers anzuschreiben und würde entsprechende Antwort erteilt.

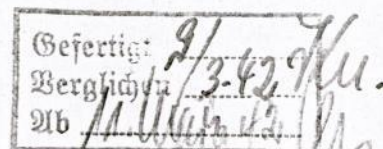
Die Q u i t t u n g wurde von KS. K ö h l bei der Außendienststelle Neustadt a.d.Weinstraße abgegeben und von Inspektor W i n t e r mit nach Saarbrücken genommen.

- 2.) An  
das Reichssicherheitshauptamt

- IV A 1 c -

in B e r l i n S W 11

Prinz Albrecht Str.8.



Betrifft: Ehemaligen polnischen Kriegsgefangenen Jan  
Z w o l i n s k i, geb. 9.9.1916 in Perczyn.

Vorgang: .Fs.Erl.vom 27.2.42 IV A 1 c - B.Nr.9748/41. ✓

Z w o l i n s k i wurde am 1.3.1942 in das Konzentrationslager Dachau überführt. Die Exekution wurde am 2.3.42 um 11 Uhr vollzogen.

Der Vater des Z w o l i n s k i ist verstorben. Seine Mutter Karolina Z w o l i n s k i, geb. Kaminecka, ist in Perczyn Nr.5, Kreis Dubno/Polen wohnhaft. Für den Heimatort



des Zwolinski ist der Kommandeur der Sicherheitspolizei und  
des SD in Lemberg zuständig.

- 3.) Merkblatt über Aktenversendung gefertigt.
- 4.) Registratur.
- 5.) Wv.sofort bei II A.

VRE E

*[Handwritten signature]*

Kö.

H



**Stadtjugendamt Mannheim**  
Bezirksfürsorgeverband Mannheim - Stadt

Tag 9. März

19 42

Gesch.-Zeichen IVb

Fernruf  
340 51

Ruf Nr. 820

Amtsvormundschaft über

An

Stadterziehungsamt Mannheim

Postfach 100, Mannheim a. d. Weinstr.

Mühlbeyer, Friedbert

11. MRZ. 1942

die

geb. 30.10.1941

geb. 30.10.1941

zu Heidelberg

Geheime Staatspolizei,

geb. 11. MRZ. 1942

geb. 11. MRZ. 1942

Sachbearbeiter

Neustadt / Weinstr.

Beilagen:

Jhr Zeichen

Jhr Schreiben vom

Nach unseren Feststellungen ist der außereheliche Vater unseres obengenannten Mündels, der polnische Zivilarbeiter Johann Zwolinski, geboren am 9.9.1916, am 2. März 1942 gestorben. Zwolinski war zuletzt im Hausgefängnis der Geheimen Staatspolizei in Neustadt. Als Vormund des unehelichen Kindes des Verstorbenen bitten wir um Mitteilung, ob dort bekannt ist, ob und welches Vermögen Zwolinski hinterlassen hat. Wie ist die Heimatadresse des Zwolinski, bzw. die Anschrift seiner Eltern oder Ehefrau, bzw. der sonstigen Erben ?

*[Handwritten signature]*



Katzei 9503/41 39

Der Polizeipräsident.

Ludwigshafen a.Rh., den 12. 3. 1942

Abt. II / 1 b 20.45

Betrifft: Polnische Zivilarbeiter.

Staatspolizei	
Hauptstadt	
9503/41	
Eing: 16. MRZ. 1942	
G.R. 930742	
Abt.	Rev.
11E	Katzei

An die

Geheime Staatspolizei

-Staatspolizeistelle Saarbrücken- Außendienststelle

Neustadt a.d. Weinstr.

Laut tel. Mitteilung der Staatspolizei Ludwigshafen a.Rh. wurde der poln. Zivilarbeiter Jan Z w o l i n s k i , geb. am 9. 9. 1916 in Kol.Perezyn , von der Außendienststelle Neustadt festgenommen. Ich bitte um Mitteilung über den Ausgang des Verfahrens gegen Z.

Ludwigshafen a.Rh., den 12. 3. 1942

Der Polizeipräsident.

I. A.  
Heim



40

V.

1.) An

das Stadtjugendamt

- Bezirksfürsorgeverband Mannheim-Stadt

in Mannheim.

Betrifft: Amtsvormundschaft über Mühlbeyer Friedbert, geb.  
30.10.1941 in Heidelberg.

Bezug: Dort.Schreiben vom 9.3.42 IV b.

Der außerehel.Kindsvater Jan Z w o l i n s k i, hat  
~~hier~~ kein Vermögen ~~mehr~~ hinterlassen. Er war <sup>Kamminecker,</sup> Bauernsohn und  
~~ist~~ Seine Mutter <sup>← inb</sup> auf dem Hof in Perczyn Nr.5, Gemeinde Werba,  
Kr.Dubno in Polen wohnhaft. ~~Die Mutter heißt~~ Karolina Zwolinski,  
geb.Kaminecka.>

2.) An

das Polizeipräsidium

in Ludwigshafen a.Rh.

Gefördert:	
Gepflicht:	27. APR. 1942
Abgesandt:	



38 41

Betrifft: Poln.Zivilarbeiter Jan Z w o l i n s k i, geb.9.9.1916  
in Perczyn.

Bezug: Dort.Schreiben vom 12.3.42 Abt.II/ 1 b 20.45.

An Z w o l i n s k i wurde am 2.3.42 die Todesstrafe  
durch den Strang vollzogen. *Ein Verbleib ist mir für die Leiche  
nicht bekannt.*

3.Registratur.

4.) Wv.1.6.42.

J.V.

*Glück*

Geführt:	
Geprüft:	20. März 1942
Abgesandt:	27. März 1942

Kö.

*H*







~~Kontrollfunktionsbereich des Reichsministeriums für  
Internationale Beziehungen ..... Reichsministerium  
Botschaft.~~

Kurzer Sachverhalt:

Die M ü h l b e y e r stand mit einem poln. Kriegsgefangenen  
~~in Winter und Winter 1940/41~~ in Geschlechtsverbindung, wurde  
von diesem geschwängert und von einem Knaben entbunden.

Keine politische Beurteilung des Täters:

(Früh. Parteizugehörigkeit, Funktionär-  
tätigkeit, politisches Verhalten nach dem Umbruch ?  
Welchen NS-Organisationen jetzt angehörend ?  
Verstraßen ? )

Die Mühlbeyer hat sich politisch nicht betätigt und gehört  
auch keinen nationalen Verband an. Ohne Verstraßen.

Gerichtsurteil: Die Mühlbeyer wurde am 16.4.42 vom Amtsgericht  
in Ludwigshafen a. Rh. wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefan-  
genen zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

- 2.) Registratur - Strafe: 1 Jahr Gefängnis im AV. vermerken -
- 3.) Kartei. Karte berichtigen: Die Mühlbeyer wurde am 16.4.42 wegen  
i. p. Kabgeerb. Umgangs mit Kgf. zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt
- 4.) Zur Akte.

PA.  
W. W.

23. Juni 1942  
Abgeurteilt: 25. Juni 1942

KB.



44  
B-Nr. 9503/41 - II E -

Neustadt a.d. Weinstraße, den 13.1.43.

V.

1.) An

die Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeistelle

- II D -

in Saarbrücken.

Betrifft: Schutzhaftsache Z w o l i n s k i Jan.

Bezug: Dort. Schreiben vom 7.1.43 - II D .

Der Pole Jan Z w o l i n s k i, geb. 9.9.1916 in  
Perczyn wurde am 2.3.1942 *in der G. Dachau* durch den Strang hingerichtet.

2.) Reg. ✓

3.) Zur Akte.

J.A.

*Hil*

Kö.



57  
45  
411

II d) Auswertung der Gestapoakte B 7039 der  
Gestapo-Außendienststelle Neustadt/W.  
zu dem Erm.-Verfahren - 9 Js 8/65 -  
der Staatsanwaltschaft Frankenthal:

---

Betr.: a) Z w o l i n s k y, Jan, 9.9.1916 Kol-Perzin/Polen  
b) M ü h l b e y e r, Anna Maria, 12.9.1897 Roth

19.8.1941: Gend.-Posten Dannstadt, Krs. Ludwigshafen  
Strafanzeige wegen verbotenen Umganges  
(Geschlechtsverkehr mit polnischen Kriegsgefangenen.)

Sachbearb.: Gend.-M. KELLER  
(Bl. 3 - 7)

1.9.1941: Festnahme des ZWOLINSKY und Vernehmung durch  
Gestapo Neustadt.

Sachbearb.: KS KÖHL  
KS ZÄNGL  
KOA KASTURA  
(Bl. 8 - 10)

4.9.1941: Gestapo Neustadt  
Schreiben an Höheren SS- u. Pol.-Führer in Metz  
über Sonderbehandlung ZWOLINSKY.

Sachbearb.: KS KÖHL  
Referatsleiter: KOS HILS  
Dienststellenl.: KK KÄPPEL  
(Bl. 11)

24.9.1941: FS des Höheren SS- u. Pol.-Führers in Metz  
Nr. 12 771 an Gestapo Neustadt:

" .....

Unter Hinweis auf Punkt 1. ist Todesstrafe durch  
Erhängen nicht angebracht .....

gez.: BERKELMANN, SS-Gruppf. u.  
Generalleutnant d. Polizei "

(Bl. 12 u. 13)



58  
412  
46

10.10.1941: Gestapo Neustadt

Meldung an RSHA über Sonderbehandlung ZWOLINSKY  
mit Hinweis auf Stellungnahme des Höheren SS-  
und Polizeiführers.

".....

Falls gegen ZWOLINSKY keine Sonderbehandlung ange-  
ordnet wird bitte ich, ihn für längere Dauer in  
Schutzhaft zu nehmen, und seine Überführung in ein  
KL - Stufe III - anzuordnen .....

I.A. gez.: MATSCHKE, KK "

Sachbearb.: KS KÖHL

Dienststellenl.: KK KÄPPEL

( Bl. 14)

24.10.1941 Gestapo Neustadt

bis  
18.11.1941: Schriftverkehr wegen Festnahme ZWOLINSKY und  
MÜHLBEYER. (Bl 15 - 17)

19.11.1941: FS RSHA Berlin Nr. 187285 vom 19.11.1941  
Schutzhaftanordnung für ZWOLINSKY (Bl. 18)

19.11.1941 Schriftverkehr wegen Strafsache MÜHLBEYER  
bis  
10.2.1942: (Bl. 19 - 23)

14.2.1942: FS RSHA Berlin Nr. 25 988  
Anordnung der Exekution des Polen ZWOLINSKY in  
einem KL.

gez.: TIDEKE, SS-HStuf.

(Bl. 24)

19.2.1942: Gestapo Neustadt

FS-Anfrage an KL Dachau, ob Exekution des ZWOLINSKY  
durchgeführt werden kann.

Bestätigung des KL Dachau über Möglichkeit der  
Durchführung.

Meldung an RSHA.

Sachbearb.: KS KÖHL  
KS SCHNARR

Dienststellenl.: KK KÄPPEL

(Bl. 25 - 27)



59  
413  
47

- 27.2.1942: FS RSHA Nr. 33 935  
Entscheidung, daß Z. im KL Dachau zu hängen ist.  
ZWOLINSKY ist unverzüglich im KL Dachau zu über-  
stellen, die Leiche ist einzuäschern.  
gez.: MÜLLER, SS-Gruppf.  
(Bl. 28)
- 28.2.1942: FS an Gestapo Neustadt  
FS an KL Dachau.  
Schnellbrief des RSHA.  
Vollzugsmeldung des KL Dachau.  
(Bl. 33)
- 13.3.1942 Gestapo Neustadt  
bis Schriftverkehr über Nachlaß des ZWOLINSKY.  
17.6.1942: Amtsvormundschaft des Kindes der MÜHLBEYER und  
Strafverfahren MÜHLBEYER.  
Die MÜHLBEYER wurde am 16.4.1942 vom AG Ludwigshafen  
- Ds 45/42 - zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.  
Sie hat die Strafe im Frauenstrafgefängnis Rothenfeld  
verbüßt. (Bl. 34 - 46)



60  
414  
48

III A)

Beteiligte Dienststellen und Sachbearbeiter:

1. Gend.-Posten Dannstadt, Krs. Ludwigshafen
  - a) Gend.-Meister KELLER,  
weitere Personalien u. Aufenthalt nicht bekannt.
2. Gestapo-Außendienststelle Neustadt/W.
  - Abt. II E -
  - a) KS KÖHL, 22.9.1900 Uengershausen,  
zul. wohnh. Ludwigshafen, von Weberstr. 56,  
verstorben am 12.7.1964 in Ludwigshafen
  - b) KOA KASTURA, Josef, 15.3.1900 Lipini,  
wohnh. Neustadt, Huttenstr. 1
  - c) KOS HILS, Bernhard, 31.5.1893 Seebach/Baden,  
wohnh. Ludwigshafen, von Stephanstr. 20
  - d) KS SCHNAAR, Wilhelm, 23.5.1896 Hettstadt,  
zul. wohnh. Bruchmühlbach, Bahnhofstr. 26,  
verstorben am 15.9.1960 in Bruchmühlbach.
  - e) Krim.-Ass. SCHINDLER,  
weitere Pers. u. Aufenth. nicht bekannt.
  - f) KS ZÄNGL, Franz,  
weitere Pers. u. Aufenth. nicht bekannt.
  - g) KK KÄPPEL, Hans, 17.12.1903 Baden-Baden,  
wohnh. Mannheim-Waldhof, Untere Rietstr. 50
3. Gestapo Saarbrücken
  - Abt. II A 1 -
  - a) KK MATSCHKE,  
weitere Pers. und Aufenth. nicht bekannt.
4. Der Höhere SS- und Polizeiführer Westmark in Metz  
SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei  
BERKELMANN, nähere Personalien nicht bekannt,  
zuletzt bei einer Dienststelle in Posen, soll  
dort verstorben sein. (?)



64  
415  
49

5. RSHA - Abt. IV A 1 c -

- a) SS-HStuf. TIDEKE,  
weitere Personalien und Aufenthalt nicht bekannt.
- b) SS-Gruppenf. MÜLLER  
(M. dürfte bereits in einem Nürnberger Prozess  
verurteilt sein.)

B) Teilnehmer an Exekutionen:

-----  
1. KS KÖHL - siehe A) 2. a) -

2. Krim.-Ass. SCHINDLER - siehe A) 2. e) -

Die beiden Beamten waren bei der Hinrichtung des  
ZWOLINSKY im KL Dachau, unmittelbar nach der  
Einlieferung, anwesend.

(siehe Bl. 33 d.A. B 7039)



2.) Zum Nachteil Zwolinski Jan (vgl. Bl. 902 Ziffer 3  
a 2 d.A.

50

a) Sachverhalt:

Am 19. August 1941 erstattete der Gendarmerie-  
meister Keller des Gendarmerie-Postens Dann-  
stadt Strafanzeige gegen die Reichsdeutsche  
Anna Mühlbeyer und den polnischen Zivilar-  
beiter Jan Zwolinski wegen Verdachts des  
unerlaubten Geschlechtsverkehrs. Die darauf-  
hin von der Gendarmerie Dannstadt und der  
Stapoaußendienststelle Neustadt/Wstr. (Köhl,  
Kastura) durchgeführten Ermittlungen ergaben,  
daß beide in der Zeit vom Herbst 1940 bis  
Ende Januar 1941 mehrfach den Geschlechtsver-  
kehr ausgeübt hatten. Mit Schreiben vom  
4. September 1941 erbat der Dienststellenleiter  
der Stapodienststelle Neustadt/Wstr., Käppel,



934  
51

vom HSSPF die rassische Überprüfung des Zwolinski (das Schreiben ist im Entwurf abgezeichnet von Köhl und Hils). Mit Fernschreiben vom 24. September 1941 teilte der HSSPF Berkelmann der Stapoaußendienststelle Neustadt/Wstr. mit, daß die rassische Überprüfung des Zwolinski negativ verlaufen, die Todesstrafe durch Erhängen jedoch nicht angebracht sei, da Zwolinski durch die Mühlberger offensichtlich verführt worden sei. Am 9. Oktober 1941 stellte der Leiter der Stapostelle Saarbrücken, Matschke, beim RSHA den Antrag auf Sonderbehandlung des Zwolinski (der SB-Antrag ist im Entwurf abgezeichnet von Käppel, Hils und Köhl). Mit FS vom 14. Februar 1942 erließ das RSHA Exekutionsanordnung. Die Exekution sollte in einem KL stattfinden. Mit Fernschreiben vom 19.2.42 erbat Käppel von der Kommandantur des KL Dachau Mitteilung, ob die Exekution dort durchgeführt werden könne (das FS ist im Entwurf abgezeichnet von Köhl und Schnarr). Mit FS vom 20.2.42 teilte der Lagerkommandant Piorkowski mit, daß dies möglich sei. Mit FS vom 21.2.42 berichtete Käppel dies dem RSHA (Entwurf abgezeichnet von Köhl und Schnarr). Daraufhin bestimmte das RSHA mit FS vom 27.2.42 das KL Dachau als Exekutionsort. Mit Schreiben vom 28.2.42 (Entwurf abgezeichnet von Hils und Köhl) teilte Käppel dies der Lagerkommandantur Dachau mit. Am 1.3.42 wurde Zwolinski von Köhl und Schindler im Einzeltransport in das KL Dachau verbracht und dort am 2.3.42 hingerichtet; Köhl und Schindler wohnten der Exekution bei.

Die Reichsdeutsche Mühlbeyer wurde am 16.4.42 durch Urteil des Amtsgerichts Ludwigshafen/Rh. (5 Ds 45/42) wegen verbotenen Umgangs mit



Kriegsgefangenen zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr verurteilt.

Vorstehender Sachverhalt ergibt sich aus den Akten der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle Neustadt/Wstr., betreffend Mühlbeyer Anna Maria (B 7039)

b) Beschuldigte (Bl. 418 der Akte)

- 1.) Käppel ✓  
(Tatbeitrag:  
Bl. 11, 11 R, 12, 14, 24-29  
(B 7039))  
KK, Stapoaußendienststelle  
Neustadt/Wstr., geb. am  
17. Dezember 1903 in  
Baden-Baden (Lichtenthal),  
wohnhaft in Rheydt, Duven-  
straße 44 (nähere Einzel-  
heiten im Beiheft A 1);
- 2.) Matschke ✓  
(Tatbeitrag:  
Bl. 14 (B 7039))  
KK, Stapostelle Saarbrücken,  
geb. am 4. Mai 1908 in  
Domsel, wohnhaft in Lemgo,  
Rampendahl 22 (nähere Einzel-  
heiten im Beiheft A 1);
- 3.) Köhl  
(Tatbeitrag:  
Bl. 8-11, 14,  
16 R, 21 ff.  
B 6400)  
Karl, geb. am 22. September  
1900 in Uengershausen, ver-  
storben am 12. Juli 1964  
in Mannheim (Reg.Nr. 223/64),  
nähere Einzelheiten im Bei-  
heft A 2;
- 4.) Hils  
(Tatbeitrag:  
Bl. 11, 11 R,  
14, 17 R-21,  
29, 33, Sonder-  
akte "rot" 6,  
10 (B 7039))  
KOS, Stapoaußendienststelle  
Neustadt/Wstr., geb. am  
31. Mai 1893 in Seebach  
(Baden), wohnhaft in Lud-  
wigshafen/Rh., von-Stephan-  
Straße 20 (nähere Einzel-  
heiten im Beiheft A 1);



- 5.) Kastura ✓  
(Tatbeitrag:  
Bl. 8, 10  
(B 7039))  
KOAss., Stapoaußendienststelle  
Neustadt/Wstr., geb. am 15.  
März 1900 in Lipine (Ober-  
schlesien), wohnhaft in Neu-  
stadt/Wstr., Hüttenstraße 1  
(nähere Einzelheiten im Bei-  
heft A 1);
- 6.) Zängl  
(Tatbeitrag:  
Bl. 21 ff.  
B 6400)  
Franz, geb. am 24. Januar 1900  
in Grundhöring (Straubing),  
verstorben am 7. Mai 1960 in  
Neustadt/Wstr. (Reg.Nr.  
179/60), (nähere Einzelheiten  
im Beiheft A 2);
- 7.) Schnarr  
(Tatbeitrag:  
Bl. 25 ff.  
B 7039)  
Wilhelm, geb. am 23. Mai 1896  
in Hettstadt, verstorben am  
15. September 1960 in Bruch-  
mühlbach (Reg.Nr. 21/60),  
(nähere Einzelheiten im Bei-  
heft A 2);
- 8.) Schindler  
(Tatbeitrag:  
Bl. 33  
B 7039)  
Franz, geb. am 19. Februar  
1901 in Neustadt/Wstr., ver-  
storben am 16. September 1961  
in München (Reg.Nr. München I,  
2360/60), (nähere Einzelheiten  
im Beiheft A 2);
9. Keller  
(Tatbeitrag:  
Bl. 3-7  
B 7039)  
Andreas, geb. am 20. Februar  
1885 in Fuchsstadt, verstorben  
am 27. September 1957 in  
Dannstadt (Reg.Nr. 16/57),  
(nähere Einzelheiten im Bei-  
heft A 2);



937  
54

- 10.) Denzer ✓  
(Tatbeitrag:  
Bl. 1-2,  
Sonderakte "rot"  
(B 7039)) KOS, Stapoaußendienststelle  
Neustadt/Wstr., geb. am 27.  
Oktober 1896, wohnhaft in  
Frankenthal/Pfalz, Eisenbahn-  
straße 18 (nähere Einzelhei-  
ten im Beiheft A 2);
- 11.) Piorkowski  
(Tatbeitrag:  
Bl. 26, 32 C  
B 7039) SS-Ostuf. und Kommandant  
des KL Dachau (nähere per-  
sonelle Einzelheiten im Bei-  
heft A 2);

I.) Die unter Ziffer 3, 6-8, 9, 11 aufgeführten Be-  
schuldigten sind verstorben.

Das Verfahren hat sich daher insoweit erledigt.

II.) Was die Beschuldigten Denzer (Ziffer 10) und  
Kastura (Ziffer 5) anbelangt, so steht auf Grund  
der durchgeführten Ermittlungen fest, daß ihr  
"Handeln" den objektiven Tatbestand der Beihilfe  
nicht erfüllt (vgl. dazu die obigen Ausführungen  
unter lit. F (Ziffer 1: Sonderbehandlungsfall zum  
Nachteil Bialek) Ziffer 1 b III Bl.926/927 d.A.).

1.) Der Beschuldigte Denzer:

Er hat lediglich den Personalbogen des Zwolinski  
ausgefüllt (Bl. 1-2 Sonderheft "rot" d. BA.  
B 7039). Dieses Handeln allein vermag einen  
objektiven Tatbeitrag nicht zu begründen.

2.) Der Beschuldigte Kastura:

Wie sich aus Bl. 9 R (B 7039) ergibt, war der  
Beschuldigte bei der Vernehmung des Zwolinski  
anwesend und hat diesem das in deutscher Sprache  
abgefaßte Vernehmungsprotokoll sodann in pol-  
nischer Sprache vorgelesen. Dieses Handeln war  
für das Sonderbehandlungsverfahren selbst ohne  
jeglichen Einfluß.



938  
55

Das Verfahren ist daher gegen diese Beschuldigten gemäß § 170 II StPO einzustellen.

III.) Die Beschuldigten Kaepfel (Ziffer 1), Matschke (Ziffer 2) und Hils (Ziffer 4):

A) Hier haben die Ermittlungen ergeben, daß der von ihnen geleistete Tatbeitrag für die Begehung der Haupttat entweder ursächlich war oder zumindest doch ihre Durchführung tatsächlich gefördert hat (vgl. dazu die obigen Ausführungen unter lit. F (Ziffer 1: Sonderbehandlungsfall Bialek) Ziffer 1 b IV A Bl. 928 d.A.).

1.) Der Beschuldigte Kaepfel:

Der Beschuldigte hat in seiner Eigenschaft als Dienststellenleiter der Stapoaußendienststelle Neustadt/Wstr. mit Schreiben vom 4. September 1941 den HSSPF gebeten, zuständigkeitshalber die rassische Überprüfung des Zwolinski zu veranlassen (Bl. 11, 11 R d.A. B 7039). Dieser Tatbeitrag war für die Einleitung eines für das Sonderbehandlungsverfahren wichtigen Verfahrensabschnittes ursächlich und förderlich. Der Beschuldigte hat ferner in seiner Eigenschaft als Dienststellenleiter den ihm im Entwurf vorgelegten Sonderbehandlungsantrag zur Kenntnis genommen, überprüft, mit seinem Handzeichen abgezeichnet und damit sachlich und inhaltlich gebilligt und ihn an die Stapostelle Saarbrücken zwecks Weiterleitung an das RSHA übersandt (Bl. 14 B 7039). Er hat letztlich die Exekutionsvorbereitung mit dem Kommandanten des KL Dachau getroffen und den "Verurteilten" nach dort zur Hinrichtung verschuben lassen (Bl. 24, 29 B 7039). Auch diese Handlungen waren für



die Tötung des Zwolinski sowohl ursächlich als auch förderlich.

2.) Der Beschuldigte Matschke:

Der Beschuldigte hat in seiner Eigenschaft als Abteilungsleiter II der Stapostelle Saarbrücken "i.V." unter Übersendung des Vorgangs mit Schreiben vom 9. Oktober 1941 die Sonderbehandlung des Zwolinski beim RSHA beantragt (Bl. 14 d.A. B 7039). Dieser von ihm gestellte Sonderbehandlungsantrag war für die Tötung des Zwolinski ursächlich und förderlich.

3.) Der Beschuldigte Hils:

Der Beschuldigte hat in seiner Eigenschaft als zuständiger Referatsleiter der Stapo-  
außendienststelle Neustadt/Wstr. das ihm im Entwurf vorgelegte, an den HSSPF gerichtete Schreiben zwecks rassischer Musterung des Zwolinski vom 4. September 1941 überprüft, mit seinem Handzeichen abgezeichnet und damit sachlich und inhaltlich gebilligt und seinem Vorgesetzten Käppel zwecks Weiterleitung an den HSSPF zugeleitet (Bl. 11, 11 R d.A. B 7039); er hat ferner auch den ihm im Entwurf vorgelegten Sonderbehandlungsantrag mit seinem Handzeichen abgezeichnet und damit gebilligt (Bl. 14 d.A. B 7039); er hat letztlich gemeinsam mit dem Beschuldigten Kaepfel schriftlich die Exekutionsvorbereitungen verfügt (Bl. 29 d.A. B 7039). Alle seine Tatbeiträge waren für die rechtswidrige Tötung des Zwolinski ursächlich und darüber hinaus auch förderlich.



940

57

B) Den Beschuldigten Kaepfel, Matschke und Hils steht jedoch der Schuldausschließungsgrund des § 47 I Satz 2 Militärstrafgesetzbuch zur Seite (zur näheren Begründung siehe dazu die obigen Ausführungen lit. F (Ziffer 1: Sonderbehandlungsfall Bialek) Ziffer IV B Bl. 930-933 d.A.).

Das Verfahren gegen die Beschuldigten ist daher gemäß § 170 II StPO einzustellen.



Wenmar

1

+ Anfang 1940

---

F 4

---

1 pole (unbekannt)

+ Aug. 1990



7

Vermerk v. 21.7.1967 (Bd. V Bl. 226 R d.A. 1 Js 4/64 (RSHA)):

Im Bereich der Stapostelle Weimar:

E VI 328

567): ein unbekannter polnischer Kriegsgefangener,  
wahrscheinlich Anfang 1940 im OLG-Bezirk Jena  
erhängt

wegen geschlechtlicher Beziehungen zu einer deutschen  
Frau.

Ein Hinweis auf diese Exekution befindet sich im  
Lagebericht des Generalstaatsanwalts bei dem OLG  
Jena vom 31. Mai 1940.



+ 06/434

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Oberlandesgericht

Fernruf: 3949

Bei allen Eingaben ist die nachstehende  
Geschäftsnummer anzugeben

Jena, den 31. M a i 1940.

E 420 c - 2. 31/5/40.Einschreiben. Persönlich!

An

**Vertraulich!**

den Herrn Reichsminister der Justiz

in B e r l i n W 8

Wilhelmstr. 65.

Betrifft: Lagebericht.

Die Belegung der Vollzugsanstalten nimmt allmählich aber ständig zu. Am stärksten das Zuchthaus. Die Bevölkerung erkennt immer mehr, daß auch Gefangene zu nutzbringender Arbeit verwendbar sind. Daran ist kein Mangel. Ich könnte die mehrfache Zahl der heute Einsitzenden beschäftigen. Am schwersten ist's, mit der Militärverwaltung ins Geschäft zu kommen. Die maßgebenden Zahlmeister sehen es geradezu als eine Gnade an, wenn sie den Vollzugsanstalten Arbeit geben sollen. So z.B. bei der Übernahme der Trennarbeiten an Tschechenstiefeln und Tschechenuniformen. Der Vorstand des Bekleidungsamtes meinte, sie hätten ja eigentlich genug Facharbeiter und ohne moderne Maschinen könnten wir doch nicht mit ihnen konkurrieren. Es bedarf dauernder Bitten, um überhaupt solche Arbeiten zu bekommen. Ich habe schließlich die Korpsintendantur eingespannt. Wie uns geht's auch den Unternehmern, die in Anstaltsbetrieben für die Wehrmacht arbeiten. Einer, der in 2 meiner Anstalten Granaten drehen lassen will, möchte jetzt davon

/ absehen



06/435

absehen, obwohl der Betrieb in einer Anstalt zur Aufnahme bereit steht. Er erkennt die reibungslose Zusammenarbeit mit der Vollzugsanstalt an, schreibt aber über die militärischen Dienststellen von einem "täglich größer werdenden Wirrwarr" und "organisatorischen Unsinn". Das Rüstungskommando muß anerkennen, daß unnötige Schwierigkeiten gemacht worden sind.

Der zwangsweise erfolgte Arbeitseinsatz von Polen in der Landwirtschaft führt zu einer immer größer werdenden Zahl von Arbeitsvertragsbrüchen. In manchen Untersuchungsgefängnissen sitzen bis zu 1/4 Polen ein. Sie bilden aber nur einen Teil der Beschuldigten. Viele von ihnen sind unbekannt wohin verschwunden, meist schon über die Grenze. Es kostet unendliche Mühe, sie ausfindig zu machen. Daran scheitert auch in den meisten Fällen das an sich erwünschte Schnellverfahren. In den Vollzugsanstalten bilden die Polen eine starke Belastung. Denn es fehlt meist an einer Verständigungsmöglichkeit. Deshalb muß auch der Briefverkehr in polnischer Sprache unterbunden werden, es sei denn, der Pole bezahlt den von der Vollzugsanstalt zur Verfügung gestellten Dolmetscher aus seinem Arbeitsverdienst. Im Jugendgefängnis Hohenleuben, das zur Zeit noch für die Strafvollstreckung aus den Ostgebieten zuständig ist, sitzen acht Jugendliche aus Polen ein, die, als sie eingeliefert wurden, kein Wort deutsch verstanden. Es ist erstaunlich, in wie kurzer Zeit sie etwas deutsch gelernt haben. Sie sind in der Freizeit je mit einer begabten deutschen Gefangenen zusammengelegt worden und haben zur gegenseitigen Verständigung ein Wörterbuch in die Zelle bekommen. Sie haben so ohne großen Unterricht etwas



06/436

Deutsch, die Deutschen allerdings auch etwas Polnisch gelernt.

Die Sondergerichtssachen gehen nach wie vor stark. 165 Eingängen bis zum 15. Mai 1939 stehen 265 bis dahin 1940 gegenüber. Bei den Anklagen sind die Zahlen 57 zu 82. Trotzdem wird spätestens 2 Wochen nach Eingang der Anklage verhandelt. Verstöße gegen die Kriegsgesetze nehmen immer mehr zu. Von den 82 Anklagen entfallen auf sie 34. Die Verfügung, nach der in bestimmten Fällen über die in Aussicht genommenen Strafanträge zu berichten ist, hat nach meinen Beobachtungen wenig praktischen Wert. Die Verhandlungen vor dem Sondergericht beweisen immer wieder, daß sich das Aktenbild trotz sorgfältigster Vorbereitungen in der Hauptverhandlung grundlegend ändern kann. Irgendwie binden kann sich der Anklagevertreter an den berichteten Antrag nicht. Dann wäre es aber wohl besser, die Verfügung aufzuheben.)

Das Sondergericht hat wieder eine Frau wegen Geschlechtsverkehrs mit einem polnischen Kriegsgefangenen zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Pole war unterdessen aus der Kriegsgefangenschaft entlassen worden. Das Divisionsgericht in Kassel meinte, er könne nun ebenfalls vom Sondergericht bestraft werden. Da das nicht möglich ist, erschien ein Beamter der Geheimen Staatspolizei, nahm Aktenabschriften und erklärte, das Sicherheitshauptamt in Berlin habe Anweisung erteilt, den Polen zu hängen. Die Justiz ist mit der Sache nicht mehr befaßt.

Sachverständige sind kaum zu bekommen. Die wenigen,



06/437

die noch zur Verfügung stehen, sind so überlastet, daß sie ihre Gutachten erst nach Monaten abgeben können. Starke Verzögerungen der Untersuchung sind die Folge. Selbst die psychiatrische Klinik in Jena wollte alle Gutachten ablehnen. Wir haben vereinbart, daß sie diese, wenn nicht anderes ausdrücklich gewünscht wird, nur noch in kürzester Form abgibt. Die 20 bis 30 Seiten, die sonst immer an Krankengeschichte, Untersuchungseinzelheiten usw. in den Gutachten enthalten waren, interessieren das Gericht sowieso nicht sehr.

Um Einsprüche gegen Strafbefehle und damit Hauptverhandlungen zu sparen, probieren wir jetzt eine über den § 409 StPO. hinausgehende Fassung der Strafbefehle aus. Im Strafbefehl wird auf die Schutzbehauptungen des Beschuldigten eingegangen und das Strafmaß kurz begründet. So sieht der Beschuldigte, daß sein Vorbringen geprüft und beachtet ist. Wir haben den Eindruck, daß dadurch die Zahl der Einsprüche zurückgegangen ist. Der geringeren Zahl von Hauptverhandlungen steht natürlich die Mehrarbeit im Ermittlungsverfahren und bei der Abfassung des Strafbefehls entgegen. Sie scheint sich aber zu lohnen.

*H. Müller*



Braunschweig

2

+ Anfang 1940

---

F 5

---

1 hole

+ Aufg. 1940



Vermerk d. 21.7.1966 (Bd.V Bl. 202 d.A. 1 Js 4/64 (RSHA)):

Im Bereich der Stapostelle Braunschweig:

247): ein unbekannter polnischer Kriegsgefangener,  
Anfang 1940 erhängt in Ingeleben Krs. Helmstedt  
wegen geschlechtlicher Beziehung zu einer deutschen  
Frau,

E IV 268

Exekution erwähnt im Lagebericht des OLG-Präsidenten  
Braunschweig vom 11. Juli 1940.



**Der Oberlandesgerichtspräsident**Braunschweig, den 11. Juli 1940.  
Münzstraße 17  
Fernsprecher 5393-5396

X Tgb.Nr.40/40 g

B Nr. 7/40

An

Den Herren Reichsminister der Justiz Dr. Gürtner

Berlin W 8  
Wilhelmstraße 65

OCC BDT 6213

Einschreiben!

2 J ab Lth.

Betrifft: Bericht über die allgemeine Lage.

Gegenüber den überraschend schnellen und gewaltigen Erfolgen seit dem Beginn der Offensive am 10. Mai 1940 und der Niederbringung der stärksten Festlandsmacht Frankreich tritt bei der Bevölkerung auch des hiesigen Bezirks alles Andere in den Hintergrund. Die wenigen Zweifler sind durch die Macht der Tatsachen belehrt, und soweit hier und da Unzufriedenheit über verschiedene durch den Krieg bedingte Verhältnisse herrschte, handelt es sich im Vergleich mit dem großen Zeitgeschehen um Nichtigkeiten, die keiner Erwähnung bedürfen.

In der Stadt Braunschweig hört man zur Zeit wiederholt Klagen über schlechte Versorgung mit Gemüse und Obst. Doch ist zu hoffen, daß das Heranschaffen dieser Lebensmittel im Laufe des Sommers allmählich besser werden wird. Abgesehen, daß sich hier die Folgen des strengen Winters geltend machen, darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die Bevölkerungszahl in der Stadt Braunschweig in den letzten Jahren stark angewachsen ist, und das ebenso in der näheren und weiteren Umgebung ein erheblicher Zuzug von Menschen verzeichnet werden muß, vor allem infolge der ausgedehnten Rüstungsindustrie, der Reichswerke Hermann Göring und des Volkskraftwagenwerkes. Die Vergrößerung und die Vermehrung der Einrichtungen aller Art zur Versorgung einer so besonders schnell und stark wachsenden Bevölkerung hat damit nicht immer Schritt halten können. Dadurch erklärt sich auch die im Lande Braunschweig herrschende große Wohnungsnot, die in den vielen Mietstreitigkeiten die Aufgabe der Gerichte erschwert. Eine Verurteilung zur Räumung ist auch bei Gewährung einer Räumungsfrist für den Mieter jetzt fast immer mit erheblichen Nachteilen verbunden. Die Gerichte versuchen

deshalb



3

deshalb vielfach ausgleichend zu wirken und einen Vergleich zwischen den Parteien herbeizuführen. In der Natur der Streitigkeiten zwischen Vermieter und Mieter liegt es, daß das keineswegs immer gelingt.

In den letzten Wochen ist jetzt auch im hiesigen Bezirk häufiger Fliegeralarm gewesen. Die Bevölkerung bewahrt Ruhe und Disziplin. Die englischen Flieger haben im Lande Braunschweig bislang auch kaum Schaden mit ihren Angriffen angerichtet. Im wesentlichen haben sie damit nur erreicht, daß der Wunsch, ihnen möchte bald gründlich heimgezahlt werden, nur größer geworden ist.

Die Personalfrage im Oberlandesgerichtsbezirk ist schwierig geblieben. Doch ist es noch immer gelungen, die angefallene Arbeitslast zu bewältigen, berechnete Wünsche zu erfüllen und trotzdem den Urlaub, wenn auch mit den naturgemäß nicht vermeidbaren Einschränkungen, reibungslos durchzuführen.

Bei den Anträgen auf UK-Stellung ist im hiesigen Oberlandesgerichtsbezirk schon immer nach den Grundsätzen verfahren, wie sie in dem mit Schreiben vom 19. Juni 1940 übersandten Briefe zum Ausdruck kommen. Praktisch ließen sie sich nur in den einzelnen jeweils vorliegenden Fällen zur Anwendung bringen. Ganz allgemein wird man die Angehörigen der jüngeren Jahrgänge von 1901 ab der Wehrmacht gegen Freigabe der Behördenangehörigen aus den älteren Jahrgängen nicht zur Verfügung stellen können. Dazu liegen die einzelnen Fälle zu verschieden und sind die in Frage kommenden Stellen der Wehrmacht zu zahlreich. Als Richtlinie ist aber das Ziel anzustreben. Nach dem Abschlusse des Waffenstillstandes werden in Zukunft Anträge auf UK-Stellung älterer Beamten wohl mehr Aussicht auf Erfolg haben.

Die u.a. auch in jenem Briefe vertretene Auffassung, daß diejenigen, die infolge einer UK-Stellung überhaupt nicht oder nur vorübergehend Wehrdienst geleistet haben, gegenüber denen, die im Felde waren, erhebliche Nachteile bei der Anstellung oder Beförderung oder sonst im öffentlichen Leben haben würden, hat im hiesigen Oberlandesgerichtsbezirk ebenso wie anscheinend in anderen Bezirken unter denen, die gegen ihren Willen unabhkömmlich gestellt sind, Beunruhigung hervorgerufen. Der inzwischen durch die RV. vom 5. Juli 1940 -Vw.238/40 g- mitgeteilte Runderlaß des Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung vom 20. Juni 1940 zeigt, daß die Besorgnis unbegründet ist.

Ein



Ein mir erst vor kurzem bekannt gewordenes Vorkommnis aus Ingeleben im Kreise Helmstedt glaube ich noch erwähnen zu sollen. Dort hatte eine verheiratete Frau, Mutter zweier Kinder, schon im Dezember 1939 mit einem bei einem Bauern beschäftigten polnischen Kriegsgefangenen Geschlechtsverkehr gehabt oder jedenfalls versucht. Sie ist deshalb am 6. Januar 1940 vom Sondergericht in Braunschweig wegen Vergehens gegen § 4 Abs-1 der VO. zur Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutz der Wehrkraft des deutschen Volkes vom 25.11.1939 - RGBL.I S.2319- zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten verurteilt. Das schamlose Verhalten war in Ingeleben bald Tagesgespräch und löste unter der Einwohnerschaft große Empörung aus. Der Kriegsgefangene soll dann mit einer Strafe von einigen Wochen verschärften Arrestes belegt worden sein. Später ist er aber, wie erzählt wird, von der Militärbehörde freigegeben und zur Abschreckung der polnischen Kriegsgefangenen an einem Baume erhängt. Das soll in der Bevölkerung insofern Zustimmung gefunden haben, als man darüber nicht befriedigt war, daß die deutsche Frau eine immerhin nicht unerhebliche Zuchthausstrafe, der Pole aber nur eine Arreststrafe erhalten hatte, und als man ein abschreckendes Beispiel für die Kriegsgefangenen für durchaus angebracht gehalten hat. Doch sind auch Stimmen laut geworden, die diese Art Justiz als mit der deutschen Rechtsauffassung nicht vereinbar ablehnen und als einen Eingriff in die Rechtspflege ansehen. Über den Kreis Helmstedt hinaus ist der Fall, der jetzt bereits mehrere Monate zurückliegt, anscheinend kaum bekannt geworden. An amtlichen Stellen wird darüber augenscheinlich strenges Stillschweigen bewahrt. Zu beachten ist, daß Verstöße gegen die oben erwähnte Verordnung, soweit es sich um Umgang mit einem Kriegsgefangenen handelt in einer Weise, die das gesunde Volksempfinden gröblich verletzt, im hiesigen Bezirk in der letzten Zeit nicht mehr bekannt geworden ~~sind~~ sind.

Wie schon bisher ist weiter versucht, die Beziehungen zu den zur Wehrmacht einberufenen Kameraden aufrecht zu erhalten. Viele haben aus dem Felde geschrieben und standen dabei ganz unter dem Eindrucke der gewaltigen Ereignisse in Holland, Belgien und Frankreich. Auf dem Felde der Ehre starben bisher 3 Richter des Oberlandesgerichtsbezirks den Heldentod: Die Amtsgerichtsräte



räte Schlimme und Deecke in Braunschweig und Mandel in Bad  
Gandersheim.

I.V.

Dr. Döring.



Wid

3

+ I/II 1944

---

F 6

---

Lesrositz, Maus  
+ Jan. Febr. 1944

GV



Heute Dienstag?

aus 29-Jr 913149 StA Flensburg

Kiel, den 5. Dezember 1946

Verhandelt

Auf der Dienststelle erscheint die Ehefrau Luise Doormann geb. Bunnhof, geb. am 2. 7. 1902 in Kiel-Friedrichsort, wohnhaft Kiel, Norddeutsche Str. 4, und ~~erklärt~~ zeigt an:

Am 1. 5. 1939 kam ich zu dem Bauern Johannes Brodersen, wohnhaft in Sieverstedt bei Flensburg in Stellung. Dieser Bekleidete in Sieverstedt das Amt eines Ortsbauernführers und war ein sehr aktiver und übereifriger Nationalsozialist. Im Jahre 1940 war bei Sieverstedt ein Kriegsgefangenenlager, indem sich Kriegsgefangene Polen befanden. Von diesen Kriegsgefangenen erhielt der Bauer Brodersen 2 Kriegsgefangene zum arbeiten. Der eine Kriegsgefangene, mit Namen Hans Lewkowitz, hatte sich mit mir angefreundet, weil wir uns beide gut leiden mochten. Da die Nationalsozialisten diesen Verkehr unter strenge Strafe gestellt hatten, waren wir vorsichtig und konnten den ganzen Sommer unseren freundschaftlichen Verkehr aufrecht erhalten. Im September 1940 überraschte uns der Bauer, als ich auf dem Hofe mit Lewkowitz stand, der sich von mir verabschiedete, weil er, wie alltäglich, ins Lager zurückkehren sollte. Herr Brodersen pöbelte uns alle beide in unförmiger Weise an. Zu mir z. B. sagte er, ich wäre eine grosse Hure. Dabei möchte ich bemerken, daß ich damals 18 Jahre alt war. Am ~~mich~~ selben Abend zeigte der Bauer uns bei der Gestapo an und machte um 12 Uhr war ich bereits abgeholt und ins Gefängnis eingeliefert. Ich wurde in Anbetracht meiner Jugend zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und kam im Sept. 1941 wieder auf freien Fuss. Von dem Polen Lewkowitz hatte ich nichts mehr gehört. Nachdem ich nun wieder frei war, fuhr ich nach Sieverstedt, um mich nach dem Schicksal des Polen zu erkundigen und meine Sachen zu holen. Hier musste ich feststellen, daß mir alle Sachen, die ich von meinem Freund geschenkt bekommen hatte, gestohlen waren. U. a. 1 Schifferklavier, 1 Fotoalbum u. 1 Paket, dessen Inhalt ich selber noch nicht kannte, da ich dieses am Tage unserer Verhaftung von Lewkowitz erhalten hatte. Von meinem Sachen fehlten mir weiterhin 100 g neue Strickwolle, sowie Handtücher und andere Kleinigkeiten. Bei dem Lehrer des Ortes Herrn Wüstenfeld, der, obgleich auch er Nationalsozialist war, ein sehr netter Mann war u. auch zu mir, trotz meiner Bestrafung zuvorkommend war, erkundigte ich mich über den Verbleib des Lewkowitz. Dieser erzählte mir dann, daß Lewkowitz auf dem Hofplatz des Bauern Brodersen im Januar oder Februar, genau kann ich mich nicht entsinnen, was er sagte, an der Hoflinde erhängt worden sei. Wüstenfeld erzählte mir noch, daß Brodersen den Nachmann des Kriegsgefangenenlagers ständig bedrängt hätte, daß der Pole endlich aufgehängt würde.

Nähere Einzelheiten müssen am Orte bei den verschiedenen Einwohnern noch zu ermitteln sein.

Meine Angaben entsprechen in allen Punkten der Wahrheit und mir ist bekannt, daß ich mich durch falsche Angaben strafbar machen würde.

Selbst gelesen

G. u.

Doormann Luise  
(Doormann)

Geschlossen:

Hottmerhasen  
(Hottmerhasen)



# Verantwortliche Vernehmung

## Interrogation

Polizei-posten 25  
in Stenderupau  
6. Pol.-Abteilung.

Stenderupau, den 3. 2. 1947.  
the

Der Nachbenannte ist auf Vorladung erschienen und erklärt:  
~~Die~~ vorgeführt

The under mentioned person appears on summons and declares:  
in custody declares

Dem Beschuldigten wurde eröffnet, welche strafbare Handlung ihm zur Last gelegt wird. Auch wurde er befragt, ob er etwas auf die Beschuldigung erklären wolle.

The nature of the charge was told to the accused. He was also asked whether he wished to make a statement relative to the charge.

I. Zur Person  
Personal particulars

1. a) Familienname  
(bei Frauen auch Geburtsname)  
Surname  
(maiden name if married or  
widowed women)  
b) Vornamen  
(Rufname ist zu unterstreichen)  
Christian names

a) Brodersen

b) Johannes, Thomas

### 2. Geboren

Verwaltungsbezirk (Reg.-Bez.)

Landgerichtsbezirk  
(Jurisdiction of the Court)

am 28. 1. 97 in Sieverstedt.  
on Place

Kr. Flensburg.

Flensburg.

### 3. Beruf (Lehrfach) Occupation (profession)

Gegenwärtige Beschäftigung  
Present occupation

Verdienst oder Einkommen  
Salary or income

Erwerbslos?  
Unemployed?

Bauer.

Bauer.

kann ich z. Zt. nicht angeben.

nein ja seit  
no yes since



Wohnung oder letzter Aufenthalt  
Present address or last residence

Sieverstedt, Kr. Flensburg.

Strasse (Platz)

Nr.

Street (place)

No.

Postamt

Sieverstedt.

Post-office

Fernruf

Telephone

5. Staatsangehörigkeit  
Nationality

D. R.

6. Religion  
Religion

evangelisch.

7. a) Familienstand (ledig — verheiratet —  
verwitwet — geschieden — lebt  
getrennt)

verheiratet.

single — married — widowed —  
divorced — separated

b) Vor- und Familienname des Ehe-  
gatten

Dora Brodersen, geb. Olsen

Christian- and surname of spouse

c) Wohnung des Ehegatten  
Address of spouse

Sieverstedt, Kr. Flensburg.

8. Kinder  
Children

a) Anzahl 3  
Number

b) Alter 18, 14 und 9 Jahre.  
Age

9. Vor- und Zuname des Vaters  
Christian- and Surname of father

a) Peter Brodersen.

Wohnung  
Address

verstorben.

Vor- und Zuname der Mutter  
Christian- and Surname of mother

b) Doro.-Thea Brodersen, geb. Peter-  
sen.

Wohnung  
Address

verstorben.

10. Vor- und Zuname des Vormundes  
Christian- and Surname of guardian

Wohnung  
Address

11. a) Reisepass ist ausgestellt  
Passport issued

a) von ./. am  
by on  
Nr.  
No.



b) Kennkarte ist ausgestellt  
Identity card

b) von ..... am .....  
by ..... on .....  
Nr. ....  
No. ....

c) Führerschein ist erteilt  
Driving licence issued

c) von ..... am .....  
by ..... on .....  
Nr. ....  
No. ....

d) Wandergewerbeschein  
Pedlar's licence issued

d) von ..... am .....  
by ..... on .....  
Nr. ....  
No. ....

e) Legitimationskarte gemäß § 44 a  
der Gewerbeordnung  
Identity card in conformity with  
para 44 a of Com. Law. issued

e) von ..... am .....  
by ..... on .....  
Nr. ....  
No. ....

f) Jagdschein  
Hunting licence issued

f) von ..... am .....  
by ..... on .....  
Nr. ....  
No. ....

g) Schiffer- oder Lotsenpatent  
Navigator's or Pilot's licence issued

g) von ..... am .....  
by ..... on .....  
Nr. ....  
No. ....

12. a) Als Schöffe oder Geschworener  
gewählt oder ausgelost  
Juror elected or chosen by ballot

a) .....  
.....

b) sonstiges Amt oder Ehrenamt  
other offices or honorary offices

b) .....  
.....

c) Vormund  
Guardian

c) .....  
.....

Vormundschaftsgericht  
Legal Guardians

13. Vorstrafen  
Previous Convictions

Keine.

14. Schwebende Verfahren  
Cases pending

Keine.



II. Zur Sache  
Concerning the case

Es ist mir mitgeteilt worden, daß ich nicht irgendwelche Aussagen machen brauche, wenn ich es nicht möchte, und es ist mir auch gesagt worden, daß meine Aussagen gegen mich als Beweis benutzt werden kann.

v. g. u.  
*Johannes Borden*

geschlossen  
*Schmiedicke*  
Polizeimeister.

Ich möchte Aussagen machen. Ich bin Bauer und habe in Sieverstedt, Kr. Flensburg eine 46 ha große Landwirtschaft. Es ist zutreffend, daß ich in der Gemeinde Sieverstedt Ortsbauernführer gewesen bin. Wann ich Ortsbauernführer geworden bin, kann ich heute nicht mehr genau angeben. Es ist im Jahre 1936 oder 1937 gewesen. Das Amt des Ortsbauernführer hatte ich im Frühjahr 1946 inne. Die Anzeigende ist mir bekannt, sie war bei mir vom 1. 1939 als Dienstmädchen beschäftigt. Wenn mir vorgehalten wird, daß die Anzeigende in ihrer Anzeige angibt, daß ich ein sehr aktiver und übereifriger Nationalsozialist gewesen sein soll, so ist dieses nicht zutreffend. Ich bin erst im Jahre 1937 Mitglied der NSdAP geworden, unter dem Druck der damaligen Verhältnisse. Es ist richtig, daß sich im Jahre 1940 in Sieverstedt, Kr. Flensburg ein Kriegsgefangenenlager, in dem sich kriegsgefangene Polen befanden, befunden hat. Von diesen Kriegsgefangenen hatte ich auch 2 in meiner Landwirtschaft zum Arbeiten. Ob der eine von den bei mir beschäftigten Kriegsgefangenen Hans Lewkowitz geheißen hat, kann ich heute nicht mehr genau angeben. Es ist mir damals nicht aufgefallen, daß einer der bei mir beschäftigten Polen ein freundschaftliches Verhältnis mit der Anzeigenden unterhalten hat. Im Sommer 1940 habe ich gesehen, als die Anzeigende mit einem der bei mir beschäftigten Polen eine zeitlang auf dem Klosett war. Es kann dieses etwa 15 Minuten gewesen sein. Der Vorfall hat sich während der Abendstunden zugetragen. Dunkel ist es noch nicht gewesen. Ich kann mich heute nicht mehr darauf entsinnen, ob ich den Beiden wegen des Vorfalles irgendwelche Vorhaltungen gemacht habe. Ich bestreite ganz entschieden jemals zu der Anzeigenden gesagt zu haben, daß sie eine große Hure sei. Ich bestreite ganz entschieden, die Anzeigende und den Pole bei der Gestapo angezeigt zu haben. Ich habe den Vorfall noch am selben Abend dem Lehrer Wüstefeld aus Sieverstedt fernmündlich mitgeteilt. Dieses habe ich aus dem Grunde getan, weil Wüstefeld Vormund der Anzeigenden war, und Fürsorgezögling war. Ich kann mich noch entsinnen, daß die Anzeigende mit einem Auto abgeholt worden ist. Soweit mir erinnerlich ist, war dieses noch am selben Abend. Wo sie hingekommen ist und wo sie weiter verblieben ist, da weiß ich nichts von. Die von der Bohnhof bei mir zurückgelassenen Sachen hat meine Frau gemeinsam mit Frau Wüstefeld zusammengepackt und hat Frau Wüstefeld diese Sachen mitgenommen und aufbewahrt. Das Sachen verschunden sein sollen, davon weiß ich nichts.

Der Pole ist nach diesem Vorfall nicht mehr zu mir zur Arbeit gekommen, er wurde im Lager zurückgehalten und soviel ich weiß, dann abtransportiert worden. Es ist nicht zutreffend, daß der Pole auf meinem Hofe an einer Linde aufgehängt worden ist. Über den weiteren Verbleib des Polen weiß ich nichts, ich habe nichts gesehen. Wenn mir vorgehalten wird, daß der Pole an einem Baum in der Nähe der alten Schule erhängt worden sei, so kann ich darüber keine Angaben machen, weil ich nichts gesehen habe.

Heinrich Maas, Schleswig. 11.8.44. 60000. DO 242. ORT. 40. 10. A

W e n d e n !



Die in meiner Vernehmung vom 3.2.47 gemachten Angaben entsprechen der Wahrheit und sind von mir freiwillig gemacht worden. Weitere Angaben kann ich zu der Angelegenheit nicht machen.

v. g. u.

*Wahrmes Brodersen*

geschlossen  
*Schmiedeske*  
Polizeimeister.

Polizeiposten 25  
in Stenderupau  
6.Pol.-Abteilung.

Stenderupau, den 4. 2. 1947.

Verhandelt:

Vorgeladen erscheint die Ehefrau Marie Wüstefeld, geb. Chriphoversen, geb. 4.4.1900 in Stolck, Kr. Schleswig, wohnhaft in Stenderup b/Havetoft, Kr. Flensburg und sagt nach Vorhalt zur Sache folgendes aus:

Es ist mit mitgeteilt worden, daß ich nicht irgendwelche Aussagen machen brauche, wenn ich es nicht möchte, und es ist mir auch gesagt worden, daß meine Aussage gegen mich als Beweis benutzt werden kann.

v. g. u.

*Marie Wüstefeld*

geschlossen  
*Schmiedeske*  
Polizeimeister.

Ich möchte Aussagen machen. Es ist richtig, daß ich auf Veranlassung der Frau Brodersen seinerzeit, nachdem die Bohnhof abgeholt worden ist, gemeinsam mit Frau Brodersen die Sachen der Bohnhof nachgesehen habe. Ich bin erst einige Tage nachdem die Bohnhof abgeholt wurde, in die Wohnung der Frau Brodersen gegangen, Frau Brodersen hat mich vorher telefonisch angerufen, und haben wir dann beide die Schlafkammer der Bohnhof nachgesehen. Die Sachen lagen dort alle wie Kraut und Rüben durcheinander. Was dort lag, war alles zerrissenes Zeug. Ein Schifferklavier, 1 Fotoalbum, sowie Handtücher und ein Paket habe ich dort nicht gesehen. Das zerrissene Zeug haben wir, soweit ich mich heute noch entsinnen kann, in ein leeren Pappkarton hineingelegt. Wo dieser Pappkarton geblieben ist, kann ich mich heute bestimmt nicht mehr entsinnen. Soweit, was ich gesehen habe, waren diese alles wertlose Sachen.

Vorstehende Angaben habe ich freiwillig gemacht und sie entsprechen der Wahrheit.

v. g. u.

*Marie Wüstefeld*

geschlossen  
*Schmiedeske*  
Polizeimeister.



V e r h a n d e l t :

Vorgeladen erscheint der Kaufmann Emil Heldt, geb. 30.5.14 in Wilhemsburg, Kr. Harburg, wohnhaft in Stenderupau, Kr. Flensburg und sagt nach Vorhalt zur Sache folgendes aus:

Es ist mir gesagt worden, daß ich keine Aussagen machen brauche. Ich möchte jedoch freiwillig aussagen:

Ich bin in Stenderupau, Gemeinde Sieverstedt beheimatet und habe mich bis 1941 in der näheren Umgebung von Sieverstedt aufgehalten. Am 3.3.1941 wurde ich Soldat und war bis 17.5.1943 auf dem Wehrmeldeamt in Schleswig. Während dieser Zeit kam ich fast jeden Sonntag nach Stenderupau nach Hause. Es war in der Gemeinde Sieverstedt, allgemein bekannt, daß ein kriegsgefangener Pole, der bei dem Bauern Brodersen in Sieverstedt beschäftigt war, mit dem Dienstmädchen von Brodersen ein Verhältnis hatte. Als ich wieder mal nach Hause kam, wurde im Dorf erzählt, daß der Pole, der den verbotenen Umgang mit dem Mädchen gehabt hat, in der Nähe der alten Schule in Sieverstedt erhängt worden sei. Ich kann mich noch entsinnen, daß die Bevölkerung von Sieverstedt gegen die Erhängung des Polen sehr empört war. Nach Ansicht der hiesigen Bevölkerung hatte das Mädchen mehr Schuld als der Pole. Sie wurde hier als leichtfertiges Mädchen betrachtet. Die Bevölkerung von Sieverstedt hat vorher von der Erhängung des Polen nichts erfahren. Es wurde hier bekannt, daß Brodersen sich bemüht habe, den Polen gegen einen anderen Polen aus einem anderen Lager auszutauschen. Es aber nicht dazu gekommen ist. Ob die Erhängung von der Gestapo oder von der Wehrmacht durchgeführt worden ist, davon ist mir nichts bekannt. Die hiesige Zivilbevölkerung hat der Erhängung des Polen nicht beigewohnt, es wurde seinerzeit angenommen, daß die Erhängung durch Zuchthäusler durchgeführt worden ist. Wer die Durchführung der Erhängung seinerzeit veranlaßt hat, darüber kann ich keine Angaben machen. Daß der Bauer Brodersen dieses getan haben soll, glaube ich nicht und ist darüber auch niemals hier gesprochen worden. Brodersen ist meines Erachtens niemals ein großer Parteimann gewesen. Er wurde wohl damals aus dem Grunde zum Ortsbauernführer ernannt, weil er eine große Landstelle in Sieverstedt hat. Ich bin niemals Mitglied der NSDAP gewesen und mache meine Angaben ganz unparteiisch.

Vorstehende Angaben habe ich freiwillig gemacht und sie entsprechen im vollen Umfange der Wahrheit.

v.      g.      u.

Emil Heldt

geschlossen

Thuniederke,  
Polizeimeister.



Polizei-Posten 13.  
Polizei-Abteilung:Wanderup  
Landkreis Flensburg.

24  
Stenderupau, 2.Februar 1948.

Vernehmung des Lehrers Karl WÜSTEFELDT, geboren 6.7.1893 in Lüththeen, wohnhaft in Stenderup bei Havetoft, durch den Polizei-Wachtmeister SCHMIEDECKE am 2.2.1948.

Ich bin unterrichtet worden, daß ich nicht aussagen brauche, wenn ich es nicht wünsche,- und ich bin ferner unterrichtet worden, daß meine Aussagen als Beweismaterial gegen mich verwendet werden können. Ich wünsche folgende Aussage zu machen:

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben:      gez.SCHMIEDECKE  
Karl WÜSTEFELD.                                      Pol. Meister.

Vom 1.5.1924 bis zum 10.9.1945 bin ich l.Lehrer an der Volksschule in Sieverstedt gewesen. Während dieser Jahre einschl. der Kriegszeit habe ich kaum meine Dienststelle verlassen. Zu Kriegsbeginn wurde ich für ca. 3 Wochen zur Wehrmacht nach Schleswig eingezogen; dann wurde ich wieder nach Sieverstedt zum Schuldienst entlassen. Später habe ich bei derselben Wehrmachtseinheit( dem Kraftfahrzeugbeschaffungskommando X) 2 oder 3 mal für jeweils 8 Tage gearbeitet.

Während meiner Tätigkeit als Lehrer in Sieverstedt wurde ich seit 1924 als Vormund für Jugendliche unter der Aufsicht der Provinzialbehörde für Gesundheitswesen und Volkswohlfahrt beim Kieler Oberpräsidium für diejenigen Jugendlichen bestimmt, die im Bereich meiner Schule bei Bauern beschäftigt waren. Das waren Jugendliche, die in moralischer Hinsicht gefährdet waren und deren Eltern keine Garantie für eine anständige Erziehung boten. Unter anderem war ich auch Vormund der Jugendlichen Luise BOHNHOFF, die beim Bauern Johannes BRODERSEN in Sieverstedt 1940 angestellt war. Im Kriege gab es ein Kriegsgefangenenlager im alten Schulgebäude in Sieverstedt, in dem Kriegsgefangene, die bei den Bauern im Schulbezirk arbeiteten, wohnten. Dieses Lager stand unter dem Befehl der Wehrmacht: Stalag Schleswig. Es bestand kein engeres Einvernehmen zwischen den Insassen des Lagers bzw. ihrem Wachpersonal und mir, - umso weniger, als ich in der neuen Schule am anderen Ende des Dorfes wohnte. Soweit ich mich erinnern kann, wurde ich vom Bauern Johannes BRODERSEN in Sieverstedt eines Abends telefonisch gegen 22.00 Uhr dringend gebeten, ihn in einer Luise BOHNHOFF betreffenden Angelegenheit aufzusuchen. Ich radelte sofort zu BRODERSEN und erfuhr in der Küche vom Ehepaar BRODERSEN, daß BRODERSEN Luise BOHNHOFF beim Verkehr selbst auf dem Klosett zusammen mit einem Kriegsgefangenen des Lagers Sieverstedt, der bei ihm beschäftigt war, gefunden hätte. Als ich von BRODERSEN erfuhr, daß der Lagerkommandant auch von dem Vorfall wußte, äußerte ich, daß ich sofort zu ihm fahren würde. Daraufhin erzählte mir Frau BRODERSEN, daß der Kommandant in 5 Minuten zu ihnen kommen würde. In wenigen Minuten erschien der Kommandant tatsächlich. Seinen Namen habe ich nicht erfahren. Ich fragte ihn, was wir tun könnten, um den Vorfall zu verbergen. Der Kommandant erzählte mir daraufhin, daß er die strengsten Vorschriften für alle Fälle hätte, nach denen müßte er sich richten. Überdies war der Vorfall sowohl in der Nachbarschaft wie auch bei den Kameraden des Kriegsgefangenenlagers bekannt geworden. Auch die Sachen und das Bett des Kriegsgefangenen war schon durchsucht worden,- er selbst war von seinen Kameraden abgesondert und in Einzelhaft gebracht worden. Der Kommandant mußte den Kriegsgefangenen seiner vorgesetzten Dienststelle zusammen mit einem Be-



Bericht am nächsten Morgen übergeben. So sah ich denn, daß ich den Vorfall keine Wendung zum Besseren geben konnte, um eine Meldung zu unterdrücken. Nach ungefähr einem halben Jahre erschien eines Vormittags ein Herr in meiner Wohnung während der Unterrichtsstunden und wünschte mich zu sprechen; meine Frau holte mich sofort aus dem Unterrichtsraum. Als ich mein Wohnzimmer betrat, stellte sich der Herr selbst vor und sagte, daß er von der Geheimen Staatspolizei käme. Er gab mir folgenden Auftrag: Sie und Ihre Kollegen Frä. JOSTEN, haben alle Kinder anzuweisen, den am alten Schulgebäude vorbeiführenden Weg heute und morgen nicht zu benutzen. Ausserdem haben Sie beide darauf zu achten, daß kein Kind morgen Vormittag während der Pausen die Schule verläßt. Den Grund für diese Maßnahme habe ich nicht erfahren. Am nächsten Vormittag konnte ich mehrere Omnibusse mit vielen Personen auf dem Wege, der an der neuen Schule vorbeiführt, während der Unterrichtsstunden beobachten. Am Nachmittag erfuhr ich, daß der Kriegsgefangene, der in dem Vorfall mit der Luise BOHNHOFF verwickelt war, auf dem Wege hinter der alten Schule aufgehängt worden war.

Ich habe damals einen Versuch gemacht, einen Bericht zu verhindern, ohne vorher zu ahnen, daß der Vorfall mit dem Tode eines jungen Menschen enden würde. Bei der Hinrichtung bin ich nicht zugegen gewesen; ich war auch von keiner Behörde angewiesen worden, daran teilzunehmen, bzw. wurde vorher unterrichtet, daß der Kriegsgefangene für seine Tat gehängt werden würde. Ich fühle mich daher an dem, was geschah, in keiner Weise schuldig.

Meine Aussagen, die ich freiwillig gemacht habe, entsprechen der Wahrheit.

Gelesen und unterschrieben:

Karl WÜSTEFELD.

Geschlossen:

gez. SCHMIENDECKE

Polizei-Meister.

Polizei-Inspektion  
Landkreis FLENSBURG.

Flensburg, den 9. Februar 1943

An: S. P. S. O. (Ältester Offizier beim Public Safety)  
Kreis Gruppe Flensburg  
576 HQ CCG.

Die vorstehende Vernehmung des Lehrers Karl WÜSTEFELD aus Sieverstedt, Kreis Flensburg, wird unter Bezugnahme auf Ihre Anweisung vom 24. I. 1943 - G. PS. LK. F. 216 - vorgelegt.

gez. EDLER

Polizei-Inspektor.



Tele: Kiel 37 Ext. 400

Office of the Legal Adviser to  
the Regional Commissioner,  
Headquarters  
Land Schleswig Holstein  
Kiel  
312 HQ CCG (BE) B.A.O.R. 6

Ref. 312/Leg/360/143

4. VII.1949.

An: den Oberstaatsanwalt,  
F l e n s b u r g .

Betr. Verbrechen gegen die Menschlichkeit -  
Johannes B r o d e r s e n

Vorgang: 2a AR 19/49 vom 30. April 1949.

1. Es wird hiermit den Deutschen Gerichten Vollmacht erteilt, die Gerichtsbarkeit in der ersten wie auch in der ~~zweiten~~ Berufungsinstanz im obigen Fall auszuüben, soweit es sich um Anklagepunkte handelt, die nur unter das deutsche Strafgesetzbuch fallen.
2. Wenn auf Grund des im dortigen Besitz befindlichen Beweismaterials von Ihnen entschieden wird, das Verfahren aus Mangel an Beweisen einzustellen, so wird von der hiesigen Geschäftsstelle kein Einspruch erhoben werden.
3. Bitte unterrichten Sie die hiesige Geschäftsstelle über den weiteren Verlauf des Falles.
4. Akten zu 2a AR 19/49 werden hiermit zurückgegeben.

sign. R. WENDRINER

im Auftrage des Rechtsberaters, -  
Land Schleswig-Holstein

Kiel  
RW/HB.

Abschrift an: Generalstaatsanwalt Schleswig (unter Bezug auf Ihre B.Nr. 69/47 vom 21.6.1949.)

Akte 360

Umlauf.

Anlagen.



1) <sup>943/4</sup> ~~Entscheidung~~ Der Landwirt Johannes Brodersen aus Sieverstedt steht im Verdacht, im September 1940 veranlasst zu haben, dass der bei ihm in der Landwirtschaft beschäftigte polnische Kriegsgefangene Hans Leskowitz wegen unerlaubten Verkehrs mit einem deutschen Mädchen von der Gestapo durch Erhängen ermordet wurde. Ihm wird ausserdem zur Last gelegt, durch Anzeige bei der Gestapo die Verhaftung der bei ihm beschäftigten Hausgehilfin Luise Bohnhof wegen verbotenen Umgangs mit diesem Kriegsgefangenen und ihre Verurteilung zu einem Jahr Gefängnis durch Urteil der II. Strafkammer beim Landgericht in Flensburg vom 24. Oktober 1940 schuldhaft verursacht zu haben.

Der Legal Adviser 312 HQ ermächtigte durch Verfügung vom 4. Juni 1949 die deutschen Gerichte zur Ausübung der Gerichtsbarkeit, soweit es sich um Anklagepunkte handelt, die nur unter das deutsche Strafgesetzbuch fallen. Gegen eine etwaige Einstellung des Verfahrens mangels Beweises beabsichtigt der keinen Einspruch zu erheben. Er bat jedoch um Unterrichtung über den weiteren Verlauf des Verfahrens - Bl. 37/38 d. Akten - .

Der Beschuldigte leugnet eine Beteiligung an dem Mord zum Nachteil des polnischen Kriegsgefangenen. Beweismittel zu seiner Überführung sind nicht vorhanden. Wie der Zeuge Wüstenfeldt bekundet, wurde der Pole vielmehr erst ein halbes Jahr nach der Tat auf Veranlassung der Gestapo gehängt. Bei dieser Sachlage ist es unwahrscheinlich, dass der Beschuldigte Brodersen in irgendeiner Weise bei der Tötung des Polen mitwirkte. Die Fahndung nach den sonstigen an dem Mord beteiligten Personen verlief ergebnislos. Weitere Ermittlungen versprechen keinen Erfolg. ~~In soweit nehme ich auf meinen Vorbericht vom 30. April 1949 Bezug.~~

Auch soweit ein Menschlichkeitsverbrechen des Beschuldigten Brodersen durch humanitätswidrige Denunziation des Polen und der Luise Bohnhof in Betracht kommt, liegen Beweismittel nicht vor. Einstellung des Verfahrens ist insoweit auch geboten, weil



die CCG die Strafverfolgung nach dem Kontrollratsgesetz  
Nr. 10 nicht auf die deutschen Gerichte übertrug.

Das Ermittlungsverfahren gegen die Ehefrau Brodersen  
und die Ehefrau Wüstefeld wegen Diebstahls läuft hier ge-  
sendert unter dem Aktenzeichen 2a Js 1943/48 und wurde am  
15. Januar 1949 mangels Beweises eingestellt.



Vfg.

1. V e r m e r k :

In der beigelegten Akte 2a Js 913/49 handelt es sich um die Erhängung eines Polen im Jahre 1940 oder Anfang 1941 in Sieverstedt. Dort soll ein Pole mit Namen Hans Leskowitz wegen unerlaubten Verkehrs mit einem deutschen Mädchen erhängt worden sein. Das Verfahren wurde damals eingestellt, da ein Beweis gegen den damaligen Beschuldigten nicht geführt werden konnte, der den Polen angezeigt haben sollte. Der Sachverhalt ist also nicht mit dem hier bekundeten Sachverhalt der Kurzik identisch, da Tatort und Tatzeit nicht übereinstimmen.

In 2a Js 913/49 ist der Lehrer Karl Wüstefeldt, geb. 6.7.1893, wohnhaft in Stenderup bei Havetoft, am 2. Februar 1948 als Zeuge vernommen worden. Er hat dort angegeben, daß er vom 1. Mai 1924 bis zum 10. September 1945 l. Lehrer an der Volksschule in Sieverstedt gewesen sei. Möglicherweise kennt dieser Zeuge auch den zur Tatzeit in Meyn tätig gewesenen Lehrer.

✓ 2. Beiakten trennen. - 2<sup>o</sup> 913/49 -



franciens

+ III/1941

---

77

---

1 poln. kgf.

+ Ranz 1941



Vermerk v. 21.7.1966 (Bd.V Bl. 209 d.A. 1 Js 4/64 (RSHA)):

Im Bereich der Stapostelle Graudenz:

E XXXVI 77-78      334): ein unbekannter polnischer Kriegsgefangener,  
im März 1941 im Walde von Rehhof Krs. Stuhm erhängt  
wegen geschlechtlicher Beziehungen zu einem deutschen  
Mädchen,

Quelle: Lagebericht des GStA Marienwerder v. 24.5.1941



**Der Generalstaatsanwalt.**

Marienwerder, den 24. Mai 1941.  
Sektur 2241 u. 2243

Reg.-Nr. 313 E - 4700

Einschreiben!

An

den Herrn Reichsminister der Justiz  
z.Hd.des mit der Führung der Geschäfte  
beauftragten Herrn Staatssekretärs  
Dr. Schlegelberger.

in

B e r l i n W 8  
Wilhelmstraße 65.

Betrifft: Lagebericht.

Ziffer III Nr.2 der Anlage zu der EV.  
vom 25.10.1935 - III a 1970/35 -.

In meinem Bezirk haben Aufsehen erregt die gegen den  
Rechtsanwalt und Notar Dr.Mihlan in Schneidemühl und dessen  
Ehefrau anhängig gewordenen Verfahren und zwar gegen erste-  
ren wegen Verbrechens gegen §§ 1,2 der Verordnung über  
außerordentliche Rundfunkmaßnahmen und gegen letztere wegen  
Vergehens gegen § 2 des Heimtückegesetzes. Über beide Ver-  
fahren hat der Oberstaatsanwalt in Schneidemühl besonders  
berichtet, und zwar in der Strafsache gegen Frau Mihlan zu  
III g<sup>7</sup> 217 d/41. Mihlan ist inzwischen bereits durch Urteil  
des Sondergerichts in Schneidemühl vom 9.4.1941 zu einer  
Gesamtstrafe von 4 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die  
Aburteilung der Ehefrau Mihlan wird demnächst erfolgen.

Bisher sind im hiesigen Bezirk an 3 Polen Exekutionen  
wegen Geschlechtsverkehrs mit deutschen Mädchen vollzogen  
worden und zwar

1. im März 1941 an einem ehemaligen polnischen Kriegsgefan-  
genen im Walde von Rehlf, Kreis Stuhm,
2. am 3.4. an einem Polen im Landgerichtsbezirk Schneidemühl.
3. im Mai 1941 an einem früheren polnischen Kriegsgefangenen  
im Walde von Gr.Krebs, Kreis Marienwerder.

Der Oberstaatsanwalt in Elbing hat über den Anlaß und den  
Hergang der zu 1 erwähnten Exekution folgendes in Erfahrung  
gebracht :

Der



Der in Frage kommende ehemalige polnische Kriegsgefangene habe als Zivilgefangener mit einem deutschen Mädchen aus Rehhof im Alter von 18 Jahren Geschlechtsverkehr gepflogen und sei wegen dieser Verfehlung vom Reichssicherheitshauptamt der Gestapo zur Aburteilung überstellt worden. Der Vollstreckungsakt habe sich folgendermaßen zugetragen: Dem Verurteilten, der ein weißes Schild um den Hals getragen habe, auf dem in deutscher und polnischer Sprache vermerkt war, daß er ein deutsches Mädchen geschändet habe und hierfür gehängt werde, sei zunächst die Entscheidung verlesen worden. Gleichzeitig seien den aus der weiteren Umgebung zu dem Vollstreckungsakt herangezogenen polnischen Arbeitern in einer Ansprache entsprechende Erläuterungen gemacht und Warnungen erteilt worden. Dann sei die Exekution durch 2 Polen vollzogen worden. Nachdem ein Arzt den Tod festgestellt habe, sei die Übergabe der Leiche an die Anatomie erfolgt.

Im übrigen habe ich während der Berichtszeit bedeutungsvolle Wahrnehmungen nicht gemacht.

Die Stimmung in der Bevölkerung ist ruhig und zuversichtlich.

gez. Janßen.



Beurlaubt.  
*Fengler*  
Justizsekretär.



Hasbunle

5

+ 5. IV. 41

---

F 8

---

Hasbun, Jan

+ 5. 4. 41

6V



Vermerk v. 8.12.1964 ( Bd. II Bl.40 d.A. 1 Js 4/64 (RSHA):

103) K o b u s , Jan, geb. 17.5.13.

Exekution am 5.4.41 in Pfullendorf.

Ermittlungsbehörde und Quelle wie oben Ziff. 98.

= Stapo Karlsruhe

Akten VI Kls 2/62 Karlsruhe

Vermerk v. 21.7.1966 ( Bd. V Bl.198 d.A. 1 Js 4/64 (RSHA):

zu Nr. 103):

E III a  
150-169

K o b u s , Jan, geboren am 17. Mai 1913 in Woclawek, war als Kriegsgefangener bei dem Landwirt Martin Huber im Eschhof, Gde. Ruschweiler Krs. Überlingen, zur Arbeitsleistung eingesetzt. Er hatte geschlechtliche Beziehungen zu der ebenfalls dort tätigen Anna Frey aus Ostrach. Sein Tod ist beim Standesamt Pfullendorf -Reg.Nr. 26/41- beurkundet. Der Sachverhalt ergibt sich aus den Akten 22 Js 513/60 StA. Karlsruhe (verbunden zu VI Kls 2/62 Karlsruhe).



## Sterbeurkunde

G

(Standesamt Pfullendorf Nr. 26/1941)Jan Kobuswohnhaft in Karlsruheist am 5. April 1941 um 8 Uhr 10 Minutenin Pfullendorf

verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 17. Mai 1913in Woclawek, Kreis Woclawek/Polen.Der Verstorbene war nicht verheiratet.Pfullendorf, den 21. August 1967

Der Standesbeamte

In Vertretung:

Gebührenfrei!

Nur zum amtlichen Verbrauch  
Nur für Rentenzwecke - Wochenhilfe -  
AOK - Versorgungsamt



Bestell-Nr. CM 251/KC 9. (Passend zum Durchschreibesatz KC 9)  
(Komplett-St.Amt Mappe III Tasche 63)  
Sterbeurkunde  
Verlag für Standesamtswesen Frankfurt (M) (Bayer. Geschäftsstelle München) H 666-10

CM 251/KC 9



## Nr. 26

Nr. 26 Pfüllendorf, den 5. April 1941 Cc

Pfullendorf, den 5. April 1941

Der polnische Zivilarbeiter Jan Kobus

katholisch \_\_\_\_\_

wohnhaft zuletzt im Gerichtsgefängnis in Karlsruhe.

ist am 5. April 1941 um 8 Uhr 10 Minuten

in Pfullendorf verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 17. Mai 1913

in Woclawek, Krets Woclawek, Polen.

~~(Standesamt ..... Nr. ....)~~

~~Voter:~~

Mutter: .....

D. er Verstorbene war — nicht — verheiratet

Eingetragen auf ~~mündliche~~ schriftliche — Anzeige der Geheimen Staats-  
polizei, Staatspolizeileitstelle Karlsruhe, Grenzpolizei-  
5. April 1941

~~Am 1. April 1941~~ kommissariat Konstanz vom 5. April 1941.

~~Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben~~

### Der Standesbeamte

Duttlinger

Todesursache: Hinrichtung (Tod durch Erhängen)

Eheschließung de. \_\_\_\_\_ Verstorbenen am \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_

(Standesamt ..... Nr. ....)

Die Übereinstimmung der Abschrift mit dem Eintrag im Sterberegister wird hiermit beglaubigt.

Pfullendorf den 12. April 1958

### Der Standesbeamte





4  
Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle Karlsruhe  
Grenzpolizeikommissariat Konstanz

Konstanz, den 5. April 1941.

B. Nr. II H - 1334/40.

An das  
Standesamt  
Pfullendorf.

Betrifft: Polnischer Zivilarbeiter Jan K o b u s ,  
ledig, katholisch, geb. am 17.5.1913 in  
Woclawek, Kreis Woclawek/Polen, zuletzt  
im Gerichtsgefängnis in Karlsruhe.

Vorgang: Ohne.

Anlagen: Ohne.

Der polnische Zivilarbeiter Jan K o b u s  
ist am 5. April 1941, 8<sup>1/2</sup> Uhr, in Pfullendorf ver-  
schieden.



/Zgr.

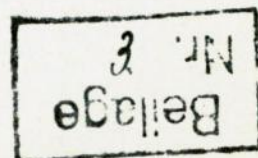
Pfullendorf den 5. April 1941.

Beschluss.

1. Fertigung des Eintrags im Sterbepbuch und Übertragung desselben in das Zweitbuch. Nr. 26/1941.
2. Eintrag in der Totenliste und Sterbeliste, sowie Fertigung der Zählkarte.
3. Zu den Sammelakten.

Der Standesbeamte.

Fact. 5. 4. 1941.





Beglaubigung

Die Übereinstimmung der Fotokopie mit der Urschrift  
beglaubigt.

Pfullendorf, den 21. August 1967



Der Standesbeamte

In Vertretung:



Landesstaatsanwalt  
bei den  
ger. in Konstanz

Konstanz, den 9. April 1941

an den  
Herrn Generalstaatsanwalt  
in Karlsruhe  
Betr. Unzulässiger Umgang mit  
Kriegsgefangenen

In Ergänzung des fernmündlichen Berichts vom 8. d. Mts.  
beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Am Abend des 4. April 1941 gegen 6 Uhr ist mir vom stell-  
vertretenden Landrat in Überlingen, dessen Stelle ich kenne, fern-  
mündlich dienstlich mitgeteilt worden, dass am nächsten Vormit-  
tag, den 5.4. - 8 Uhr in Pfullendorf auf Anordnung des Reichs-  
führers SS, ein Pole wegen, soweit bekannt, Verkehr mit deutschen  
Menschen öffentlich gehängt werde. Der Pole bekäme in deutscher  
Aufschrift eine Tafel auf die Brust, auf der das stand; es sei  
Anordnung getroffen, dass die Polen der Umgegend geschlossen  
an diesem Hängeakt vorbeigeführt würden. Der Name des Polen  
wurde mir nicht genannt. Meine Frage, ob die vorgesetzte Ver-  
waltungsdienststelle, der Herr Landeskommissär Konstanz, unter-  
richtet sei, wurde bejaht. Meine weitere Frage, ob es eine  
Mitwirkung der staatlichen Dienststellen dabei vorgeesehen sei,  
wurde verneint.

..... gez. Unterschrift

Nachfrage bei der Geh. Staatspolizei -Stapolettstelle (Dr. Schick) ergibt, dass es sich bei dem Hingerichteten um den  
Polen Jan Kobus handelt. Das Mädchen, das er geschändet hat,  
ist eine Paula Frey, geb. 18.4.1921 in Ostrach, wohnhaft in Rusc-  
weiler. Sie wurde am 12. 12. 1940 durch die Strafkammer beim  
Landgericht Konstanz zu 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus, zusätzlich 1  
Monat Schutz- und U'haft, und Ehrverlust verurteilt.

gez. Kall



Zahlstelle:

lasse in

Rechnungsjahr

**Beleg**

Geheime Staatspolizei

Staatsbürgerliche Schule

Grenzpolizeikommissariat

Lörrach / Baden

Verbuchungssstelle: Kapitel ..... Titel .....

# Reisefostenrechnung

Krim.Ob.Ass. K a r l B ü h l e r i n L ö r r a c h ..... über die mit Genehmigung auf

Anordnung ~~an den~~ des Dienststellenleiters vom 4.4. 1941 Nr. -

ausgeführte..... Dienststrelse...

Jahr, Tag, Monat der Reise	Zeitpunkt a) des Antritts, b) der Beendigung der Reise	Reiseweg  Art der Ausführung der Reise, Beginn, Beendigung und Erläuterung des Dienstgeschäfts (Beförderungsmittel, von Amts wegen unentgeltlich gewährte Tagesverpflegung oder Unterkunft usw.)	Zahl der Tage				Be- zahlte Wagen- oder Schiff- Klasse	Fahrkosten					Neben- kosten
			mit		— bei Sonder- festsetzung — mit			a) Fahr- tarie b) Flug- schein c) Bett- tarie RM.Rpf.	a) Zu- schläge für E., D., FD-Züge b) Plah- tarie c) Gepäck RM.Rpf.	Zu- und Abgang RM.Rpf.	Land- weg- strecken km	RM.Rpf.	
			Tage- geld	Ueber- nach- tungs- geld	Tage- geld	Ueber- nach- tungs- geld							
1	2	3	4*)	5*)	6**)	7**)	8	9	10	11	12	13	
1941	a)	Von Lörrach nach Pful-											
4.4.	14,30	lendorf im Kraftwagen mit Krim.Kommissar Hahn.	0,5										
		Teilnahme an der Hin- richtung des Polen <u>Jean Kobus</u> in Pfullen- dorf.											
	b)	Beginn d.D.um 8 U.(5.4.)											
5.4.	21,00	Beendigung d.D.um 18 U	1	1									
		Zusammen:	1,5	1									

Anmerkungen:

\*) Zu Spalten 4 und 5. Werden volles Tagegeld und Uebernachtungsgeld nicht gewährt, so ist der zu zahlende Teil mit einem Dezimalbruch (z. B. 0,25) einzufügen. In Spalten 4 und 5 kommen auch zum Anfall Teile des Tagegeldes und Uebernachtungsgeldes bei unentgeltlich gewährter Tagesverpflegung und Nachtlunterkunft, für Schlafwagen- und Kabinenbenutzung sowie Bezirkstagegeld und Bezirksübernachtungsgeld.

\*\*) Zu Spalten 6 und 7.

I. Hier kommen zum Anfsah:

a) Tage mit Auslandstagegeld (z. B. 0,7 Ausl. B. d. h. Auslandstagegeld nach Ländergruppe B) – nur Spalte 6 –

b) Tage mit ermäßigtem Tagegeld und Übernachtungsgeld nach § 12 Abs. 1 des Gesetzes (z. B. 3 erm. zu 9 R.M.);

b) Tage mit ermäßigtem Tagegeld und Übernachtungsgeld nach § 12 Abs. 1 des Gesetzes (z. B. 3. Fernstudiumstag)

c) Tage mit Beschäftigungserlösgeld und Beschäftigungstagegeld nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes vom Teil IV RAZ. (S. D. ...)  
[Tagesgeld und Übernachtungsgeld getrennt angeben]. 14 BZ. zu § 8 - nur Spalte 6 -)

zu [7 + 5 =] 12 RM [Tagegeld und Übernachtungsgeld getrennt angeben], 14 B.L. zu 5 RM -  
u. des Abfalls- und Abfallverbrennungsgeldes nach § 13 Abs. 1 des Gesetzes sind besonders abzurechnen.

II. Pauschvergütung und Aufwandsentschädigung nach § 13 Abs. 1 des Gesetzes sind besonders abzurechnen und dem Aufstufenden nach § 16 des Gesetzes beibringend eines besonderen Intraates.



# Kostenberechnung.

				Betrag	
				RM	Rpf
I. a) Tagegeld	nach Spalte 4 für	1,5 Tage zu	5,50 RM	8	25 ✓
b) Nebernachtungsgeld	nach Spalte 5	" "	4,00 RM	4	00 ✓
II. a) Tagegeld	nach Spalte 6	" "	" "		
b) Nebernachtungsgeld	nach Spalte 7	" "	" "		
III. Fahrkosten a)	nach Spalte 9				
b)	" 10				
c)	" 11				
d) Landwegstrecken nach Spalte 12					
mit unentgeltlich gestelltem Fahrrad oder Kraftrad	km zu	5 Rpf			
zu Fuß oder mit eigenem Fahrrad oder Kraftrad	km zu	10 "			
mit gemietetem Fuhrwerk oder gemietetem Kraftfahrzeug	km zu	"			
mit eigenem Kraftwagen	km zu	"			
für mitgenommene Beamte	km zu	"			
mit Kraftfahrzeug eines anderen Beamten	km zu	3 "			
IV. Nebenkosten nach Spalte 13					
			Zusammen	12	25 ✓
Hiervon ab 2/3 der Beschäftigungsvergütung	für	bis		-	-
Entschädigung für verfehlte Beamte	mit je	RM		12	25 ✓
			Bleiben	-	-
			Als Abschlag sind bereits ausgezahlt	-	-
			Within noch auszuführen — wiedereinzuziehen	12	25 ✓

Ich beziehe Grundgehalt — Grundvergütung — nach Besoldungsgruppe A<sup>7c</sup> und erhalte Beschäftigungsvergütung  
von täglich RM. Entschädigung für verfehlte Beamte

Ich versichere pflichtgemäß, daß mir die vorstehend unter III und IV aufgeführten Ausgaben wirklich erwachsen sind.  
Ich bitte, den Betrag mir bar auszuführen — auf folgendes Konto zu überweisen:

Lörrach, den 16.4. 1941.

J. Zühler, Krim. Ob. Ass. b. Greko Lörrach  
(Name, Dienststellung und Behörde)

Die Richtigkeit nach Teil III Nr. 38 Absatz 3 RMV. bescheinigt  
Geheime Staatspolizei, den 16.4. 1941  
Staatspolizeistelle Karlsruhe  
Erenzpoleizeidirektorat  
(Bezeichnung der Behörde)  
Lörrach/Baden

Festgestellt auf RM Rpf  
K. Zühler  
F. Zühler  
(Name, Dienststellung)

Anweisung.

Nr.

Empfangsbescheinigung.

Betrag erhalten.

Lörrach, den 16.4. 1941.

J. Zühler  
(Name)



Zahlstelle: Polizei -  
 taffe in Karlsruhe

Rechnungsjahr 1934 12

5 6

8

Verbuchungsstelle: Kapitel

Beleg Nr.

99 U. 2

# Reisefostenrechnung

des Krim. Ang. Heinrich H. ö. d. l. überbringt mit Genehmigung auf  
 Anordnung — Annahme — des Dienststellenleiter vom s. Spalte 1 1934 Nr.  
 ausgeführte n. Dienstreisen.

Jahr, Tag, Monat der Reise	Zeitpunkt a) des Antritts, b) der Beendigung der Reise	Reiseweg Art der Ausführung der Reise, Beginn, Beendigung und Erläuterung des Dienstgeschäfts (Beförderungsmittel, von Amts wegen unentgeltlich gewährte Tagesverpflegung oder Unterkunft usw.)	Zahl der Tage				W. loste Wagen- oder Schiffe- klasse	Fahrtkosten					Neben- kosten
			mit		— bei Sonder- festsetzung — mit			a) Fahr- karte b) Flug- schein c) Zeit- karte MON. Mpf.	a) Zu- schüsse für E., D., FD 34a b) Pfah- karte c) Gepäc MON. Mpf.	Zu- und Abgang MON. Mpf.	Land- weg- strecken km		
			Tage- geld	Ueber- nachungs- geld	Tage- geld	Ueber- nach- tungs- geld							
1	2	3	4*)	5*)	6**)	7**)	8	9	10	11	12	13	
		Aufstellung von bereits durchgeführten Dienstfahrten mit Dienst PKW Opel Kadet IV B - 140222 Verfg. d. Stl. Karls-ruhe v. 18.4.41 -I W 2-											
1941 1.4.	a) 7,50	Als Fahrer d. Dienst Pkw IV B - 140 222 v. Konstanz, Radolfzell, Stockach, Mühligen, Stockach, Überlingen, Salem, Mimmehausen, Markdorf, Meersburg, Fähre, Konsta-nz. Betr.: Ermittlungen, Vernehmungen, Festnahme zu A.Z. II A - 169/41, II - 333/41, II -337/41 II -391/41, mit Krim. Ass. Lehmann.											
	b) 20,30	Rückkehr										165	
1941 4.4.	a) 16,30	Als Fahrer d. Dienst Pkw IV B - 140 222 v. Konstanz, Fähre - Meers-burg, Salem, Pfullen -dorf mit Krim.Ass.Weber v.d.Stl. Karlsruhe. Betr.: <u>Überführung des Polen Jean Kuban zur Exekution B.Nr.II -</u>											
	b) 21.00	1433/40 Rückkehr										135	
		Übertrag										300	

Fußbefall Nr. 1

Fußbefall Nr. 2



# Kostenberechnung.

		Betrag	
		RM	Pf
I. a)	Tagegeld nach Spalte 4 für ..... Tage zu ..... RM		
b)	Nebernachtungsgeld nach Spalte 5 " " " " " "		
II. a)	Tagegeld nach Spalte 6 " " " " " "		
b)	Nebernachtungsgeld nach Spalte 7 " " " " " "		
III.	Fahrtkosten a) nach Spalte 9 . . . . .		
	b) " " 10 . . . . .		
	c) " " 11 . . . . .		
	d) Landwegstrecken nach Spalte 12		
	mit unentgeltlich gestelltem Fahrrad oder Krastrad . . . . . km zu 5 Pf		
	zu Fuß oder mit eigenem Fahrrad oder Krastrad . . . . . km zu 10 "		
	mit gemietetem Fuhrwerk oder gemietetem Kraftfahrzeug . . . . . 815 km zu "	12	23
Ers. Kraftfahr.	mit eigenem Kraftwagen Dienstfahrzeug 715 km zu 1,5 "	10.	72
	für mitgenommene Beamte . . . . . km zu "		
	mit Kraftfahrzeug eines anderen Beamten : . . . . . km zu 3 "		
IV.	Nebenkosten nach Spalte 13 . . . . .	12	23
	Zusammen . . . . .	10.	72
Gier von ab 2/3 der	Beschäftigungsvergütung für ..... bis ..... Entschädigung für versetzte Beamte mit je ..... RM	12	23
	Bleiben . . . . .	10.	72
	Während der Dienstreise bereits ausbezahlt . . . . .	10.	72
	Mithin noch auszuzahlen — widererstattungsfähig . . . . .	12	23

Ich beziehe Grundgehalt — Grundvergütung nach Besoldungsgruppennummer und Rangstufe von täglich 2.000 RM. jährlich

Ich versichere pflichtgemäß, daß mir die vorstehend unter III und IV aufgeführten Ausgaben wirklich erwachsen sind.

Ich bitte, den Betrag mir bar auszuzahlen — auftragsgemäß aus dem Etat der Behörde

Konstanz, den 18.5. 1941 *Krim.* Krim. Angest. Greko Konstanz  
(Name, Dienststellung und Behörde)

Die Richtigkeit nach Teil III Nr. 38 Absatz 3 RMV. bescheinigt

Konstanz, den 18.5. 1941 *Krim. Insp.*  
(Bezeichnung der Behörde)

Festgestellt (auf 12 RM 23 Pf) *Horkel*  
Techn. O. Schreiber  
(Name, Dienststellung)

Anweisung. Nr. ....

Empfangsbescheinigung.

Betrag erhalten.

Konstanz, den 15.6. 1941 *Krim.*  
(Name)



Zahlstelle: .....

Kasse in .....

Rechnungsjahr 19

Beleg Nr.

7

U. 11

Verbuchungsstelle: Kapitel .....

Titel .....

## Reisefostenrechnung

Krim.Ass. Eugen Weber

über die mit Genehmigung auf

Anordnung - Ansuchen des Leiters der

vom

19

Nr.

ausgeführte Dienstreise

Jahr, Tag, Monat der Reise	Zeitpunkt a) des Antritts, b) der Beendigung der Reise	Reiseweg Art der Ausführung der Reise, Beginn, Beendigung und Erläuterung des Dienstgeschäfts (Beförderungsmittel, von Amts wegen unentgeltlich gewährte Tagesverpflegung oder Unterkunft usw.)	Zahl der Tage				Der zahlte Wagen- oder Schiff- Kasse	Fahrtkosten				Neben- kosten
			mit		— bei Sonder- festsetzung — mit			a) Fahr- tarie b) Flug- schein c) Belli- tarie RM. Rpfl.	a) Zu- schläge für E-, D-, FD-Züge b) Platz- tarie c) Gepäck RM. Rpfl.	Zu- und Abgang RM. Rpfl.	Land- weg- Strecken km	
			Tage- geld	Ueber- nach- tungs- geld	Tage- geld	Ueber- nach- tungs- geld						
1	2	3	4*)	5*)	6**)	7**)	8	9	10	11	12	13
1941	a)	Exekution des poln.	3,5	3								
5.4.	15,00	Zivilarbeiters Jahn	✓	✓								
	✓	Kobus, am 5.4.41 in										
		Pfullendorf										
6.4.	b)											
✓	14,00	Aktz. II H - 7272/40.										
		Die Fahrt bis Konstanz										
		erfolgte mit Schnell-										
		zug. Von dort bis Pful-										
		lendorf mittels PKW, da										
		keine Zugverbindung.										
		Fahrtkosten entstanden										
		nicht. Die Fahrt wurde mit										
		Dienstfahrkarte ausgeführt.										
		Mit Führer von Konstanz										
		nach Meersburg und zurück:										
		Fahrgeld für Kobus und										
		Friedrich von Konstanz										
		nach Meersburg										
		Zusammen:	3,5	3								
			✓	✓								

## Anmerkungen:

\*) Zu Spalten 4 und 5. Werden volles Tagesgeld und Übernachtungsgeld nicht gewährt, so ist der zu zahlende Teil mit einem Dezimalbruch (z. B. 0,25) einzusehen. In Spalten 4 und 5 kommen auch zum Ansatz Teile des Tagesgeldes und Übernachtungsgeldes bei unentgeltlich gewährter Tagesverpflegung und Nachunterkunft, für Schlafwagen- und Rabinnenbenutzung sowie Bezirks-tagesgeld und Bezirksübernachtungsgeld.

\*\*) Zu Spalten 6 und 7.

I. Hier kommen zum Ansatz:

- Tage mit Auslandstagesgeld (z. B. 0,7 Ausl. B. d. h. Auslandstagesgeld nach Ländergruppe B) — nur Spalte 6 —;
- Tage mit ermäßigtem Tagesgeld und Übernachtungsgeld nach § 12 Abs. 1 des Gesetzes (z. B. 3 erm. zu 9 RAB);
- Tage mit Beschäftigungsgeld und Beschäftigungstagesgeld nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes und Teil IV RAB. (z. B. 7 DR. zu [7 + 5] 12 RAB [Tagesgeld und Übernachtungsgeld getrennt angeben], 14 DR. zu 5 RAB — nur Spalte 6 —).

II. Pauschalvergütung und Aufwandsentschädigung nach § 13 Abs. 1 des Gesetzes sind besonders abzurechnen.

III. Für die Bewilligung eines Zuschusses nach § 16 des Gesetzes bedarf es eines besonderen Antrages.



# Kostenberechnung.

						Betrag	
						RM	RM
I. a)	Tagegeld	nach Spalte 4 für	3,5, ✓	Tage zu	4,50 ✓	15	75 ✓
b)	Uebernachtungsgeld	nach Spalte 5	"	"	4,00 ✓	12	00 ✓
II. a)	Tagegeld	nach Spalte 6	"	"	"		
b)	Uebernachtungsgeld	nach Spalte 7	"	"	"		
III. Fahrkosten	a) nach Spalte 9	Fahrt mit Fähre "von Konstanz nach Moersburg" zus: 0,60.				-	60 ✓
	b) " " 10						
	c) " " 11						
	d) Landwegstrecken nach Spalte 12						
	mit unentgeltlich gestelltem Fahrrad oder Kraftrad	km zu	5	Rf.			
	zu Fuß oder mit eigenem Fahrrad oder Kraftrad	km zu	10	"			
	mit gemietetem Fuhrwerk oder gemietetem Kraftfahrzeug	km zu		"			
	mit eigenem Kraftwagen	km zu		"			
	für mitgenommene Beamte	km zu		"			
	mit Kraftfahrzeug eines anderen Beamten	km zu	3	"			
IV. Nebenkosten	nach Spalte 13	für die Maßnahmen in Pfullendorf 1 Schächtel Reißnägeln gekauft				-	30 ✓
		Zusammen				28	65 ✓
Hiervon ab	2/3 der Beschäftigungsvergütung	für		bis		-	-
	Entschädigung für verletzte Beamte	mit je	RM				
					Bleiben	28	35 ✓
					Als Abschlag sind bereits ausgezahlt	-	-
					Within noch auszuführen — Wiedereinzuziehen	28	65 ✓

Ich beziehe Grundgehalt — Grundvergütung — nach Besoldungsgruppe..... und erhalte Beschäftigungsvergütung  
von täglich ..... RM. Entschädigung für verletzte Beamte

Ich versichere pflichtgemäß, daß mir die vorstehend unter III und IV aufgeführten Ausgaben wirklich erwachsen sind.

Ich bitte, den Betrag mir bar auszuzahlen — auf folgendes Konto zu überweisen:

F. Behnke Staatspolizei -

Staatspolizeistelle Karlsruhe

(Name, Dienststellung und Behörde)

Karlsruhe, den 9.4. 1941

Festgestellt (auf) RM RM

Karlsruhe den 9. April 1941

Staatspolizei -

Staatspolizeistelle Karlsruhe

(Bezeichnung der Behörde)

Krim. Komm-

(Name, Dienststellung)

Anweisung.

Nr.

Empfangsbescheinigung.

Betrag erhalten.

Karlsruhe 9.4. 41  
den 19

Weyer

Krim. Ass.

(Name)



Zahlstelle:

Kasse in

Rechnungsjahr Beleg Nr.

7

U. 6

Verbuchungssstelle: Kapitel Titel

## Reisefostenrechnung

Krin. Cass. Emil P e t z n e r über die mit Genehmigung auf

Anordnung - Ansuchen - des Leiters der - Geheimen Staatspolizei- ausgeführte Dienstreife Staatspolizeileitstelle Karlsruhe

Jahr, Tag, Monat der Reise	Zeitpunkt a) des Antritts, b) der Beendigung der Reise	Reiseweg Art der Ausführung der Reise, Beginn, Beendigung und Erläuterung des Dienstgeschäfts (Beförderungsmittel, von Amts wegen unentgeltlich gewährte Tagesverpflegung oder Unterkunft usw.)	Zahl der Tage				Be- zahlte Wagen- oder Schiff- Kasse	Fahrtkosten				Neben- kosten
			mit		- bei Sonder- festsetzung - mit			a) Fahr- tarife b) Flug- schein c) Bette- tarife ADM. Rpf.	a) Zu- schläge für E., D., FD-Büge b) Plah- tarife c) Gepäd ADM. Rpf.	Zu- und Abgang ADM. Rpf.	Land- weg- strecken km	
			Tage- geld	Ueber- nach- tung- geld	Tage- geld	Ueber- nach- tung- geld						
1	2	3	4*)	5*)	6**)	7**)	8	9	10	11	12	13
1941 3.4. bis 6.4.	a) 15,00 b) 14,00	Exekution des polni- schen Zivilarbeiters <u>Jahn K o b u s</u> , am 5.4.41 in Pfullendorf. <u>Aktz: II H - 7279/40</u>  Die Fahrt bis Konstanz erfolgte mit Schnellzug. Von dort bis Pfullen- dorf mittels PKW, da keine Zugverbindung. <u>Fahrtkosten:</u> Karlsruhe - Konstanz: Die Rückfahrt wurde mit Dienstfahrkarte ausgeführt. Mit Fähre von Konstanz nach Meersburg und zurück:	3,5 ✓	3 ✓				3. 1220 ✓  2. 30 ✓				
		Zusammen:	3,5 ✓	3 ✓	-	-	3.	1250- ✓	-	-	-	

## Anmerkungen:

\*) Zu Spalten 4 und 5. Werden volles Tagegeld und Übernachtungsgeld nicht gewährt, so ist der zu zahlende Teil mit einem Bruchstrich (z. B. 0,25) einzusehen. In Spalten 4 und 5 kommen auch zum Ansatz Teile des Tagegeldes und Übernachtungsgeldes bei unentgeltlich gewährter Tagesverpflegung und Nachtunterkunft, für Schlafwagen- und Kabinenbenutzung sowie Bezirkstagegeld und Bezirksübernachtungsgeld.

\*\*) Zu Spalten 6 und 7.

I. Hier kommen zum Ansatz:

- Tage mit Auslandstagegeld (z. B. 0,7 Ausl. B. d. h. Auslandstagegeld nach Ländergruppe B) - nur Spalte 6 -;
- Tage mit ermäßigtem Tagegeld und Übernachtungsgeld nach § 12 Abs. 1 des Gesetzes (z. B. 3 erm. zu 9 R.R.);
- Tage mit Beschäftigungstagegeld und Beschäftigungstagegeld nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes und Teil IV RRB. (z. B. 7 BR. zu [7 + 5] 12 R.R. [Tagegeld und Übernachtungsgeld getrennt angeben], 14 BR. zu 5 R.R. - nur Spalte 6 -).

II. Pauschalvergütung und Aufwandsentschädigung nach § 13 Abs. 1 des Gesetzes sind besonders abzurechnen.

III. Für die Bewilligung eines Zuschusses nach § 16 des Gesetzes bedarf es eines besonderen Antrages.



## 13

Ich beziehe Grundgehalt — Grundvergütung — nach Besoldungsgruppe..... <sup>A 7c</sup> und erhalte <sup>Beschäftigungsvergütung</sup>  
von täglich ..... RM. <sup>Entschädigung für verfehlte Beamte</sup>

Ich versichere pflichtgemäß, daß mir die vorstehend unter III und IV aufgeführten Ausgaben wirklich erwachsen sind.

Ich bitte, den Betrag mir bar auszuzahlen — auf folgendes Konto zu überweisen: .....

Die Richtigkeit nach Teil III Nr. 38 Absatz 3 RAB. bescheinigt  
Karlsruhe den 9. April 1941.  
Geheime Staatspolizei-  
Staatspolizeileitstelle Karlsruhe  
(Bezeichnung der Behörde)  
Krim. Komm.

<p><b>Anweisung.</b></p> <p>Nr. ....</p>	<p><b>Empfangsbefcheinigung.</b></p> <p>Betrag erhalten.</p> <p>K. he. , den 9.4. 1941.</p> <p><i>[Signature]</i> Krim. OAss.</p> <p>(Name)</p>
--	---



Zahlstelle:

Zasse in

Rechnungsjahr 1941

Beleg Nr. 207

Lörrach/Baden

Verbuchungssstelle: Kapitel Titel

## Reisefostenrechnung

Krim.Kommissar H a h n in Lörrach.

über die mit Genehmigung auf

Anordnung - Ansuchen - der Stapoleitstelle K'he.

vom

19 Nr.

ausgeführte Dienstreise

Jahr, Tag, Monat der Reise	Zeitpunkt a) des Antritts, b) der Beendigung der Reise	Reiseweg Art der Ausführung der Reise, Beginn, Beendigung und Erläuterung des Dienstgeschäfts (Beförderungsmittel, von Amts wegen unentgeltlich gewährte Tagesverpflegung oder Unterkunft usw.)	Zahl der Tage				Be- zahlte Wagen- oder Schiff- Kasse	Fahrtkosten				Neben- kosten
			mit		- bei Sonder- festsetzung - mit			a) Fahr- tarie b) Flug- schein c) Bett- tarie RM. Rpfl.	a) Zu- schläge für E-, D-, FD-Züge b) Platz- tarie c) Gepäck RM. Rpfl.	Zu- und Abgang RM. Rpfl.	Land- weg- strecken km	
			Tage- geld	Ueber- nach- tungs- geld	Tage- geld	Ueber- nach- tungs- geld						
1	2	3	4*)	5*)	6**)	7**)	8	9	10	11	12	13
1941	a)											
3.4.	6,20	Von Lörrach nach Karls=										
		ruhe mit Bahn - Dauer=										
		fahrkarte Nr.o5474 -										
		Dienstbesprechnung mit										
		der Leitstelle in Karls=										
		ruhe.										
		Beginn d.Dienstg.11 U.										
4.4.	b)											
	0,19	Beend.d.Dienstg. 19 U. 1										
4.4.	a)											
	14,30	Von Lörrach nach Pful= 0,5										
		endorf mit beamten =										
		eigenem Kraftwagen.										
		Teilnahme an der Hin=										
		richtung des Polen										
		Jean Kobus in Pfullen=										
		dorf.										
		Beginn d.Dienstg. am										
		5.4.um 8 Uhr.										
		Beendig.d.Dienstg.am										
		Uebertrag . .	1,5									



[illegible]



# Kostenberechnung.

						Betrag	
						R.M.	Rpf.
I. a)	Tagegeld	nach Spalte 4	für 2,5 Tage zu 7,00 R.M.			17	50
b)	Uebernachtungsgeld	nach Spalte 5	" " 1,00 " 5,00 R.M.			5	00
II. a)	Tagegeld	nach Spalte 6	" " " "				
b)	Uebernachtungsgeld	nach Spalte 7	" " " "				
III. Fahrkosten	a) nach Spalte 9						
	b) " " 10						
	c) " " 11						
d)	Landwegstreden nach Spalte 12						
	mit unentgeltlich gestelltem Fahrrad oder Krastrad	km zu 5 Rpf.					
	zu Fuß oder mit eigenem Fahrrad oder Krastrad	km zu 10 "					
	mit gemietetem Fuhrwerk oder gemietetem Kraftfahrzeug	km zu "					
	mit eigenem Kraftwagen	km zu "					
	für mitgenommene Beamte	km zu "					
	mit Kraftfahrzeug eines anderen Beamten	km zu 3 "					
IV. Nebenkosten	nach Spalte 13						
Zusammen						22	50
Bleiben						22	50
Als Abschlag sind bereits ausbezahlt						-	-
Mithin noch auszuzahlen -						22	50

0,2 Beschäftigungsvergütung  
 Hier von 0,3 der Entschädigung für verletzte Beamte  
 0,4

Ich beziehe Grundgehalt - Grundvergütung - nach Befoldungsgruppe A 4cl  
 von taglich XXXXXXXXXXXXXXXX R.M.

Ich versichere pflichtgemäß, daß mir die vorstehend unter III und IV aufgeführten Ausgaben wirklich erwachsen sind.  
 Ich bitte, den Betrag mir bar auszuzahlen - auf folgendes Konto zu überweisen:

Lörrach, den 16. April 1941.

Krim. Kommissar b. Greko Lörrach  
(Name, Dienststellung und Behörde)

Die Richtigkeit nach Teil III Nr. 38 Abs. 3 RRB. bescheinigt:

den 22. 4. 1941.

Scheime Staatspolizei

Staatspolizei der Gendarmerie

(Bezeichnung der Behörde)

Festgestellt (auf R.M. Rpf.)

Pol. Inspektor  
(Name, Dienststellung)

Anweisung.

Empfangsbescheinigung.  
Betrag erhalten.

Lörrach, den 16.4. 1941.

Krim. Kommissar  
(Name)



06/525

Der Generalstaatsanwalt

Karlsruhe, den

3. Juni 1941

Hessische I. Dienststelle 1012

C II - 124-

17

3261 d I - 52

An

den Herrn Reichsminister der Justiz

in BerlinEinschreiben!

- v. Hd. des Herrn Staatssekretärs Dr.  
 Böhleberger persönlich -  
 Betr.: Lagebericht aus dem Oberlan-  
 desgerichtsbezirk Karlsruhe

- Gemäss RV. vom 25. XI. 1935 IIIa  
 19633/35 - 1. Aufl.

I. Allgemeines

Die Gesamtzahl der in der Zeit vom 20. März bis 19. Mai 1941 bei den Staatsanwaltschaften des Oberlandesgerichtsbezirks Karlsruhe anhängig gewordenen Ermittlungsverfahren (Js und Pls) beträgt 7760 gegenüber 6870 in der letzten und 7779 in der vorjährigen Berichtszeit. Es ist somit der Stand des letzten Jahres erreicht, derjenige der letzten Berichtszeit aber, in der ein kleiner Rückgang zu verzeichnen war, ungefähr um 15 % überschritten worden. Diese Zunahme verteilt sich ziemlich gleichmäßig auf alle Staatsanwaltschaften des Bezirks und zeigt sich ebenso bei den Sondergerichtssachen (in Freiburg 69 gegenüber 54, in Mannheim 78 gegenüber 63, insgesamt 123 gegenüber 97 in der letzten und 147 der vorjährigen Berichtszeit).

Die Verfahren gegen das Heimtückegesetz nehmen dabei einen verhältnismäßig geringen Platz ein. So befinden sich unter den 78 Neuanzeigen in Mannheim nur 20 Heimtückesachen.

A. Politische Kriminalität1. Hoch- und Landesverrat:

Wegen Hochverrats sind 1 und wegen Landesverrats 3 Verfahren anhängig geworden:

- a) gegen den am 7. März 1874 in Freiburg i. Br. geborenen früheren sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretär Gustav Schulenburg wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Schulenburg war nach der Machtübernahme zwar in die Schweiz und dann nach Straßburg geflohen. Dort war er u. a. von 1937 bis 1938 1. Vorsitzender des Koordinationsausschusses der Deutschen Gewerkschaften in Frankreich, der



sich den Aufbau einer antifaschistischen Gewerkschaftsbewegung, den Sturz des Führers und "die Beseitigung der Terrorherrschaft der Nazis" zum Ziel gesetzt hatte

- b) gegen den am 9. Juli 1915 in Karlsruhe geborenen Kaufmann Friedrich Wurm wegen Landesberrats. Wurm hat sich gegen Bezahlung im Frühjahr 1939 mit dem französischen Nachrichtendienst eingelassen und Mitteilungen über die Tätigkeit und Geräte einer Nachrichtenkompanie gemacht, bei der er vom 4. November 1937 bis 21. Mai 1938 gedient hat
- c) gegen die am 13. Juli 1902 in Mannheim geborene Croupiers-ehfrau Elisabeth Calle geb. Tschierschwitz wegen Vergehens nach § 90 e RStGB. Sie soll über ihre Tätigkeit als Agentin des deutschen Nachrichtendienstes, Dritten gegenüber unbefugt Mitteilung gemacht haben,
- d) gegen den ehemaligen Fremdenlegionär Otto Schultheiß aus Frankfurt a.M. wegen Landesberrats.

Die Verfahren a) c) wurden an den Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof, das Verfahren zu d) an den Ermittlungsrichter des Volksgerichtshofs, Landgerichtsdirektor Dr. Trautwein in Karlsruhe, abgegeben.

2. Von sonstiger politischer Kriminalität ist nichts zu berichten. Insbesondere sind keine neuen Verfahren gegen Geistliche oder Ordensangehörige wegen politischer Delikte anhängig geworden.

## II. Allgemeine Kriminalität

### 1. Kapitalverbrechen:

In der Berichtszeit ereigneten sich außer dem nachstehend berichteten Fall des Zigeuners Winterstein, alias Fridolin Reinhard, zwei Totschläge und 1 Totschlagsversuch, die in keiner Richtung bemerkenswert sind und daher nur kurz dargestellt werden.

Im ersten Fall hat ein Vater seinem Sohn im Streit einen tödlichen Messerstich versetzt; seine Behauptung, er habe in Notwehr gehandelt, muß noch nachgeprüft werden. In dem zweiten Falle hat der Bauer Merkel in Wieblingen seine Schwiagertochter, mit der er in Streit lebte, mittels eines Revolvers erschossen und dann Selbstmord verübt. Ähnlich versuchte die Ehefrau Bub in Pforzheim sich und ihr Kind mit Gas zu vergiften.



06/527

- 3 -

Am 19. März 1941 hat ein Zigeuner, der sich Fridolin Reinhard nannte, eine auf dem Felde bei Oberlauda beschäftigte, 31 Jahre alte und im vierten Monat schwangere Bauersfrau von hinten überfallen, zu Boden geworfen und mit dem Messer zweimal in die rechte Brust gestochen. Auf ihre Hilferufe ließ der Täter von ihr ab. Die weiteren Erhebungen haben ergeben, daß der Beschuldigte der Zigeuner Eduard Winterstein ist, der wegen Fahnenflucht in Würzburg gesucht wurde. Das Verfahren wurde daher an das Militärgericht abgegeben (vgl. Schnellbrief vom 21.3.1941 4200 III/1 und Bericht vom 7. April 1941 Ma 50/41).

Für das von verschiedenen Staatsanwälten hervorgehobene Anwachsen der Jugendkriminalität ist ein Raubüberfall durch einen Jugendlichen bedeutsam, über den ebenfalls bereits gesondert berichtet wurde. (Berichte vom 2. April 1941 und 29. April 1941 F 55/41 zu III g 23 1345/41). Darnach hat der am 24. Februar 1925 in München geborene und dort wohnhafte Feinmechanikerlehrling Herbert Spitzweg am 26. März 1941 seine Arbeitsstelle verlassen und ist angeblich ohne bestimmtes Reiseziel über Lindau nach Konstanz gefahren. Dort schoß er in der Nacht vom 27./28. März auf der Straße einen Gastwirt mit einem Revolver nieder und versuchte ihn zu berauben. Der Verletzte liegt mit einer schweren Schädelverletzung im Krankenhaus. Da der Großvater und Großonkel väterlicherseits des Täters zeitweise in einer Jugendanstalt untergebracht waren, wird der Beschuldigte z.Zt. gemäß § 81 StPO in der Psychiatrischen Merklenklinik der Universität Freiburg auf seinen Geisteszustand beobachtet.

Von den in letzten Lagebericht erwähnten Fällen, sind die Fälle Armbruster und Doll inzwischen abgeurteilt worden. Der nicht vollsinnige Armbruster wurde durch Urteil des Landgerichts Offenburg wegen Fotschlags zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt und seine Unterbringung in einer Heil- und Pflegeanstalt angeordnet. Der Oberstaatsanwalt hat sorgfältig Revision eingelegt, weil § 1 der Gewaltverbrecherverordnung, auf dessen Anwendung von dort durch Erlass vom 6. März 1941 III g 15 404/41 hingewiesen war, nicht angewendet wurde. Der Oberstaatsanwalt hat unterm 8. d. Mts. 5 KLS 6/41 (O 55/40) dorthin berichtet.



Doll wurde durch rechtskräftiges Urteil des Landgerichts Konstanz wegen versuchten Giftmords an seiner Ehefrau zu der Mindeststrafe von 3 Jahren verurteilt. Das Urteil wurde mit Bericht vom 16. ds.Mts. Ko 62/41 zu III g 13 4036b/41 vorgelegt.

Im Verfahren gegen die 21 jährige van den Berg ist die Anklage wegen Giftmords an ihrem einjährigen unehelichen Mädchen mit Bericht vom 25. April 1941 I a Js 1564/40 dorthin vorgelegt worden. In der Hauptverhandlung vom 28./29. ds.Mts. vor der Strafkammer Mannheim ist die Angeklagte zum Tode verurteilt worden.

#### 2. Münzdelikte:

./.

#### 3. Fidesdelikte:

./.

#### 4. Brände:

Die Zahl der Brände war in diesem Berichtsabschnitt wieder erheblich. Zumeist handelte es sich allerdings nicht um vorsätzliche Brandstiftungen, sondern um kleinere Schadensfälle. Anders verhält es sich aber in den folgenden 4 Fällen, wo ganz erheblicher Schaden entstanden ist.

Am 21. März früh 8 Uhr brach in der Papierfabrik Köhler in Gegenbach bei Offenburg ein grösserer Brand aus. Der Bau, in dem Rohmaterialien, insbesondere Altpapier, aufbewahrt waren, brannte vollständig ab. Der Gebäudeschaden wird auf etwa 35000 RM, der Fahrnisschaden auf 30 bis 40 000 RM geschätzt. Während der Löscharbeiten stürzte eine Mauer ein, wobei zwei Feuerwehrleute von der Weckerlinie Offenburg und zwei Angehörige der Wehrmacht, die sich an den Löscharbeiten beteiligten, zum Teil schwer verletzt wurden. Ein Feuerwehrmann erlitt Quetschungen und Blutergüsse am Oberarm und Brustkorb, ein anderer Feuerwehrmann einen schweren Kompressionsbruch des 11. Brustwirbels. Ein Soldat erlitt einen Schädelbasisbruch; sein Zustand ist bedenklich. Ein Unteroffizier erlitt einen Schädeldeckenbruch und einen Bruch der 3. Rippe links. Der Brand ist darauf zurückzuführen, daß der Arbeiter Anton Fackler, wohnhaft in Berghaupten, der jeden Morgen die in dem abgebrannten Gebäude untergebrachten Bulldogas fahrbereit zu machen hatte, hierbei übereilt und leichtfertig vorging. Gegen Fackler wurde bereits



Anklage bei der Strafkammer in Offenburg erhoben (vgl. Schnellbrief vom 22. März O 4/41 und Bericht vom 5. Mai 1941 III 04/41 zu III g 13 4571/41).

Am 7. Mai 1941 brannten in Luttingen bei Waldshut drei aneinandergebaute landwirtschaftliche Anwesen vollständig nieder. Die Brandursache ist noch nicht geklärt. Doch liegt vermutlich in diesem Falle vorsätzliche Brandstiftung vor. Der Eigentümer des Anwesens, bei dem der Brand ausbrach, wurde in Untersuchungshaft genommen. Das Feuer konnte sich deshalb schnell ausdehnen, weil in der ersten Aufregung statt der Brandglocke die Sterbeglocke geläutet wurde und die Ortsfeuerwehr erst sehr spät auf dem Brandplatz erschien; da der größte Teil der Mitglieder der Ortsfeuerwehr eingezogen ist, verstanden die Ersatzleute zudem es nicht, richtig mit dem Gerät umzugehen.

In den Eisen- und Stahlwerken (Fittingwerken) in Singen wurde am Sonntag den 11. Mai 1941, nachmittags gegen 16 Uhr durch eine Explosion die Glüherei vernichtet, was zur Folge hatte, daß die übrigen Abteilungen des Werks stillgelegt werden mußten und das Werk, das nur Wehrmachtsaufträge ausführt, somit für eine Zeitlang ausfällt. Die Betriebsleitung rechnet allerdings damit, dass die Arbeit im Laufe dieses Monats wieder aufgenommen werden könne. Der zunächst angenommene Verdacht, daß Sabotage vorliege, wurde im Laufe der Erhebungen jedoch ausgeräumt. In dem Keller, in dem die Explosion erfolgte, waren in der Woche vor dem 11. Mai 1941 an einer Gasleitung Reparaturen begonnen und dabei Rohrstücke aus der Leitung entfernt worden. Die Reparatur konnte am Sonnabend, den 10. Mai 1941 nicht mehr fertiggestellt werden. Am Sonntag wurde von den Arbeitern, die die Temperatur in den Glühen zu regeln haben, die unterbrochene Leitung in Unkenntnis der Sachlage aufgedreht. Das ausströmende Gas entzündete sich dann an den Glühen und explodierte. Z.Zt. wird geprüft, wer für die Unterlassung von Sicherungsmaßnahmen gegen ein Öffnen der Leitungen vor Beendigung der Reparatur verantwortlich ist. Der Gebäude und Materialschaden beträgt etwa 100 000 RM. Über den Fall wurde letztmals unterm 15. ds. Mts. 3 Zo 25/41 berichtet.



06/530

Am 14. April 1941 wurde das Wirtschaftsgebäude des Tiergartenhofs in der Gemeinde Gutenstein bei Konstanz durch Brand vernichtet. Dem Brand fielen landwirtschaftliche Vorräte im Werte von 8 - 10000 RM zum Opfer. Im Verdacht, den Brand vorsätzlich gelegt zu haben, steht der polnische Zivilgefangene Denytro Zydlak, der sich nach dem Brand unter Mitnahme des dem Brandgeschädigten gehörenden Fahrrads entfernt hat. In seinem Zimmer fand man eine Flasche mit einem Rest Benzin und einen Rest einer Streichholzschachtel, obwohl der Pole Nichtraucher ist und nach den Verhältnissen des Hofs für Streichhölzer keine Verwendung hatte (Schnellbrief vom 20.4.41). Er ist noch nicht ergriffen.

##### 5. Sittlichkeitsverbrechen:

Auch in diesem Berichtsabschnitt ist ein weiteres Ansteigen der Delikte gegen § 175 und 176 Ziffer 3 zu beobachten. Außerordentlich bedauerlich ist die Tatsache, daß an homosexuellen Verfehrungen mehrfach Hitlerjugendunterführer beteiligt sind. Berichtenswert sind folgende Fälle:

- a) Der 31 Jahre alte, ledige Fluglehrer Philipp Eck aus Mandach-Käfertal, der seit 1. Dezember 1933 dem NSFK angehört und als Fluglehrer des NSFK Standarte 80 tätig war, hat mit ihm zur Ausbildung unterstellten Flugschülern der HJ in zahlreichen, mindestens 8 Fällen, widernatürliche Unzucht getrieben.
- b) In Wiesloch wurden in den letzten Wochen 16 Angehörige der HJ zur Anzeige gebracht, die sich untereinander gemäß § 175 RStGB verfehrt haben. In diesem Falle wurde besonderer Weise der Berücksichtigung der Genzarmerie Vernehmungen und Gegenüberstellungen durch die Hitlerjugendführung vorgegangen und die Erhebungen dadurch in schwerster Weise gefährdet.
- c) In Mosbach wurde 1 Verfahren gegen drei Jugendliche eingeleitet, die ein 14 1/2 Jahre altes Mädchen überfallen, in den Keller geschleppt und mit Gewalt versucht haben, den Beischlaf an ihr zu vollziehen. Einer dieser Jugendlichen war inzwischen Jungführer im Deutschen Jungvolk geworden.
- d) Der evangelische Vikar Hammer, geboren am 16. August 1909 hat seit Juni 1937 in Badolzell den am 4. August 1924 geborenen Gynasiast, Baader geschlechtlich mißbraucht. Während Baader



- 7 -

im Schnellverfahren 3 Wochen Jugendarrest erhielt, wurde Hammer zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Außerdem wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt. (v. Bericht vom 15. ds. Mts. 3 Js 137/41).

Der im letzten Lagebericht genannte Kaplan Spieß ist in der Zwischenzeit wegen Unzucht mit Meßbuben und Schülern vor der Jugendschutzkammer Mannheim angeklagt und zu einer Gesamtzuchthausstrafe von 2 Jahren und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt worden (vgl. Bericht vom 23.4.1941 II d. Js 176/41 und 25.5.1941 II KLS 11/41). Weitere Verfehlungen an den Orten seiner früheren Amtstätigkeit konnten nicht nachgewiesen werden.

#### 6. Abtreibungen:

Die Zahl der Neuanzeigen hat etwas abgenommen. Irigendwelche Schlüsse dürften daraus nicht zu ziehen sein.

#### 7. Unfälle und gewaltsame Todesfälle:

Die Zahl der Selbstmorde und schweren Verlehrsungfälle ist gering. Aus ländlichen Gegenden wird über ein Ansteigen von Unfällen deshalb berichtet, weil die infolge der Verdunklungsmaßnahmen erforderliche bessere Sicherung von Dorfplätzen und Dünggruben nicht im erforderlichen Umfang und nicht mit der nötigen Sorgfalt erfolgt. Die zuständigen Landratsämter wurden jeweils benachrichtigt.

Bemerkenswert sind lediglich folgende Fälle:

1. Auf der Bodensee-Gürtelbahn stieß am Sonntag, den 3. April 1941 um 3.11 Uhr zwischen den Bahnhöfen Überlingen und Sipplingen bei Km 13,050 ein Wehrmachtszug, der in Richtung Radolfzell-Friedrichshafen fuhr, mit einem vor dem Einahrtssignal des Bahnhofs Sipplingen haltenden einzelfahrenden Lokomotive zusammen. Es wurden dabei als beiden Lokomotiven und 2 Personenzüge mehr oder weniger schwer beschädigt; der Sachschaden beträgt etwa 12500 RM. Durch den Zusammenstoß wurden 29 Wehrmachtsangehörige, die mit dem erwähnten Wehrmachtszug fuhren, und 6 Eisenbahnbediensteten leicht verletzt. 5 der Wehrmachtsangehörigen mußten in das Lazarett Konstanz eingeliefert werden, die übrigen konnten nach Anlegung von Nothelfbänden bei der Truppe verbleiben. Der Lokomotiführer Birk und ein Hilfszugschaffner wurden in das Erankenhals Kon-



stanz verbracht, die übrigen Bediensteten konnten ihre Fahrt, nachdem sie Notverbände erhalten hatten, fortsetzen. Die Schuld an dem Unfall trägt der Fahrdienstleiter des Bahnhofs Überlingen, Reichsbahngelhilfe Albert Schmauder. Er hat eine Reihe von Sicherungsvorschriften außer Acht gelassen und insbesondere gegen das Zugmeldeverfahren verstoßen. Gegen den Beschuldigten Schmauder erging antragsgemäss sofort Haftbefehl; dieser wurde aber auf Wunsch der Reichsbahn, die den Beamten dringend benötigt, am 28. April ds. Js. aufgehoben. Die Ermittlungen sind bis auf ein noch benötigtes Gutachten abgeschlossen; so daß in nächster Zeit Anklage erhoben werden kann.

2. Am 6. Mai 1941 wurde in Rielasingen (bei Singen a.H.) der 11 jährige Sohn des schweizerischen Fabrik- und Gutsbesitzers Dr. Karl ten Brink von einem gleichaltrigen Kameraden im Spiel erschossen. Die Erhebungen ergaben, daß Dr. ten Brink - um den nach seiner Auffassung nicht zu verhindernden heimlichen Waffengebrauch seines Sohnes zu unterbinden - diesen in der Handhabung von Jagdwaffen (Teschings) unterrichtet hatte. Er berief sich dabei auf die in seiner Familie schon seit Generationen ebenso gehandhabte Erziehung der Söhne. Er duldete, daß der Getötete auch in Anwesenheit von Kameraden in den ausgedehnten Parkanlagen nach Vögeln pirschte. Am Tatstage übergab der getötete Jan ten Brink ein zweites Jagdgewehr dem ebenfalls 11 jährigen Alfred Widmann. Dieser ist nicht waffenkundig und verursachte daher den Unfall. Gegen Dr. Karl ten Brink wurde unter dem Gesichtspunkt der fahrlässigen Tötung ein Verfahren eingeleitet.

#### 8. Eigentums- und Vermögensdelikte:

Bedeutsame Fälle sind nicht bekannt geworden. Zeitbedingt sind die häufigen Fahrraddiebstähle.

#### III. Zuwiderhandlungen gegen Sondergesetze

Die Anzahl der Anzeigen wegen Verbrechens gegen § 1 Kriegswirtschaftsverordnung wegen Bedarfsgefährdung ist nicht geringer geworden; wenn es sich auch in der Hauptsache bisher um Metzger handelte, die aus gewinnstichtigen Motiven heraus wegen Schwarzschlachtens straffällig geworden sind, so ist doch kürzlich auch im Hinblick auf das Reichsgerichtsurteil in "Deutsche Justiz" 1941 S. 161 An-



klage vor dem Sondergericht Mannheim gegen einen Landwirt, der Selbstversorger ist, erhoben worden (vgl. Bericht vom 21.5.1941 Ma 68/41 in der Strafsache gegen Schneider und 2 Andere). Schneider hatte ein Kalb von 55 kg und 1 Schwein von 200 kg schwarz-schlachten lassen, um mehr Fleisch für seine Familie und für den bei ihm tätigen Kriegsgefangenen zu haben. Von den übrigen Fällen dieser Art ist lediglich bemerkenswert das Ermittlungsverfahren gegen den Metzgermeister Jakob Moßmann in Legelshurst sowohl wegen der Zahl der schwarzgeschlachteten Tiere - 37 Stück Großvieh im Gesamtlebendgewicht von 8076 kg - als auch wegen der Tatsache, daß Moßmann der NSDAP seit 1928 angehört und Inhaber des Goldenen und Silbernen Parteiabzeichens ist.

Mehrere Anzeigen sind in der letzten Zeit wegen Verfälschung von Bezugsscheinen erstattet worden. Der Oberstaatsanwalt in Heidelberg, bei dem eine größere Zahl dieser Art anhängig geworden ist, bemerkt hierzu sehr richtig:

" Die von den Lebensmittelaltern an die Kaufleute abgegebenen Bezugsscheine werden im Durchschlagsverfahren vervielfältigt. Hierbei wird die Menge der Lebensmittel nur in Ziffern, nicht auch in Worten angegeben. Dadurch ist eine Fälschung dieser Bezugsscheine sehr leicht möglich. Die Fälschung wurde in der Regel in der Weise durchgeführt, daß z.B. eine 1 vor die auf dem Bezugsschein stehende Zahl gesetzt wurde, so daß statt 40 Zentner 140 Zentner als bezugsberechtigte Menge bezeichnet waren."

Zugenommen haben auch die Verfahren wegen unerlaubten Verkehrs mit Kriegsgefangenen. Jedoch handelt es sich bei den Neuanzeigen durchweg um leichtere Fälle, in keinem Falle jedenfalls um geschlechtsvertrauliche Beziehungen. Der in letztem Lagerbericht in Mitternhausen bei Konstanz erwähnte schwere Fall, ist inzwischen abgeurteilt worden. Die Hauptbeschuldigten erhielten 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus bzw. 1 Jahr Gefängnis. Das Urteil wurde mit Bericht vom 28. ds. Mts. III g 15 65/41 dorthin vorgelegt.

← Interessant in diesem Zusammenhang ist, daß in der Berichts-



zeit durch die Polizei je 1 polnischer Zivilgefangener, der sich mit deutschen Mädchen eingelassen hatte, in Pfullendorf b./ Konstanz, in Donaueschingen, bei Karlsruhe-Durlach und bei Oberschefflenz (Bezirk Mosbach) öffentlich durch Erhängen hingerichtet worden sind. Dienstlich wurde ich mit den Fällen nicht befaßt. >

Neue größere Devisenstraßverfahren sind nicht anhängig geworden.

#### 9. Delikte von Beamten und Amtswaltern:

Bei den neuen in Bearbeitung genommenen Fällen handelt es sich um minderwichtige Verfehlungen untergeordneter Organe. Interesse bietet lediglich durch den Umfang des Diebesguts der Fall Josef Albano aus Lahr, über den unterm 16. Mai 1941 09/41 dort hin berichtet wurde. Albano ist beim Postamt Lahr als Postfacharbeiter beschäftigt und hat mindestens 40 Feldpostpäckchen, 15 Feldpostbriefe mit etwa 50 RM und 10 ungestempelte Paketkarten der Briefmarken wegen in der Zeit vom Juni 1940 bis Anfang November 1940 unterschlagen. Bei der Haussuchung wurde ein ganzes Warenlager von gestohlenen Sachen vorgefunden, darunter 25 Paar Damenstrümpfe, 20 Paar Herrensocken, ganze Garnituren Damenwische, Herrenhemden, Wolle, Pullover, Seife, Tee und Kaffee und anderes mehr.

#### IV. Strafbollzug

Die ständige Zunahme von Verurteilungen zu Jugendarrest hat Folge, dass die bereits eingerichteten und in Betrieb befindlichen 5 Jugendarrestanstalten meines Bezirks voll belegt sind, in jüngster Zeit sogar nicht mehr ausreichen, den alsbaldigen Vollzug des erkannten Zuchtmittels sicherzustellen. Diese Feststellung trifft insbesondere für die Landgerichtsbezirke Offenburg, Freiburg und Konstanz zu. Ich beabsichtige, ein weiteres Gerichtsgängnis in eine Jugendarrestanstalt umzuwandeln.

Im Zuchthaus Bruchsal verbüßt der am 13. Dezember 1912 in Köln-Mülheim geborene, zuletzt in Weinheim wohnhafte ledige Provisionsvertreter Walter Israel Kracko seit 2. November 1938 eine vom Landgericht Mannheim wegen dreier Verbrechen der Rassenschande, Urkundenfälschung, Betrugs und Untreue gegen ihn erkannte Gesamtzuchthausstrafe von 3 Jahren 6 Monaten und 3 Wochen. Das Strafende fällt auf 23. November 1941. Nach seiner Entlassung will Kracko



nach Buenos Aires zu seiner bereits dort befindlichen Mutter auswandern. Beim Polizeipräsidenten in Köln läuft ein Gesuch um Ausstellung eines Reisepasses. Kracko, der an Sehschwäche leidet, war am Nachmittag des 15. Mai 1941 zur Bestrahlung im Anstaltskrankenhaus. Er begann bei dieser Gelegenheit von sich aus mit dem diensttuenden Inspektor ein Gespräch über Politik, das er trotz des von dem Beamten sofort ausgesprochenen Verbots der Fortsetzung seiner Redensarten mit den Worten schloß: "Nun, der Rudolf Heß hat doch auch schon das sinkende Schiff verlassen". Der Vorfall kam zur Kenntnis des Kreisleiters der NSDAP in Bruchsal. Dieser bat den Vorstand des Zuchthauses und Strafgefängnisses Bruchsal sowie den Anstaltsarzt und den Fackschaftsleiter des RDB bei den Anstalten am 23. Mai 1941 zu sich. Bei dieser Besprechung beanstandete der Kreisleiter in seinen mündlichen Ausführungen, daß ein Jude überhaupt in einer Vollzugsanstalt noch ärztlich behandelt werde. Der Hinweis des Anstaltsarztes, Juden würden in allen deutschen Gefängnissen noch ärztlich behandelt und ein Behandlungsverbot sei nicht ergangen, blieb unbeachtet, ebenso der Hinweis, Kracko sei erst dann ärztlich behandelt worden, als eine Verschlimmerung seines Zustandes eingetreten sei. Im weiteren Verlauf der 3/4 stündigen Unterredung sprach der Kreisleiter von der Notwendigkeit, die Juden auf der ganzen Welt zu vernichten. Notfalls müßten auch die unteren Instanzen handeln. Abschließend wies dann der Kreisleiter mit Bezug auf Kracko unmißverständlich auf die Möglichkeit der Verabreichung einer Spritze hin. Die von mir in Hinblick auf die oben angeführte Äußerung des Kracko erbetene Entscheidung der Geheimen Staatspolizei - Staatspolizeileitstelle Karlsruhe - über die polizeilichen Maßnahmen, die nach Strafbefehl über den Genannten verhängt werden, ist noch nicht ergangen.

Am 19. Mai 1941 ist in Mannheim der Strafgefangene Renner bei der Beseitigung eines Bombenblindgängers tödlich verunglückt. Renner hatte sich freiwillig zu diesen Arbeiten gemeldet und wurde bei der Explosion eines Blindgängers in Stücke zerrissen.



06/536

V. E l s a B

Hierzu folgt ein besonderer Lagebericht.

VI. Sonstiges

In der Nacht zum 10. Mai 1941 erfolgte ein besonders heftiger englischer Fliegerangriff auf Mannheim. Der Schwerpunkt des Angriffs lag in der Neckarstadt, wo verschiedene dichtbewohnte Häuser bis auf die Grundmauer völlig zerstört wurden. Nach den vorgelegten Todesmeldungen wurden 62 Zivilpersonen getötet.

Der Oberstaatsanwalt in Mosbach hat in seinem Lagebericht verschiedene Bedenken gegen die derzeitige Lage der Strafrechtspflege u.a. auch im Hinblick auf die Nachschubsfrage niedergelegt. Da dieser Bericht mir für die Stimmung in Beamtenkreisen bedeutsam erscheint gestatte ich mir eine auszugsweise Abschrift beizufügen.

günz



<sup>Lage</sup>  
Auszugsweise Abschrift aus dem Bericht des Oberstaats-  
anwalts in Mosbach vom 23. Mai 1941.

---

.....

Mit dem Arbeitsamt Bad Mergentheim hat sich eine Meinungs-  
verschiedenheit zur Auslegung der VO. über die Beschränkung des  
Arbeitsplatzwechsels ergeben. (Js 286/41). In Mosbach trat eine  
Hausangestellte im Juni 1940 bei einem Gastwirt ein. Es war von  
vornherein vereinbart, dass sie nur kurze Zeit zur Aushilfe blei-  
ben sollte. Zuerst wurde vereinbart, dass sie auf 6 Wochen blei-  
ben solle, da sie im elterlichen Haushalt ebenfalls gebraucht  
wurde. Auf Bitten der Arbeitgeber wurde das Arbeitsverhältnis  
einige Male, zuletzt bis zum 10.2.41 verlängert. Am 10.2.1941  
verliess die Angestellte ihren Arbeitsplatz. Das Arbeitsamt Bad  
Mergentheim hat Strafantrag nach § 11 der VO. über die Beschrän-  
kung des Arbeitsplatzwechsels gestellt. Ich habe die Auffassung  
vertreten, dass es sich hier um ein zeitlich befristetes Arbeits-  
verhältnis handele, das ohne Einwilligung der Beteiligten allein  
mit Fristablauf rechtmässig gelöst sei. Eine Kündigung nach § 1  
der VO. liege überhaupt nicht vor. Das Arbeitsamt hat demgegenüber  
die Auffassung vertreten, dass auch die Lösung eines befristet-  
en Arbeitsverhältnisses der Zustimmung des Arbeitsamtes bedarf.  
Das Arbeitsamt hat mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse  
den Strafantrag zurückgenommen. Ich halte jedoch die Auf-  
fassung des Arbeitsamtes nicht für richtig und teile den Sach-  
verhalt mit, damit gegebenenfalls eine grundsätzliche Klärung  
herbeigeführt werden kann.

Am 22.4.1941 wurde auf Anordnung des Reichsführers SS in  
Oberschefflenz ein polnischer Landarbeiter, der mit einer deut-  
schen Frau geschlechtlich verkehrt hatte, öffentlich durch Er-  
hängen hingerichtet. Ich habe bereits im vorigen Lagebericht da-  
rauf hingewiesen, dass Gesetze und Anordnungen mit Gesetzeswir-  
kung an so vielen Stellen zu finden sind, dass es auch für den  
Rechtswahrer sehr erschwert, wenn nicht unmöglich geworden ist,  
alle Bestimmungen zu übersehen. Darüberhinaus gibt es offenbar  
nichtveröffentlichte Gesetze, durch die Polizei- und Verwal-  
tungsbehörden ermächtigt worden sind, die einschneidendsten Mass-



nahmen gegen Polen, Schwerverbrecher und Geisteskranke zu treffen. Eine wenigstens vertrauliche Mitteilung der entsprechenden gesetzlichen Ermächtigungen an die Justizbehörden wäre m.E. angebracht.

Dass es möglich ist, auch viel weniger eingreifende Massnahmen der Verwaltung nur vorzunehmen, wenn in nachprüfbarer Weise klargelegt ist, dass auch die unterste Verwaltungsbehörde nur aufgrund von Ermächtigungen handelt, die letzten Endes vom Führer stammen, zeigt die 5. Änderungsverordnung zum Luftschutzrecht vom 8. 4. 1941 (RGBl. I S. 212) in Verbindung mit dem Erlass des Führers und Reichskanzlers über die Rechtsetzung auf dem Gebiete des Luftschutzes während des Krieges vom 15. 11. 1940 (RGBl. I S. 1487). Der Luftschutz ist bestimmt ein kriegswichtiges Gebiet. Es werden bei ihm schnelle Entschlüsse und eine schnelle Durchführung dieser Entschlüsse gefordert. Gleichwohl ist durch Gesetz sichergestellt, dass auch verhältnismässig geringfügige Anforderungen an den einzelnen Volksgenossen, die meistens nur das Eigentum betreffen, in einem förmlichen Verfahren gestellt werden, in dem jederzeit von den Betroffenen nachgeprüft werden kann, ob diese Anforderung mit Ermächtigung des Führers geschieht.

Auf der anderen Seite werden Massnahmen, die Freiheit und Leben betreffen, durchgeführt, ohne dass ein förmliches Verfahren vorgesehen ist.

Sogar die Arbeitsämter sind offenbar durch nichtberöfentlichte Gesetze ermächtigt, Strafen zu verhängen. So hat das Arbeitsamt Mosbach gegen einen polnischen Landarbeiter Strafantrag gestellt, weil dieser seinen Arbeitsplatz verlassen und nach Württemberg gegangen ist. Ich schickte deshalb die Akten an die zuständ. Gend. Station mit dem Ersuchen, den Beschuldigten verantwortlich zu vernehmen und ihn dem nächsten Amtsgericht zum Erlass des Haftbefehls vorzuführen. Ich bekam die Akten unerledigt zurück mit dem Bemerkung, dass das Arbeitsamt Esslingen den polnischen Landarbeiter im dortigen Bezirk behalten wolle und es deshalb die Festnahme des Beschuldigten nicht wünsche. Ich schickte darauf die Akten dem württembergischen Gend. Posten mit dem Ersuchen zurück, wenigstens die verantwortliche Vernehmung des Beschuldigten durchzuführen. Darauf wurden mir die Akten zurückgesandt mit der Vernehmung des Beschuldigten und einem Bescheid des Arbeitsamtes Esslingen. Nach diesem Bescheid hat das Arbeitsamt Esslingen von sich aus in der Zwischen-



zeit den polnischen Landarbeiter mit einer Busse von 10.-RM, zahlbar an die NSV., belegt, weil er seinen Arbeitsplatz in Mosbach verlassen hatte. Ich habe jetzt die Akten dem Arbeitsamt Mosbach mit der Bitte um Kenntnisnahme und Mitteilung übersandt, aufgrund welcher gesetzlichen Bestimmungen das Arbeitsamt zur Erlassung solcher Strafbescheide befugt ist. Ich halte es aber <sup>Sicher</sup> für ein betrübliches Zeichen, dass die Staatsanwaltschaften von sich aus nicht mehr in der Lage sind, festzustellen, welche Behörden aufgrund veröffentlichter oder geheimer Gesetze Strafbefugnis haben (Js 217/41).

In diesem Zusammenhang erscheint es mir erforderlich, zu prüfen, wieweit eine Strafrechtspflege überhaupt noch angebracht ist. Ich habe bereits oben dargelegt, dass Strafbefugnisse gerade in den schwersten und einschneidendsten Fällen den Verwaltungsbehörden übertragen sind. Aus einem Artikel in der Monatsschrift für Kriminalbiologie und Strafrechtsreform 1941 S. 56 entnahm ich auch, dass sogar die Anordnung von Sicherungsmassnahmen gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher den Gerichten entzogen werden soll. Es ist auch bekannt, dass schon jetzt in Verwaltungsregie gegen Gewohnheitsverbrecher polizeiliche Massnahmen nach der schwerwiegendsten Art angeordnet werden. Es ist nun unzweifelhaft richtig, dass der Asoziale und Gewohnheitsverbrecher nicht den Schutz verlangen kann, der dem Volksgenossen zukommt, der nur wegen geringerer Straftaten vor Gericht steht. Wer aber als Asozialer oder Gewohnheitsverbrecher anzusehen und zu behandeln ist, sollte doch auch weiterhin in einem förmlichen Verfahren durch gerichtliches Urteil festgestellt werden. Wenn dagegen deshalb Bedenken erhoben werden, weil die Rechtslehrer in der Regel nicht die nötige kriminalbiologische Erfahrung haben, so könnte man besondere Gerichte in jedem Oberlandesgerichtsbezirk bilden, die nicht nur mit Rechtslehrern, sondern auch mit Männern der Polizeiverwaltung und kriminalistisch geschulten Ärzten besetzt sind. Diese Gerichte hätten auf Antrag der Staatsanwaltschaft oder der Polizeibehörde in einem förmlichen Verfahren durch Urteil festzustellen, dass die oder jene Person ein gemeingefährlicher oder ein Gewohnheitsverbrecher sei. Mit der Rechtskraft dieses Urteils wäre der Betreffende aus der Volksgemeinschaft



ausgeschlossen und müsste dann jede Sicherungsmassregel auch die einschneidendste, die zur Sicherheit der Allgemeinheit erforderlich ist, über sich ergehen lassen. Diese Gerichte könnten dann auch einen grossen Teil der bisher den Sondergerichten übertragenen Arbeit übernehmen. Es wäre auch denkbar, dass von diesen Gerichten die gesamte schwerste Kriminalität erfasst wird und dass von dem Gericht anstelle der Todesstrafe die Feststellung ausgesprochen wird, der Betreffende sei ein gemeingefährlicher ein Gewohnheitsverbrecher oder ein Volksschädling. Es bleibt dann der Verwaltung überlassen, die Massnahmen zu treffen, die dem Sicherungs- und Sühnebedürfnis Rechnung tragen. Das dem Führer vorbehaltenene Gnadenrecht könnte in solchen Fällen dadurch gewahrt bleiben, dass derartige Urteile nur mit Bestätigung des Führers rechtskräftig werden.

Sollte aber die Verwaltung glauben, auch bei solchen Verfahren und auch nach Einbau des ausserordentlichen Einspruchs und der Nichtigkeitsbeschwerde nicht darauf verzichten zu können, polizeiliche Massnahmen ohne Rücksicht darauf zu verhängen, ob gerichtliche Urteile vorliegen und welcher Art sie sind, dann muss die Frage erhoben werden, ob die Strafrechtspflege nicht besser im Interesse der Kostenersparnis durch eine Strafverwaltung ersetzt werden soll. Das Strafverfahren und das Urteil ist schliesslich nur eine leere Form, wenn jede Verwaltungsbehörde auch ohne Urteil einschneidende Massnahmen vorzunehmen oder ein gesprochenes Urteil als nicht rechtmässig unbeachtet lassen kann. Tatsächlich macht sich schon unter den jüngeren Rechtsanwörtern ein Gefühl der Resignation bemerkbar. Man kann häufig auf Vornalt, dass gegen einen verdächtigen Scher-verbrecher eingehende Ermittlungen geführt werden müssen, um ihn der gerechten Strafe zuzuführen, die Antwort hören, es sei ja doch gleichgültig, welche Strafe ausgesprochen würde; wenn sie nicht ausreichend erscheine, würde die Polizei schon weitere Massregeln treffen.

Der Unterschied zwischen Strafe und Sicherungsmassnahme ist hierbei bedeutungslos. Denn, wenn als Sicherungsmassnahme doch alles vorgenommen werden kann, was bisher nur im Strafverfahren möglich war, ist es überflüssig, zwei kostspielige Verwaltungen nebeneinander



06.541

- 5 -

mit Aufgaben zu betreiben, die von einer allein durchgeführt werden können.

Bei dem jetzigen Zustand wird auch die Nachwachsfrage immer brennender werden. Der Dienst bei den Justizbehörden wird naturgemäß als Beschäftigung minderer Art angesehen werden, wenn es bei dem jetzigen Verfahren bleibt, dass nämlich die Justizbehörden nicht berechtigt sind, Verwaltungsakte auf ihre Rechtmässigkeit nachzuprüfen, nahezu jede Verwaltungsbehörde aber in der Lage ist, die Anordnungen und Urteile der Justizbehörden als unmassgeblich zu behandeln. Dass eine solche Auffassung vom Wesen der Justizbehörden dem Volksempfinden nicht entspricht zeigt sich immer wieder in den Akten. So erstattete erst letzstens ein alter Landwirt eine Anzeige gegen eine NSV.-Kindergärtnerin, weil angeblich durch ihre Schuld sein Enkelkind verletzt worden sei. Dabei erklärte er ausdrücklich, er wünsche eine Bestrafung der Kindergärtnerin nicht. Er verlange nur, dass die Staatsanwaltschaft als "Staatsaufsichtsbehörde" die Sache nachprüfe. Es bedurfte erst eingehender Belehrung über die Stellung der Staatsanwaltschaft und der Justizbehörden, um den Anzeiger zu beruhigen (Js 126/41).

Dagegen haben allerdings die unteren Verwaltungsbehörden selbst anscheinend die Auffassung, dass die Justizbehörden ihnen untergeordnet sind. Dies ergibt sich häufig aus dem Ton der von den Landräten an mich gerichteten Schreiben. Ich bin mir zwar dessen bewusst, dass eine Zurückweisung dieses Tones in Einzelfälle nur mit einem Hinweis auf die Kriegsverhältnisse und auf die allgemeine Überlastung beantwortet werden würde. Ich glaube aber nicht fehlzugreifen, wenn ich vermute, dass ein Angehöriger einer Justizbehörde, der einer Verwaltungsbehörde gegenüber den gleichen Ton anschlägt, mit dieser Entschuldigung weder bei der betroffenen Verwaltungsbehörde noch seinem Dienstvorgesetzten gehört werden würde. Auffällig ist auch, dass die Landräte bei Stellung von Strafanträgen in den Strafantrag ihre Auffassung über die angemessene Strafe einfügen. So hat mir am 13.4.1940 der Landrat in Mosbach einen Strafantrag übersandt und in den Strafantrag hinein folgendes geschrieben: "Mit Rücksicht



auf die Schwere des Vergehens sowie im Interesse der dringenden notwendigen Autoritätswahrung bitte ich auf Verhängung einer exemplarischen Freiheitsstrafe hinarbeiten zu wollen." Wenn bisher Verwaltungsbehörden zur Unterstützung der Staatsanwaltschaft ihre Auffassung über die Schwere einer Straftat mitteilen wollten, so geschah dies in der Regel auf einem besonderen Bogen, der von der Staatsanwaltschaft zu den Handakten genommen werden konnte. Auf diese Weise sollte der Eindruck vermieden werden, als wenn man unmittelbar dem Gericht die angemessene Strafe vorschreiben wollte. Da es sich im angeführten Falle um einen 71 jährigen Beschuldigten handelte, der Abbitte leistete und sich zu einer Bussezahlung bereit erklärte, habe ich gegen ihn nur eine Geldstrafe beantragt. Daraufhin bat der Landrat in Mosbach um Mitteilung der Gründe, warum ich entgegen seiner Bitte, eine Geldstrafe beantragt hatte (Js 305/40).

gez. Dr. Feiler



Amtsgericht

Pfullendorf, den 25. März 1958

Gegenwärtig:

AG Rat Dr. Hesselschwerdt  
als Richter

Justizangestellter Endres  
als Urk. Beamter d. Gesch. Stelle

Bei Aufruf erscheint

Herr Anton O. t t.

Er wurde mit dem Gegenstand seiner Vernehmung bekannt gemacht, zur Wahrheitsheit ermahnt, auf die strafrechtlichen Folgen einer falschen eidlichen oder uneidlichen Aussage hingewiesen und sodann wie folgt vernommen:

Zur Person:

Zur Person: Anton O t t, verwitwet, Dipl.Ingenieur, 73 Jahre alt, wohnhaft in Pfullendorf, Sigmaringerstr. 6 a.

Zur Sache:

Ich war während des Krieges bis zum Frühjahr 1943 in Pfullendorf selbständig tätig. Dann wurde ich kriegs= dienstverpflichtet. Im Jahre 1941 wurde in Pfullendorf ein polnischer Staatsangehöriger namens Jan Kobus gehängt. Der Gedenkstein befindet sich bei den 3 Linden. Dort ist als Tag der Exekution der 17. Mai 1941 vermerkt. Ich war bei der Exekution nicht zugegen und habe erst nachträglich von der Sache erfahren. Mir ist von mir heute nicht mehr bekannter Seite gesagt worden, der polnische Staatsangehörige habe ein Liebesverhältnis mit einem deutschen Mädchen gehabt und sei deshalb gehängt worden. Wie mir gesagt wurde, soll ein ordnungsgemässes Urteil nicht vorgelegen haben. Nach meiner Erinnerung soll der Pole Kobus bei dem Landwirt Karl Schnopp in Pfullendorf tätig gewesen sein. Das Urteil soll von Pfullendorfer Parteigrößen erlassen worden sein. Erst in jüngster Zeit hat mir der Wirt des Gasthauses zum Deutschen Haus in Pfullendorf gesagt, der Apotheker Gustav Ruck in Pfullendorf habe das Urteil mitunterschrieben. Ob das wahr ist, weiß ich nicht. Ich habe ein Urteil jedenfalls nicht gesehen.



36

Ich vermute, dass der Wirt zum Deutschen Haus die Aussage deshalb gemacht hat, weil sein Vater eine Art Spitzel oder Vertrauensmann für den Apotheker Gustav Ruck in seiner Eigenschaft als Dienstleiter des Sicherheitsdienstes während des Krieges war.

Nach den Erzählungen der Leute waren bei der Exekution anwesend der Apotheker Gustav Ruck, der damalige Ortsgruppenleiter Gebhard Hügler, Kaufmann Ludwig Blankenhorn, der ehem. Bürgermeister Duttlinger, Fischer aus Zell a.A. Es waren auch weitere weniger bedeutende Parteileute dabei, deren Namen ich heute nicht mehr nennen kann.

Herr Wilhelm Winter, wohnhaft gewesen in ~~Pfullendorf~~ Radolfzell, ehem. Landtagsabgeordneter, wohnte z.Zt. der Exekution neben dem Gasthaus zum Mohren in Pfullendorf. Er erzählte mir, er habe gesehen, wie die Parteigrößen mit dem Polen aus dem Tor (Oberes Tor in Pfullendorf) gekommen seien und den Polen ~~hätten~~ auf dem Grundstück des Gasthauses zum Mohren an einem Baum haben aufhängen wollen. Der Mohrenwirt sei aus dem Haus gekommen, da er von der Sache nichts gewusst habe und habe Krach gemacht und die Exekution auf seinem Grundstück nicht geduldet. Daraufhin seien die Beteiligten weiter gegangen zu den 3 oder 5 Linden in der Nähe des Friedhofes. Wie ich gehört habe, wurde der Pole auf eine Kiste gestellt. Als ihm der Strick um den Hals gelegt war, der an einem Ast befestigt worden war, mussten zwei ebenfalls kriegsgefangene Polen die Kiste umstoßen. Mir ist aufgefallen, dass viele polnische Kriegsgefangene aus der Umgebung nach Pfullendorf zusammengezogen worden sind. Dem Vernehmen nach mussten sie der Exekution beiwohnen, damit ein abschreckendes Beispiel gebildet wurde.

< Zu den Verfolgungen, die ich erlitten habe, ist folgendes auszusagen:

Wie ich bereits erwähnt habe, war ich bis zum Frühjahr 1943 in Pfullendorf als selbständiger Geschäftsmann tätig. Ich unterhielt einen Handel mit Fahrzeugen. Im März 1943 erhielt ich von einer Behörde aus Karlsruhe das Verbot, mein Geschäft fortzuführen und die Anweisung, etwa vorhandene Fahrzeuge abzuliefern. Kurz darauf wurde mir von einer jetzt nicht bekannten Stelle schriftlich mitgeteilt, ich sei bei der Firma Andelfinger in Pfullendorf dienstverpflichtet. Die Arbeitsverpflichtung konnte ich aber beseitigen durch den Inhaber der Firma Andelfinger, der mit dem damaligen Ortsgruppenleiter verschwägert war. Einige Zeit später wurde ich in ein Betrieb nach Markdorf dienstverpflichtet. Dort wurden mir untergeordnete und un-



73  
37

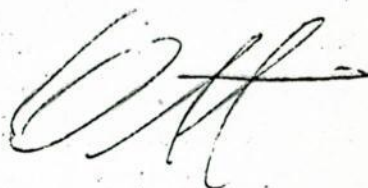
würde Arbeiten zugemutet. Mein Protest veranlasste die damaligen Inhaber Schramme und Griebhaber offenbar zu einer Anzeige bei der Gestapo. Jedenfalls kam eines Tages ein Gestapobeamter aus Konstanz, ich glaube, er hieß Grether. Er beschimpfte und bedrohte mich in unglaublicher Weise mit Ausdrücken und erklärte mir, wenn ich weiter unbotmässig sei, käme ich in ein Arbeitsanhaltelager, ich könne den ihn begleitenden Polen fragen, wie es dort sei. Nach einiger Zeit wurde ich von der Gestapo nach Konstanz gebracht und musste dort mit ansehen, wie der Leiter der Gestapostelle einen alten Mann die Treppe hinunterwarf. Wie dieser Leiter der Gestapostelle heißt, weiß ich nicht. Mir erklärte er, für mich seien 2 Monate Anhaltelager fällig. Doch fuhr er fort, man könne mich anderweitig nutzbringender einsetzen. Ich kam daraufhin in einen Betrieb nach Konstanz und von dort in die Zahnradfabrik nach Friedrichshafen. Von Friedrichshafen kam ich wegen der Luftangriffe und der dadurch hervorgerufenen Zerstörungen in einen kleineren Betrieb nach Ulm. Dort wurde ich den Machthabern des dritten Reichs unliebsam, weil ich mich gelegentlich abfällig über Hitler äußerte. Ich wurde deswegen angezeigt und von Gestapobeamten festgenommen. Ich wurde nachts geholt. Ein Haftbefehl ist mir nach meiner Erinnerung nie eröffnet worden. Ich bin einmal richterlich vernommen worden. Zu Beginn meiner Inhaftierung besuchte mich mein Arbeitgeber aus Ulm in der Haftanstalt und erklärte, er werde darauf sehen, dass ich wieder frei würde. Bei einem nächsten Besuch eröffnete er mir aber, dass ich nicht frei käme, da die Akten aus Pfullendorf beigezogen worden seien. Das habe man ihm bei der Staatsanwaltschaft gesagt. Bei den Akten aus Pfullendorf handelt es sich um Feststellungen der Pfullendorfer Parteistellen über meine Einstellung gegen das dritte Reich. Verbindungsmann für diese Ermittlungen war der Vater des Gastwirts zum Deutschen Haus in Pfullendorf, Karl Frick. Wenn mir weitere Namen dazu einfallen, werde ich sie nachreichen. Jedenfalls war dieses Material so belastend, dass ich wegen Wehrkraftzersetzung angeklagt wurde. In der Anklageschrift wurde ich als "gefährlicher Feind der Bewegung" bezeichnet. Ich beauftragte den Rechtsanwalt Ludwig Engelhard in Neu-Ulm mit meiner Verteidigung. Bei einem Besuch dieses Anwalts zeigte er mir ein Schriftstück, das von Roland Freisler unterschrieben war, in welchem Freisler den Befehl erteilte, mich zum Tode zu verurteilen. Die Hauptverhandlung war öfter in Ulm angesetzt, sie wurde immer wieder vertagt wegen der Fliegerangriffe. Schließlich wurde ich im Februar 1945 nach Biberach/Riss verbracht. Die dort angesetzte Hauptverhandlung wurde wieder vertagt, weil die Zeugin nicht erschienen war. In der Folgezeit wurde Ulm von den Amerikanern besetzt.



Die ~~amerik~~ amerikanischen Truppen haben mich dann in Ulm aus der Haft befreit.

Ich werde, sofern noch vorhanden, Unterlagen über die von mir geschilderten Vorgänge nachreichen und bitte, die Akten noch 2 bis 3 Tage zurückzuhalten.

V.g.u.u.



Der Zeuge bleibt gem. § 65 StPO unvereidigt.

Der Richter:

Der Urkundsbeamte:




23. MRZ. 58

Pfullendorf, den 25. März 1958

Beschluss:

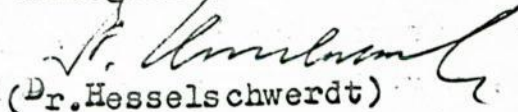
- I. Austrag Reg. f.
- II. Urschriftlich - mit 15 Anlagen (1 Aktenheft) -

an die Staatsanwaltschaft

K o n s t a n z

nach Erledigung zurück.

Amtsgericht



Amtsgerichtsrat



Tgb.-Nr.: 495/58.

Akt.-Zeichen:

Merkblatt angelegt.

Fingerabdrücke genommen. Ja — Nein \*

Lichtbilder gefertigt. Ja — Nein \*

Person ist — nicht — festgestellt \*

Im Deutschen Fahndungsbuch — Festnahmen/Auf-  
enthaltsermittlungen —, in der Fahndungskartei  
ausgeschrieben? Ja — Nein \*

\*) Nichtzutreffendes durchstreichen.

Pfullendorf

10.4.

58

den 19.

## Verantwortliche Vernehmung

Es ~~es sich~~ wurde in seiner Wohnung aufgesucht

der/die Nachgenannte

wohnhaft in Pfullendorf, Kirchplatz — Straße/Platz Nr. 9

Fernruf 223 und erklärt mit dem Gegenstand der Vernehmung vertraut gemacht und zur Wahrheit ermahnt:

1. a) Familienname, auch Beinamen, Künstlername, Spitzname, bei Na- mensänderung früherer Familienname, bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name d. früh. Ehemannes	a) R u c k
b) Vornamen, (Rufname ist zu unterstreichen)	b) <u>Gustav</u> , Georg, Martin, Sigmund
2. Geboren	am 16.6.1883 in Freiburg Kreis (Verwaltungsbezirk) Freiburg Landgerichtsbezirk Baden-Württemberg Land
3. a) Beruf aa) erlernter bb) z. Z. der Tat ausgeübt cc) Stellung im Beruf (z. Z. der Tat) Hier ist anzugeben: — ob Geschäftsinhaber, Gehilfe, selbständiger Handwerksmeister, Geselle usw.	a) Apotheker aa) II bb) Geschäftsinhaber cc)
b) Ferner sind anzugeben: — bei Ehefrauen Beruf des Ehemannes — bei Beamten und Behördenangestellten genaue Anschrift der Dienststelle — bei Studierenden Anschrift der Hochschule und das belegte Lehrfach — bei Trägern akademischer Würden (Dipl.-Ing., Dr., D. usw.), wann und bei welcher Hochschule der Titel erworben wurde	b) Entfällt II II II II II II
c) bei Erwerbslosigkeit, seit wann?	c)

\* Auf Vorladung, aus Untersuchungshaft, aus Strafhaft, als vorläufig Festgenommener vorgeführt, in der Wohnung, an der Arbeitsstelle auf-  
gesucht usw.  
(Zutreffendes einzeichnen).



<b>4. Einkommensverhältnisse</b> a) z. Z. der Tat b) gegenwärtig <b>Vermögensverhältnisse</b> a) z. Z. der Tat b) gegenwärtig	Monatliches Einkommen ca. 1000 a) ..... b) ..... Anwesen, Einheitswert ca 85 000 DM. a) ..... b) .....
<b>5. a) Familienstand</b> ledig — verheiratet — verwitwet — geschieden — getrennt lebend — <b>b) Vor- und Familienname</b> des Ehegatten bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name des früheren Ehemannes <b>c) Wohnung des Ehegatten</b> bei verschiedener Wohnung <b>d) Beruf des Ehegatten</b>	a) Verheiratet b) Friedrike, geb. Ackermann c) Pfullendorf, Kirchplatz Nr. 9 d) Hausfrau
<b>6. Kinder</b> a) Anzahl b) Alter	a) 4 b) 32-38 Jahre, 2 Söhne gefallen.
<b>7. a) Vater, Vor- und Zuname</b> Beruf Wohnung <b>b) Mutter, Vor- und Geburtsname</b> Beruf Wohnung (auch wenn Eltern bereits verstorben) <b>c) Vormund *, Pfleger * oder Bewährungshelfer *,</b> Vor- und Zuname Beruf Wohnung	a) Georg Ruck Rechnungsrat, verst. in Karlsruhe b) Julie Ruck, geb. Hornung Hausfrau, verst. Karlsruhe. c) Entfällt.
<b>8. Staatsangehörigkeit</b> (jetzt und evtl. früher)	Deutsch
<b>9. Ehrenämter</b> in Staat, Gemeinde oder einer Körperschaft des öffentl. Rechts (Schöffe oder Geschworener — Handels-, Ar- beits- oder Sozialrichter — Vormundschaften oder Pfleger — Bewährungshelfer — sonstige Ehren- ämter)	Entfällt
<b>10. Personalausweis,</b> Reisepass, sonstige Ausweise und Berechtigungsscheine (Art, ausstellende Behörde, Nummer, Ausgabedatum) z. B. Führerschein, Wandergewerbeschein, Legitimations- karte, Jagd- oder Fischereischein, Waffenschein, Schiffer- oder Lotsenpatent, Unterbringungsschein nach Gesetz zu Art. 131 GG, Rentenbescheid, Sprengmeisterschein	Reisepass ausgestellt vom Landratsamt Überlingen
<b>11. Körperliche oder geistige Schäden und ihre Ursache</b>	Keine.
<b>12. Vorstrafen,</b> Maßregeln der Sicherung und Besserung (Strafe zur Bewährung ausgesetzt — bedingte Entlassung bewilligt) — nach eigenen Angaben —	Angeblich nicht vorbestraft.



79  
41

Zur S a c h e:

" Mit dem Gegenstand meiner Vernehmung wurde ich vertraut gemacht. Ich betreibe seit dem Jahre 1919 in Pfullendorf die Stadtapotheke. Im Jahre 1935 oder 1936 wurde ich zur SS geworben und bin auch beigetreten, ohne zunächst Parteimitglied zu sein. Erst im Jahre 1937 oder 1938 wurde ich als Mitglied in die NSDAP aufgenommen. Es war dies damals die letzte Möglichkeit, der NSDAP beizutreten. Schon im Jahre 1935 wurde ich als Leiter des ehemaligen ND, später SD, Nebenstelle Pfullendorf von Karlsruhe aus eingesetzt. Im Laufe der Zeit habe ich den Dienstgrad eines SS-Obersturmführers verliehen bekommen. Meine Tätigkeit bestand darin, die von Karlsruhe an mich gerichteten Anfragen zu beantworten; es waren dies hauptsächlich Stimmungsberichte, Berichte über die Aufnahme von Filmen, über Bücher und über Kunstaussstellungen. Weiter mußten bearbeitet werden, und zwar speziell in der Kriegszeit, auftretende Mängel in der Lebensmittelversorgung und in der Versorgung von Bekleidung und die daraus entstandene Stimmung. Ferner war noch zu berichten über die Versorgung im Arzneimittelgebiet. In wenigen Fällen kam auch irgend eine Anfrage über eine Person im hiesigen Gebiet. Solche Fälle waren wenige und wurden immer von mehreren Personen bearbeitet. Vielfach bezogen sich diese Anfragen über Parteigenossen, besonders wenn solche einen zweifelhaften Ruf hatten. Es wurde uns oft in unseren Versammlungen von Parteiführern nachgesagt, dass wir die größten Mäckerer und Kritiker innerhalb der Partei sind. Mein Bestreben war es, mit den Handwerkern und Lieferanten in direkter Verbindung, mich zu erkundigen über gewisse Mißstände oder Mängel in der Versorgung.

Während der Kriegszeit habe ich mich auch dafür eingesetzt, dass die Kriegsgefangenen ordentlich versorgt und behandelt wurden, besonders im Bezug auf Schuhwerk und Bekleidung was sehr wichtig war, weil die meisten Polen in der Land- u. Forstwirtschaft eingesetzt waren.

Der polnische Staatsangehörige Jan KOBUS war mir persönlich nicht bekannt. Mir war auch nicht bekannt, dass er in einem hiesigen landwirtschaftlichen Betrieb als Gefangener eingesetzt war. Von der Verurteilung dieser Person erfuhr ich erst, kurz vor der Hinrichtung; Der damalige Bürgermeister Duttlinger und der Gend-Obltn. VÖGL aus Pfullendorf kamen einige Tage vor der Hinrichtung dieses polnischen Staatsangehörigen zu mir in die Wohnung. Sie waren gegen die Hinrichtung innerhalb dem Stadtgebiet von Pfullendorf. Als Hinrichtungsstätte wurde von der Gestapo aus ein Birnbaum vor dem Gasthaus zum " Mohren " in Pfullendorf ausgewählt und war auch schon fotografiert. Aus diesem haben wir uns zusammen getan und an sämtliche Dienststellen der höheren Parteiführung und Gestapo telefoniert und telegraphiert, um eine Änderung zu erzielen. Folgendes hat uns hierzu veranlaßt: Gegenüber der vorgesehenen Richstätte befindet sich das städtische Krankenhaus,



der städtische Kindergarten, eine hochschwangere Frau wohnte gegen-  
über und an diesem Tage war gleichzeitig der Viehmarkt, der sich eben-  
falls dort befindet. Ganz abgesehen von diesen Umständen war es uns  
völlig unerklärlich, dass diese Hinrichtung hier stattfinden sollte.  
In Karlsruhe wurde der Betreffende von einem ordentlich<sup>en</sup> Gericht zum  
Tode verurteilt und sollte nach unserem Ermessen, wenn schon, auch  
in Karlsruhe hingerichtet werden. Warum Pfullendorf ausgerechnet als  
Hinrichtungsstätte ausgesucht wurde, war mir völlig unklar, weshalb  
wir Drei Protest eingelegt haben. Es war uns aber unmöglich, in den  
Lauf der Dinge einzugreifen.

Der zum Tode verurteilte Kobus wurde, am Tage vor seiner Hinrichtung  
nach Pfullendorf verbracht. Wer ihn gebracht hat und von wo er herkam,  
ist mir unbekannt.

Jch muß entschieden in Abrede stellen, dass das Todesurteil des  
polnischen Staatsangehörigen Kobus von Pfullendorfer Parteileuten er-  
lassen wurde. Jch betone ausdrücklich nochmals, dass das Todesurteil  
von einem Gericht in Karlsruhe gefällt wurde.

Wie ich damals in meiner Eigenschaft als Dienststellenleiter des  
SD erfahren habe, wurde der polnische Staatsangehörige Kobus deshalb  
von einem Karlsruher-Gericht zum Tode verurteilt, weil er mit einer  
Deutschen unerlaubten Verkehr gepflogen und ein Kind gezeugt hat.  
Über den eigentlichen Vorgang vorher weiß ich nichts. Erst als der  
Fall Kobus zur Benachrichtigung an die hiesige Dienststelle kam, er-  
fuhr ich davon, dass er sich in Ruschweiler mit einer deutschen Frauens-  
person eingelassen hatte. Vor der Hinrichtung des Kobus brauchte ich  
nie eine Stellungnahme abgeben.

Jch mußte der Hinrichtung des Kobus dienstlich beiwohnen. An der  
Hinrichtung habe ich mich in keiner Weise beteiligt. Jch war Zuschauer.  
Neben mir stand der damalige Amtsarzt Dr. RUCK und verschiedene andere  
Herren aus den Kreisen Überlingen und Stockach. Ferner war anwesend  
ein Obersturmbannführer aus Karlsruhe. Es war dies ein Herr namens  
Otto Z e l l e r aus Trarbach an der Mosel, Waldbadstrasse  
Nr. 227. Entgegen den Angaben des Dip.-Jng. OTT möchte ich betonen,  
dass der Bürgermeister DUTTLINGER bei der Exekution nicht anwesend war.

Die Hinrichtung wurde von zwei polnischen Gefangenen vorgenommen,  
und zwar von einem Bauerwagen aus, auf dem ein Gestell aufgebaut war.  
Der Wagen wurde von den beiden Polen weggezogen, nachdem dem Verurteil-  
ten die Schlinge um den Hals gelegt war. Der Verurteilte stieg selbst  
auf das Gestell und zeigte eine tadellose Haltung. Er hat den geist-  
lichen Beistand verweigert. Nachdem nach der Exekution der Tod durch  
den Amtsarzt festgestellt war, wurde der Hingerichtete in einen Sarg  
gelegt und durch das Bestattungs-Auto der Stadt Konstanz nach dem dor-  
tigen Krematorium gebracht.



27  
43

In einem Hohlweg unweit der Richtstätte waren einige Hundert polnische Kriegsgefangene zusammengezogen und wurden bewacht von einer Polizei-Hundertschaft. Sie wurden nach der Exekution zweimal an dem Gefängnis vorbeigeführt. Bei dieser Gelegenheit wurde durch ein Dolmetscher als warnendes Beispiel der Fall auf polnisch vorgebracht.

Sofort nach der Hinrichtung des Kobus mußte ich einen Stimmungs-bericht nach Karlsruhe an die SD-Hauptstelle geben. Vermutlich zur Weiterleitung an das Reichssicherheitshauptamt in Berlin. Dieser Bericht war von mir sehr scharf gegen das Todesurteil abgefaßt. Ich habe in ihm u.a. zum Ausdruck gebracht, dass nach der Stimmung der hiesigen Bevölkerung die Deutsche Frauensperson die Verführerin war und dass man wegen solch einer Sache nicht einfach einen Menschen zum Tode verurteilt.

Es bestand nach meinem Wissen eine Anordnung, worin den polnischen Kriegsgefangenen zu eröffnen war, dass auf den geschlechtlichen Verkehr mit deutschen Frauen die Todesstrafe ruht. Die Bürgermeisterämter waren dafür verantwortlich, dass jedem polnischen Kriegsgefangenen diese Anordnung bekannt gemacht wurde, im übrigen waren auch Anschläge angebracht.

Bei weiteren Hinrichtungen von polnischen Staatsangehörigen war ich nicht zu gegen.

Wäre ich irgendwie bei der Hinrichtung beteiligt gewesen, so hätten mich die Polen nach dem Eintreffen der Franzosen geholt und umgebracht. Ich wurde selbst einmal nachts von einem polnischen Offizier aus dem Gefangenen-Lager - aus einer Scheune in Pfullendorf, Sigmaringerstrasse - herausgeholt und unter dem Schein von Jupiter-Lampen im polnischen Lager in Pfullendorf den Polen vorgeführt. Es geschah mir gar nichts und nach der Vorführung wurde ich wieder gefesselt ins Lager zurückgebracht.

Die frühere politische Einstellung des Dip-Jng. Anton Ott aus Pfullendorf war mir bekannt. Ich habe dem Ott in keiner Weise in politischer Hinsicht einen Nachteil zugefügt. Es kam einmal eine Anfrage von Karlsruhe aus an mich über die Persönlichkeit des Anton Ott wegen seiner Falschmünzerei. Diese Anfrage kam über die SD-Stelle Konstanz an mich. Ich habe keine Stellungnahme diesbezüglicher Art abgegeben, sondern lediglich berichtet, dass er damals keiner geordneten seiner Berufsausbildung entsprechenden Arbeit nachgeht. Über seine politische Einstellung und seinen damaligen Vorstrafen habe ich nicht berichtet, sondern darauf hingewiesen, dass die Vorstrafen aus dem Strafregistrauszug ersichtlich sind.

Wegen seiner damaligen Verhaftung in Ulm wegen angeblicher Wehrkraftzersetzung erging nie eine Anfrage an mich. Gesprächsweise habe



ich später erfahren, dass er in der Bahnhofswirtschaft in Ulm/Donau sich abfällig über Hitler geäußert hat, was zu seiner Verhaftung führte. Den wahren Grund seiner Verhaftung habe ich in Wirklichkeit nie erfahren.

*aber  
hier  
doch.* In der Eigenschaft als SD-Leiter war ich in der Wahl von Vertrauens-  
personen sehr vorsichtig, und habe viele von denen mir übermittelten  
Nachrichten gar nicht beachtet. Bei dem Vertrauensmann Karl FRICK  
aus Pfullendorf war ich sehr vorsichtig. Es war sehr häufig so, dass  
die Leute das Persönliche und das Sachliche nicht von einander trennen  
konnten. Wenn eine Sache nicht ganz gut untermauert war, dann wurde  
sie überhaupt nicht beachtet.

Seit vielen Jahren hat der Dipl.-Jng Ott gegen mich und meine  
Familie einen Haß, der oft ins Groteske geht. Das habe ich besonders  
stark zu spüren bekommen, körperlich und seelisch, als die Franzosen  
hier einzogen. Hier dachte Herr Ott: jetzt blüht mein Weizen. Ich habe  
dies auch zu hören bekommen bei meiner Entnazifizierung in Freiburg.  
Dort wurde ich gegen Ende der Verhandlung gefragt, ob ich den Herrn  
OTT in Pfullendorf kenne oder ob ich näheres über ihn wisse. Ich ant-  
wortete darauf, dass ich ihn wohl kenne, wenn sie aber mehr von seiner  
Vorgeschichte wissen wollen, dann möchten sie den Strafregisterauszug  
anfordern. Ich wollte mit dem Herrn nichts zu tun haben. Darauf erzählte  
mir der Vorsitzende vom Entnazifizierungs-Gericht: "Wir (Ich Duttlin=  
ger u. Hügler) hätten ihn zum Tode verurteilt, Ott sei ihnen aber sattem  
bekannt und seine Briefe seien alle in den Papierkorb geflogen".

Seit meiner Rückkehr aus der Gefangenschaft im Jahre 1948 war die  
Person des Ott für mich Luft.

Die von mir gemachten Angaben entsprechen der Wahrheit und ich kann  
abschliessend nur nochmals versichern, dass ich mit der Polen-Hängerei  
nichts zu tun hatte."

selbst gelesen, genehm. u. unterschr.

*W. O.*  
.....

g. W. O.

(Wolff)  
Pol-Meister.



Unterzeichneter: Wie beim Standesamt Pfullendorf festgestellt wurde, ist dort der Tod des Kobus im Sterbebuch beurkundet. Die Hinrichtung erfolgte laut Eintragung am 5. April 1941. Als Todesursache ist im Sterbebuch Hinrichtung durch Erhängen eingetragen. Eine beglaubigte Abschrift aus dem Sterbebuch sowie eine weitere Abschrift eines Schreibens der Geheimen Staatspolizei vom 5. April 1941 ist dem Vorgang angeschlossen.

Nach den weiteren getroffenen Feststellungen war der hingerichtete Kobus als Zivilarbeiter nicht bei dem Landwirt Karl Schnopp aus Pfullendorf beschäftigt. Kobus soll in Ruschweiler, Kr. Überlingen eingesetzt gewesen sein. Vermutlich hat er sich auch dort mit einer deutschen Frauensperson geschlechtlich eingelassen.

Wie aus den Angaben des Apotheker RUCK, die durchaus glaubwürdig erscheinen, ersichtlich ist, wurde Kobus ein Tag vor seiner Hinrichtung, also am 4.4.1941, vom Gerichtsgefängnis Karlsruhe durch Gestapo-Beamten nach Pfullendorf verbracht, wo dann seine Hinrichtung erfolgt ist. In Sache Kobus und in Sache OTT will Ruck nie keine Stellungnahme abgegeben haben.

*Wolfle*  
(Wolfle)

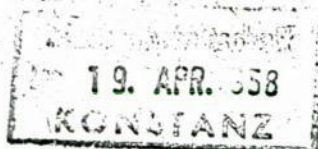
Polizei-Meister.

Urschriftlich

der

Staatsanwaltschaft

in K o n s t a n z



nach Erledigung zurückgereicht.

*Vochazer*  
(Vochazer)

Pol.-Oberm.u.Postenführer

*[Signature]*



Staatsanwaltschaft  
2 Js 380/58

Konstanz , den 22.4.1958

Betr.:  
Mord z.N. Jahn Kobus u.A.  
in Pfullendorf

Vfg.

I. An  
die Staatsanwaltschaft

K a r l s r u h e

Am 5.4.1941 vorm. 8.10 Uhr wurde in Pfullendorf der polnische Zivilarbeiter Jan Kobus , led., geb. am 17.5.1913 in Woclwek Kreis Weclawek / Polen , zuletzt im Gerichtsgefängnis Karlsruhe , hingerichtet.

Ein Anzeiger behauptet, diese Hinrichtung sei auf Veranlassung örtlicher <sup>Polizei</sup> ~~Behörden~~stellen von Pfullendorf geschehen.

Der Hauptbeschuldigte wendet ein, er sei nur bei der Hinrichtung weisungsgemäss anwesend gewesen. Die Hinrichtung sei erfolgt , weil ein Urteil eines Gerichts in Karlsruhe vorgelegen habe, das den Genannten zum Tode verurteilte, weil er sich angeblich mit einer Deutschen geschlechtlich eingelassen habe.

Ich bitte um Feststellung, ob sich dort, gegebenenfalls aus Beständen des ehemaligen Sondergerichts Vorgänge hierüber feststellen lassen.

II. Rv.: dem Kreiskommissariat

Überlingen / See

mit dem Ersuchen, in Ruchweiler nähere Feststellungen darüber zu treffen, wie es zu der Hinrichtung des polnischen Zivilarbeiters Jan Kobus am 15.4.1941 kam.

Über den Vorgang dürften sicher noch Einwohner hinreichend Bescheid wissen.

Es



- 47
- Es handelte sich um einen oder um 2 polnische Arbeiter, gegen die ein angebliches Todesurteil erging .

III. Beleg und Wv. 15.5.1958.

Ausgefertigt 22.4.58  
 Post 2  
 Zust. ab. 22.4.1958  
 Hausm. \_\_\_\_\_

Der Oberstaatsanwalt :

*[Handwritten Signature]*

Landespolizei-Kreiskommissariat

Überlingen, den 28. April 1958

Überlingen

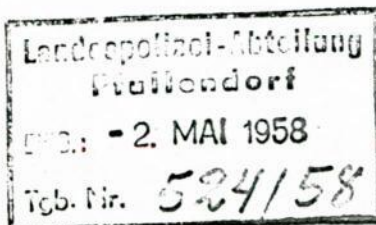
Tgb.Nr. 774/58

Rv.-

der Landespolizei-Abteilung

Pfullendorf

mit der Bitte um Erledigung im Sinne vorstehenden Ersuchens übersandt.



*[Handwritten Signature]*

Polizei-Oberkommissar

Pfullendorf, deb 5. Mai 1958.

Urschr.

mit folgendem Bericht an die Staatsanwaltschaft

K o n s t a n z

über das LPKK.-Überlingen zurückgereicht:

Wie in Ruschweiler und in Ostrach (Hohenz.) festgestellt werden konnte, war def. am 5.4.1941 in Pfullendorf hingerichtete Pole Jan K o b u s als Kriegsgefangener vom November 1939 bis etwa März oder April 1940 bei dem Landwirt Martin Huber im Eschhof, Gemeinde Ruschweiler, Krs. Überlingen, zur Arbeitsleistung eingesetzt. Gleichzeitig befand sich die aus Ostrach stammende Paula F r e y (geb. am 18.4.21) als Dienstmädchen auf dem genannten Hof. Zwischen dem



Jan Kobus und der Frey entwickelte sich ein Liebesverhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Als im Herbst 1940 die Frey hochschwanger war und der Pole Jan Kobus nicht mehr in Ruschweiler beschäftigt war, erschienen Gestapobeamte vom Grenzpolizeikommissariat Konstanz und nahmen die Frey nach erfolgter Vernehmung fest. Wo sich der Pole Jan Kobus zum genannten Zeitpunkt aufgehalten hat bzw. in welchem Gefangenenlager er damals war, konnte in Ruschweiler nicht festgestellt werden, da die Kriegsgefangenen in gewissen Zeitabständen an ihren Arbeitsstellen immer wieder ausgewechselt wurden.

Die Frey wurde ins Gefängnis nach Konstanz verbracht, wo sie am 9. Oktober 1940 von einem Kind weiblichen Geschlechts entbunden wurde. Das Mädchen lebt heute unter dem Namen Rosa Frey in Ebingen.

Bei der Kindesmutter und ehemaligen Geliebten des Jan Kobus handelt es sich um die Ehefrau Paula P a u l , geschiedene Wagner, geborene Frey. Nach Aussagen ihrer Mutter wohnt die Frau Paul in Singen a/H., Burgstraße Nr. 11 bei ihrem jetzigen Ehemann, der als Bauhilfsarbeiter beschäftigt sein soll.

Über die eigentlichen Vorgänge aus dem Jahre 1941 als der Pole Jan Kobus in Pfullendorf und der Pole Mieczyslaw G a w l o w s k y in Ruschweiler erhängt wurden, konnten keine weiteren Einzelheiten festgestellt werden, da die Einwohner in Ruschweiler nichts von der Sache wissen wollen und sich daher in dieser Angelegenheit im Allgemeinen ablehnend verhalten. Wie beim Bürgermeisteramt Ruschweiler festgestellt werden konnte, wurde der Pole Mieczyslaw Gawlowsky, geb. am 15. 11. 1915 in Litzmannstadt, am 25. 7. 1941 ebenfalls durch Erhängen in Ruschweiler hingerichtet. Dieser Pole hatte ein Liebesverhältnis mit einer Österreicherin, die damals ebenfalls in Ruschweiler in Diensten stand.

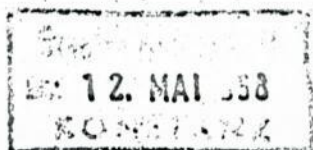
Die Sterbeurkunde im Sterberegister in Ruschweiler ist von einem Kriminalassistenten Bernhard S t e i n h o f f vom Grenzpolizei-Kommissariat Konstanz unterzeichnet. Die Eintragung erfolgte auf Anordnung der Staatspolizeileitstelle Karlsruhe über das Grenzpolizeikommissariat Konstanz. Da die seinerzeitigen Grenzkommissariate Dienststellen der Geheimen Staatspolizei waren, dürfte die Vorgeschichte in der Hinrichtungsangelegenheit durch die Geheime Staatspolizei Karlsruhe über das Grenzpolizeikommissariat Konstanz bearbeitet worden sein. Über Maßnahmen der Geheimen Staatspolizei wurde die Bevölkerung bekanntlich nicht informiert, da derartige Maßnahmen unter der Bezeichnung „ G e h e i m " durchgeführt wurden. Da in allen Ortschaften Beauftragte des SD bzw.



48

politische Leiter bestellt waren, die ihre Beobachtungen in solchen Angelegenheiten an den Staatssicherheitsdienst (Gestapo) zu melden hatten, dürften die Anzeigen in der vorliegenden Sache von den hierzu beauftragten Persönlichkeiten ausgegangen sein.

Über nähere Einzelheiten in dieser Angelegenheit dürfte vermutlich, die in Singen a/Hw. wohnhafte ehemalige Geliebte des Jan Kobus (Paula P a u l ) Auskunft geben können. Es erscheint daher zur Klärung des Sachverhalts zweckmäßig, die Ehefrau Paul durch die Kripo in Singen entsprechend befragen zu lassen.



  
-Rößler-

Pol. Kommissar.

Landespolizei-Kreiskommissariat

Ü b e r l i n g e n

Tgb.Nr. 774/58 ✓

Überlingen, den 7. Mai 1958

Urschriftlich

dem Herrn Oberstaatsanwalt

in K o n s t a n z

unter Bezugnahme auf vorstehenden Ermittlungsbericht wieder vorgelegt.

  
Polizei-Oberkommissar



S. 433. Singen/Htwl., den 4. August 1958

43  
50

Auf Einbestellung erscheint die Arbeiterin  
Paula P a u l, geb. Frey, gesch. Wagner,  
geb. am 18.4.1921 in Ostrach, Kr. Sigmaringen, wohnhaft in Singen/H  
Ziegeleiweg Nr. 11, mit dem Gegenstand der Vernehmung vertraut  
gemacht und zur Wahrheit ermahnt gab an:

„Ich bin ~~ist~~ Ostrach geboren und dort im Elternhause aufgewachsen. Nachdem ich aus der Schule entlassen war, kam ich zunächst als Dienstmädchen nach Altshausen. Dort war ich bis Nov. 1936. Von hier kam ich dann nach Niederweiler, Kr. Überlingen. Von Nov. 1938 bis zu meiner Festnahme am 3.10.1940 war ich bei dem Landwirt Martin H u b e r in Ruschweiler. Wie ich mich heute noch entsinne, kamen im Frühjahr 1940 poln. Kriegsgefangene zu Bauern in der dortigen Gegend. Die Gefangenen wurden täglich von und zur Arbeitsstelle gebracht. Sie waren nicht bei den Bauern untergebracht, sondern lediglich zur Arbeitsleistung zugeteilt.

Zu dem Bauern Martin H u b e r kam der poln. Gefangene Jan Kobus. Kobus wurde wie alle andern Gefangenen nach 3 Monaten ausgewechselt.

In Laufe der Zeit, als Kobus auf den Hof zur Arbeit kam, hat sich zwischen ihm und mir ein Liebensverhältnis angebahnt. Dieses ist nicht ohne Folgen geblieben.

Ich weiß heute nicht mehr, in welchem Lager die Gefangenen seinerzeit untergebracht waren.

Zum Zeitpunkt meiner Festnahme befand sich Kobus nicht mehr bei H u b e r. Er war, wie ich schon sagte ebenfalls nach 3 Monaten ausgewechselt worden. Dass der poln. Gefangene Jan Kobus mich geschwängert hat, hat mein Arbeitgeber Huber damals der Gestapo in Konstanz zur Anzeige gebracht.

Dies weiß ich mit Bestimmtheit, da er der alleinige Zeuge war, als ich seinerzeit in Konstanz vor dem Landgericht verhandelt worden bin.

Kobus selbst hatte gar nicht gewußt, dass ich durch einen Verkehr mit ihm schwanger geworden war. Kobus war bereits schon wieder aus Ruschweiler weg, als ich die Schwangerschaft bemerkt habe. Später kam ich mit Kobus überhaupt nicht mehr in Verbindung und hatte somit keine Gelegenheit ihm die bestehende Schwangerschaft mitzuteilen.

best.

433/Regm-40  
0132



57  
Ich selbst habe mit keinem Menschen darüber gesprochen, dass die Schwangerschaft aus einem Verkehr mit dem Gefangenen Kobus herrührt. Ich war am 3.10.1940, als ich festgenommen wurde, ganz überrascht, dass man mir vorgehalten hat, dass ich ein Kind von Kobus erwarte.

Die Festnahme erfolgte durch zwei Beamte der Gestapo aus Konstanz. Zunächst haben mich die beiden im Haus bei Huber gehört. Als ich dann zugegeben hatte, dass die Schwangerschaft aus einem Verkehr mit Kobus herrührt gingen sie wieder weg. Nach kurzer Zeit kamen beide wieder zurück, und nahmen mich nach Konstanz mit. Die Namen der beiden Beamten weiß ich nicht.

Die Vernehmung in Konstanz fand aber nicht im Gefängnis statt. In Konstanz wurde ich fotografiert und es wurden mir auch Fingerabdrücke genommen. Nach der Vernehmung wurde ich in das Gefängnis in Konstanz eingeliefert. Die beiden vernehmenden Beamten haben sich mir gegenüber ordentlich benommen und ich kann ~~ich~~ nichts nachsagen. Ob ich dann im Anschluß daran von einem Richter vernommen worden bin, weiß ich heute nicht mehr.

Im Gefängnis in Konstanz habe ich dann am 9.10.1940 ein Kind weibl. Geschlechts geboren. Sicher ist aber, meiner Erinnerung nach wurde ich am 18.12.1940 vor dem Landgericht in Konstanz verhandelt. Ich wurde dort zu 13 Monaten Zuchthaus verurteilt. Die erlittene Untersuchungshaft wurde auf die Strafe angerechnet.

Nur Huber war als Zeuge da sonst keine weiteren Personen.

Als ich dann am 18.12.1941 aus dem Zuchthaus Hagenau/Elsaß, wo ich die Strafe verbüßen mußte, entlassen worden bin, habe ich zu Hause erst erfahren, dass Kobus in Pfullendorf gehängt worden sei, weil er sich mit mir geschlechtlich eingelassen habe,

Über Kobus kann ich überhaupt nichts mehr sagen. Ich weiß weder wo er von Ruschweiler aus hinkam, noch ob er und wo er von einem Gericht zum Tode verurteilt worden ist.

Wie ich schon sagte, war jede Verbindung zwischen mir und Kobus abgebrochen, als er Ruschweiler verlassen hatte.

Ich kann über die Hinrichtung und einen möglichen Erlass des Todesurteils keinerlei Angaben machen.

Mehr kann ich wirklich nicht sagen.

Den Apotheker Ruck in Pfullendorf kenne ich nicht.

Ich habe aber einmal, nachdem ich aus dem Zuchthaus Hagenau entlassen war von meiner Mutter oder einer sonstigen Person gehört, dass Ruck sich bei der Exekution des Kobus geäußert haben soll, dass die Polenhure, gemeint sein konnte nur ich, neben Kobus gehängt gehört.

Ob Ruck die Äußerung aber tatsächlich gemacht hat, weiß ich ja nicht.



52  
45

Bei meiner Vernehmung durch die Beamten der Gestapo und auch vor Gericht in Konstanz, habe ich nie etwas gehört, dass Kobus evtl. vor ein Gericht gestellt worden sei, oder gestellt würde. Ich muß abschliessend immer wieder betonen, dass ich keinerlei Hinweise geben kann, wer Kobus zum Tode verurteilt hat oder wer dafür verantwortlich gemacht werden könnte, dass er gehängt wurde.

Weiteres weiß ich nicht mehr."

v.g.u.

g.w.o.

Paulin Paul

*B. J. K.*  
Kriminalobermeister



1 Js 4/64 (RSHA)

V.

✓ 1) Aufenthaltsanfragen

✓ a) an Pol.Beh. Singen

betr. Paula P a u l gesch. Wagner geb. Frey, *SIGLIN JUKSTEIN v. 7.6.61*  
geb. 18.4.1921 in Ostrach *mit verb. KAHN, Paula*  
zuletzt wohnh. in Singen, Ziegeleiweg 11, *u. wohnt in Singen-Hohen-*  
*tswil, Donziger Str. 29*

✓ b) an Pol.Beh. Pfullendorf

betr. Anton O t t,  
geb. 8.7.1884 in ?,  
zuletzt wohnh. in Pfullendorf, Sigmaringer Str. 6a,

✓ c) an Pol.Beh. Pfullendorf

betr. Gustav R u c k,  
geb. 16.6.1883 in Freiburg,  
zuletzt wohnh. in Pfullendorf, Kichplatz 9

2) wd. vorlegen

30.5.1967

gef. 30.5.67 Su  
zu 1) 3 Scrb. tab

h.  
or.



Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
- Arbeitsgruppe -

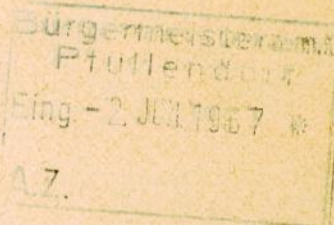
1 Berlin 21, den 30. Mai 1967  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11 App. 247

~~1 AR (RSHA)~~ /65

1 Js 4/64 (RSHA)



An die  
Polizeiverwaltung  
- Einwohnermeldeamt -



7798 P f u l l e n d o r f

Es wird gebeten, Auskunft über den Aufenthalt und die  
Wohnung des

Gustav R u c k ,  
geboren am 16. Juni 1883 in Freiburg,

letzte bekannte Anschrift: Pfullendorf, Kirchplatz 9,

zu erteilen, evtl. die Anschrift durch Nachfrage bei den  
Angehörigen zu ermitteln.

Auf Anordnung

*Schulz*

Justizangestellte



Bürgermeisteramt  
Einwohnermeldeamt

Pfullendorf

, den 2.6.1967

(Dienststelle)

---

U.

dem Einsender  
zurückgesandt.

Die umseitig genannte Person ist am 10.2.1959 verstorben

a) noch wie angegeben gemeldet - und wohnhaft -

b) am nach verzogen.

Rückmeldung vom liegt - nicht - vor.

c) am lt. Auszugsmitt.v. mit  
unbekanntem Verbleib verzogen.

Im Auftrage

*H. Müller*



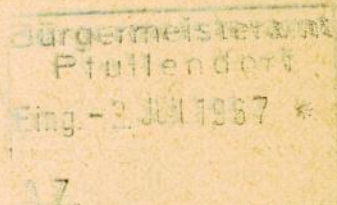
Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21, den 30. Mai 1967  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11 App. 247

~~1 AR (RSHA) /65~~

1 Js 4/64 (RSHA)

An die  
Polizeiverwaltung  
- Einwohnermeldeamt -



7798 P f u l l e n d o r f

Es wird gebeten, Auskunft über den Aufenthalt und die  
Wohnung des

Anton O t t ,

geboren am 2. Juli 1884 in ? Pfullendorf

letzte bekannte Anschrift: Pfullendorf, Sigmaringer Str. 8,

zu erteilen, evtl. die Anschrift durch Nachfrage bei den  
Angehörigen zu ermitteln.

Auf Anordnung

*Müller*

Justizangestellte



Bürgermeisteramt  
Einwohnermeldeamt

Pfullendorf , den 2. Juni 1967

(Dienststelle)

---

U.

dem Einsender  
zurückgesandt.

Die umseitig genannte Person ist

a) noch wie angegeben gemeldet - und wohnhaft -

b) am nach verzogen.

Rückmeldung vom liegt - nicht - vor.

c) am lt. Auszugsmitt.v. mit  
unbekanntem Verbleib verzogen.

Im Auftrage

*Heinrich*





Jan Kobus

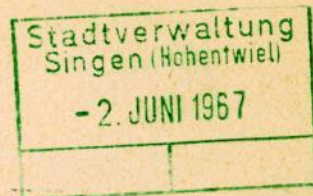
56

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
- Arbeitsgruppe -

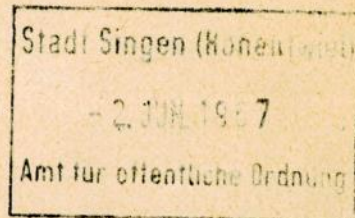
1 Berlin 21, den 30. Mai 1967  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11 App. 247

~~1 AR (RSHA) /65~~

1 Js 4/64 (RSHA)



An die  
Polizeiverwaltung  
- Einwohnermeldeamt -



77 S i n g e n / Hohentwiel

Es wird gebeten, Auskunft über den Aufenthalt und die  
Wohnung ~~des~~ der

Paula P a u l gesch. Wagner geb. Frey,  
geboren am 18. April 1921 in Ostrach,

letzte bekannte Anschrift: Singen, Ziegeleiweg 11,

zu erteilen, evtl. die Anschrift durch Nachfrage bei den  
Angehörigen zu ermitteln.

Auf Anordnung

*Miele*

Justizangestellte

Le



Stadt Singen (Hohentwiel)

Amt für öffentliche Ordnung

— Einwohnermeldeamt —

77 Singen/Htwl.

, den 5.6.67

(Dienststelle)

U.

dem Einsender  
zurückgesandt.

Frau Paula Paul hat sich erneut verheiratet  
und führt jetzt den Namen " K a u m ".

Die umseitig genannte Person ist hier gemeldet für  
Danziger Str. 29.

~~a) noch wie angegeben gemeldet - und wohnhaft -~~

b) am nach verzogen.

Rückmeldung vom liegt - nicht - vor.

c) am lt. Auszugsmitt.v. mit  
~~unbekanntem Verbleib verzogen.~~

Im Auftrage

*E. Balme*



57

1 Js 4/64 (RSHA)

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint die Hausfrau

Paula K a u m , gesch. W a g n e r ,  
gesch. P a u l , geb. F r e y ,  
18.4.1921 Ostrach geb.,  
Singen-Hohentwiel, Danziger Str. 29 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich wegen der Erhängung des polnischen Kriegsgefangenen Jan K o b u s zeugenschaftlich vernommen werden soll. Mit einem im vorliegenden Verfahren Beschuldigten bin ich weder verschwägert noch verwandt. Auch andere Gründe, die ein Zeugnisverweigerungsrecht meinerseits vertretbar erscheinen lassen würden, bestehen nicht.

Vom Nov. 1938 an bis zu meiner Festnahme am 3. Okt. 1940 war ich bei dem Landwirt Martin H u b e r in Ruschweiler als Dienstmädchen tätig. Etwa im Frühjahr 1940 kamen zu den dort anwesenden Bauern polnische Kriegsgefangene zum Arbeitseinsatz. Sie waren nicht bei den Bauern untergebracht, sondern wurden täglich auf ihre Arbeitsstellen gebracht und nach Arbeitsschluß wieder in das Kriegsgefangenenlager zurückgeschafft.

Auch bei den Bauern Martin H u b e r war ein polnischer Kriegsgefangener zur Landarbeit eingesetzt. Er hieß Jan K o b u s und wurde nach etwa drei Monaten mit einem anderen Kriegsgefangenen ausgewechselt. Das war damals so üblich, daß die Kriegsgefangenen alle drei Monate einer anderen Arbeitsstelle zugeteilt wurden.



Während der Zeit, in der K o b u s bei dem Bauern H u - b e r tätig war, entwickelte sich zwischen ihm und mir ein intimes Verhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Als ich bemerkte, daß ich infolge des mit K o b u s ausgeführten GV ein Kind erwartete, war K o b u s bereits wieder mit einem anderen Kriegsgefangenen ausgewechselt und sein damaliger Aufenthaltsort blieb mir unbekannt. Ich war daher nicht in der Lage, ihm zu sagen, daß ich von ihm ein Kind erwartete, zumal ich überhaupt nicht wußte, in welchem Kriegsgefangenenlager er untergebracht war. Einige Tage vor meiner Niederkunft wurde ich, wie schon zuvor gesagt, am 3. Okt. 1940 von zwei Beamten der Geheimen Staatspolizei Konstanz festgenommen. Sie erschienen zunächst am Morgen des betreffenden Tages im Anwesen des Bauern H u - b e r und vernahmen mich kurz. Als ich dann eingeklinkt hatte, daß meine Schwangerschaft aus dem Verkehr mit dem Kriegsgefangenen K o b u s herrührt, gingen sie wieder weg. Am Nachmittag des gleichen Tages kamen beide Beamte wieder zurück, nahmen mich fest und brachten mich mit einem Pkw nach Konstanz. Ob ich nun am nächsten Tag oder erst einige Tage später von Beamten der Geheimen Staatspolizei Konstanz ausführlich zur Sache vernommen worden bin, kann ich heute nicht mehr sagen. Auch bei dieser Vernehmung räumte ich ein, zu K o b u s intime Beziehungen gehabt zu haben. Es war nie die Rede meinerseits davon, daß ich von dem Polen vergewaltigt worden bin. Ich sagte der Wahrheit entsprechend, daß der Geschlechtsverkehr im gegenseitigen Einverständnis ausgeübt worden sei. Nachdem ich fotografiert und Fingerabdrücke von mir abgenommen worden sind, habe ich zunächst von der Geheimen Staatspolizei nichts mehr gehört. Zur Entbindung meines Kindes, es handelte sich um ein Mädchen, wurde ich in eine Frauenklinik nach Konstanz gebracht. Ich möchte berichten, die Geburt erfolgte am 9. Okt. 1940 in der Gefängniszelle. Erst anschließend wurde ich mit meinem Kind in die soeben erwähnte Klinik gebracht. Nach ca. elf oder zwölf Tagen wurde ich aus der Klinik entlassen und durfte nach Hause zurückkehren. Etwa sechs Wochen später erschienen uniformierte Beamte bei mir,



die mich festnahmen und erneut in das Gerichtsgefängnis Konstanz einlieferten. Bald nach meiner erneuten Festnahme wurde ich durch das Amtsgericht Konstanz, es kann auch das Landgericht gewesen sein, wegen der intimen Beziehungen mit dem polnischen Kriegsgefangenen K o b u s zu dreizehn Monaten Zuchthaus verurteilt. Die erlittene Untersuchungshaft ist auf die Strafe angerechnet worden. Da in der Hauptverhandlung mein früherer Arbeitgeber H u b e r als einziger Zeuge auftrat, bin ich der Ansicht, daß er die Sache auch bei der Geheimen Staatspolizei zur Anzeige gebracht hat.

Erst nach meiner Entlassung aus dem Zuchthaus Hagenau/ Elsaß am 18. Dez. 1941, wo ich meine Strafe verbüßt hatte, habe ich zu Hause erfahren, daß K o b u s in Pfullendorf erhängt worden sei, weil er sich mit mir geschlechtlich eingelassen habe. Meine Eltern erzählten mir, daß K o b u s im Mai 1941 am zuvor erwähnten Ort exekutiert worden ist. Einen Zeugen der Exekution habe ich nicht gesprochen und mir ist auch nicht bekannt, wer bei der Erhängung zugegen war. Es ist mir weiter unbekannt, wer die Erhängung durchgeführt und wer sie angeordnet hat.

Nachdem K o b u s von dem Landwirt Martin H u b e r wegkam, habe ich ihn nie wieder gesehen und auch sonst keinerlei Verbindung zu ihm aufnehmen können. Ich weiß daher auch nicht, wo er sich in der Zwischenzeit befand.

Wie ich in meiner Vernehmung vom 4. Aug. 1958 angegeben habe, sagte mir meine Mutter, daß sich der Apotheker R u c k aus Pfullendorf bei der Exekution des K o b u s geäußert haben soll, daß die Polenhure, gemeint konnte nur ich sein, neben K o b u s gehängt werden müßte. Meine Eltern hatten hiervon vom Hörensagen her Kenntnis und sie konnten sich nicht dafür verbürgen, ob R u c k diese Äußerung tatsächlich getan hat.



Wie ich dann später erfahren habe, soll R u o k , den ich persönlich nicht kennengelernt habe, inzwischen verstorben sein. Ob dies tatsächlich der Fall ist, vermag ich allerdings nicht mit Bestimmtheit zu sagen.

Weder bei meinen Vernehmungen durch Beamte der Geheimen Staatspolizei noch anlässlich der Hauptverhandlung habe ich jemals et/was davon gehört, daß K o b u s auch vor ein Gericht gestellt worden sei. Ich kann nur wiederholen, was ich zuvor gesagt habe, daß ich keinerlei Hinweise darüber geben kann, wer dafür verantwortlich gemacht werden könnte, daß K o b u s gehängt wurde.

Weiterhin ist es mir nicht möglich, die Namen der Beamten zu nennen, die mich damals festgenommen und später bei der Geheimen Staatspolizei in Konstanz vernommen haben.

Abschließend möchte ich noch erklären, daß an der Stelle, wo Jan K o b u s gehängt wurde, heute ein Gedenkstein mit seinen Personalien und dem Zeitpunkt der Exekution, steht.

Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen.

Geschlossen:        laut diktiert, genehmigt und unterschrieben

gez. Konnerth

(Konnerth), KOM

...gez. Paula Kaum.....



6	2	Anlagen	bei dem Kammergericht
	/	Abschriften	Arbeitsgruppe -
	/	DM Kost	

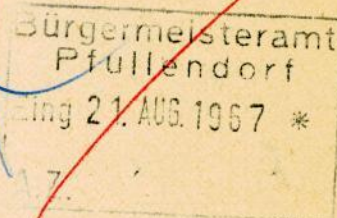
Der Generalstaatsanwalt

1 Berlin 21, den 17.8.1967

Turmstraße 91

Fernruf: 35 01 11 App. 1309

1 Js 4/64 (RSA)



An das  
Standesamt

7798 Pfullendorf

In dem Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes bitte ich um Übersendung einer beglaubigten Abschrift der Sterbebucheintragung betreffend

Jan K o b u s,

geboren am 17.5.1913 in Wodawek,

verstorben am 5.4.1941 in Pfullendorf.

Soweit hier bekannt, soll der Tod dort unter der  
Reg.Nr. 26/41 beurkundet sein.

Sofern dort noch weitere Unterlagen über den Tod des Oben-  
genannten (Sterbefallanzeigen, Totenschein u.ä.) vorhanden  
sind, bitte ich, mir davon je 1 beglaubigte Ablichtung zu  
übersenden.

Im Auftrage

*Wilsch*  
Staatsanwältin



79

---

Marion Storker

+ 9.4.41



**Sicherheitshauptamt**

Nr. 6001/41 - IV A 1 c  
In der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum  
anzugeben

32  
Berlin SW 11, den 26. April 1941  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040

II 4123 / 19 41

An die

Geheime Staatspolizei  
- Staatspolizeistelle -

L i t z m a n n s t a d t.

Betr.: Ehem. poln. Kriegsgefangenen Marian S k o r k a ,  
7.11.12 in Zdunska-Wola geboren.

Vorg.: Ohne.

-----  
Der ehem. poln. Kriegsgefangene

Marian S k o r k a ,  
7.11.12 in Zdunska-Wola geboren,

ist am 9.4.41 um 12,10 Uhr bei Zuchenberg, Krs. Angermünde,  
wegen Geschlechtsverkehr mit einer deutschen Frau auf An-  
ordnung des Reichsführers-~~4~~ und Chef der Deutschen Polizei  
erhängt und anschließend eingeschert worden.

Die Ehefrau des S k o r k a , Anna geb. Kazcora, wohnt  
in Zdunska-Wola, Vorwerk Osmolin Nr. 15.

Ich bitte, die Witwe dahingehend zu verständigen, daß  
S k o r k a wegen Verbrechens gegen die bestehenden Kriegs-  
gesetze hingerichtet worden ist.

Aushändigung der Asche erfolgt grundsätzlich nicht.

Im Auftrage:

*Nieder*

WO



53



Litzmannstadt, den 4.5.41.

38

B.nr. II D-4123/41-

erfertigt:	9.5.41. 0712
abgefasst:	

1.) Schreiben:

An den  
Herrn Amtskommissar als O.P.B. Zdunska-Wola  
in Zdunska-Wola.

Betrifft: Ehem. poln. Kriegsgefangenen S k o r s k a ,  
Marian geb. 7.11.12 in Zdunska-Wola.

vorgang: -ohne-

Ich bitte, die in Zdunska-Wola , Vorwerk Osmolin  
Nr. 15 wohnhafte Ehefrau des S.- Anna geb. Kaczora-  
dahingehend zu verständigen, daß Skorka wegen Verbrechens  
gegen die bestehenden Kriegsgesetze hingerichtet worden  
ist.

Die Leiche wurde eingeäschert. Aushändigung der Asche  
erfolgt nicht.

2.) Reg. austragen: *af.*

3.) zu den Akten Allgemein Bei II D.

I. A.

Mu.

2.5.41.



54

Polen  
Sign. 118